

Über die Entwicklung
der Veterinärverwaltung
im ehemaligen Lande Württemberg

Hans-Peter Lang

Aus dem Tierärztlichen Landesuntersuchungsamt Stuttgart
Vorstand: Oberregierungsrat Dr. Scheu

Vorgelegt beim Institut für Staatsveterinärmedizin
und Geschichte der Tiermedizin der Universität München
Vorstand: Professor Dr. W. Pschorr

ÜBER DIE ENTWICKLUNG
DER VETERINÄRVERWALTUNG
IM EHEMALIGEN LANDE WÜRTTEMBERG

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der veterinär-medizinischen Doktorwürde
der Tierärztlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München



vorgelegt von
Hans-Peter Lang
aus Stuttgart

München 1957

Gedruckt mit Genehmigung der Tierärztlichen Fakultät
der Universität München

Dekan: Prof. Dr. H. Liebmann

Referent: Prof. Dr. W. Pschorr

Tag der Promotion: 24. 7. 1957

UNI-Druck, München 13, Amalienstraße 85

Meinen verehrten lieben Eltern

in Dankbarkeit zugeeignet.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

VORWORT

Den Anlaß zu dieser Arbeit gab das Bedürfnis, eine zusammenfassende und in den Grundlinien vollständige Darstellung der Entwicklung der württembergischen Veterinärverwaltung zu erhalten, wie dies für Baden schon geschehen ist.

Das Quellenmaterial ist weithin zerstreut und vieles, leider gerade wichtiges Material ist durch Kriegseinwirkung zugrunde gegangen, so z. B. die unersetzbaren Sammlungen der medizinischen und tiermedizinischen Schriften der Württbg. Landesbibliothek. Daher muß manches fehlen, was zur Illustration und zum weiteren Ausbau der vorliegenden Arbeit hätte dienen können. Ich glaube trotzdem, daß ich die wesentlichen Züge der Entwicklung aufgezeigt und damit einen kleinen Beitrag zur Geschichte des württembergischen Veterinärwesens von bleibendem Wert geleistet habe.

Wesentliche Anregungen erhielt ich durch die Rede von Herrn Ministerialrat Dr. F. Mehrle vor der Stuttgarter Tierärztlichen Gesellschaft am 2. Juli 1955 über die Entwicklung der Veterinärverwaltung in Baden und Württemberg.

Ich habe mich in meiner Arbeit darum bemüht, wo irgend möglich nur Daten anzugeben, die ohne weiteres nachzuprüfen sind, indem ich jeweils auf die betreffenden Dekrete, Verordnungen, Reskripte, Erlasse, Briefe etc. in den Akten des Württbg. Staatsarchives, in den Reskriptensammlungen, in den Regierungs- und Amtsblättern des württbg. Ministerium des Innern usw. hinwies. Dies lag mir deshalb besonders am Herzen, weil mir selbst unangenehm deutlich wurde, wie sehr das Fehlen von genauen, nachprüfbaren Daten und Quellen in der benützten Literatur die geschichtliche Forschung erschwert.

INHALT

	Seite
Einleitung	1
I. Das Medizinal- und Veterinärwesen in der Zeit vor der Großen Kirchenordnung von 1559	4
1. Die Verwaltungsbehörden der Grafschaft und des Herzogtums	4
2. Der Stand der Tierheilkunde	5
3. Die Seuchen und ihre Bekämpfung	11
4. Die frühesten auf das Medizinal- und Veterinärwesen sich beziehenden Verordnungen	13
II. Das Medizinal- und Veterinärwesen in der Zeit zwischen der Großen Kirchenordnung und der Gründung des König- reiches	16
1. Die Große Kirchenordnung	16
2. Die beiden Collegia medica	19
3. Die Sanitätsdeputation	21
4. Der Stand der Tierheilkunde und die auf das Veterinär- wesen Bezug nehmenden Verordnungen	23
5. Die Seuchen und ihre Bekämpfung	30
6. Die Forderung nach ausgebildeten Tierärzten und nach einer Tierarzneischule. - Der Landtierarzt	44
III. Das Veterinärwesen im 19. und 20. Jahrhundert	57
1. Die Zeit bis zum Organisationsmanifest von 1806	57
2. Das Organisationsmanifest - Die Medizinaldirektion	59
3. Die Zeit des Medizinaldepartements und der Medizinalsektion	63
4. Die Bildung des Medizinalkollegiums	72
5. Die Tierarzneischule, später Tierärztliche Hochschule zu Stuttgart	74

6. Das Ministerium des Innern - Das Medizinalkollegium und seine Nachfolgebehörden	95
7. Die Kreisregierungen	112
8. Die Oberamtstierärzte	123
9. Die Gutachtertätigkeit innerhalb der Veterinärverwaltung	139
10. Die Leistungen der Veterinärverwaltung	145
11. Die Entwicklung des tierärztlichen Standes	157

IV. Literaturverzeichnis	165
--------------------------	-----

Lebenslauf

EINLEITUNG

Die Veterinärverwaltung als selbständiger Zweig des Verwaltungsapparates des modernen Staates ist eine relativ sehr junge Einrichtung. Ihre Anfänge liegen in Württemberg gerade 150 Jahre zurück. In ganz Deutschland war es aber so, daß sie damals noch gar nicht als ein in sich geschlossenes Fachressort dastand, den anderen Verwaltungszweigen gleichgestellt und gleichgeachtet, sondern die Medizinalverwaltung im weiteren Sinne schloß sie in sich ein. Tierärzte und Ärzte arbeiteten gemeinsam an der Lösung von tiermedizinisch-verwaltungsmäßigen Aufgaben, die Ärzte waren sogar in allen Instanzen in der Überzahl. Erst allmählich gelang die Emanzipation der Veterinärverwaltung von dem Gesundheitswesen im engeren Sinne. Voraussetzung und maßgebend war dabei die Geburt und rasche Entwicklung der tiermedizinischen Wissenschaft als eigener Disziplin.

Die geringe Achtung, ja Mißachtung, die man der Tierheilkunde und dem Tierarzt, den es erst seit 200 Jahren gibt, bzw. in stärkerem Maße noch seinen Vorgängern, den aus allen möglichen, meist niederen Ständen stammenden Tierheilkundigen, in früheren Zeiten entgegenbrachte, führte dazu, daß die Tierarzneikunst zunächst nicht an der Universität als eigenes akademisches Lehrfach ihre Pflegestätte erhalten konnte, sondern sich aus dem niederen, handwerksmäßigen Niveau der Tierarzneischulen emporarbeiten mußte. In erstaunlich kurzer Zeit vermehrte sich das tierärztliche Wissensgut und vergrößerte sich die anfangs winzige Zahl der ausgebildeten Tierärzte. Die Tierarzneischulen, später Tierärztliche Hochschulen oder Fakultäten, als Stätten wissenschaftlicher Forschung und die Tierärzte als Wissenschaftler machten eine selbständige und wirksame Veterinärverwaltung erst möglich. Diese ist ja die gesetzlich geregelte und behördlich geleitete Anwendung der Erkenntnisse aus veterinärmedizinischer Forschung zur Förderung des gemeinsamen Wohles (29) ⁺⁾ .

Wir haben also eine parallele Entwicklung, zeitlich und sachlich, von tierärztlicher Wissenschaft und Veterinärverwaltung. Aber noch eines wurde und wird bei diesem Aufstieg mitgenommen und das ist der tierärztliche Stand als Ganzes. Deutlich läßt sich verfolgen, wie mit der zunehmenden Höher-

+) Diese Ziffern beziehen sich auf das Literaturverzeichnis.

bewertung der Veterinärwissenschaft und der Veterinärverwaltung eine höhere soziale Geltung des Standes Hand in Hand ging. Als wichtige Meilensteine auf diesem Wege sollen herausgegriffen werden die Anerkennung der Tierarzneischulen als höhere Fachschulen und dann als Hochschulen bzw. Fakultäten, die Maturität als Vorbedingung für das Studium, das Promotionsrecht und die Anerkennung der Aufgaben, welche die Viehseuchengesetze von 1880 und 1909 der Verwaltung, insbesondere dem beamteten Tierarzt brachten.

Eine Arbeit, die sich mit der Entwicklung der Veterinärverwaltung befaßt, muß, um vollständig zu sein, auf die Zusammenhänge zwischen der tierärztlichen Wissenschaft bzw. dem Fehlen einer solchen, dem Stand der Tierärzte und ihrer Vorgänger und der Verwaltung hinweisen.

Was aber gab überhaupt den Anlaß dazu, daß der Staat das Veterinärwesen als eigenen Bereich in seine Verwaltung aufnahm? Es waren die verlustreichen Haustierseuchen des vorletzten Jahrhunderts. Aus der Not des Volkes heraus ist die Veterinärverwaltung geboren, aus der Notwendigkeit der Seuchenbekämpfung, im Gegensatz zur Humanmedizin. Aus den gleichen Voraussetzungen entstand die Tierheilkunde als Wissenschaft. Wollten die Verwaltungsbehörden der schädigenden Wirkung der Seuchen erfolgreich entgegenarbeiten, so bedurften sie der Wissenschaft und wissenschaftlich ausgebildeter Tierärzte als Fachleute. Als wirklichen Helfer in der Not achtete man den ausgebildeten Tierarzt jetzt mehr als den Pfuscher der früheren Zeit. Und so schließt sich der Kreis der Beziehungen.

Es läßt sich nicht vermeiden, bei der Schilderung dieser Entwicklung einen großen Teil der Geschichte der Humanmedizinalverwaltung mit hereinzunehmen. Die Medizin wird die ältere Schwester der Tierheilkunde genannt; auch in der Verwaltung ist sie die Vormünderin des Veterinärwesens gewesen. Alle staatlichen Belange, die das Veterinärwesen betreffen, standen vor Beginn des 19. Jahrhunderts in enger Verbindung mit der ärztlichen Verwaltung, die weit höheren Alters ist. Der Begriff des Medizinalwesens beinhaltet vordem in der Hauptsache das Gesundheitswesen in bezug auf den Menschen und als Anhängsel das Wenige, was das Veterinärwesen damals ausmachte. Seuchenbekämpfung und tierheilkundiges Personal standen unter der Aufsicht von beamteten Ärzten. Somit beschreibt man im Grunde wesentlich ärztliche Einrichtungen, wenn man diejenigen Verwaltungsstellen beschreibt, die sich mit tiermedizinischen und gleichzeitig mit veterinärpolizeilichen Problemen zu jener Zeit zu befassen hatten. Erst gegen Ende des vorigen Jahr-

hundreds erfolgte die definitive Trennung der beiden Verwaltungsbereiche.

Die Arbeit umfaßt, dem Thema entsprechend, die Zeit bis zum Zusammenschluß Württembergs mit den Ländern Baden und Hohenzollern im Jahre 1952.

I. DAS MEDIZINAL- UND VETERINÄRWESEN IN DER ZEIT VOR DER GROSSEN KIRCHENORDNUNG VON 1559

1. Die Verwaltungsbehörden der Grafschaft und des Herzogtums

Betrachtet man den Zustand des Medizinal- und Veterinärwesens in Württemberg in früher Zeit, so ist es angebracht, einen kurzen Blick auf die allgemeine Staatsverwaltung der Grafschaft und des Herzogtums zu werfen.

Das Bestehen der Grafschaft Württemberg rechnet man gewöhnlich seit dem Jahre 1250, seit der Zeit des ersten Grafen Ulrich mit dem Daumen. In der Grafenzeit kann man von organisierten Behörden kaum sprechen, da bis dahin die Volksautonomie vorherrschte und der Schwerpunkt der Verwaltung im Ehrenamt und bei den kleinen Gebietsherrschaften und Städten lag (46). Es gab aber doch, über das Land verstreut, Amtssitze der "Staabs-Beamten", der Statthalter des Grafen. Diese Beamten, die man Amtleute oder Vögte nannte, waren die ausführenden Organe der von der gräflichen Regierung ausgehenden Verordnungen. Die Staabsbeamten waren nur zum Teil Verwaltungs-"Beamte" mit einer festen Besoldung aus der Staatskasse. Teilweise waren sie "Bürger", also Ehrenbeamte, so vor allem die Schultheissen der württembergischen Städte (46). Der Geschäftskreis dieser Beamten umfaßte im wesentlichen die Polizeigegegenstände und die Regalien (Steuern). Die Grafschaft endigte mit der Erhebung zum Herzogtum durch Kaiser Maximilian am 21. Juli 1495.

Auch im Herzogtum bestand die Einrichtung der Vögte, die vom 1. Februar 1759 ab durch die Oberamtleute ersetzt wurden (Rey = Reyscher (43), Band XIV, S. 778). In den vom Regenten erlassenen Generalreskripten und Spezialresolutionen werden durchweg die Vögte, und zwar als "liebe Getrewe", angedet. Die Landesverwaltung wurde geordnet durch die "Allererste Landesordnung" vom 21. August 1521 (40) und später durch "Des Fürstentum Wirtemberg neue Landesordnung" von 1536 (40). Das Herzogtum wurde in Vogteien eingeteilt. Den Vögten übergeordnet waren Obervögte, die dann

durch das Generalreskript vom 18. April 1735 (Rey XIV, S. 157) wieder abgeschafft wurden. Die 1795 eingesetzten Oberamtleute hatten ihren Sitz in der Oberamtsstadt und ihnen unterstellt waren für kleinere Bezirke die Amtleute. Vögte und Amtleute besaßen eine mehr oder weniger weitgehende Gerichtsgewalt, teilweise entbehrten sie einer solchen. Die Regierungsgewalt lag beim herzoglichen Landhofmeister, beim Kanzler und bei einer Anzahl von Räten. Die Befehle der Regierung gingen gewöhnlich von der "Herzoglichen Cantzley" aus. Anstelle dieser obersten Landesbehörden trat später ein "Geheimer Regimentsrat" (als ein den Regenten beratendes Kollegium) und ein "Oberrat" (seit 1698 Regierungsratskollegium genannt) zur Besorgung der laufenden Verwaltungs- und Justizgeschäfte (43). Die Regierung von Herzog Christoph (1515 - 1568) brachte eine organisierte und ausgezeichnete Staatstätigkeit, die zum Teil bis zur Modernisierung der Verwaltung im Jahre 1806 grundlegend blieb.

2. Der Stand der Tierheilkunde

Der Begriff eines Veterinärwesens, mochte es selbständig oder unselbständig sein, war in jenen Zeiten vor der Großen Kirchenordnung überhaupt noch nicht vorhanden. Es gab nur eine einzige anerkannte und geschätzte Heilkunst und das war die am Menschen ausgeübte. Das folgende kann, wie für Württemberg, so für ganz Deutschland, ja ganz Europa gelten.

Im Gegensatz zum Veterinärwesen kann man von einem Medizinalwesen wohl sprechen, denn es gab Ärzte, die an Universitäten, vorzugsweise Italiens, Medizin studiert hatten oder später an der von Herzog Eberhard im Bart 1477 in Tübingen gegründeten Landesuniversität sich ihre akademischen Kenntnisse in der Heilkunde erworben hatten. Es gab ferner "Chirurgi" verschiedener Klassen. Sie standen rangmäßig unter den "Leibärzten", den inneren Ärzten, die von der Regierung als "Medicinae practici" angesprochen wurden. Die Chirurgi oder Wundärzte, deren unterster Klasse die Barbieri angehörten, erhielten ihre Ausbildung durch eine Lehre. Nach der Wanderschaft wurden sie einer Prüfung unterzogen und nach bestimmten Voraussetzungen einer der vier Klassen zugeteilt. Das Hebammenwesen war ebenfalls schon ausgebildet. Neben diesen geprüften und öffentlich anerkannten Medizinalpersonen gab es eine nicht zu kleine Anzahl von Kurpüschern. Ihnen trat man von jeher von seiten der Regierung scharf entgegen. So kann man wohl von einem ärztlichen Stand reden, wenngleich er kein einheitlicher, sondern in Rangstufen und Klassen zerrissener war. Die

Aufsicht über die Ärzte und andere medizinische Personen stand den kirchlichen Behörden zu. Seit frühester Zeit stand das Medizinalwesen, wie alle caritativen Einrichtungen, unter der Herrschaft der Kirche. Die Ärzte waren ja bis ins 14. Jahrhundert hinein fast ausschließlich Männer der Kirche: Priester, geweihte Mönche und Laienbrüder. Bei allen Nöten seelischer oder leiblich-materieller Art wandte sich das Volk an die Kirche. Kirchliche Einrichtungen waren auch die Armenhäuser, Spitäler, Siechenhäuser. Am deutlichsten war das segensreiche Wirken der Kirche während der Zeit der Pest zu spüren.

Bis zur Reformation hatte Württemberg nicht so empfindlich wie andere Länder die päpstliche Macht gefühlt, weil in seinen Landesgrenzen außer dem Regenten kein hoher Kirchenvertreter schaltete. Es war in mehrere kirchliche Sprengel eingeteilt gewesen. Kaum hatte es sich aber vom Katholizismus abgewandt, so schossen aus dem reformierten Boden die protestantisch-kirchlichen Gewalten hervor. Die Geistlichkeit suchte bald ihre Macht immer mehr auszubreiten. Im Laufe der Zeit gewann sie großen Einfluß auf die Regierung und so verwundert es nicht, wenn die protestantische Kirche beispielsweise eine strenge Aufsicht über das Medizinalwesen führte, das ihr, wie noch besprochen werden soll, Herzog Christoph besonders ans Herz legte. Aus dem Kirchengut, dem "Kirchenkasten", der immer mehr anwuchs, wurden die Armen und Siechen unterstützt, die Spitäler unterhalten und dem Volk konnte bei Epidemien, Tierseuchen, Blitzschlag, Wasser- und Feuerschäden unter die Arme gegriffen werden. In bezug auf die Wissenschaft hatte sich die Medizin schon vor der Reformation allmählich von der Vormundschaft der Kirche frei gemacht. Nach Luther hörte die Abhängigkeit, vor allem durch das Heraufkommen der Naturwissenschaften, ganz auf. Die Unterordnung der Medizin unter die kirchlichen Behörden auf dem Verwaltungsgebiete blieb aber bestehen.

Im Gegensatz zur Humanmedizin läßt sich bei der damaligen "Tiermedizin" nicht erkennen, ob sie unter der Obhut der Kirche stand. Ein ärztlicher Stand war, wie gesagt, ziemlich fest umrissen vorhanden und in seinen oberen Klassen wertgeschätzt, wogegen die unteren Klassen gegen bestimmte Vorurteile zu kämpfen hatten. Wie stand es nun aber mit denjenigen Personen, die sich mit der Behandlung kranker Haustiere befaßten?

In der Ritterzeit kam dem Pferd eine überragende Bedeutung zu. Das Schlachtroß war der Freund und Helfer des Ritters und die Sorge für sein Wohlergehen war ritterliche Pflicht und Selbstverständlichkeit. Zwar galt es

als nicht standesgemäß, wenn der Ritter eine handwerkliche Arbeit leistete, es war ihm aber unbenommen, sein Pferd eigenhändig zu beschlagen. Auch sollte er es, wenn es krank war, selbst behandeln können. Daher gehörte mit zur ritterlichen Erziehung die Kunst der Arzneibereitung für die Haus- und Stallapotheke. Der "Ritterspiegel" aus dem 15. Jahrhundert ⁺⁾ sagt wörtlich:

"keinerley hantwerg so her ubin
wan em daz nicht wole zemit:
seinen pherden abir an erni hubin
adir ab si werni vorlemit,
den mag her wole arzdigin,
hat her icht des gelernit."

Die Bedeutung des Pferdes war auch in den folgenden Zeiten geblieben. Abgesehen von dem ausschließlich durch Pferde bewältigten Transport von Menschen und Waren zu Land und auf den Flüssen (Treideln) waren vor allem die Armeen auf kräftiges, gesundes Pferdmaterial angewiesen. Die unaufhörlichen Kriege und Fehden ließen das Pferd den ersten Rang vor allen anderen Haustieren einnehmen. Die Fürsten hielten sich Marställe mit einer oft großen Anzahl von edlen Pferden. Die Obhut über die Marställe war den Stallmeistern oder Marstallern übertragen. Diese mußten Kenntnisse und Erfahrung in der Pferdeheilkunde besitzen, welche sie sich aneigneten, indem sie ein Leben unter Pferden verbrachten. Sofern sie während ihrer Laufbahn regelrechten Unterricht genossen, erstreckte sich dieser auf Reiten, Hufbeschlag und Pferdearzneikunst. Anfangs noch nieder gestellt und unfrei, rückten die Stallmeister später zu der Klasse der Adelligen auf und gaben die praktischen Aufgaben an die "Stallgrafen" ab. Das Amt des "Marschalls" entwickelte sich im Laufe der Jahrhunderte zu einem der vier höchsten Hofämter (13). Kenntnisse der Pferdeheilkunde fanden sich so bei den höchstgestellten Persönlichkeiten.

Auch die adeligen Großgrundbesitzer kurierten ihre Tiere selbst, wenigstens die Pferde, wie ihre Vorfahren, die Ritter, es getan hatten.

Während die Pferdehaltung bei den oberen Volksschichten den Vorrang hatte, nahm bei den niederen Volkskreisen der freien oder leibeigenen Bauern die Rinderzucht die erste Stelle ein, wenn sie auch einen weitaus geringeren Umfang hatte als heutzutage. Die Einstellung der Landleute zur Behandlung

⁺⁾ Herausgegeben von Karl BARTSCH, Bibliothek des Literarischen Vereins Stuttgart, 1860, S. 159.

von Haustieren war eine verschiedene. Die einen glaubten, wie die Geistlichen in der Kirche predigten, daß die Sünde der Menschen von Gott ganz besonders am Tierbesitz gestraft werde und so nahmen viele das Hinsterben ihres Viehbestandes z. B. bei Seuchen ergeben hin. Andere bemühten sich nach Kräften um ihre kranken Tiere. Die Bauern hatten von heilsamen Kräutern Kenntnisse, die vom Vater auf den Sohn überkamen. Auch einfache Werkzeuge wie Maulgatter oder Eingebeflasche konnte schließlich jeder handhaben. Oft lagen beim Schulzen des Dorfes Instrumente wie ein "Völlestecher" (Pansentrokar), ein Schlundrohr, eine große Klistierspritze (13). In den meisten Fällen aber wandte sich der Bauer an Leute, die von der Tierheilkunde etwas "verstanden". Diese Personen rekrutierten sich aus den verschiedensten Gewerben und Ständen, gewöhnlich aber aus den niedersten Schichten: Es waren Schäfer, Hirten, Schmiede, Abdecker usw. Es hat kaum einen Stand gegeben, aus dem nicht Vertreter unter den "Tierheilkundigen" zu finden waren. Die mit der Tierarzneikunst beschäftigten Personen standen von vornherein nicht eben in gutem Ruf. Sie waren meist von grober Art und ohne jede Bildung. Auch technisch traute man ihnen nicht sonderlich viel zu. Das ihnen Abträglichste war aber, daß viele von ihnen ein "unehrliches" Gewerbe im Hauptberuf betrieben.

Die Abdecker, auch Wasenmeister und Kleemeister genannt, haben sich von alters her gerne und ausgiebig mit der Tierheilkunde beschäftigt. Sie übten meist zugleich das Amt des Scharfrichters, Henkers aus. Ihr Stand galt als unehrlich. Heirat war nur innerhalb der Standesgenossen erlaubt. Die Berührung mit Menschen aus dem Stand der Abdecker war entehrend für den ehrlichen Bürger. Die Gerechtsame ihres Gewerbes vererbte sich vom Vater auf den Sohn und auf diese Weise sammelten sich auch Kenntnisse der Tierheilkunde in der Familie an und ein Schatz an Rezepten. Durch die Tätigkeit des Aufhauens der Tierkadaver mögen sie sich manche Kenntnisse krankhafter Veränderungen angeeignet haben (13). Die Vorurteile und die Verachtung, die gegenüber denjenigen Menschen bestanden, die mit Tierkadavern umgingen und gleichzeitig in Viehnöten angerufen wurden, übertrugen sich allmählich auf die Tätigkeit der Behandlung kranker Tiere überhaupt. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts krankte der tierärztliche Stand noch an diesen Anschauungen und es ist kaum einem anderen Stand so schwer gemacht worden, derartig fest haftende Vorurteile zu überwinden.

Ähnlich wie bei den Abdeckern lagen die Dinge bei den Hirten und Schäfern. Auch sie gehörten zu den passionierten Pfuschern und ihr Stand war wenig geachtet. Der Schweinehirte mußte z. B. in der Lage sein, durch

Ohraufschlitzen oder Abschneiden des Schwanzes einen Aderlaß zu machen. In der Geburtshilfe bei Tieren wußten diese Leute Bescheid, ja sogar zu Menschen wurden sie bei Schweregeburten häufig gerufen. Die Kenntnisse von Heilkräutern waren erstaunlich umfassend. Die heutigen Schäfer zeigen oft noch einen Abglanz dieses alten Wissens.

Lag die Behandlung der Rinder, Schweine, Schafe usw. in den Händen der Schäfer und Hirten, so wurde zu kranken Pferden in den niederen Volkskreisen der Schmied gerufen, und zwar ursprünglich der Grobschmied, der ein wenig vom Hufschlag verstand. Solche Schmiede arbeiteten sich immer mehr in die Pferdepraxis ein. Dem Hufbeschlag wurde mindestens ebenso große Bedeutung zugemessen wie der Heilkunst am Pferd. Die Hufkrankheiten stellten ja auch die hauptsächlichsten Leiden beim Pferde dar. Diejenigen Schmiede, die dann in der Lehrzeit neben dem Hufbeschlag zur Hilfeleistung bei kranken und lahmen Pferden angeleitet wurden, nannte man schließlich "Kurschmiede". Manche Schmiedezunft führte in ihrem Wappen bezeichnenderweise die Äsculapsschlange (13). Die Kurschmiede besorgten die Behandlung der kranken Pferde in den fürstlichen oder auch städtischen Marställen, meist unter der Leitung des Stallmeisters. Auch beim Heere lag die Pferdeheilkunst in den Händen der Kurschmiede oder, wie man sie später auch nannte, der "Reit- oder Fahنشmiede". Schließlich bezeichnete man sie als "Roß- oder Pferdeärzte". Schon aus dem 14. Jahrhundert kennt man solche Roßärzte als Bedienstete deutscher Städte. Nach Entlassung aus dem Heeresdienst fanden Kurschmiede oder Roßärzte ein Unterkommen an einem fürstlichen, städtischen oder Kloster-Marstall oder an einem Gestüt.

Von Kutschern und Reitknechten wurden ebenfalls recht eingehende Kenntnisse über Huf- und Beinleiden, Sattel- und Geschirrdrücker, Streichen und Einhauen gefordert. Schließlich war die Gesundheit der Pferde für den Reisenden sozusagen lebenswichtig. Oft rettete einen solchen nur die Gewandtheit und Schnelligkeit seines Pferdes vor den Händen von Wegelagerern und Schnapphähnen, die während der unsicheren Kriegszeiten eine gewohnte Erscheinung waren.

Für die kranken Hunde der Adeligen hatten die Jäger und Wildmeister als Hofbeamte nach ihren Dienstanweisungen zu sorgen.

Auch die Wundärzte und Barbieri ließen sich damals schon herab, sich

mit kranken Tieren zu beschäftigen. Sie zählten, wie erwähnt, ja selbst zu den weniger geachteten Berufen.

So war es eine recht zusammengewürfelte Gesellschaft von Menschen, welche die Tierheilkunde ausübten. Hier standen Adelige, Offiziere, manchmal auch Geistliche, dort standen die Vertreter der niedrigsten und verachtetsten Stände. Jedermann konnte Tierheilkunde treiben. Im Gegensatz zum Menschen war das Pfuschen bei Tieren erlaubt bzw. es war nur ein solches möglich, weil ein tierärztlicher Ausbildungsweg noch nicht gegeben und eine tierärztliche Wissenschaft noch gar nicht geboren war. Wenn sich auch manche Leute intensiver der Tierarzneikunst zuwandten, sei es aus Liebhaberei oder Gewinn, so war es doch nicht möglich, davon allein sein Leben zu fristen. Die Tierheilkunde konnte nicht als selbständiger Beruf, sondern nur als Nebenbeschäftigung ausgeübt werden. Eine Ausnahme bildeten vielleicht die festangestellten Roßärzte der Heere oder Marställe.

Die Bezeichnung "Vieharzt" kam erst gegen Ende des 15. Jahrhunderts auf. Die ersten deutschen Roßärzte wurden in Württemberg angestellt und sind in Uim/Donau nachzuweisen. Es sind dies ein Herr Ulrich, der 1388 angestellt wurde, und Albrecht Daniel Kolb und Georg Friedrich Sebald, die wenig später folgten (13).

Die Kastrierer, "Nonnenmacher" genannt, schlossen sich in Württemberg zu einer Bruderschaft zusammen. Durch ein Reskript des Herzog Christoph vom 6. Juli 1551 (Rey XII, S. 187) über die "Freiheit der Nonnenmacher, so Pferd und Vieh im Fürstentum Wirtemberg schneiden", wird die Bruderschaft bestätigt und derselben eine Zunftordnung verliehen.

Einen einheitlichen tierärztlichen Stand gab es nach alldem nicht. Der Begriff "Tierarzt" als Mitglied eines besonderen Standes mit Rechten und Pflichten und unter dem Schutz des Staates war nicht vorhanden.

Wie stand es nun mit dem "tierärztlichen" Wissen? Die Menschenheilkunde hatte seit früher Zeit vom Tier gelernt. Die Anatomie z. B. wurde früher, noch ehe die Medizin sich an menschliche Leichname wagen durfte, fast ausschließlich am Tier studiert, bis dies als unehrliche Beschäftigung galt. Dagegen übertrug man nur selten medizinische Kenntnisse auf die Tierbehandlung. Die Ärzte, und zwar die inneren Ärzte als die einzigen studierten, wissenschaftlich gebildeten Heilkünstler, konnten sich zu der damali-

gen Zeit nicht mit kranken Tieren abgeben, ihre Berufsehre hätte darunter gelitten. So konnte wenig medizinische Wissenschaft in die Tierheilkunde eindringen. Die Behandlungsweise der Pfuscher, welche die einzigen verfügbaren Helfer in Krankheitsfällen bei Haustieren waren, war roh und empirisch. Von Wissenschaft im heutigen Sinne konnte auch nur andeutungsweise nicht die Rede sein. Aberglaube, Zaubermittel und Besprechen etc. spielten eine große Rolle. So waren auch die für die Behandlung oft maßgebenden "Pferdearzneibüchlein" voll von Empirie und Aberglauben über Krankheitsentstehung und -heilung. Es mangelte größtenteils an den einfachsten anatomischen, physiologischen, chirurgischen Kenntnissen usw. Ihre Unkenntnis und die entsprechenden Mißerfolge ihrer Heilversuche brachten die Viehärzte allmählich in den Ruf, Scharlatane zu sein. Allerdings gab es auch Ausnahmen: Bei den Abdeckern und Scharfrichtern fanden sich manche, für jene Zeit erstaunliche Kenntnisse. Gerade unter diesem Gewerbe konnte man damals noch die besten Tierheilkundigen finden. Oft waren sie die Verfasser der genannten Pferde- und Viehharzneibüchlein.

Der Mangel an wissenschaftlich gebildeten oder überhaupt ausgebildeten Tierärzten machte sich in jenen Zeiten noch nicht so stark geltend, teilweise wohl auch deswegen, weil die Haustiere unserer Vorfahren noch sehr ursprünglich waren und von einer einseitig auf Leistung bedachten Viehzucht und der damit verbundenen Anfälligkeit der Tiere gegenüber pathogenen Einflüssen noch nicht viel zu merken war. Schwierige Verhältnisse traten dann ein, wenn unter den Haustieren Seuchen ausbrachen.

3. Die Seuchen und ihre Bekämpfung

Nach Eichbaum (9) sind in der Zeit vom 6. - 15. Jahrhundert nicht weniger als 32 größere Epizootien in Europa gezählt worden, von denen der größte Teil sämtliche Haustiere, ein kleinerer Teil nur einzelne Gattungen betraf. Bei einer Anzahl der Seuchen erkrankten gleichzeitig Mensch und Tier. Bei den einen erstreckte sich die Verbreitung über den ganzen Kontinent, bei den anderen nur über ein Land. Diese Seuchen wurden mit der Zeit von Ärzten studiert und beschrieben. So können wir heute einigermaßen beurteilen, um welche Seuchen es sich gehandelt haben muß. Es war vor allem das Rindvieh betroffen und hier kommen in erster Linie die Rinderpest und dann der Milzbrand in Frage. Vom Milzbrand nimmt man an, daß er in Deutschland von jeher heimisch war. Die Rinderpest hingegen kam aus Asien.

Sie wurde durch die Hunnen 355 n. Chr. und durch die Mongolen 1241 n. Chr. hereingeschleppt und wütete seitdem immer wieder unter den Rinderbeständen Europas in verheerender Weise. Begünstigend für das Aufflammender Seuchen waren die Kriegszeiten wegen der damit verbundenen Bewegung von Menschen- und Tiermassen. Die Seuchen verminderten den Viehbestand in hohem Maße und vertieften in Gemeinschaft mit Krieg und den hieraus resultierenden Mißernten die Volksarmut außerordentlich.

In Württemberg lagen die Verhältnisse so wie in anderen deutschen Ländern. Der Ausbreitung der Seuchen stand so gut wie nichts entgegen. Es wurde weder die Kontagiosität im allgemeinen erkannt, noch standen irgendwelche wissenschaftliche Hilfsmittel zur Seuchenbekämpfung zur Verfügung. Es fehlte, viel mehr noch als bei den Epidemien des Menschen, an den Grundlagen der Seuchenforschung. Es galt in weitem Maße das schon allgemein in bezug auf Tierkrankheiten Gesagte: daß nämlich derartige Nöte als göttliche Heimsuchung angesehen wurden. Die Menschen, vor allem die in große Armut gestürzten Bauern, welche schon in Kriegszeiten immer am meisten zu erdulden hatten, resignierten und fügten sich dem Unabwendbaren.

War man schon gegenüber den menschlichen Seuchen machtlos, in wie viel höherem Maße mußte man es bei den Tierseuchen sein, wo die tierärztlichen Kenntnisse so verschwindend gering waren. Es werden wohl die Ärzte beauftragt worden sein, etwas gegen die Tierseuchen zu unternehmen. Sie wiederum hatten sich wahrscheinlich der Landwirte, Schmiede, Schäfer, Abdecker etc. als ausführender Organe bedient, um sich nicht durch Heilversuche an Tieren entehren zu lassen.

Der Ausbruch der Seuchen wurde von den Kanzeln herab bekannt gegeben, ebenso die Maßregeln, die zu befolgen waren. Die staatliche Fürsorge beschränkte sich anscheinend auf sehr wenige Maßnahmen, im wesentlichen auf die Anordnung von Bittgottesdiensten im ganzen Land. Tierseuchenverordnungen sind in Württemberg aus der Zeit vor dem 16. Jahrhundert nicht aufzufinden. Das Volk erhielt bei den verlustreichen Seuchen Unterstützung aus dem Kirchenkasten, dem Vermögen der Kirche.

Von einer einheitlichen Seuchenbekämpfung oder gar von einem diesbezüglichen eigenen Verwaltungsapparat kann also nicht die Rede sein. Vögte und Amtleute meldeten den Ausbruch einer Seuche an die gräfliche bzw. herzogliche Kanzlei und diese gab ihre wenigen Anordnungen wieder an die Unterbeamten.

4. Die frühesten auf das Medizinal- und Veterinärwesen sich beziehenden Verordnungen

Die ältesten gesetzlichen Bestimmungen in Württemberg für das Medizinalwesen sind nach SCHÖN (49) die Kirchenbeschlüsse von 1130 und 1139. Dies scheint mir aber nicht klar zu sein. In den Beschlüssen soll das Verbot des Arztseins von Geistlichen ausgesprochen worden sein. Bis ins 14. Jahrhundert lag ja aber doch die Heilkunst fast ausschließlich in Händen von Geistlichen oder Klosterbrüdern.

Die älteste mir erreichbare Medizinalbestimmung ist in der "HARTMANNschen Reskriptensammlung" der Württembergischen Landesbibliothek (40) (Band I) enthalten: "Des Apothekers zu Stuttgart Ayd und Staat, nebst einer Apothekentaxe" vom 4. Juli 1406, aus der Zeit des Herzog Eberhard im Bart. Nach SCHÖN (49) und MOLL (31) erschien 1482 eine weitere derartige Ordnung: "Des Apothekers zu Stuttgart Ayd und Gesatz", anscheinend eine revidierte Ausgabe derjenigen von 1406. In den Akten des Kirchenrats im Württembergischen Staatsarchiv findet sich ein "Staat und Eid der Ärzte und Apotheker" vom 14. Oktober 1559 und eine "Ordnung der Ärzte und Apotheker vom Fürstentum Wirtemberg" von 1566 (StA = Staatsarchiv, Repertorium Nr. A 282, Bund 1126⁺⁾).

Die einzigen Verordnungen aus der Zeit vor der Großen Kirchenordnung von 1559, welche das Veterinärwesen betreffen, sind für die Schäfer und Metzger bestimmt. Eine davon bezieht sich auf die Viehzucht: In der Landesordnung von 1536 (40) findet sich eine "Roßordnung", in der das folgende enthalten ist: Es wird empfohlen, die teuren Pferde zu Gunsten von Ochsen abzuschaffen, damit beim Abgang von Ochsen wenigstens noch der Wert des Fleisches erhalten bleibe und der Schaden dadurch geringer würde. Die Amtleute werden angewiesen, sich in ihrem Bezirk zu erkundigen, wieviel Rösser an jedem Ort vorhanden sind und ob man sie nicht durch Ochsen ersetzen könne.

Die Schafzucht war in Württemberg bedeutend. Die einzelnen herzoglichen Schäfereien waren sogenannten Zahlmeistern unterstellt, welche die Herden nach Zahl und Gesundheitszustand überwachten und die Weiden für sie festsetzten. Sie stellten die herzoglichen Schafinspektoren dar. In einem Auszug aus einem amtlichen Bericht an einen Zahlmeister vom 22. Mai 1523 (40) heißt es:

⁺⁾ Im folgenden wird nur die Suchnummer angegeben.

"Der Schäfer zu Westheim soll mit dem ganzen Haufen gegen Kirchheim fahren und sich da der Dörfer und Kirchheim der Stadt mit der Waid behelfen, bis der Schnee fällt, und wann die Lämmerung angeht, soll er heimfahren gen Westen ins Schafhaus und soll sich seines eigenen Heus behelfen. Item der Schäfer zu Pulverdingen soll mit den tragenden Schafen zu Böblingen im Schafhaus liegen. Er soll auch mit den alten Hammeln gen Zavelstein fahren ..."

Eine alte "Schaafordnung" ohne Datum und eine andere "Schaafordnung des Fürstenthums Wirtemberg" vom 12. August 1539 aus der Zeit Herzog Ulrichs (40) bestimmten u. a., "um der Unordnung in der Schaaf- und Viehhaltung zu begegnen", daß an Orten, wo seither keine Schafe waren, auch weiterhin keine sein sollten. Es wird die Verteilung der Herden auf die einzelnen Orte des Landes geregelt.

Ein an den "lieben Getrewen", den Vogt, gerichtetes Generalreskript des Herzog Christoph vom 1. November 1560 (Rey XII, S. 310) läßt sich aus über die Handhabung der Weideordnung und den Gebrauch von Urkunden über den Gesundheitszustand der Schafe: Die Untertanen eines Dorfes sollen keinen mit Schafen beherbergen ohne Wissen des Schultheißen. Von jedem mit Schafen Ankommenden ist der Landbrief zu fordern.

1540 bekamen die Stuttgarter Metzger eine Ordnung (40) und im selben Jahr, am 13. Juli, gab Herzog Ulrich eine "Fleisch-Tax- und Schauordnung" (Rey XII, S. 135): Es wird, um die "Unrichtigkeit" beim Fleischverkauf zu klären, eine Schauordnung gegeben. Der Wert (des Fleisches) soll durch ins Amt erwählte Schau- und Fleischschätzer geschätzt werden. Eine Taxe ist beigefügt. - Es ging bei der Schätzung des Fleisches nur um die Ermittlung des Verkaufswertes, hygienische Belange wurden nicht berührt oder höchstens gestreift.

Am 6. April 1554 erließ Herzog Christoph die "Erste Fleisch- und Metzgerordnung für das Fürstentum Wirtemberg" (Rey XII, S. 259) und am 17. März 1567 eine zweite (Rey XII, S. 332). Die erste Ordnung sagt aus, "welchermaßen das Vieh im Fürstentum erzogen werden soll". Es werden Bestimmungen gegeben über die Einfuhr von ausländischem Vieh, über die Taxe und die Schätzung des Fleisches allgemein, sowie der Sulze und der verschiedenen Fleischsorten. Weiter heißt es: "Wie sich der Metzger zum Fleischhauen richten soll": Geschworene Schätzer sollen das Vieh lebend und geschlachtet schätzen (also nicht beschauen). Das Schlachten (von Großtieren) ist nur in

öffentlichen Schlachthäusern erlaubt. In Stuttgart und Tübingen wird, um evtl. auftretendem Fleischmangel abhelfen zu können, eine Freibank eingerichtet. Im Notfall kann dies auch für andere Städte erlaubt werden. Wenn Vieh "anbrüchig", d. h. räudig, wird, soll die Weide gesperrt werden und darf erst nach 30 Tagen wieder geöffnet werden, vorausgesetzt, daß kein Stück Vieh gefallen ist.

Es läßt sich aus keiner Literatur-Quelle und aus keinem Reskript die Vermutung ableiten, daß für Gegenstände aus dem Bereich des "Veterinärwesens" eigene Verwaltungsbehörden vorhanden waren. Die damalige Tierheilkunde war sich selbst überlassen; sie genoß keinen Schutz von seiten der Regierung und entbehrte jeder speziellen Aufsicht.

II. DAS MEDIZINAL- UND VETERINÄRWESEN IN DER ZEIT ZWISCHEN DER GROSSEN KIRCHENORDNUNG UND DER GRÜNDUNG DES KÖNIGREICHES

1. Die Große Kirchenordnung

Der Tod von Herzog Eberhard im Bart (1496), einem der bedeutendsten Regenten Württembergs, hatte das Land in verhängnisvolle Wirren gestürzt. Herzog Eberhard II. d. J. und sein Nachfolger Herzog Ulrich brachten eine sturmbelegte, von vielen Fehden und Aufständen ("Armer Konrad") zerrissene Zeit für Württemberg. Ulrichs Sohn, Herzog Christoph (geb. 1515), befestigte den zerrütteten Staat wiederum auf allen Gebieten. Er bemühte sich um die Vervollkommenung der religiösen und staatlichen Einrichtungen seines Erblandes. Die protestantische Kirche erlebte einen großen Aufschwung unter seiner Regierung. Seine Absichten gingen dahin, alle philanthropischen Institutionen als Ausfluß der Religion Christi der Kirche unterzuordnen und er glaubte in ihr die beste und aufrichtigste Pflegerin für jene gesetzt zu haben. Großes Verdienst erwarb sich Herzog Christoph durch die Einrichtung öffentlicher Krankenanstalten. Um seine Absichten in einen Zusammenhang zu bringen und der Einrichtung der Kirche eine klare Formung zu geben, erließ er im Jahre 1559 die sogenannte Große Kirchenordnung (Rey VIII, S. 106), eine noch bis in die Gegenwart wirksame Kirchen- und Schulverfassung. Er sagte selbst von ihr, sie sei ein "summarium und einfältiger Begriff, wie es mit der Lehre und Ceremonien in den Kirchen unseres Fürstenthums, auch derselben Kirchen abhängigen Sachen und Verordnungen bisher geübt und gebraucht, auch furohin mit Verleihung göttlicher Gnaden gehalten und vollzogen werden solle" (32). Diese Ordnung stellt also nichts absolut Neues dar, sondern enthält auch eine Zusammenfassung des bisher Gebräuchlichen. Die Kirchenordnung, nach SCHÖN (49) hervorgegangen aus der Klosterordnung von 1556, umfaßte aber nicht bloß die kirchlichen Angelegenheiten, sondern erstreckte sich, ganz im Sinne jener Zeit, sehr wesentlich über weltliche Gegenstände, die von der damaligen, noch mehr aber von der späteren Geistlichkeit so gerne auf ihr Territorium herübergezogen wurden (32). DEHLINGER (7) bezeichnet sie als eines der großartigsten und in all seinen Teilen vollendetsten Gesetze der deutschen Geschichte. In ihrer vollständigen Form zerfällt die Kirchenordnung in 19 Abschnitte, von denen

der 9. und 10. von den Leibärzten und Wundärzten, der 7. von den Zauberern und der 8. von der Kirchenkastenordnung handelt, in welcher letzterer ein Teil über die Siechen- und Blatterhäuser spricht. Von dem Inhalt soll nur das im Zusammenhang mit dem Thema der Arbeit Stehende erwähnt werden:

Von Leibärzten": Neben jedem Doctor medicinae, "mit der Practic wohl-erfahren", soll ein Apotheker stehen. Jedem Doktor soll ein "bestimmt Wart-geld" gereicht werden. (Es wird also von angestellten Ärzten gesprochen.)

Auf die Wundärzte soll "in allweg mit ordentlicher Visitation von Unserem Landhofmeister und Kirchenräten gehalten werden". Die Beeidigung beider Klassen von Ärzten kommt dem noch zu besprechenden Kirchenrat als der vorgesetzten Behörde zu. Junge Leute werden durch Geldunterstützung instande gesetzt, im In- und Ausland sich in der medizinischen Wissenschaft auszubilden, um dann später die vom Staat eingerichteten Arztstellungen übernehmen zu können. Auch die Wundärzte erhalten Mittel für ihre Lehre gegen die Verpflichtung, dem Land dann vor allem anderen zu dienen.

Wohl eine der wichtigsten Institutionen für das Herzogtum Württemberg gründete die Kirchenordnung dadurch, daß sie die vier ersten Physikate in Stuttgart, Göppingen, Calw und Bietigheim einrichtete und so das platte Land, das bis dahin gleich wie die Städte nur spärlich mit wissenschaftlich gebildeten Ärzten versehen war, mit solchen von öffentlichem Charakter versorgte und diese als Physici in die genannten "größeren" Städte setzte. Nach PLIENINGER (30) befand sich das vierte Physikat nicht in Calw, sondern in Weil. Es ist aber unklar, um welches Weil es sich dabei handeln könnte, denn Weil im Schönbuch wie Weilimdorf bei Stuttgart waren zu unbedeutend und Weilderstadt war bis 1802 freie Reichsstadt und folglich nicht württembergisch. Der Name Physikat und die Bezeichnung der Vertreter und Inhaber dieser Stellen als Physici stammen nicht aus der Kirchenordnung. Schon im Mittelalter nannte man die Ärzte der inneren Medizin Physici.

Durch diese vier ärztlichen Stationen war Württemberg besser als jedes andere Land in Deutschland zu jener Zeit in ärztlicher Beziehung versorgt und nicht zuletzt auch dadurch, daß diese Stationen geographisch so günstig gewählt waren. Mit den Physikaten wurden zugleich auch Apotheken eingerichtet, die ohne jene keine so entschiedene Vermehrung gefunden hätten. Nun konnte man auch gegen das verbreitete Puschertum vorgehen, dem das Volk vorher ausgeliefert gewesen war.

Während also für das Medizinalwesen viele Bestimmungen gegeben wurden, findet man die Tierheilkunde nur an einer Stelle erwähnt:

" Von Landhofmeistern, Cantzler, Räten, Kirchenräten können vier gottesfürchtige Männer verordnet und bestellt werden, die ... prüfen sollen, ob ... item Segensprecher und Kälberärzte, die ohne erfordert und approbiert, sich der Artzney gebrauchen" (Rey VIII, S. 256).

Das bedeutet, daß der Regierung in bezug auf die Tierheilkunde nur eines wichtig war; daß nämlich die Tierheilkundigen sich nicht mit der Menschenheilkunde befaßten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sie den kirchlichen Behörden unterstellt waren. In Seuchenzeiten aber zog sie der Physikus zu Hilfeleistungen heran.

In der Kirchenordnung sieht man den Anfang der Württembergischen Medizinalgesetzgebung. In den das Medizinalwesen betreffenden Abschnitten sind diejenigen Verordnungen niedergelegt, die neben der neuen Medizinalordnung von 1567 (Sechste Landesordnung vom 17. August - Rey XII, S. 344) für jene und spätere Zeiten die Wirksamkeit des Medizinalwesens bestimmten.

Nachdem die Kirchenordnung erlassen worden war, stand an der Spitze des kirchlichen Apparates als oberste Instanz der Kirchenrat; er gewann für die Tierheilkunde später größere Bedeutung. Es handelt sich dabei um den sogenannten "älteren Kirchenrat", der 1790 vom "jüngeren" abgelöst wurde. Er stellte ein Kollegium dar, das sich aus einer Anzahl von Kirchenräten zusammensetzte. Als staatliche Behörde griff er weit in alle Gebiete des württembergischen Lebens ein. Ihm stand die Oberaufsicht über das gesamte Medizinalwesen zu, er verwaltete den Kirchenkasten, aus dem die Mittel für die angestellten Medizinalpersonen, für die Sanitätsanstalten, für die Bekämpfung der Epidemien und auch Epizootien flossen etc. Ihm unterstand die Universität und das gesamte Schulwesen. Sein Wirkungskreis war also etwa der eines Kultus- und Gesundheitsministeriums. Seine wichtigste Aufgabe war die Ausübung der Kirchenzucht.

Die Erste Große Kirchenordnung von 1559 wurde durch Herzog Ludwig am 30. April 1582 revidiert und verbessert ausgegeben als sogenannte "Zweite Große Kirchenordnung" (Rey XII, S. 433).

War schon das Medizinalwesen, das damals nur die Humanmedizin umfaßte im Gegensatz zu späteren Zeiten, eine verhältnismäßig wenig bedeutende

Angelegenheit, so konnte die Tierheilkunde noch um so weniger eine entsprechende Aufmerksamkeit erwarten. Der Stand der Tierheilkunde und die Verhältnisse der damit beschäftigten Personen sowie die Tierseuchenbekämpfung sollen für die Wirkungszeit des Kirchenrats (bis 1806) ebenfalls wieder in besonderen Kapiteln besprochen werden.

In Unterordnung unter die Obergewalt der allgewaltigen, manchmal etwas gewalttätigen Kirchenräte hatten sich, zum Teil auch schon vor der Kirchenordnung, noch andere Institutionen mit dem Medizinalwesen und einigen Fragen aus dem Gebiet der Tierheilkunde zu befassen.

2. Die beiden Collegia medica

Das Medizinalwesen in Württemberg war in bezug auf die Verwaltung räumlich zweigeteilt. Man unterschied einen Landesteil "ob der Staig", der Stuttgarter Steige nämlich, der das Gebiet der Schwäbischen Alb, des Württembergischen Schwarzwalds, der Donaugegend und später Oberschwabens umfaßte und einen Landesteil "unter der Staig", der das Unterland in sich schloß. In Hinsicht auf das Medizinalwesen war die "Hauptstadt" ob der Staig Tübingen und unter der Staig Stuttgart.

In Tübingen bestand die Behörde für die Medizinalverwaltung aus den Mitgliedern der medizinischen Fakultät der Landesuniversität. Sie bildeten zusammen das "Collegium medicum" schlechthin. Es bestand als solches seit der Gründung der Universität im Jahre 1477.

Unter der Staig wurden die medizinischen Aufgaben erledigt durch ein zweites Collegium medicum, das man gewöhnlich "Collegium archiatrale" nannte. Wann es als Verwaltungsbehörde eingerichtet wurde, ist nicht festzustellen. Nach einem Bericht des Kirchenrats vom 5. Januar 1797 (StA A 282, Bd. 1338) setzte es sich zusammen aus zwei Wirklichen Räten (den administrativen Mitgliedern), zwei Wirklichen Leibmedici, zwei Leibchirurgen, zwei Hofmedici ordinarii und zwei Stadtphysici, nach WEIGELIN (55) zu Herzog Carl Eugens Zeiten jedoch nur aus zwei Wirklichen Leibärzten und dem Leibchirurgen. Es ist zu bemerken, daß ein großer Unterschied bestand zwischen den Leibmedici, deren Titel auf Antrag vom Herzog verliehen wurde, und den Wirklichen Leibärzten, die für das gesundheitliche Wohl des Herzogs und des Hofstaates angestellt waren und eine hervorragende Stellung im Staat einnahmen.

Die Aufgaben der beiden Collegia medica waren dieselben. In kollegialischer Geschäftsbehandlung hatten sie für Gerichte und andere Verwaltungsbehörden Gutachten zu erstatten und Vorschläge zur Verbesserung der Medizinaleinrichtungen zu machen. Auch die Prüfung der Ärzte und Chirurgen der oberen Klassen lag ihnen ob, während deren Vereidigung vom Kirchenrat vorgenommen wurde. Ferner war es ihre Pflicht, in bestimmten Abständen Medizinalvisitationen in ihrem Bezirk vorzunehmen und vor allem die Physici und Apotheken zu besuchen. Besondere Aufgaben erwuchsen ihnen zu Zeiten von Menschen- und Tierseuchen, deren Behandlung ihnen ebenfalls aufgetragen war. Die Physici waren aufgefordert, über alle verdächtigen Vorkommnisse in ihrem Bezirk, die auf Seuchen unter Menschen und Haustieren schließen lassen, dem Collegium medicum zu berichten (Generalreskript vom 4. September 1666 - Rey XIII, S. 480). Das Wirken der Collegia war demnach überwiegend technischer Art. Die eigentlichen Verwaltungsaufgaben lagen bei dem aufsichtführenden Kirchenrat. Von ihm wurde das Collegium archiatrale, im Gegensatz zum Collegium medicum in Tübingen (im folgenden kurz Collegium medicum genannt), nie voll anerkannt. Die Geschäftsbehandlung scheint bei jenem ziemlich schleppend und ungenau gewesen zu sein. Der Kirchenrat sah sich immer wieder zu Beschwerden beim Herzog über dieses Collegium und seine Arbeitsweise veranlaßt. In einem Bericht an den Herzog vom 26. September 1796 (StA A 282, Bd. 1342) wurde das Collegium als "trauervollstes" bezeichnet. In einem weiteren Bericht vom 5. Januar 1797 (StA A 282, Bd. 1338) bemerkte der Kirchenrat wörtlich, daß das Collegium

"nie als ein eigenes Collegium betrachtet worden sei, sondern die beiden Räte und die Leibmedici, welche solches ausmachen, als Sachverständige angesehen würden und deswegen von dem Kirchenrat der ursprünglichen Verfassung gemäß nicht durch protokollarische Auszüge, sondern durch Signaturen oder Dekrete und Berichte um Gutachten aufgefordert würden".

Er beschwerte sich weiter, daß

aber auch diese Aufforderung in neuerer Zeit wenig Gedeihliches hervorgebracht hätte. Der Kirchenrat könne von dem Collegium archiatrale weder Relationen, noch Berichte, noch Gutachten erhalten und sei daher schon verschiedene Male genötigt gewesen, untertänige Anzeige davon zu machen und zu bitten, jenes Collegium zur Besorgung ausständiger Sachen anzuhalten. Der Kirchenrat habe die ihm zukommende Confirmation, Beeidigung der Ärzte,

Apotheker und andere vorkommende Angelegenheiten sogleich zweckmäßig befördert. Das Collegium archiatrale aber habe die neben der Prüfung der Ärzte und Apotheker ihm zukommende Erstattung der Relationen von den Visitationen der Ärzte, Apotheker, Hebammen unter der Staig nicht nur nicht besorgt, sondern es sei auch ein vor 10 Jahren von dem Visitator ob der Staig, einem Mitglied der Medizinischen Fakultät in Tübingen, erstattetes Gutachten noch nicht zurückgekehrt. Ebenso seien die unbrauchbaren Stäte für Ärzte und Apotheker um Gutachten dahin (zum Collegium) gegeben worden und man habe solche noch nicht zurückerhalten, und nur mit vieler Mühe habe man endlich den Staat für den Tierarzt Walz herausgebracht."

Währenddem das Collegium medicum als die Gesamtheit der Professoren der medizinischen Fakultät in Tübingen praktisch auch heute noch besteht, wurde das Collegium archiatrale zu Beginn des 19. Jahrhundert aufgelöst. Der Zeitpunkt dafür ist nicht genau festzustellen. Im Jahre 1807 bestand es noch, denn in der Instruktion für das Medizinaldepartement vom 23. Juni 1807 (Reg. Bl. = Regierungsblatt (36) S. 321) wurden die Collegia medica in Stuttgart und Tübingen beauftragt, die Medizinalvisitationen auszuführen, die Apotheker und Provisoren zu prüfen und in kollegialischer Beratung Gutachten zu erstatten und Vorschläge zur Verbesserung des Medizinalwesens zu machen (§ 39).

In den beiden Collegia kann man die ersten Ansätze einer "Veterinärverwaltung" sehen, denn beide hatten sich mit tierseuchen-polizeilichen Gegenständen zu befassen. Eine verfügende Gewalt scheint ihnen nicht zugestanden worden zu sein. Ihre Aufgabe war auch bei diesen Dingen die technische Beratung des Kirchenrats und der Regierung, von welcher die Seuchenverordnungen erlassen wurden.

3. Die Sanitätsdeputation

Wenn auch die Oberaufsicht über das Medizinalwesen seit der Kirchenordnung dem Kirchenrat zustand, so wurde jenes doch vom Jahre 1734 ab in Wirklichkeit von der Sanitätsdeputation, von MEMMINGER (30) Sanitätscollegium genannt, geleitet. Sie wurde 1734 oder wenig früher von Herzog Carl Alexander eingesetzt. Erstmals wird sie erwähnt in dem Generalreskript vom 27. Oktober 1734 (Reg XIV, S. 151): Den Stabs- und anderen Beamten wird befohlen,

" so bald sie nur das geringste von einer besorglichen Kranckheit und einem einzureißenden Malo, an Menschen und Viehe verspühren würden, ein solches sofort und ohnverlängt, nach allen dabey vorkommenden Umständen, an die bereits gnädigst-nidergesetzte Sanitaets Deputation Bericht gelangen zu lassen, und sich von da aus weiterer Bescheiden zu gewärtigen".

Zur Einrichtung dieser Institution führten zweifellos in erster Linie die im 18. Jahrhundert verheerend auftretenden Viehseuchen, allen voran die Rinderpest. Die Hauptaufgaben dieser, nach GAUPP (16) aus 10 Mitgliedern, darunter aber nur zwei beratende Ärzte, bestehenden, nach PFAFF (33) aber aus einem Regierungs-Rat, zwei Leibärzten und dem ältesten Stadphysikus von Stuttgart sich zusammensetzenden Deputation lagen nämlich im Vorgehen gegen Epidemien und Epizootien. Das Wirken der beiden Collegia medica scheint den Anforderungen dieser an medizinischen und veterinärmedizinischen Problemen so reichen Zeit nicht gewachsen gewesen zu sein. Es war unumgänglich, zum Zwecke der Seuchenbekämpfung, der Erforschung der Seuchen und der besten Abwehr- und Heilmethoden eine eigene Behörde zu schaffen. Den Collegia in Stuttgart und Tübingen blieben ihre übrigen Obliegenheiten, wie Prüfungen und Visitationen, unbeschnitten. Obwohl die veterinärpolizeilichen Aufgaben der Deputation überwogen, war ihr ein "tierärztliches" Mitglied zunächst nicht beigegeben, so wenig wie den Collegia medica. Seit 1770 wurde aber in solchen Fällen dem Herzoglichen Stallmeister und Kammerjunker F. M. F. Freiherr Bouwinghausen von Wallmerode ein Votum zugestanden (18), und 1780 wurde er in die Sanitätsdeputation als Assessor zur Bearbeitung der das Veterinärwesen betreffenden Gegenstände berufen (13).

Freiherr von Bouwinghausen, geb. 1753 in Heilbronn, erlernte unter Ayres in Göttingen 1772/74 die Reitkunst und hörte daneben bei Erxleben Tierheilkunde. Später wurde er Stallmeister in Herzoglich Württembergischen Diensten. 1795 war von Bouwinghausen Obrist bei der Kavallerie und Landoberstallmeister. Er hat mehrere Bücher über Tierheilkunde geschrieben.

Zu Berichten an die Sanitätsdeputation wurden nie die Tierheilkundigen aufgefordert. Es war die Pflicht der Oberamtleute, welche die Vögte ersetzten, dafür zu sorgen, daß, sobald sich in einem Ort etwas Bedenkliches hinsichtlich einer Viehseuche ereignete, von den Ortsbehörden sogleich Anzeige an das Oberamt erfolgte und von diesem, wenn sich der Fall dafür qualifizierte,

unverzüglicher Bericht an die Sanitätsdeputation erstattet wurde (Reskript vom 23. November 1772 - Rey XIV, S. 870).

Ein ordentliches Mitglied für tierärztliche Gegenstände erhielt die Deputation 1795 in der Person des Landtierarztes Walz, von dem noch eingehend die Rede sein wird.

Der Kirchenrat war auch mit der von der Deputation geleisteten Arbeit nicht zufrieden. Wie aus einem Bericht an den Herzog vom 5. Januar 1797 hervorgeht, kritisierte er die nicht systematisch genug erfolgende Behandlung der Epidemien und Viehseuchen (StA A 282, Bd. 1338).

Die Spezialresolution vom 4. November 1796 an den Kirchenrat (StA A 282, Bd. 1492) gab die Anordnung, als außerordentliches Collegium für Viehseuchenangelegenheiten eine "Außerordentliche Deputation" unter dem Präsidium eines Herzoglichen Geheimen Rats zur Ergreifung von Maßregeln gegen das immer mehr um sich greifende Übel der "ungarischen Viehseuche", der Rinderpest, einzurichten. Man war dieser Seuche einfach nicht Herr geworden. Die Mitglieder dieser neuen Deputation stammten aus der herzoglichen Regierung, aus dem Rentkammer- und dem Kirchenratskollegium und aus der Sanitätsdeputation. Die medizinisch-technischen Mitglieder waren die beiden Hofmedici Dr. Hopfengärtner und Dr. Autenrieth und der Landtierarzt Dr. Walz. Die Aufgabe dieser Deputation war die Erstattung von Gutachten über die Maßregeln gegen die Seuche, die endlich zu einem Erfolg führen sollten, und deren schnelle Einsendung an die herzogliche Kanzlei. Wie noch erwähnt werden wird, brachte die Arbeit dieses Kollegiums erst Erfolge, als die von Walz angegebene Methode der Keulung der an Rinderpest erkrankten Rinder eingeführt wurde. Hier scheint zum ersten Mal in einer behördlichen Stelle ein Tierarzt die wichtigste Rolle gespielt zu haben. Alle Reskripte, die zur Bekämpfung von Seuchen erlassen wurden, stammen aus dem Kreis jenes Kollegiums, und zwar in erster Linie von Walz, dem, wie wir noch sehen werden, ersten Tierarzt in Württemberg.

4. Der Stand der Tierheilkunde und die auf das Veterinärwesen Bezug nehmenden Verordnungen

Zunächst soll auch kurz für die Zeit des Kirchenrats von denjenigen Verordnungen die Rede sein, die scheinbar nur für die ärztlichen Personen eine Rolle

spielen. Aber wie noch zu erkennen sein wird, waren die Ärzte mit der Betreuung der Tierseuchenbekämpfung bis ins 19. Jahrhundert hinein beauftragt, und so ist es schon von Interesse, über ihren Stand Bescheid zu wissen.

Eine erste Medizinalordnung, nach der in der Kirchenordnung gegebenen, ist enthalten in der "Landesordnung" vom 17. August 1567 (Rey XII, S. 344). Mit ihr gab Herzog Christoph Württemberg eine umfassende und lange Zeit hindurch in Geltung bleibende Gesetzgebung für das Medizinalwesen. Sie enthält Bestimmungen über die Befugnisse zum Praktizieren, über das Verbot des Arzneihandels durch Landfahrer, über die Niederlassung der Wundärzte und Barbieri und deren Prüfung durch die Collegia medica u. a. m. Von Gegenständen, die sich auf die Tierheilkunde beziehen, ist wiederum nichts zu lesen. - Eine "Zweite Apothekentaxe" erschien am 23. August 1626 (Rey XII, S. 939) und eine "Dritte Apothekenordnung und Taxe" 1641 (Rey XIII, S. 13). - Die erste eigentliche Pharmakopoe wurde auf Befehl des Herzogs von den Leibärzten Georg Burkhard Seeger, Johann Wendelin Bilfinger und Johann Albrecht Gessner im Jahre 1740 verfaßt (55). - Die Stellung der Medizinalpersonen wurde neuerdings geregelt durch "Des Herzogtum Wirtemberg wiederholte und erneuerte Apothekenordnung und Tax" vom 30. Oktober 1720 (Rey XIII, S. 1185), die sogenannte "Erste Medizinalordnung". Sie erfuhr eine gewisse Durchsicht und Erweiterung durch die "Zweite Medizinalordnung" vom 16. Oktober 1755 (Rey XIV, S. 416). Darin heißt es u. a. :

" Die Medici sollen wie die Physici Berichte über Historiam naturalem patriae an die Collegia medica ob und unter der Staig schicken (§ 9, S. 419). Sie sollen gegen die Medicaster, Marktschreier, Landfahrer, Kälberärzte, Wasserbrenner etc. nach der Landesordnung Titul 51 verfahren. Sie sollen den Apothekern, Barbieren, Schäfern, Wasenmeistern etc. das ohnerlaubt innerliche Artzneyen bei den betreffenden Strafen untersagen und niederlegen. "

Es wird also wie immer nur insoweit auf tierheilkundige Personen Rücksicht genommen, als man ihnen das Pfsuchen beim Menschen streng untersagt. Der zweite Teil der Ordnung von 1755, der von den Apotheken handelt, war bis zur neuen Apothekenordnung von 1804 noch vielfach gültig. - Nach MOLL (31) erschien eine "Neueste und verbesserte Medizinalordnung", die bis 1813 Gültigkeit hatte, durch Generalreskripte aber vielfache Abänderung erfuhr, schließlich im Jahre 1786 (vielleicht identisch mit dem Reskript vom 10. Oktober 1786 - Rey XIV, S. 1046).

Die am Menschen geübte Medizin hatte bei Volk und Regierung seit der Kirchenordnung hohe Achtung erworben. Sie besaß an der Landesuniversität eine Pflegestätte und den Ärzten war eine fest umrissene Stellung zugewiesen. Die Klassen der Medizinalpersonen waren genau definiert und es waren ihnen jeweils bestimmte Aufgaben zugeteilt. Diejenigen Personen aber, die sich mit der Tierheilkunde befaßten, waren auch jetzt noch nicht geachtet. Gegenüber den früheren Jahrhunderten hatte sich nicht viel geändert. Auch jetzt noch hatte die Tierheilkunde, bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts, ja sogar bis ins 19. Jahrhundert hinein, gegen die Vorurteile der "Unehrlichkeit" sehr zu kämpfen. Man kann schon sagen, daß es keiner wissenschaftlichen Disziplin in ihren Anfängen und auch fernerhin derart schwer gemacht worden ist, sich durchzusetzen und Achtung und Gleichberechtigung mit anderen Disziplinen zu erlangen, wie gerade der tiermedizinischen. Noch im Jahre 1778 mußte z. B. bei der Gründung der Tierarzneischule in Hannover von allen Ratsanzeñ des Landes bekannt gemacht werden, daß niemand sich unterstellen dürfe, den die Tierheilkunde Studierenden wegen der Beschäftigung mit tierischen Kadavern den Vorwurf der Ehrlosigkeit zu machen (9) (48). Es war in Deutschland überall dieselbe Schwierigkeit für die Tierheilkundigen vorhanden, sich Achtung zu erwerben.

Sowohl z. B. für die Tierzucht von seiten der württembergischen Regierung viel geschah, besonders im 18. Jahrhundert für die Pferdezucht, griff nichts auf die Tierheilkunde über. Alle Zweige der Wissenschaft blühten, die tiermedizinische Wissenschaft aber war noch nicht einmal geboren. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts kam es zur Gründung der Tierarzneischulen in Deutschland und in Württemberg sogar erst 1821. An der Universität hatte die Tierheilkunde als selbständiges Fach kein Bürgerrecht. Sie war sozusagen nicht salonfähig. Es wäre aber auch gar nicht möglich gewesen, ein Fach, das nur auf die Erfahrung aufgebaut war, unmittelbar zur akademischen Disziplin zu erheben. Auch die Medizinstudierenden kümmerten sich erst spät, zur Zeit der grassierenden Seuchen, um die Aneignung einiger tierärztlicher Kenntnisse, weil sie als Physici etwas davon verstehen mußten, denn die "Amtsärzte" hatten sich ja auch mit den Tierseuchen zu beschäftigen.

Der tierärztliche Stand war immer noch nicht konsolidiert. Der Begriff des Tierarztes bzw. Vieh- oder Roßarztes war zwar schon vorhanden, aber noch nicht im Sinne der heutigen Zeit als Vertreter einer bestimmten Berufsgattung. Tierärzte gab es schon, wie erwähnt, seit dem 15. Jahrhundert. Zu einer ersten Anstellung gelangten sie in Württemberg nach WEIGELIN (55) 1734, nach einer anderen Quelle (57) aber schon 1604. Ich konnte sie in einem Re-

skript vom 6. April 1734 (Rey XIV, S. 141) zum ersten Mal erwähnt finden. Dort wird die Bestellung von "verständigen Viehärzten" aller Orten verfügt. Am 8. Februar 1604 hatte Herzog Friedrich den Friedrich Mergenthaler von Korb zum Vieharzt mit dem unverhältnismäßig hohen Gehalt von 200 Gulden im Jahre bestellt (Leibärzte erhielten durchschnittlich 50 Gulden) (57). Diese Bestellung ist deswegen besonders erwähnenswert, weil sie Mißbilligung hervorrief, da ja der Vieharzt aus dem Kirchenkasten bezahlt werden mußte. Die Herrlichkeit währte auch nicht lange. Am 13. August desselben Jahres wurde Mergenthaler schon wieder entlassen. Es ist nicht klar ob dieser Vieharzt für das ganze Land angestellt worden ist oder ob er nur einen beschränkten Wirkungskreis hatte. - Der als Roßarzt beim Collegium illustre in Tübingen 1611 angestellte Michael Schneid bekam ein Gehalt von nur 12 Gulden. Damit wurde dem Rangunterschied zwischen Roßarzt und Leibarzt entsprochen. - Nach FRÖHNER (13) wurde 1711 ein gewisser Aukelen als Marstallroßarzt und ein Guttenbacher 1720 als Roßarzt und "Reuttschmied" am Marstall in Stuttgart und bei den dort garnisonierten zwei Reiterregimentern angestellt.

In der Rangordnung standen die am Hofe angestellten Roßärzte tief unten. Ihre niedere Stellung wird besonders deutlich im Vergleich mit den Hofmedici. In der "Ersten Rangordnung" vom 23. September 1710 (Rey XIII, S. 886) steht der Roßarzt ziemlich an letzter Stelle. In der zweiten von 1718 (Rey XIII, S. 1102), der dritten von 1737 (Rey XIV, S. 122) und der vierten von 1745 (Rey XIV, S. 284) steht der Roßarzt ungefähr 64 Stufen unter dem Hofmedicus, der im Verhältnis zu dem Wirklichen Leibmedicus sogar noch von niederem Stand war. Die Roß- und Viehärzte stellten nur eine ganz kleine Zahl dar. Im allgemeinen wurde die Tierheilkunde immer noch von Abdeckern, Schmieden, Schäfern usw. ausgeübt. Auch die Landwundärzte befaßten sich jetzt oft mit der Behandlung kranker Tiere. Von seiten der Regierung wurden sie als sachverständig in Seuchenfällen angesehen und zur Diagnostizierung in die Ställe geschickt. Umgekehrt war es immer noch gebräuchlich, bei Krankheitsfällen des Menschen und vor allem bei schweren Geburten den Schäfer und Hirten zu Hilfe zu rufen. Im 23. Kapitel der "Cynosura oeconomiae ecclesiasticae wirtembergicae" von 1637, einer Sammlung von Reskripten, Dekreten, Resolutionen zur Erhaltung der Kirchenzucht und -ordnung, können wir lesen (32), daß

" Schäfer, Hirten wegen ihrer Unbarmherzigkeit, wodurch, und mit ihren rohen Instrumenten Sie Mutter und Kind verletzen, oder wohl gar tödten, auch umb christlicher Zucht willen nicht mehr zu gebären den Weibern erfordert werden sollen, noch sich brauchen lassen bei

Vermeidung ernstlicher Strafe, sonderlich wo es über der Amtleut Verbott geschehen sollte".

Am 10. Januar 1729 (Rey XIV, S. 75) mußte Herzog Eberhard Ludwig wieder durch ein Reskript das Medikastrieren von Roßärzten, Viehärzten, Schäfern, Scharfrichtern, Kleemeistern, Marktschreibern, Quacksalbern und anderen Vaganten verbieten. Man sollte sich nur zur Heilkunde autorisierter Personen bedienen. Am 2. März 1735 wurde das Verbot gegenüber Scharfrichtern und Kleemeistern wiederholt (Rey XIV, S. 156).

Alle Tierheilkundigen waren immer noch reine Empiriker. Woher sollten sie auch eine wissenschaftliche Ausbildung erhalten? Die Kenntnisse waren auch zu dieser Zeit bei Abdeckern und Scharfrichtern manchmal relativ bedeutend. So verfaßte z. B. der Scharfrichter und Kleemeister Johann Deigendesch zu Balingen "Des Nachrichters nützliches und aufrichtiges Roßarzneibüchlein", das 1716 in Freiburg/Brsg. herauskam, seinerzeit sehr bekannt war und noch 1790 in Tübingen eine zweite Auflage erlebte (48). Die Bildung der Viehärzte war so gering, daß, als an anderen deutschen Universitäten Institute und Lehrstühle für die Ausbildung von Tierärzten errichtet wurden (Göttingen 1771, Marburg 1788, Würzburg 1791), die Scholaren die akademischen Vorlesungen, Demonstrationen und den klinischen Unterricht nicht verstanden (13). Solange es keine fest gegründete tierärztliche Wissenschaft gab, konnte sich auch ein einheitlicher Stand von Tierheilkundigen nicht bilden.

Am 21. August 1651 hatte Herzog Eberhard Ludwig eine "Schäferordnung" erlassen (Rey XIII, S. 103). Zu den Aufgaben der Schäfer gehörte u. a., daß sie dem Vogt oder Bürgermeister innerhalb zweier Tage Anzeige zu machen hatten, wenn unter ihrer Herde ein oder mehrere Schafe sich "anbrüchig oder reppich", d. h. rüdig, fanden. Die genannten Beamten sollten daraufhin verfügen, daß die verdächtigen Schafe wie auch die kranken durch die Verordneten und geschworenen Schafschauer besichtigt und geschätzt werden (wohl um die Tiere gegen eine Entschädigung töten zu können), weil, um ein größeres Unglück bei Zeiten zu verhüten und die Nachbarschaft zu bewahren, die Schafe keineswegs länger im Land geduldet werden könnten. - Schon nach der "Schaf-Schau-Ordnung" vom 20. April 1587 (Rey XII, S. 431) wurden Verordnete und Schafschauer zur Erkennung der Räude von Vögten, Bürgermeistern und Gerichten als eine Kommission von drei Personen eingesetzt. Es hat sich bei ihnen wahrscheinlich um vereidigte Bauern, Viehzüchter gehandelt. Ob ein sozusagen tierärztliches Mitglied einer solchen Kommission angehörte, ist nicht mit Sicherheit zu sagen.

Als Sachverständige für Gerichte und Private bei **Rechtsstreitigkeiten** auf dem Gebiet des Viehhandels wurden im 18. Jahrhundert in allen Verwaltungsbezirken des Landes sogenannte **Viehschauer**, manchmal **Geschworene** genannt, bestellt. Es waren ebenfalls vereidigte Personen, welche etwas von Tierheilkunde verstehen mußten, da sie hauptsächlich bei Streitigkeiten über Hauptmängel angerufen wurden. Auch hier ist es nicht sicher, ob man sich bei der Bestellung dieser Leute auf die vorhandenen Viehärzte stützte. Neben ihrem Amt als Sachverständige scheinen die Viehschauer auch etwas Fleischbeschau getrieben zu haben, aber meist nur bei krank-geschlachteten Tieren. In Heilbronn hießen die Sachverständigen Roß- oder Viehschauer. Auch zur Begutachtung seuchenverdächtiger Symptome bei Haustieren wurden sie gerufen.

Die "Fleisch- und Metzgerordnung des Fürstentum Wirtemberg" von 1588 befahl den "Oeber- und Unteramptleut und Schultheissen" eine genaue Kontrolle des Schlächterhandwerks⁺⁾. Die Metzgerordnung des Jahres 1605 bezeichnete es als Pflicht der Polizei, "Sorge zu tragen, daß kein anderes als gesundes, nahrhaftes und reinlich gehaltenes Fleisch in den Verkehr gelange. Zu dem Ende sollten die Schlachthäuser, Metzgen und Waagen jederzeit sauber gehalten und kein anderes als gesundes Fleisch geschlachtet werden".⁺⁾

In der Metzgerordnung vom 12. August 1651, Punkt 4, heißt es, daß das Vieh von geschworenen Fleischschätzern beschaut und daß das Fleisch nach dem Schlachten geschätzt werden solle (Rey XIII, S. 95). Es ging dabei immer noch hauptsächlich um die Feststellung der Qualität und des Wertes des Fleisches, weniger um eine hygienische Maßnahme. Schließlich ergriff Herzog Eberhard Ludwig eine sehr einschneidende Maßnahme: Um die "Unrichtigkeiten" bei Kauf und Gewinnen von Fleisch zu beseitigen und die "Ansteckungsgefahr für das Publico" zu mindern, wird bestimmt, daß "künftig alle Viehwaar die zur Schlachtung kommt, vorher durch hiezu verordnete Schaumeister oder Fleischschätzer lebend beschaut und von den Metzgern die autentische Urkunde über die Herkunft des Viehs vorgelegt werden soll". Keine Schlachtung darf fürderhin in Metzgerhäusern, sondern nur noch in öffentlichen Schlachthäusern stattfinden (Reskript vom 30. Juni 1721 - Rey XIII, S. 1220). Die "Fleischbeschau" wurde in Württemberg wohl ebenso, wie FRÖHNER es für ganz Deutschland beschreibt (13), außer von Viehschauern und Fleischschätzern durch Köche, Ratsmänner, Marktmeister, Wagemeister ausgeführt. Es wurde Wert darauf gelegt, diese "Fleisch-

^{+) OSTERTAG, R. von: "Lehrbuch der Schlachtier- und Fleischuntersuchung", Stuttgart 1955, S. 12}

schauer" zu vereidigen, weil es in erster Linie eben auf eine Schätzung des Fleischwertes ankam. Die hygienischen Belange waren gewöhnlich nur insoferne von Wichtigkeit, als die Bewertung des Fleisches davon abhing. Die Fleischschauer ermangelten einer Ausbildung für ihr Amt. Ihre Kenntnisse waren nicht viel größer als die eines Metzgers oder Kochs, sie waren ganz auf die Ansprüche der Hausfrau zugeschnitten. Es war nur wichtig, daß die "Waare gut, schön, frisch und rein" war (13). Eine Ausnahme machten insoweit die Seuchenzeiten, als in diesem Falle oft die Ärzte die Fleischschau übernahmen.

Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht interessant zu erfahren, daß das erste Schlachthaus in Stuttgart Ende des 15. Jahrhunderts errichtet wurde (5). Allerdings war es nur für Großtiere bestimmt, Kleinvieh mußte im Haus der Metzger geschlachtet werden.

Die Schafherden des Herzogtums waren immer noch den Zahlmeistern, den Schäferinspektoren, unterstellt. Unterm 3. April 1720 wurde dem damaligen Landzahlmeister, also Schäferinspektor Johann Georg Wölflin, in einem Patent die Aufgabe erteilt, unter Zuziehung der Stabsbeamten und Geschworenen jeden Orts die Schafherden zeitweise einer Visitation zu unterwerfen (Rey XIII, S. 1169). Die Institution der Landzahlmeister wurde durch das Reskript vom 7. November 1733 (Rey XIV, S. 129) und das Schäfergesetz vom 15. April 1828 (Reg. Bl. S. 177), Artikel 22, aufgehoben. Die Zahlmeister hatten, wie schon erwähnt, den Gesundheitszustand der Tiere, den Zustand ihrer Weiden etc. zu beaufsichtigen.

Durch Reskript ließ Herzog Eberhard Ludwig gedruckte Viehurkunden für den Viehhandel am 17. September 1720 einführen (Rey XIII, S. 1185). Vorher wurden sie nämlich nur von Hand geschrieben. Erst 1839, am 5. Juni, gab man diese Form der Urkunden wieder auf (Reg. Bl. S. 407).

Die Hauptmängel beim Viehhandel wurden 1767 vom Herzogtum Württemberg, den fürstlich Baden-Badenschen Landen und Vorderösterreich gemeinsam bestimmt. Das Regulativ vom 17. Februar ds. Jhrs. zählt die Hauptmängel auf (Rey VI, S. 583):

- | | |
|------------|--|
| Beim Pferd | 1.) Rotz |
| | 2.) Kolderer |
| | 3.) Krätzig, fistlicht, wurmig, Krebslöcher etc. |
| | 4.) Herzschrächtig |

5.) Wehetägig

6.) Mondblind

beim Hornvieh

1.) Hirschig, cränigt, zepfig und pferlich

2.) Wehetägig

3.) Typplich oder umlaufig

4.) Lungenfaul oder übergallig (Lungenseuche und Übergälle = Rinderpest), lungenhardt etc.

beim Schaf Raude oder Anbruch

beim Schwein

1.) Lungenfaul

2.) Pfinnen"

bei "Gaissen" soll der Käufer allen Schaden leiden, wenn er nicht "frische und gesunde Waar" liefert.

Die Kleemeistereien, Abdeckereien unterstanden, wie die Hunde im Herzogtum, der Aufsicht der Herzoglichen Forstämter. Die Forstmeister, Oberforst- und Jägermeister wurden durch das Reskript vom 31. Januar 1695 dazu angehalten, die von Städten und Ämtern mit "Jus nominandi" zu bestellenden Kleemeister auf ihre Eignung zu prüfen. Der Bericht darüber sollte an die fürstliche Kanzlei gesandt und die Bestätigung abgewartet werden (Rey XIII, S. 693). - Die Verlegung der Schinderwasen an abgelegene Orte wurde durch das Reskript vom 7. Juli 1745 angeordnet (Rey XIV, S. 283). Auch hier wurden die Forstmeister zusammen mit den Stabsbeamten angedredet.

Wenn auch, wie früher, bis zum 17. Jahrhundert der Mangel an eigentlichen, ausgebildeten Tierärzten nicht so spürbar wurde, wandten sich die Dinge sehr grundlegend, als im 18. Jahrhundert die großen Seuchenzüge auftraten, welche das Volksvermögen so außerordentlich bedrohten und ruinierten.

5. Die Seuchen und ihre Bekämpfung

Die Tierseuchen am Ende des 17. und im ganzen 18. Jahrhundert waren neben den Kriegen die schlimmsten Ereignisse, von denen das Volk in Württemberg wie in Deutschland, ja ganz Europa heimgesucht wurde. In Württemberg stellten von jeher Ackerbau und Viehzucht das Volksvermögen dar. Die Be-

völkerung wurde nicht nur durch die Kriege ausgepreßt, die Seuchen rafften noch hinweg, was die Kriegsfurie übrig gelassen hatte. Die Verluste an Menschen, Tieren, Gebäuden etc. brachten es noch mit sich, daß die Ernten entsprechend unregelmäßig waren und klein ausfielen. Man kann sich kaum eine Vorstellung davon machen, in welche Armut die Landbevölkerung durch diese Ereignisse gestürzt worden ist.

Die Verluste an Haustieren waren außerordentlich hoch. In Europa sollen im 18. Jahrhundert 200 Millionen Rinder gefallen sein während dieser schwersten Seuchengänge, welche die Geschichte kennt. Es waren verschiedene Seuchen, die so sehr wüteten: Die Rinderpest, die Maul- und Klauenseuche, der Milzbrand, die Schafräude, die Schafpocken, der Rotz und die Influenza der Pferde usw. Die Herdenkrankheiten bezeichnete man anfangs einfach als "Viehseuchen" und es ist nicht immer erfindlich, um welche Krankheiten es sich im einzelnen gehandelt hat. Allmählich aber widmeten sich wieder Ärzte, also Leute mit wissenschaftlicher Ausbildung, dem Studium der Seuchen und so finden wir aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts die ersten genauen Beschreibungen und Unterscheidungen dieser Seuchen. Dies ist umso mehr anzuerkennen, als die Untersuchung kranker oder gefallener Tiere, wie schon beschrieben, als eine für Ärzte unwürdige Tätigkeit galt. Dank ihrer Bemühungen können wir uns ein einigermaßen genaues Bild der Seuchen machen.

Die verheerendste der Tierseuchen war zweifellos die Rinderpest. Nachdem schon der "schwarze Tod", die Pest, um 1340 wohl von der Rinderpest begleitet war, trat diese auch gleichzeitig mit der letzten Pestepidemie in Deutschland, im Jahre 1682, wieder auf. Genauer gesagt: man kann jene Seuche nach einigen Anhaltspunkten als Rinderpest ansprechen. Die ältesten, sicheren Hinweise auf sie fand ich in dem Generalreskript vom 20. August 1661 (StA A 282, Bd. 1329 und Rey XIII, S. 438), worin Herzog Eberhard die Nachricht gibt, "daß in Bayern eine ganz giftige Pestilenzische Seuche unter dem Rind-Vieh eingerissen ist". Es darf weder aus Bayern noch aus sonst verdächtigen Gegenden von Untertanen und Metzgern krankes Rindvieh gegen billigen Preis eingeführt und dadurch die Gefahr der "schweren infectio" ins Land gebracht werden, noch darf Rindvieh die württembergischen Zollstätten passieren, es sei denn, daß die Viehtreiber beglaubigte Urkunden über die "Gesundheit und Frische ihrer Ware" vorweisen können. Über etwa bemerkten Ausbruch der Seuche ist sofort Bericht an die herzogliche Kanzlei zu schicken.

1666 wurde Württemberg auch schon vom Rhein her von der dort "grassierenden Pestilenzischen Seuche" bedroht (Reskript vom 4. September - Rey XIII, S. 480). Die Jahre zwischen 1711 und 1719 waren die schlimmsten. Nach KANOLD⁺⁾ soll die Seuche 1709 an Europas Ostgrenze ihren Anfang genommen haben. 1710 hatte sie Württemberg erreicht. Unterm 27. Juni 1710 (Rey XIII, S. 885 und StA A 39) und 5. Dezember 1711 (Rey XIII, S. 909) ergingen die ersten Reskripte gegen die "giftige Rindviehseuche" und es wurden darin die ersten Maßregeln der Abwehr angeordnet, die später näher beschrieben werden sollen. In den Jahren 1710 - 1714 überflutete die Rinderpest von den "tatarischen Gegenden" aus ganz Europa. Im Reskript vom 12. Januar 1712 (StA A 39) wird unterschieden zwischen der "Übergälle" und der "Lungenfäule", und es werden die verschiedenartigen Behandlungsmethoden dafür angegeben. Die Übergälle ist der gewöhnliche Ausdruck für die Rinderpest gewesen; der Name rührt von der stark gefüllten Gallenblase her. Die Lungenfäule ist identisch mit der Lungenseuche. Die Lungenseuche wütete am Anfang des 18. Jahrhunderts besonders in Baden, in der Schweiz und in Württemberg und brachte ebenfalls ungeheure Verluste.

Außer von Osten drang die Rinderpest mit dem Viehverkehr auch aus Italien und Frankreich nach Deutschland ein. Vom 26. Juli 1727 (Rey XIII, S. 1274) stammt wieder ein Reskript, das einige Maßnahmen gegen die Seuchengefahr einschärft. Daß die Rinderpest in Schüben, einzelnen Seuchenzügen auftrat, zwischen dem Ruhepausen lagen, kann man wohl daraus ersehen, daß die Reskripte nicht wegen "der Viehseuche", sondern wegen "einer Viehseuche" erlassen wurden, die sich da und dort gezeigt habe. Der Beschreibung nach zu schließen, hat es sich jeweils um dieselbe Seuche, die Rinderpest, gehandelt; man erkannte aber anscheinend nicht den übereinstimmenden Charakter der einzelnen Seuchenzüge. Zwischen 1711 und 1740 sollen nach PAULET⁺ 1 1/2 Millionen Rinder in Deutschland an dieser furchtbaren Krankheit zugrunde gegangen sein. Große Verbreitung erlangte sie wiederum während der Kriege zwischen Frankreich und dem übrigen Europa seit 1792. Sie wurde damals durch ungarisches und russisches Schlachtvieh eingeschleppt. Zu dieser Zeit wurde sie als "ungarische Rindviehseuche" bezeichnet. In Württemberg konnte man ihrer ungehemmten Ausbreitung erst einigermaßen Herr werden, nachdem man die Walzsche Methode (nach dem Landtierarzt Walz genannt) der

+) "Historie der Pestilenz des Hornviehs in Schlesien in den Jahren 1711/12", Breslau 1713, S. 52

++) "Beiträge zu einer Geschichte der Viehseuchen", Dresden 1776, II, Teil, S. 162.

ulung zur Bekämpfung anwandte. Bis dahin waren aber seit 1792 wieder 40.000 Rinder verloren gegangen. Die Gesamtverluste durch Viehseuchen, wobei der Rinderpest der überwiegende Teil zukommt, schätzt Bernhard FAUST⁺⁾ für das 18. Jahrhundert auf 28 Millionen Rinder in Deutschland.

Den anderen Seuchen soll nur noch die Maul- und Klauenseuche kurz gesprochen werden, da diese heute noch ein großes Interesse hat. Die MKS kann man sicher im 17. Jahrhundert; sie verlief im allgemeinen ziemlich gutartig. Die Weiderinderrassen unserer Vorfahren scheinen eine sehr viel größere Widerstandsfähigkeit ihr gegenüber besessen zu haben als die Kulturrassen der späteren Zeit. Es läßt sich geradezu eine Relation erkennen zwischen der Höhe der Zucht und den Verlusten an MKS während der letzten Jahrhunderte. Einem Artikel von BUTZ aus der "Tübinger Chronik" vom 26. Oktober 1925 (Nr. 250) entnehme ich folgenden "Hochfürstlichen gnädigen Befehl der Vieh-Seucht halber" aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts:

" Was sowohl dem gesunden als dem kranken Vieh zu brauchen seye: Bei unseren laidigen Zeithen, da in etlich Jahr der Wein gefehlt und aller Orten der verderbliche Krieg (der Dreißigjährige Krieg!) alle Länders ausgepreßt und dadurch verarmet, so ist über dies in allen Orten Schwabens und Württembergs auch die Viehsucht eingeschlichen, so man das Gallenüberlaufen⁺⁺⁾ benamst, und in Kürze dem Vieh den Garaus gemacht hat. Das Vieh kam auf der Zungen einige Blattern über, welche man mit einem silbernen Instrument eröffnet/ welches Instrument bestund in einem französischen Sechserlein, welches an ein eisernes Stänglein von vorn angenietet einige zehendlein darin gestrichlet und die Blattern ganz glimpig auf die Zungen eröffnet, mit weissem Vitriolpulver bestreut/ und wurde also dem Übel abgeholfen."

Der Chronist meldet aber weiter:

" Einige machten es so grob und plump, daß sie dem Vieh die Zunge also verrissen, daß es nit mehr fressen konnte und krepieren musste".

Im Jahr 1745 richtet die "Viehsucht" in ganz Württemberg solch großen Schaden an, daß "viel hundert Stück darauf gingen". Sie hatte also zugenommen, so daß wir "umb und umb damit umgeben gewesen".

"Über die Rinderpest", Leipzig 1797, S. 3.

) Nicht zu verwechseln mit der Übergälle = Rinderpest.

" Da haben wir volgentes mittel nebst vihlem gebett und gehaltenen Prozeßionibus angewandt und gebraucht wie volgt. Man nimbt vor: 5 Kreuzer Biberneln wurzen, 5 Kreuzer Angelica, 4 Kreuzer Gunderben, 4 Kreuzer Lungenkraut, 2 Loth Salbeter, 2 Loth gestoßenem gebenen Schwebell, 1 Hand voll Salz und 1/2 Vierling Schießpulver. Diese Species werden zusammen in ein ausgebohrt öhrlenes (aus Erlenholz) Holz mit einem Pflügräddleinbohrer gethan und mit einem vorgeschlagenen Zapfen wohlverwahrt, alsdann in einem Backofen wohl ausgebacken.

Auf dieses nimmt man alles aus dem Holz heraus und mischt noch darunter 1 Handvoll Kamin-Ruß, 1 Handvoll Knoblauch und Zwiebeln gedörth, 1 Handvoll Sevebaum auch gedörth. Endlich alles zusammen zu einem Pulver verstoßen und wohl untereinander vermengt. Von diesem Pulver wird täglich morgen früh 1 starker Messerspitze voll dem noch gesunden Vieh gegeben; ist also ein sicheres Präservativmittel wider gegenwärtig grassierende Seuche erfunden worden." +)

Es ist leicht einzusehen, daß solche Kuren mit dem besten Willen nicht helfen konnten. Ein Artikel einer "Methodus Curatorio" von 1743 lautet: "Gott bewahre uns also, daß wir dergleichen Abhilfen nit nötig haben."

In den Akten des Kirchenrats findet sich ein Reskript vom 20. Juni 1689 (StA A 39) gegen eine Krankheit, die sich in Beulen an den Beinen des Viehs äußert. Sie werden dort aber als "Pestbeulen" bezeichnet. Sonst sind nur wenige gegen die MKS gerichteten Reskripte aus jener Zeit zu finden, es sei denn, daß mit der "Viehseuche" manchmal doch die MKS gemeint war.

Über die Herkunft, die Ursache der Seuchen war man sich zuerst natürlich sehr im unklaren. Man beschuldigte schlechte Luft, das Wetter und das Futter usw. Es herrschte auch immer noch die Meinung, daß die Vorsehung beschlossenen habe, das Volk nach Art einer ägyptischen Plage heimzusuchen. Allenthalben wurden Bittgottesdienste abgehalten. Bald aber erkannte man den ansteckenden Charakter der Seuchen und ihre Verbreitung durch Menschen, Vieh und Gegenstände. Die eigentliche Ursache, der Erreger, blieb natürlich unbekannt. In der Schäferordnung vom 21. August 1651 (Rey XIII, S. 103) wird davon gesprochen, daß bei Ausbruch von "Maul- und Fußweh" die Gefahr der Ansteckung besteht und im Reskript vom 4. September 1666 betreffend die

+) Dem erwähnten Artikel von G. BUTZ entnommen.

Vorkehr gegen die Menschen- und Viehseuche (Rey XIII, S. 480) wird gesagt, daß die Seuchen nicht durch infizierte Luft, sondern durch infizierte Personen eingebracht worden seien. Es soll bei dieser Gelegenheit bemerkt werden, daß die Seuchen oft Mensch und Tier befallen haben. Es ist nicht klar, welche Seuchen dabei im Spiele waren; vielleicht handelte es sich um Milzbrand.

Die Seuchenbekämpfung lag bis zur Einsetzung der Sanitätsdeputation in den Händen der Collegia medica in Stuttgart und Tübingen sowie der Regierung. Die Collegia hatten in Unterordnung unter den Kirchenrat die Aufgabe, sich zu den bei ihnen einlaufenden Anzeigen von Seuchenausbrüchen und nach Beurteilung der Seuche an Ort und Stelle gutachtlich zu äußern und über die am besten zu ergreifenden Maßregeln Bericht an die herzogliche Regierung zu geben. Von dort wurden dann die nötigen Generalreskripte an die Unterbeamten erlassen. Im Reskript vom 12. Januar 1712 (StA A 39) wird von den Amtleuten und Vögten gefordert, ihre Berichte über die Überfälle und Lungenfäule wöchentlich an das "Collegio Sanitatis" zu senden, "um den befindenden Dingen nach sofort das benötigte weiteres hierunter besorgen zu können". Es ist nicht ersichtlich, ob mit dem genannten Collegio eines der beiden Collegia medica gemeint ist, oder ob neben diesen noch ein drittes bestand zu einer Zeit, da die Sanitätsdeputation noch nicht errichtet war. Vom Jahre 1734 ab kam die Behandlung der Viehseuchenangelegenheiten der Sanitätsdeputation zu. Alle diese Behörden setzten sich aus Ärzten zusammen, ein Tierheilkundiger war nicht dabei. Erst ab 1770 wurde, wie erwähnt, der Freiherr von Bouwinghausen bei Seuchenfällen angehört und 1780 zum Assessor für solche Gegenstände in die Deputation gerufen. Sein Nachfolger war der noch ausführlich zu besprechende Landtierarzt Walz.

1796 war eine Änderung dieser Verhältnisse durch die immer weiter um sich greifende Rinderpest notwendig geworden und so wurde am 4. November 1796 die "Außerordentliche Deputation zur Bekämpfung der ungarischen Rindviehseuche" eingesetzt. Ihr war ein ordentliches tierärztliches Mitglied in der Person von Walz zugeteilt worden.

Die Anzeigepflicht von Seuchenausbrüchen war verschiedenen Personenzirkeln auferlegt. In der Verordnung vom 14. Juli 1646 (Rey XIII, S. 56) wird angeordnet, daß "fleißige Aufsicht gehalten werde auf die Krankheiten, die durch fremdes Vieh ins Land gebracht wurden, insbesondere unter den Schäfern". "Die Schäfer sollen unter der Herde spühren, und bei Strafe Anzeige machen, wenn sie etwas Verdächtiges merken". Auch in der genannten Schäferordnung von 1651 wird vom Schäfer verlangt, daß er innerhalb

von zwei Tagen dem Vogt oder Bürgermeister Anzeige mache, wenn er unter seiner Herde ein oder mehrere Stück Schafe "anbrüchig oder reppich", d. h. räudig, findet. Im Falle des Ausbruchs von "Maul- und Fußweh" soll er fremde Herden, welche durch seine Markung getrieben werden, besichtigen und Verdächtiges der Obrigkeit melden. Auch nach dem Reskript vom 19. Oktober 1699 soll der Schäfer wegen der Räude fleißige Aufsicht auf die Schafe halten und gegebenenfalls Bericht an den Vogt geben (Rey XIII, S. 718). Außer den Schäfern waren Vögte, Amtleute, Bürgermeister und die Viehbesitzer sowie auch wohl die Viehärzte zur unmittelbaren Anzeige an die herzogliche Kanzlei bzw. an die Stabsbeamten verpflichtet. Die Physici sollten ihre Anzeige an die Collegia medica richten (siehe Reskript vom 4. September 1666 - Rey XIII, S. 480). Im Reskript vom 17. August 1761 (Rey XIV, S. 790) wurde der Grundsatz ausgesprochen, daß man den Ausbruch der Schafräude niemals verheimlichen, am allerwenigsten aber heimliche Kuren vornehmen solle, sondern es müsse sofort Anzeige an das Oberamt und an den Zahlmeister und von diesen an die Sanitätsdeputation gemacht werden. Der Verkauf von angesteckten Tieren an gesunde Herden müsse verhindert werden.

Der Nachrichtendienst zwischen Regierung und Bevölkerung und umgekehrt lag in den Händen der Unterbeamten. Sie gaben die erlassenen Anordnungen bekannt und ließen die Reskripte teils anschlagen oder ausrufen, teils durch die Geistlichen von der Kanzel herab vermitteln.

Die Maßregeln zur Seuchenbekämpfung waren sehr vielgestaltig und kamen einem bei dem niederen Stand der damaligen medizinischen Kenntnisse manchmal erstaunlich "fortgeschritten" vor. Sie bestanden teilweise aus Behandlungsversuchen, deren Mißerfolge man verstehen kann, wenn man sie kennenlernt, teilweise erstreckten sie sich auf Maßnahmen, die heute noch die Grundlagen der Seuchenbekämpfung bilden. Eine allgemeine Regelung war nicht gegeben. Von Fall zu Fall wurden gegen ansteckende Tierkrankheiten Instruktionen und Belehrungen gegeben und bestimmte, auf die Umstände zugeschnittene, polizeiliche Anordnungen erlassen. Die Ausbreitung der Seuchen versuchte man zu verhindern durch Absonderung der kranken und verdächtigen Tiere, Beschränkung des Personenverkehrs in Seuchenorten, Sperrung der Grenzen für Mensch und Tier, Unterbindung des Tierverkehrs und der Viehmärkte, Keulung, Pflicht des Führens von Gesundheits- und Ursprungsurkunden, unschädliche Beseitigung von Kadavern und Gegenständen u. a. m. Auch der Verwertung von Fleisch und Milch der kranken und verdächtigen Tiere wurde jetzt besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

zur Deutlichmachung der angeordneten Maßnahmen sollen aus der großen Anzahl von Seuchenreskripten einige charakteristische ausgewählt und aufgeführt werden.

Nach der erwähnten Schäferordnung von 1651 soll der Schäfer für den Fall, daß "an einem Ort die Schafe entweder die Urschlechten, Maul- und Fußseuche bekommen, bey einem großen Frevel, auf seiner Markung bleiben und bey einem Musketenschuß an keine andere, fremde Markung fahren, damit nicht andere noch gesunde Waare durch die Seinige angesteckt, ja endlich der Schaden an ihm gesucht werde. Wenn dergleichen Schafe im Land oder auch von außerhalb erkaufte und durchs Land getrieben werden, leichtlich in Ort angesteckt werden kann, so soll, wenn durchgetrieben wird, derjenige, dem selbige zustanden oder solche treibt, bei Verleihung der Waare immerfort einen Mann ein Meilwegs voranlaufen und solches jedem Ortsvorstehermann oder Schultheiß ansagen lassen, damit man hierinnen notwendige Voranstalt zu machen verfügen und ohnversehenem Schaden zu begegnen wisse".

Am 24. März 1657 wird das Verbot für fremde Metzger ausgesprochen, Schafe ohne besondere Erlaubnis durch das Herzogtum zu treiben (Rey XIII, S. 300). - Im dem Reskript vom 4. September 1666 wird bekanntgegeben, daß wegen der "am Rhein grassierenden Pestilenzischen Seuche" die Grenzwatchen zum Rhein hin verstärkt worden sind und der Zutritt zum Herzogtum nur mit Urkunden darüber, daß der Besitzer aus einem seuchenfreien Ort stammt, gestattet ist, und daß nachts auf den Straßen im Grenzgebiet Reiterpatrouillen eingesetzt werden, um unerlaubtes Eindringen in das Land zu verhindern (Rey XIII S. 480). - Bei Schafräude müssen in den angesteckten Orten die Schafe in den Ställen gehalten werden, wenn sie noch "sauber und nicht angesteckt" sind. Den infizierten Orten soll man nicht zu nahe kommen (Reskript vom 15. Februar 1686 - Rey XIII, S. 614). - Das Reskript vom 19. Oktober 1699 (Rey XIII, S. 718) geht noch weiter und bestimmt, daß räudeerkrankte Schafe abgestochen oder außer Landes geschafft werden sollen und daß über Metzger und andere mit Schafen handelnde Leute Aufsicht gehalten werden soll. - Das Reskript vom 27. Juni 1710 (Rey XIII, S. 885) verbietet die Ausfuhr von an der giftigen Seuche erkranktem Vieh an andere Orte. Der Ortsvorstehermann soll die Untertanen dazu anhalten, daß sie nichts von dem Fleisch solcher Tiere essen, weil es für den Menschen ansteckend ist, daß ferner die gefallenen Tiere mit ungelöschtem Kalk bedeckt tief vergraben oder auch sie verbrannt werden. Die Kleemeister sollen auch den Hunden nichts von dem Fleisch geben. - Nach dem Reskript vom 12. Januar 1712 (StA A 39) braucht nur das an Übergälle gefallene Vieh mit "Haut und Haaren" verscharrt

zu werden, von den an Lungenfäule gefallenem Tieren kann das Fleisch verwendet werden. - Das Reskript vom 5. Dezember 1711 (Rey XIII, S. 909) bringt ein von "Sachverständigen" verfertigtes Rezept gegen eine Rindviehseuche und trägt dem Vogt auf, "seine Amtsangehörigen zu fleißiger Observation und Gebrauch von Mitteln für das kranke Vieh und das gesunde Vieh anzuhalten". Die Viehhalter sollen sich sofort die nötigen Arzneimittel gegen die Krankheit anschaffen oder bei Armut sich das nötige Geld dazu aus der Amtspflege holen. Andernfalls soll der Vogt die Arzneien anfertigen lassen und an die armen Leute ausgeben. Ansteckungsverdächtig Vieh darf nicht mehr an gemeinschaftliche Brunnen und auf dergleichen Weiden gelassen werden etc. - Am 26. Juli 1724 wird das Verbot des Viehverkehrs mit angesteckten Orten und der Gebrauch von gedruckten Gesundheitsurkunden eingeschärft. Das gefallene Vieh ist 7 - 8 Schuh tief zu verscharren. Mit den Apothekern sind wegen der Arzneien billige "Akkorde" abzuschließen (Rey XIII, S. 1274). - Wegen einer unter Rindern, Pferden und Schafen ausgebrochenen Seuche, welche durch das Auftreten einer schwarzen Blase unter der Zunge charakterisiert ist, wird am 4. März 1732 außer dem Verbot des Viehverkehrs mit angesteckten Orten die einstweilige Einsperrung der Tiere verfügt und außerdem die Erklärung gegeben, daß die Seuche von Raupen herrühre, die im vorigen Jahr nicht von den Bäumen entfernt wurden und nun durch das Futter auf das Vieh kamen. Die Notwendigkeit der Säuberung der Bäume von Raupen wird betont. Außerdem ist ein Rezept gegen die Krankheit beigegeben (Rey XIV, S. 113). - Im Reskript vom 6. April 1734 wird zum ersten Mal angeordnet, daß "aller Orten verständige Viehärzte" bestellt werden sollen, welche "nach Beschaffenheit der Umstände mit Aderlassen und Blutreinigen auch kühlenden Arzneien, darunter das Schießpulver und Spießglanz mit Salpeter eines der vornehmsten Stuckhen ist, dem kranken Vieh helfen und das Gesunde solchermaßen zu praeservieren trachten sollen". Bis dahin war noch nie von Tierheilkundigen, welche die Behandlung von seuchenkranken Tieren übernehmen sollten, die Rede gewesen (Rey XIV, S. 141). - Ein Verbot, Vieh wegen des Ausbruchs von Lungenfäule und Übergälle ohne obrigkeitliches Gesundheitszeugnis öffentlich schlachten zu lassen, wird am 4. November 1735 erlassen (Rey XIV, S. 169). - Die Spezialresolution vom 2. Januar 1743 gibt eine von der Sanitätsdeputation verfaßte und revidierte Instruktion über eine Hornviehseuche (Rey XIV, S. 267):

" Bei den Sectiones hat man differente Mängel angetroffen, da bey der-meisten crepirten oder auch geschlachteten Vieh, die Lungen Noth gelitten; bey anderen aber der Fehler in omaso, oder sogenannten Buch, oder Mannigfalt (Löserdürre!) gefunden worden. Die Krankhe

muß als ein *Febris inflammatoria viscerum* angesehen und curiert werden. Die Cur und das Tractament besteht im folgenden: "Absonderung der verdächtigen Tiere in einem besonderen Stall mit eigenem Trinkgeschirr usw.

Die Personen, die das kranke Vieh warten, sollen sich besonderer Kleider für den Stall bedienen und sie beim Verlassen dort hängen lassen, außerdem die Hände gut reinigen.

Katzen und Hunde sollen davon abgehalten werden, daß sie von krankem zu gesundem Vieh laufen. Zur "Praeservation" soll ein Haarseil am Triel eingezogen werden.

Das Trinkwasser soll nicht eiskalt sondern überschlagen gereicht werden und soll ein "Vierling" weiße Kreide oder weißen Ton enthalten. Der Stall muß warm und das Vieh mit Decken zugedeckt sein. Ein paar Mal täglich soll man mit Wacholderbeeren den Stall ausräuchern. Das Maul der Tiere soll man täglich 2 - 3 Mal mit "Essig oder Wein, Saltz, Rauten, Salpeter, etwas Pfeffer oder Senff und Baumöl" ausreiben.

Ein Aderlaß am Hals von einem Schoppen bis zu einer "halben Maaß" ist bei fettem Vieh angebracht.

Die selben Mittel und Maßnahmen können auch zur "Praeservations-Cur" verwendet werden.

"Was aber den Gebrauch und Genuß des erkrankten Viehs anbelangt, so soll jedes Orths Obrigkeit sorgfältig darüber seyn, daß ja kein erkranktes Vieh unter die öffentliche Metzsig gebracht werde. Und deswegen keines ohne Attestat nach anliegendem Formular von Metzgern angeführt, noch ohne Beyseyn der Fleisch-Schätzer geschlachtet und aufgemacht werde."

Das Heu und Stroh, das in oder auf Ställen aufbewahrt gewesen ist, worin sich krankes Vieh befunden hat, darf nach dem Reskript vom 7. Februar 1744 nicht zum Verkauf gebracht werden, das in eigenen Scheuern und Bähren aufbewahrt hingegen kann auf Vorweisen einer glaubwürdigen Urkunde hin "passiert werden" (Rey XIV, S. 267). Im Reskript vom 1. März 1745 wird diese Bestimmung insofern ausgedehnt, als aus Seuchenorten vor Ablauf von 3 Monaten nach Aufhören der Seuche kein Heu und Stroh verkauft werden darf (Rey XIV, S. 267).

Eine Belehrung über die im Herbst 1795 in Groß-Bottwar ausgebrochene und durch ungarisches Hornvieh eingeschleppte Rinderpest kam, bei Cotta in Stuttgart gedruckt, als Druckschrift heraus und wurde unter der Bevölkerung

wie so manch andere Belehrung in schon früheren Zeiten verteilt. Sie gibt Verhaltensmaßregeln für die Verhütung der Seuche und für den Fall ihres Ausbruchs:

" Da es entschieden ist, daß ausländisches Vieh, welches die fremden Armeen mit sich führten, die Hornviehseuche in das Land brachten: so ist gleich bei dem Eintritt von Vieh in das Land demselben ein Conducteur beizugeben, welcher solches bis an die nächste Station zu begleiten hat, dabei jeden Durchtrieb durch Ortschaften womöglich zu vermeiden und, wenn Nebenwege vorhanden wären, den Durchtrieb zu beschleunigen hat. Wenn unter solch einem Trieb kranke Tiere befindlich wären, so hat solches der Conducteur bei schwerer Verantwortung der Obrigkeit des Dorfes anzuzeigen. Auch hat er nach Kräften dafür besorgt zu seyn, daß die Herzoglichen Unterthanen von einem solchen Trieb weder ein lebendiges Stück... noch etwas von einem etwa unterwegs geschlachteten kaufen. ... Wenn die Beherbergung dieser Tiere über Nacht oder gar auf längere Zeit nicht sollte abgewendet werden können, so ist für dieselben außerhalb des Orts ein ungangbarer, von den Viehställen so weit als möglich entfernter Platz anzuweisen, den Viehbesitzern den Besuch desselben auf einige Zeit zu untersagen und überhaupt aller unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenkunft des einheimischen mit desgleichen ausländischem Vieh mit pünktlichster Sorgfalt auszuweichen. . . "

Es werden weitere Bestimmungen gegeben über die Verwendung des Dungs und der anderen Produkte, über die Bekanntmachung dieser Maßregeln in deutscher und französischer Sprache und über das Ausmisten der Ställe, die Fütterung, den Aderlaß usw. Die Nachbarn eines Seuchenorts haben ihr Melk-, Zucht- und Schlachtvieh im Stalle zu behalten, daselbst oder in einem eingeschlossenen Hof zu tränken, und keinen Hirten, Schmied, "vorgelichen Vieharzt" zu ihrem Vieh zuzulassen. Für bestehende Seuche ist nötig und angeordnet: Schleunige Anzeige durch den Viehbesitzer beim Ortsvorsteher, Untersuchung durch "Sachkundige", Wartung durch einen besonders aufgestellten Mann, Totschlag des kranken Viehs an einem abgesonderten Platz bei völlig ausgebrochener Krankheit und Verscharrung in 8 Fuß Tiefe, Berichterstattung der Unter-Amtleute und Schultheißen an die vorgesetzten Ober- und Stabs-Beamten und von diesen an die Sanitätsdeputation, Verhinderung daß ein noch gesund erscheinendes Rind in einen noch nicht angesteckten Stall kommt, Ausräuchern des Stalls nach Entfernung des kranken Viehs, Tö-

tung oder wenigstens sichere Verwahrung von Katzen und Hunden, Absonderung von Ziegen, Schafen und Pferden. Für die Behandlung wird vorgeschlagen der Gebrauch von folgenden Arzneimitteln: Ein warmer Trunk aus Kamillen, Holunderblüten, 1 - 4/3 Pfund Friedrichssalz mit frischem Wasser, eine "saure Mischung aus 2 Loth Vitriolöl und 1/2 Loth Essig", ein "bitterer Trank aus Wermuth, Kamillen", eine Einreibung mit Cantharidensalbe hinter dem Rippenbogen oder Brennen, bei Durchfall Verabreichung von Gerste und Leinsamen zur sauren Mischung anstelle von Wasser, schließlich gegen Mundfäule eine Salbe aus Honig, Salmiak und Kampfer. Das Ablassen von 1-4 Pfund Blut wird empfohlen. Bis zu sechs Wochen nach Aufhören der Seuche dürfen keine Teile von Rinderkörpern verkauft werden. Für die Beseitigung der Kadaver darf man sich nur der Kleemeister bedienen. Auch nach der Seuche müssen die Seuchenställe sorgfältig gereinigt und gekalkt werden und müssen sechs Wochen lang leer stehen. Die Krippen sollen abgehobelt, die Ketten ausgeglüht, das Pflaster der Gänge gereinigt und mit Sand bestreut werden. Der Viehhandel darf sechs Wochen nach Erlöschen der Seuche wieder aufgenommen werden.

Die Tollwut spielte eine bedeutende Rolle in Württemberg. Der erste "Befehl wegen der wütenden Hunde" wurde am 29. Januar 1667 erlassen (Rey XIII, S. 486): Die überflüssigen Hunde sollen durch die Wasenmeister abgeschafft, die wütenden sogleich getötet werden, ebenso das von ihnen gebissene Vieh. An abgelegenen Orten sollen die Kadaver tief verscharrt werden. Ansteckungsverdächtiges Vieh ist im Stall zu halten und seine Milch darf nicht genossen werden. - Nach der Verordnung vom 5. Juli 1779 mußten jährliche Hundemusterungen abgehalten werden und alte sowie wutverdächtige Hunde dabei beseitigt werden. Die Musterungen waren den Forstämtern übertragen (Rey XIV, S. 941). - Bei Ausbruch der Wut hatte man nach dem Reskript vom 10. Juli 1799 die verdächtigen Hunde abzuschaffen oder der Kur zu übergeben. Metzgerhunde mußten über Land an der Leine gehen und beim Viehhetzen Maulbänder tragen (Rey XIV, S. 942). - Am 4. Januar 1780 wurde das Anlegen von Maulkörben empfohlen, das freie Umherlaufenlassen der Hunde verboten und ein Mittel gegen die Wut beim Menschen angegeben: Ätzen der Bißwunde, Einreibung mit Quecksilbersalbe und Einnehmen von 3 - 4 Maienwurmkäfern, die in Honig aufbewahrt waren (Rey XIV, S. 944). - Krankheitsberichte über Wutfälle von Mensch und Tier waren an die Sanitätsdeputation zu schicken (Reskript vom 27. März 1782 - Fey XIV, S. 966). - Am 27. März 1782 wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Wut auch auf Katzen übertragbar ist und daß bei Berührung von wutkranken Menschen mit bloßen Händen eine gründliche Reinigung derselben

angebracht ist (Rey XIV, S. 966). - Die Hundebesitzer wurden zur genauen Beobachtung ihrer Tiere angehalten unter Androhung von Strafen bei unterlassener Anzeige verdächtiger Erscheinungen (5. Juli 1786 - Rey XIV, S. 1044). - Schließlich sah man sich gezwungen, alle freilaufenden Hunde erschlagen zu lassen (Reskript vom 18. Dezember 1792 - Rey XIV, S. 1082).

Von Kleemeistern und "Hundeverständigen" war zwar in einigen Reskripten die Rede (siehe auch 2. Oktober 1793 - Rey XIV, S. 1085), die Einschaltung eines Vieharztes aber wurde nirgends gefordert und angeordnet.

Es können hier selbstverständlich nur einige Maßnahmen der Verwaltungsbehörden in bezug auf die Seuchenbekämpfung angeführt werden.

Trotz dieser vielgestaltigen Versuche, die seuchenhaften Krankheiten abzuwehren und ihre Verbreitung zu verhindern, war es nicht gelungen, der Seuchen Herr zu werden. Dies lag einerseits daran, daß die heute oft so hilfreichen Impfmaßnahmen nicht zur Verfügung standen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht ausreichten und daß andererseits nicht die geeigneten Menschen zur Hand waren, die mit Spezialkenntnissen Maßregeln mit durchschlagender Wirkung hätten ausführen können. Es fehlten, kurz gesagt, die veterinärmedizinische Wissenschaft und wissenschaftlich gebildete, von der Regierung mit besonderen Vollmachten ausgestattete Tierärzte. Es fehlten eine auf wissenschaftlicher Grundlage ihre Verordnungen erlassende Veterinärverwaltung und deren eigene ausführende Organe. Das Volk war ungebildet und brachte den Anordnungen der Regierung nicht das nötige Verständnis entgegen.

Wie betont, wurde allinählich der Mangel an geschulten Tierärzten offenbar. Die Ausübung der Tierheilkunde lag meist noch in den Händen der Abdecker, Schmiede etc., wie schon beschrieben worden ist. Auch mit den Viehärzten war die Regierung nicht besser als mit jenen bedient. Eine Stütze in der Seuchenbekämpfung konnten diese Leute nicht sein, jedenfalls dann nicht, wenn sie sich selbst überlassen waren. So blieb denn, um der Seuchenbekämpfung eine einigermaßen aussichtsreiche Richtung zu geben, nur übrig, die von Staats wegen angestellten Ärzte, die Physici, mit der Ausführung der Anordnungen zu beauftragen. Sie erhielten ihre Befehle auf dem Umweg über die Amtleute und Vögte und waren in ihrem Wirkungsbereich weitgehend selbständig. Die Physici wiederum bedienten sich der Viehärzte und anderer tierverständiger Personen als Handlanger, da sie nicht selbst Hand an Tiere legen sollten und konnten und ließen von ihnen die Anordnungen, die vom Oberamt kamen oder die sie selbst zu geben hatten, in praxi ausführen. Die Tierärzte vegetierten also in der Seu-

Seuchenbekämpfung anfangs unter der Herrschaft der Mediziner und in sanitätspolizeilicher Hinsicht ist die Medizin die Vormünderin der Tierheilkunde gewesen. Wie sehr die Meinung verbreitet und selbstverständlich war, daß die Ärzte auch die Tierheilkunde grundsätzlich zu betreuen hätten, geht aus einer Rede von Martin Claudius Scherer hervor^{*)}:

" Man muß die Tierheilkunde bloß den Ärzten überlassen, weil sie nur in der Person des Arztes in Aufnahme gebracht und geschickt und glücklich ausgeübt werden kann. Die Ärzte müssen an Tieren studieren und experimentieren, um den Menschen besser helfen zu können. Die Ärzte bringen allein die erforderlichen Voraussetzungen für die Heilkunst auch am Tier mit: Wissenschaft der Meteoere, der Pflanzen, und ihrer chemischen Kräfte, der Gebrauch der übrigen Medikamente und die chemischen Lehrsätze."

Es bestand allgemein die Auffassung, daß alle Teile der Heilkunst unter der Führung der Ärzte zu vereinigen und vereint zu halten seien (12). Die Tierkrankheiten nicht ansteckender Art, so meinten manche, könne man immerhin den Gutsbediensteten und Schäfern überlassen, denn die Krankheiten der Tiere seien gering an Zahl, einfacher, gleichartiger als die der Menschen und zu ihrer Erkennung und Heilung genüge ein empirisches Verfahren (12). Die Seuchen aber könnten nur von Ärzten behandelt werden.

Es gab also nur die Alternative: wissenschaftlich gebildete Ärzte oder reine Empiriker voll Unwissenheit und Pfuschermanieren. Bis zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts dachte man überhaupt nicht an die Möglichkeit, daß man auch Personen auf dem Gebiet der Tierheilkunde regelrecht ausbilden könnte. Einen selbständigen tierärztlichen Stand hielt man auch dann noch nicht für nötig und erwünscht. Die Auffassung, daß den Ärzten die Führung in der Veterinärmedizin zukomme, war noch weit ins 19. Jahrhundert hinein bei der Verwaltung Württembergs wie aller deutschen Staaten, deren Ratgeber ja auf dem Sanitätssektor so gut wie ausschließlich Ärzte waren, selbstverständlich und hat den Tierärzten lange Zeit jede Zukunft als Stand verbaut. Es dauerte bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, bis sich die Tierärzte in der Seuchenbekämpfung von der Humanmedizin emanzipieren konnten.

^{*)} "Über die Vorteile der Tierheilkunde in den Händen der Ärzte", Innsbruck 1781.

Es zeigte sich nun aber doch mit der Zeit, daß der Einsatz von Physici den Mangel an ausgebildeten Tierärzten nicht ausgleichen konnte. Das geht aus zeitgenössischen Bemerkungen deutlich hervor. Die Ärzte wurden aufgefordert, während ihres Studiums an der Universität auch tiermedizinische Kenntnisse sich zu erwerben und die künftigen Amtsärzte eigneten sich ein wenig davon an. An einem Brief des späteren Medizinalkollegiums an das Ministerium des Innern zu schließen, wurde sogar von jedem Arzt, der auf öffentliche Anstellung Anspruch erheben wollte, verlangt, daß er in der Inneren Medizin, der praktischen Chirurgie, der Hebarzneikunst und der Tierarzneikunst gleich vorzüglich in der Prüfung sich erweisen mußte (StA E 162-L IV, 23-406). Trotz alldem war aber das Wirken dieser Ärzte nicht befriedigend. Auf dem Gebiet der Fleischhygiene allerdings bediente man sich ihrer gerne. Im 17. Jahrhundert fingen die Ärzte an, bei der Beurteilung von Krankheiten nach Fleischgenuß auf das Tier zu achten, von dem das Fleisch genommen war, und so nahmen sie vor allem in Städten und in Rinderpestzeiten eine Untersuchung der Schlachttiere und des Fleisches vor (13).

6. Die Forderung nach ausgebildeten Tierärzten und nach einer Tierarzneischule

Der Landtierarzt

Die auf die Physici gesetzten Hoffnungen waren nicht erfüllt worden. Die Bauern drängten in immer stärkerem Maße die Regierung, ausgebildete Tierärzte zu beschaffen, denn die Tierseuchen erforderten solche dringend. Außer bei der Seuchenbekämpfung trat auch noch in den Armeen, den Landgestüten und Marställen der Bedarf an besser ausgebildetem tierheilkundigem Personal in Erscheinung. Man war mit den medizinisch und chirurgisch nur oberflächlich ausgebildeten Hufschmieden, welche den Namen Kurschmiede oder Roßärzte führten, nicht mehr zufrieden. Ihre Leistungen waren unzulänglich. Die Regierung, welche bisher die Bedeutung der Tierheilkunde und der Ausbildung von Tierärzten nicht erkannt hatte, sah sich nunmehr genötigt, zur Bekämpfung der Seuchen und zur Hebung der schwer geschädigten Landwirtschaft für die Aufstellung von solchen Viehärzten zu sorgen, die wenigstens mit den Grundlagen einer medizinischen Wissenschaft bekannt waren. Im Grunde war dem Staat aber nur die bessere Möglichkeit der Seuchenbekämpfung wichtig, die kurative Praxis war ihm damals noch mehr oder weniger gleichgültig (48). In allen deutschen Ländern hatte man es plötzlich eilig mit der Errichtung

von Tierarzneischulen. In Frankreich war schon 1762 die erste tierärztliche Bildungsanstalt, die "Ecole Vétérinaire", durch Claude Bourgelat und den jüngeren La f o s s e in Lyon und dann 1765 die zweite in Alfort gegründet worden. In Deutschland folgten nacheinander in kurzen Abständen die Schulen in Hannover (1778), Dresden (1780), Karlsruhe (1784), Berlin und München (1790). In Württemberg aber wurde von den zwei am Ende des 18. Jahrhunderts auftauchenden Forderungen nach wissenschaftlich gebildeten Tierärzten und nach einer Tierarzneischule vorerst nur die erste, wenigstens teilweise, erfüllt. Die zweite Forderung mußte bis zu ihrer Erfüllung bis 1821 warten.

Am 12. Juni 1794 erhielt Herzog Ludwig Eugen von Württemberg einen Brief eines gewissen Gottfried Heinrich Walz, Doktors der Medizin, worin dieser untertänigst seinen Dienst "für einen bisher in Wirtemberg noch so wenig gebauten und zu seinem großen Schaden vernachlässigten Zweig menschlicher Wissenschaft" anbot: für den Zweig der Tierheilkunde (StA A 282, Bd. 1342). Walz schrieb: "Es ist die Tierheilkunde, die ich - vielleicht der erste in Wirtemberg - wissenschaftlich mit Anstrengung all meiner Kräfte und selbst mit Aufopferung meines geringen Vermögens studierte." Sein Ausbildungsweg war folgender: Auf der "Hohen Carlschule" zu Stuttgart erlangte er von 1786 an (13) philologische Grundkenntnisse. Zwischendurch und nach diesen Studien arbeitete er in der väterlichen Apotheke. Darauf folgte das Studium der Medizin an der genannten Schule und dann der Entschluß, die "Vieharzneikunst im ganzen Umfang zu ergreifen". Nach einjährigem Besuch der Tierarzneischule in Wien übernahm er die tierärztliche Aufsicht in einem Distrikt an der österreichischen Grenze wegen der dort ausgebrochenen Hornviehseuche. Anschließend trat er eine Reise durch Ungarn an, um die dortige Pferdezucht kennen zu lernen. Studien an den Tierarzneischulen in Dresden, Berlin und zuletzt Kopenhagen unter A b i l g a a r d und V i b o r g bildeten den Abschluß seiner Ausbildung. Nach dreijähriger Abwesenheit kehrte er in die Heimat zurück, "weil er mit Beistimmung seiner Lehrer nur dem Vaterlande nützen zu können glaubte". Walz (1771 - 1834) kann nicht mit Schiller zusammen auf der Hohen Carlschule studiert haben, wie FRICKER behauptet hat, denn Schiller besuchte sie von 1773 - 1780 (15. Dezember).

Walz war tatsächlich der erste wissenschaftlich ausgebildete Tierarzt in Württemberg und deshalb kam die Antragung seiner Dienste dem Herzog sehr gelegen. In der Spezialresolution vom 17. September 1794 an den Kirchenrat ordnete der Herzog in Artikel 4 u. a. an, daß für den Landtierarzt Walz vom Kirchenrat "in Kommunikation mit dem Herzoglichen Collegium archiatrale und der Herzoglichen Sanitätsdeputation" eine vollständige Instruktion entworfen

werden sollte (siehe 26. September 1796 - StA A 282, Bd. 1342). Der Kirchenrat beschloß, Walz "nach gut bestandener Prüfung in der Tierheilkunde am 27. Oktober 1794⁺) vor dem Collegium archiatrale leiblich beeidigen zu lassen" (StA A 282, Bd. 1342). Am 25. Oktober 1794 rief der Kirchenrat das Collegium archiatrale zur Verfassung einer Instruktion auf und mußte, da er infolge der bekannten unordentlichen Geschäftsbehandlung im Kollegium von einer solchen nichts zu sehen bekam, am 19. September 1795 monieren, wonach dann, nach der Aussage des Kirchenrats, "sofort" am 1. März 1796 das verlangte Gutachten einging. Wegen einiger Unklarheiten mußte sich das genannte Collegium aber noch mit der Sanitätsdeputation ins Benehmen setzen (StA A 282, Bd. 1342). Am 31. Oktober 1794 hatte der Herzog dem "Landschaftlichen Engeren Ausschuß" zu erkennen gegeben, daß er Walz nach bestandener Prüfung vor dem Collegium archiatrale als "Tierarzt" (das bedeutet erster württembergischer "Tierarzt" überhaupt) in den herzoglichen Landen einstweilen mit einer Besoldung von 200 Gulden halb in Geld, halb in Naturalien, angestellt habe, und hatte hinzugefügt, daß "da diese Anstellung eines gelehrten Tierarztes unwidersprechlich einem allgemein und in herzoglichen Landen schon längst gefühlten dringenden Bedürfnis abhelfe, auch der von demselben Arzt zu erwartende Nutzen zunächst dem gesammten Lande und besonders den die Viehzucht betreibenden Untertanen vorzüglich bei Viehepidemien sich äußern werde, er nicht zweifle, daß die Verordneten des Ausschusses die Sache von eben diesem Gesichtspunkt betrachteten und daher zu einem weiteren Beitrag und zur Vermehrung der Walzischen Besoldung sich geneigt finden lassen würden" (StA A 282, Bd. 1342). Dieser Ausschuß aber erklärte sich am 17. Januar 1795 für nicht kompetent zur Erteilung eines Gehaltes von dieser Art. Er schlug vor, Walz bei der Sanitätsdeputation anzustellen (also nicht als selbständigen Tierarzt wirken zu lassen), dann könne er ihm 50 Gulden jährlich überlassen (StA A 282, Bd. 1342). Nachdem aber auch die Sanitätsdeputation die Anstellung als "schicklich" ansah, stimmte schließlich der Landschaftliche Engere Ausschuß am 5. März 1795 der Anstellung von Walz als "privilegiertem Landtierarzt" zu und erklärte sich am 13. Juni 1796 bereit, den dritten Teil der Verschickungskosten des Landtierarztes (bei Seuchen), evtl. auch die gesamten Kosten, je nach dem Vermögen der betreffenden Gemeinde, zu übernehmen (StA A 282, Bd. 1342). Nach einem Kirchenratsprotokoll vom 25. Mai 1796 äußerte sich das Collegium archiatrale über die Befugnisse des Landtierarztes in bezug auf die Anordnung der Tötung von Tieren so, daß sie nicht zu sehr eingeschränkt werden möge, da durch Schonung des kranken Viehs nach Wünschen der Eigentümer und Ortsvorsteher

⁺) Dieses Datum ist wahrscheinlich auf den Prüfungstermin zu beziehen.

großer Schaden angerichtet werden könne. Die Oberämter sollten, wenn der Landtierarzt die Tötung als Mittel gegen die Weiterverbreitung der Seuche ansieht, seinen Anweisungen folgen. - Die Instruktion für Walz war immer noch nicht fertig. Nachdem das Collegium archiatrale seine Bemerkungen der Sanitätsdeputation zugesandt hatte, teilte diese dem Kirchenrat mit, daß

" sie mit dem Antrag des Collegium archiatrale vollkommen einverstanden ist und dafür eintritt, daß zur Verhütung aller möglichen Inconvenienzien so wie bei enzootischen Krankheiten die Fragen, ob es nötig sei, daß durch den Landtierarzt die Seuche an Ort und Stelle untersucht werde, keineswegs von dessen eigener Willkür oder Gutbefinden abhängen kann, sondern dergleichen Lokaluntersuchungen in jedem Fall entweder durch obrigkeitliche Requisition oder durch einen von seiten der Sanitätsdeputation dem Landtierarzt dazu erteilenden besonderen Auftrag veranlaßt werden müssen ... (Walz soll also nicht selbständig entscheiden und wirken können, er soll in Abhängigkeit der Behörden bleiben). Bei vor Gericht vorgetragenen Klagen in bezug auf Viehkrankheiten und Viehmängel (Hauptmängel) sind zwar die in allen Oberämtern angeordneten Viehschauer nach der bisherigen Verfassung diejenigen Stellen, welche in der gleichen Streitigkeiten die Untersuchung zu pflegen, den Sektionen anzuwohnen und über die Erfindung ihrer parere anzustellen haben, nach welchem gemeiniglich in der Rechtsprechung man sich richtet. So wie es aber auf der einen Seite den Parteien nicht verwährt werden mag, den Landtierarzt zu dergleichen Handlungen auf ihre Kosten zu berufen, wie in gleichem die Viehschauer, wenn sie der Sache nicht gewachsen zu sein glauben, auf die Beiziehung des Landtierarztes unter Einwilligung der Parteien antragen, ebenso wird es dem Richter freistehen, über die bei dem parere der Viehschauer ihm etwa noch überbleibende Zweifel von dem Landtierarzt ein weiteres Gutachten einzuholen, also wird es auch auf der anderen Seite keinen Anstand haben, den Landtierarzt in der ihm zu erteilenden Instruktion dahin anzuweisen, daß er in derlei Fällen allen, die ihn darum ersuchen, mit seiner Dienstleistung gegen billige Belohnung nach bestem Wissen an die Hand zu gehen habe. Er soll auch Subjekten auf Wunsch gegen billige Belohnung Unterricht in der Tierheilkunde geben. --- Es kann dem Landtierarzt nicht die Vollmacht des Totschlags von krankem Vieh erteilt werden, es muß dies von der Beurteilung durch die Sanitätsdeputation abhängig gemacht werden." (StA A 282, Bd. 1342 - 20. Juni 1796).

Am 26. September 1796 konnte endlich, da nun von beiden genannten Gutach-
terstellen die Vorschläge gemacht waren, der Kirchenrat dem Herzog die ge-
forderte Instruktion unter der Bemerkung unterbreiten, daß dem Tierarzt Walz
von der kirchenrätlichen planmäßigen Besoldung statt 150 künftig 200 Gulden
halb in Geld, halb in Naturalien gereicht werden würden, dagegen die dem-
selben bisher sowohl vom Herzoglichen Kirchenrat, als auch von der Rent-
kammer nur provisorisch ausgeworfenen 100 Gulden bei beiden Kammern künftig
einfrieren würden (StA A 282, Bd. 1342). Walz mußte als Medizinalbeamter
dem Kirchenrat unterstellt werden und empfing von dort auch, also aus dem
Kirchenkasten, sein Gehalt. Seine unmittelbar vorgesetzte Behörde war aber
die Sanitätsdeputation, deren ordentliches Mitglied zur Bearbeitung der tier-
ärztlichen Fragen er seit 1795 war.

Die Instruktion für den Landtierarzt wurde vom Herzog am 30. Mai 1797 in
einer Spezialresolution an alle Stabsbeamten bekannt gegeben (StA A 282,
Bd. 1342). Die Resolution gibt in der Einleitung folgendes zu verstehen:

" Der unverkennbare Einfluß, welchen der Gesundheitszustand der
Haustiere auf den Wohlstand des gesamten Landes und auf die Gesund-
heit der Menschen hat, und die traurige Erfahrung, wie wenig zweck-
mäßig die bisherige Behandlungsart dieser Tiere in Krankheitsfällen
gewesen ist, da solche meist Leuten anvertraut werden mußte, die
aus Mangel an Kenntnissen entweder abergläubischer oder sogar schäd-
licher Mittel sich bedienten, auch das Beispiel anderer Länder, wo
eigene Tierärzte aufgestellt sind ⁺⁾ , hat den Anlaß gegeben, daß
schon im Jahre 1794 in der Person des Gottfried Heinrich Walz von Stutt-
gart, welcher die Tierarzneiwissenschaft sowohl theoretisch, als prak-
tisch auf ausländischen Universitäten und Lehranstalten erlernt hat,
ein Tierarzt für die Herzoglichen Lande von Landesherrschaft wegen
aufgestellt worden ist, um dadurch den Untertanen Gelegenheit zu
verschaffen, bei etwa entstehenden Viehseuchen oder auch anderen
Krankheiten der Haustiere gründlichen Rat und Hilfe finden zu können."

Es folgt dann der "Stat und die Instruktion", wonach der "für die Herzoglichen
Lande gnädig aufgestellte Land-Tierarzt Gottlieb Heinrich Walz in Stuttgart
in seinen amtlichen Verrichtungen sich verhalten soll", in vollständigem Wort-
laut.

⁺⁾ In Bayern war z. B. 1786 als oberster und ebenfalls einziger "Tierarzt" der
Professor Will zur Bekämpfung von Seuchen und Verbesserung der Vieh-
zucht angestellt worden.

Am 27. Mai 1797 wurde die Instruktion im Auszug veröffentlicht (Rey XIV, 1120). Die einzelnen Bestimmungen sollen hier kurz zusammengefaßt wiedergegeben werden:

Dem Landtierarzt liegen folgende Pflichten ob:

Aufsicht über den Gesundheitszustand der Haustiere und deren Besorgung bei eingetretenen Krankheiten, Erforschung der Ursachen von Krankheiten und Behandlung von Seuchenfällen,

Meidung der Behandlungsversuche bei menschlichen Krankheiten und Anzeige aller auf die tierische Produkte und die menschliche Gesundheit sich nachteilig auswirkenden Einflüsse,

Verordnung von Arzneien für Tiere, nicht dagegen deren Beschaffung und Verkauf,

Widmung des Dienstes dem Herzog, den herzoglichen Collegien und jedem Landesuntertan, Raterteilung auf Anfragen und unentgeltliches Erstellen von Gutachten für die Collegien etc.

Bei Ausbruch einer Seuche hat der Landtierarzt Bericht und Gutachten an die Sanitätsdeputation zu erstatten, damit gegebenenfalls eine Lokaluntersuchung verfügt werden kann.

Bei eingetretener Viehseuche hat er den Auftrag der Deputation, welche ihn an den Seuchenort schickt, zu befolgen und die ihm aufgetragenen Maßregeln in bezug auf Absonderung der kranken Tiere, deren Tötung usw. unter "Communication" mit Oberamt und Ortsvorsteher zu vollziehen.

In dringenden Fällen kann der Landtierarzt provisorische Verfügungen treffen. Er wird legitimiert, bei rotzigen Pferden und bei wutverdächtigen Hunden ohne vorgängige Anfrage bei der Deputation mit Totschlag vorzugehen.

Wegen der medizinischen Hilfe hat er sich mit dem Physicus zu besprechen, damit dieser von der Kurart unterrichtet und im Stande ist, bei fortdauernder oder sich verändernder Krankheit zweckmäßige Berichte an die Deputation zu erstatten.

In Gemeinschaft mit dem Physikus soll er über die bei einer Viehseuche verabredeten und zu gebrauchenden Arzneien und deren Ablieferung zu möglichst wohlfeilen Preisen mit dem Apotheker einen vorteilhaften Akkord abzuschließen.

Viehschauer, Schmiede, Hirten und andere Personen, deren man sich bei krankem Vieh bedient, soll er über die anzuordnende Behandlungsart und die Heilmittel deutlich belehren und ihnen zugleich die erforderlichen Handgriffe beim Aderlassen, Lederstechen und anderen

chirurgischen Operationen zeigen. Ohne besonderen Auftrag soll er keine Reisen wegen epizootischen und enzootischen Krankheiten auf Kosten einer öffentlichen Kasse unternehmen.

Außer all diesem hat er gegen billige Belohnung den Viehschauern über die Krankheiten des Viehs, die das Fleisch für menschlichen Genuß untauglich machen, und über die Hauptmängel Unterricht zu geben, auch sonst über den Hufbeschlagn und andere Teile der Tierarzneikunst zu belehren.

Als Mitglied der Sanitätsdeputation bekommt er aus der Landschaftlichen Kasse 50 fl. und als fixes Gehalt vom Kirchenrat 200 fl., halb in bar und halb in Naturalien. An Diäten auf amtlichen Reisen (wenn er nicht "herrschaftliche" Angelegenheiten vertritt) erhält er als Taggeld 1 fl. 30 kr., für einen Imbiß 1 fl. wie der Physicus, sodann an übrigen Reisekosten, Roßlohn, Fütterung, Trinkgeld etc. dasjenige, was nach Zeit und Umständen gewöhnlich anzurechnen erlaubt ist. Weiter hat er keine Belohnung zu verlangen und darf auch privatim nichts annehmen.

Die Verschickungskosten bei Viehseuchen trägt zu einem Drittel das Geistliche Gut, zu zwei Dritteln die betreffende Gemeinde bzw., wenn diese unvermögend ist, zu einem Drittel die Landschaftskasse.

In der Beratung der Sanitätsdeputation trat Walz die Nachfolge des von Bouwinghausen an, welcher durch eine Reise lange Zeit an der Ausübung seines Amtes verhindert gewesen war. Während der Landoberstallmeister aber nur eine beratende Tätigkeit ausübte, außerdem keine vollständige tierärztliche Ausbildung erfahren hatte, kann man im Landtierarzt Walz den ersten württembergischen beamteten Tierarzt erblicken. Sein Wirken war beratend, lehrend und zum Teil auch verfügend. Während Walz nun, in Unterordnung unter die Sanitätsdeputation, die Aufsicht über alles Tierärztliche in Württemberg führte, soweit es nicht herzogliches bzw. später königliches Eigentum war, unterstanden der Hofmarstall und wohl auch das Landgestüt dem Hoftierarzt Hördt, der sich von der Stellung eines Schmiedes zu diesem Amt heraufgearbeitet hatte, eine wissenschaftliche Ausbildung aber nicht genossen hatte. Nach dem 6. Rangreglement vom 4. April 1806 (Reg. Bl. S. 25) stand der Landtierarzt zusammen mit den Hofmedici, Titular-Leib-Chirurgen, Kreisärzten, Regiments-Chirurgen auf der XIII. Stufe, während er nach dem neuen Reglement vom 1. August 1811 (Reg. Bl. S. 401) zusammen mit dem Hoftierarzt in die X. und letzte Klasse fiel. Die Landvogtei- und Stabsärzte standen dagegen auf der IX. Stufe. Auch hierin spiegelt sich wieder die geringere Wertschätzung, welche man einem Tierarzt, und sei es auch der einzig

wissenschaftlich gebildete, mit dem Titel des Doktors der Medizin begabte und erste Tierarzt des Landes, entgegenbrachte.

Das Wirken des Landtierarztes Walz war sehr fruchtbar für Württemberg (die Bezeichnung "Landtierarzt", nicht Landestierarzt, verwende ich getreu der damaligen Ausdrucksweise). Alle zu seiner Zeit von Staats wegen erlassenen Vorschriften und Belehrungen über allgemeine Tierkrankheiten und Seuchen, namentlich über Rinderpest, Schafräude, Pocken der Schafe, Milzbrand, Tollwut, Maul- und Klauenseuche, Lungenseuche, Wassersucht und "Klauenseuche" der Schafe, Rotz, Rotlauf usw., sind von ihm verfaßt worden. Diese Verordnungen hatten lange Zeit Gültigkeit und sind sogar im Ausland, d. h. in anderen deutschen Staaten, als Muster oft benützt worden. Die größten Verdienste erwarb er auch durch die Einführung der Methode der Keulung bei der Bekämpfung der Rinderpest, die auch von den meisten anderen deutschen Ländern übernommen wurde, und wodurch man wenigstens einigermaßen der Seuche Herr werden konnte, wenn dies auch erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts hin endgültig gelang. Unter Walz verhinderten die Zerstückelung des Landes und die verwickelten äußeren Verhältnisse (Napoleonische Kriege) einen besseren Erfolg. Ebenso wichtig und weit bekannt wurde seine Entdeckung der Milben als Ursache der Schafräude und deren Bekämpfung durch eine Badebehandlung mit Schwefelpräparaten (genanntes Walzsches Räudebad). Walz hatte (um 1796) eine Denkschrift an den Kirchenrat verfaßt, worin er auf die Bedeutung der Schafräude hinwies und die Krätzmilben, als "gemeinschaftliche Insekten einiger größerer Tiere", als Ursache der Krankheit bezeichnete. Er empfahl Schwefel- oder Quecksilberpräparate in Salben- oder in flüssiger Form zur Behandlung und deutete gleichzeitig auf die Notwendigkeit der Absonderung der befallenen Tiere hin. Bis dahin hatte man nämlich die Schuld an der Räude feuchter Luft in Verbindung mit Schmutz zugeschoben, und auch noch in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde diese Meinung vertreten und man ließ die Milben nur als Beileiterscheinung gelten. Ein Pro-Memoria von Walz wegen der Errichtung einer Schafräude-Heilanstalt wurde vom Kirchenrat am 16. Juni 1796 zurückgegeben und Walz beauftragt, die darin gemachten Vorschläge noch näher zu entwickeln, damit die weitere Verfügung darauf erteilt werden könne (StA A 282, Bd. 1341). Der Kirchenrat war ja für das "Veterinärwesen" als einem Teil des Medizinallwesens, soweit staatliche Belange berührt waren, in allen Punkten als oberste Instanz zuständig und die Kosten der genannten Anstalt werden wohl auch aus dem Kirchengut bezahlt worden sein, wenn nicht die Herzogliche Rentkammer als die Aufsichtsbehörde über die herzoglichen Schafherden herangezogen werden konnte.

So wie die Seuchen des 18. Jahrhunderts auf der einen Seite zur Aufstellung des Landtierarztes führten, so waren sie auf der anderen Seite auch die Triebfedern für die Forderung nach einer landeseigenen Tierarzneischule, wie sie schon in so vielen deutschen Staaten bestand. Schon der Landobstallmeister Freiherr von Bouwinghausen und der Oberstallmeister Graf von Görlitz hatten die Gründung einer solchen Schule vertreten (2). Auch aus den Reihen der Ärzte kamen entsprechende Forderungen. Der Stadtphysikus Müller von Bietigheim machte z. B. am 1. Mai 1806 den Vorschlag, an der Universität in Tübingen einen eigenen Lehrstuhl für diejenigen Tierärzte zu errichten, die vom Staat angestellt werden wollten (StA E 150/53, Bd. 968). Vor allem aber war es Walz, der in unablässigem Bemühen und mit bewundernswertem Eifer für eine Bildungsanstalt für Tierärzte eintrat. Er sah ja den Mangel an ausgebildeten Tierärzten am besten. Am 19. Februar 1796 schon hatte er eine Denkschrift an den Herzog mit Vorschlägen über das Projekt einer "Vieharzneischule" gerichtet (StA A 282, Bd. 1343). Es soll daraus einiges wiedergegeben werden:

" Zur Heilung der einzelnen Krankheiten unserer Haustiere und zur richtigen Verwendung der Hilfsmittel ist es unentbehrlich, daß eine eigene Bürgerklasse vorhanden sei, deren Glieder mit den nötigen Kenntnissen versehen sind, das Amt eines praktischen Tierarztes auszuüben. Vorurteil und Mangel an besseren Subjekten überließen bisher Schmieden, Hirten und Abdeckern die Ausübung der Tierheilkunde, mit welchem Glück, ist wohl allgemein bekannt. In allen Ländern benützte man bisher bei Aufstellung praktischer Tierärzte das Vorurteil und ließ Schmiede in der Tierarzneikunde unterrichten. Schwere Handarbeit verträgt sich zwar nicht gut mit der Wissenschaftlichkeit ... aber da körperliche Kraft zur Ausübung der Kunst besonders notwendig ist, da man aus Vorurteil gewohnt ist, die Hilfe dieser Menschen anzurufen und ohne Nebenbeschäftigung der Tierarzt auf dem Lande nicht wohl fortzukommen vermag, so scheint diese Verbindung wohl sehr tunlich.

Amtsärzten, die mit den nötigen tierärztlichen Kenntnissen versehen sind, kann wohl höchstens allgemeine Aufsicht über

allgemeine Krankheiten nebst Verordnung der allgemeinen Hilfsmittel übertragen werden, spezielle Aufsicht und Ausübung der Kunst erfordert aber doch untergeordnete Menschen."

Von den Landwundärzten ließe sich wohl im allgemeinen mehr erwarten und in wissenschaftlichen Studien würden sie wohl auch größere

Fortschritte machen können, der Verbindung von Menschen- und Tierheilkunde würden aber besonders bei solchen halbwissenschaftlichen Menschen, viele Hindernisse im Wege liegen. Den Einwurf, daß die Bildung praktischer Tierärzte zur Pfuscherei in der menschlichen Arzneikunst führe, entkräftigt Walz dadurch, daß die derzeit die Tierheilkunde empirisch ausübenden Leute der menschlichen Gesundheit gewiß weit schädlicher seien als jene unterrichteten, die man mit den großen Schwierigkeiten in der Ausübung der Menschenheilkunde bekannt machen kann.

Um das Land möglichst rasch mit Tierärzten zu versehen, solle man 12 - 15 Schmiede aus verschiedenen Oberämtern so wählen, daß diese letzteren bis zur gänzlichen Besetzung durch Ärzte (gemeint sind wissenschaftlich gebildete Tierärzte) von jenen versehen werden könnten. Eine dreijährige Ausbildung sei nötig und die Oberämter würden gewiß zu den Ausbildungskosten der Schmiede Geldmittel beisteuern. Eine Bildungsanstalt für praktische Tierärzte sei aber unentbehrlich. Für den Unterricht gibt Walz folgende Gegenstände als passend an: Überblick über Form und Kräfte der natürlichen Körper, über allgemeine Eigenschaften der Mineralien und Pflanzen, besonders der Futterpflanzen und giftiger Pflanzen, Heilmittellehre, Anatomie, allgemeine Krankheitslehre, Hufbeschlag, Exkursionen und Besuch der zur Schule gehörenden Tierkrankenanstalt zur Beobachtung des genauen Krankheitsverlaufes u. a. m.

Walz sprach noch nicht von einem bestimmten Ort, an dem die Schule errichtet werden solle, er bezeichnete nur größere Städte als geeignet.

Am 7. Mai 1796 äußerte sich der Herzogliche Rat und Leibmedicus Dr. Jäger in einem Gutachten über diese Denkschrift. Es war ihm dies anscheinend von der Regierung zur Aufgabe gemacht worden. Jäger war Mitglied des Collegium medicum. Er äußerte sich folgendermaßen:

" Wenn von der Einrichtung einer Lehranstalt für Tierärzte die Rede ist, kann man sein Augenmerk entweder auf Gelehrte oder auf gemeine Schmiede, Viehschauer, Schäfer usw. oder auf beide zugleich richten. Man muß mindestens 3 Lehrer aufstellen oder das Tierarznei-Lehramt mit einer Universität in Verbindung bringen. ... Da aber Walz der einzige Tierarzt ist und seine Ideen keiner Universität angepaßt sind, so würde es derzeit überflüssig sein, darüber Bemerkungen zu machen. Auch scheint Walz in diesem seinem Pro-

memoria hauptsächlich die geringere Klasse der Schmiede vorzüglich vor Augen zu haben."

Jäger meint, daß diese Schmiede von den Krankheiten der Tiere häufig sehr wenig oder gar nicht belehrt seien, aber doch "auf Zufall hin Rat und Arzneien austeilen" und ihnen, da sie mit Tieren umzugehen wissen und sich daher "zur Cur brauchen lassen", ein Unterricht wohl anstehe, was auch für das Publikum nützlich sei. Der von Walz geforderte dreijährige Kurs sei für die Schüler zu teuer, wenn sie ihren Aufenthalt in der Lehranstalt selbst bezahlen müßten. ... Der Unterricht in dem von Walz gegebenen Umfang überschreite ihre Fassungskraft und würde sie von der Ausbildung abschrecken. Jäger schlägt dann vor, daß, bis ein größeres Institut erbaut sein würde, ein Tierhospital errichtet werden solle, um damit durch die klinischen Versuche Lust zur Tierarzneiwissenschaft zu erwecken. Walz solle hierzu einen Kurs von einem halben Jahr halten und den Schmieden und anderen Interessenten den nötigsten Unterricht geben und ihnen dadurch die üblichen Büchlein für den Hausgebrauch der Bauern verständlich machen (gemeint sind die Vieh- und Roßarzneibüchlein). Eine hervorragende Erziehung würden die Schüler zwar auf diesem Wege nicht erhalten, aber sie würden doch dasselbe Verhältnis zum wissenschaftlich gebildeten Tierarzt erreichen, wie es die Dorfhebamme zum "philosophisch gelehrten Accoucheur" habe. ... Stuttgart (als Ort der Schule) habe zwar die meisten Pferde, aber wenig Rinder, Schafe, Schweine und sei auch von Gestüten weit entfernt. Auch sei es fraglich, ob dort Krankenställe überhaupt errichtet werden dürften (StA A 282, Bd. 1343).

Die Sache war damit wieder zur Ruhe gekommen und Walz mußte sich im Jahre 1798 mit einer Eingabe, der damaligen Landesversammlung gewidmet, für sein Ziel erneut einsetzen (10). Sie trug den Titel: "Über den Zustand der Vieharzneikunde in Württemberg nebst einem Vorschlag zur Errichtung einer Tierarzneischule". Einen weiteren Vorstoß machte der Landtierarzt, indem er am 25. September 1801 ein Gesuch über die Errichtung einer Tierarzneischule in Tübingen einreichte (52), und zwar, wie aus einem Kirchenratsprotokoll vom 28. April 1802 zu entnehmen ist, an eben dieses Collegium (StA A 282, Bd. 1343):

Walz bat um das Kleemeistereigebäude in Tübingen zur Errichtung einer "Veterinärlehranstalt". Er schlug Tübingen deshalb vor, weil er der Meinung war,

Daß die Tierärzte anfangs noch der Aufsicht der Physici bedürften, welche sich während ihres Studiums auch Kenntnissen der Tierheilkunde aneignen sollten. dachte also an den Besuch der Tierarzneischule auch durch Medizin-Studierende. Diese Möglichkeit der Doppelbildung war in Stuttgart nicht gegeben, außerdem hatte Tübingen und seine Umgebung mehr Vieh aufzuweisen als die Residenzstadt. Der Plan von Walz ging dahin, eine kleine Zahl wissenschaftlich gebildeter Tierärzte für Lehrzwecke und Aufsicht über ausgedehntere Bezirke des Landes zu bilden und neben ihnen eine größere Menge praktischer Tierärzte für das platte Land und für kleinere Wirkungskreise aus gewerblichen Ständen wie denjenigen der Schmiede, Schäfer, Metzger, Kleemeister, da diese Leute schon Erfahrung und Routine im Umgang mit Tieren haben. Eine Ausbildungszeit von einem Jahr sollte ausreichend sein (52). Die Tierarzneischule sollte auch die Ursache der Seuchen und die nötigen geeigneten Medikamente erforschen. Daß die Ausbildung der Schmiede usw. für die Lösung wissenschaftlicher Fragen nicht ausreichen konnte, war klar, man wollte in ihnen auch nur sozusagen Beiräte der Landwirte heranziehen. Alles Wissenschaftliche sollten die Lehrer der Schule und die höhere Klasse der wissenschaftlich gebildeten Tierärzte übernehmen.

Der nachmalige König, Herzog Friedrich, resolvierte das Gesuch eigenhändig in der Angabe, "dasselbe zum Bericht und Einholung des Gutachtens den betreffenden Behörden zugehen zu lassen" (18). Diese Behörden, die Herzogliche Rentkammer, das Stadtoberamt und der Magistrat (wohl von Tübingen), die durch den Herzoglichen Geheimrat zum Bericht aufgefordert worden waren, anerkannten, daß "eine solche Lehranstalt ein nützliches Institut sein würde und daß die Kosten, die darauf zu verwenden wären, mit den Vorteilen, welche das Institut in der Folge gewähren dürfte, reichlich ersetzt würden" (18). Es war aber keine Einigung über das vorgeschlagene Gebäude und die Finanzierung des Projekts zu erzielen. Im Kirchenrats-Collegium wurde am 28. April 1802 besprochen, daß

Walz das Tübinger Kleemeistereigebäude vorgeschlagen habe und nach Bericht des Bebenhäuser Pflegers Müller kein Anstand gegen die Einräumung einiger Gebäude vorliege, aber es habe derselbe das in Tübingen befindliche, außerhalb der Stadt stehende, Opernhaus als hierfür tauglich in Vorschlag gebracht. Es sei nun die Frage, ob die Anstalt in Stuttgart oder in Tübingen zu errichten sei, welche Einrichtung und Ausdehnung derselben zu geben und welche Kosten darauf zu verwenden seien. Zur Erörterung dieser Fragen sei Communication mit der Universität und mit der Landschaft wegen des von

Walz vorgeschlagenen Beitrags der Gemeinden zur Unterstützung der Hufschmiede nötig. Über die Kosten könne man sich nicht äußern, ehe man nicht von dem eigentlichen Zweck und Umfang der Einrichtung und von den hierzu im Ganzen erforderlichen Mitteln belehrt sei.

"Vorderhand habe man nur dies zu bemerken, daß der Kirchenrat bei Errichtung der Stelle eines Landtierarztes die Verbindlichkeit zur Versorgung des Tierarzneiwesens und zur Bestreitung der diesfalsigen Kosten nicht anerkannt habe, auch die Besoldung des Landtierarztes nur zum Teil, und zwar bloß aus dem der Medizinischen Dienerschaft im Erbvergleich von 1770 ausgesetzten Fond abgebe. Indes sei man diesorts nicht abgeneigt, zu dem Aufwand, dessen eine solche Institution erfordern dürfte, zur Beförderung der Sache unter höchster Genehmigung einen Beitrag zu reichen, wenn anders derselben nur eine solche Einrichtung gegeben werde, daß man sich durch einen Beitrag von dem Zwecke, welchen das Geistliche Gut habe, nicht zu weit entferne." (StA A 282, Bd. 1343)

Der Magistrat von Tübingen schützte nun seinerseits vor, daß die Benützung des bezeichneten Lokals bei Errichtung der geplanten Schule für die Nachbarschaft mit "großer Unlust" verbunden sein würde. Der Herzogliche Geheime Rat brachte wiederum den Einwand vor, daß es gegen die Verfassung und das im Land zu Gesetz angenommene Herkommen sei, die Kosten der Anstalt von der Herzoglichen Rentkammer bestreiten zu lassen, da diese Schule als "Landpolizeianstalt" von der Gemeinde oder als "Medizinalanstalt" vom Kirchenrat zu tragen sei (18). Die Unterhandlungen scheiterten schließlich an der Lokal- und Kostenfrage. Da aber ergriff Herzog Friedrich erneut die Initiative und entschied am 16. Oktober 1802, obwohl seine Regierung auf Realisation des Vorschlags in Tübingen angetragen hatte, daß, wenn die Errichtung einer Tierarzneischule stattfinden könne, eine solche zu Stuttgart angelegt werden solle. Hierauf stützte sich Walz und erneuerte seine Vorschläge in den Jahren 1803 und 1804 und erklärte sich bereit, mit einem "jährlichen Aversal-Beitrag" die Errichtung der projektierten Anstalt zu unternehmen (18). Als aber auch hierüber keine Übereinkunft zustande kam, blieb die Sache ruhen bis zum Jahre 1807, als das Ministerium des Innern aufs neue Vorschläge wegen Gründung einer Veterinäranstalt für die königlichen Lande verlangte, welche demselben auch unter spezieller Angabe der Bedürfnisse eines solchen Instituts vorgelegt wurden (18) (Württemberg war inzwischen Königreich geworden). Die Ausführung der Gründung der geplanten Anstalt wurde aber vorläufig nicht realisiert. Dies kann nicht verwundern, wenn man den Verlauf der an politischen Gegebenheiten so reichen Periode der folgenden Jahre verfolgt.

III. DAS VETERINÄRWESEN IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT

1. Die Zeit bis zum Organisationsmanifest von 1806

Napoleon hatte 1801 die Vorherrschaft in Europa gewonnen. Württemberg war in den zweiten Koalitionskrieg verwickelt worden und schloß am 20. Mai 1802 zu Paris mit Frankreich einen besonderen Frieden. Es wurde für die Verluste von Mömpelgard und anderen auf französischem Boden gelegenen Herrschaften durch verschiedene Gebiete aus dem württembergischen Raum entschädigt. Am 1. Januar 1803 erließ Herzog Friderich II. ein "Organisations-Manifest für die neu erworbenen Lande", in dem er u. a. die Einteilung der neuen Gebiete in die Landvogteien Ellwangen, Heilbronn und Rottweil bekannt gab (Rey XIV, S. 1209). Jedes Vogtgericht bildete unter Beiziehung des ältesten Physici der Stadt das Sanitätscollegium für seinen Bezirk. "Wir behalten Uns übrigens vor, wegen Errichtung eines Ober-Sanitäts-Collegii in Ellwangen noch weitere Verfügungen zu treffen." - Im Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 wurden die Entschädigungen der weltlichen Fürsten für ihre Verluste links des Rheins festgesetzt. Durch die Folgen der Säkularisierung der geistlichen und Mediatisierung der reichsstädtischen und reichsunmittelbaren fürstlichen Gebiete konnte sich auch Württemberg wiederum vergrößern und zählte nunmehr zu den Mittelstaaten. Im "Kurfürstenbrief" vom 21. August 1803 wurde Herzog Friderich durch Kaiser Maximilian die Kurfürstenwürde übertragen und mit dem Amt des "Reichserzpanner" belehnt (Rey II, S. 642).

Die neu erworbenen Landesteile gliederte Kurfürst Friderich nicht in sein Erbland ein, sondern schweißte sie, vom alten Württemberg und seiner Verfassung völlig geschieden, zu einem neuen Staat, dem sogenannten "Neu-Württemberg", mit dem Regierungssitz in Ellwangen und mit eigenen Ministerien zusammen. Unterm 10. Dezember 1804 erging eine "Persönliche Medizinalverfassung für Neu-Württemberg" (Rey XIV, S. 1256). Sie enthält auch die angekündigten Verfügungen betreffend das Ober-Sanitäts-Collegium:

Oberste Zentralbehörde für das gesamte Sanitäts- und Medizinalwesen ist das Obersanitätscollegium zu Ellwangen. Es besteht

aus der Kurfürstlichen Oberlandesregierung und dem Oberlandes-
arzt (Archiatr, auf der X. Rangstufe des Reglements vom 5. Mai
1805 - Rey XIV, S. 1269). Von einer Deputation dieses Collegiums
werden alle Ärzte und alle Anwärter auf Ober- und Stabsamtschirur-
gen- und Tierarztstellen etc. geprüft.

Jedes Landvogteigericht bildet mit dem Landvogteiarzt zusam-
men das Landvogtei-Sanitäts-Collegium als Mittelbehörde auf dem
Gebiet des Medizinalwesens.

Seine Aufgaben sind (nach StA E 150/53, Bd. 968) u. a. : Ausschrei-
bung der Anordnungen des Obersanitätscollegiums und deren Aus-
führung, Handhabung der Medizinalpolizei, Aufsicht über alle Me-
dizinalpersonen (auch Tierärzte!), Erlaß provisorischer Verfügungen
bei Epidemien und Epizootien, Aburteilung geringer Vergehen
gegen die Medizinalpolizeigesetze.

In jedem Ober- und Stabsamt wird ein Ober- und Stabsamts-
Physicus aufgestellt. Er ist Staatsdiener und bildet mit dem Ober-
oder Stabsbeamten zusammen die erste Sanitätsbehörde,
welcher alle Medizinalpersonen im Ober- oder Stabsamt unterge-
ordnet sind. Die Amtsärzte werden vom Stadtgericht der Ober-
amtsstadt bzw. Amtsstadt und von sämtlichen Schultheissen des
Amts gewählt.

Als Voraussetzung zur Wahl zum Physicus sind erforderlich: Vorzüg-
liche Kenntnisse der Staatsarzneikunde, Chirurgie, Entbindungskunst,
Pharmazeutik, Naturgeschichte und Tierarzneikunst, zwei-
jährige Praxis und der erforderliche moralische Charakter. Der Be-
werber wird vom Obersanitätscollegium für wahlfähig erklärt; die
Wahl wird vom Landesherrn bestätigt.

Für ein oder mehrere aneinanderliegende Ober- und Stabs-Ämter
ist ferner ein Ober- oder Stabsamtstierarzt aufzustellen
und dieser, wo es möglich ist, mit dem Ober- oder Stabs-
amtschirurgen in einer Person zu vereinigen. Voraussetzun-
gen für die Anstellung sind: Zeugnisse der Note I, Studium der
Tierheilkunde-Wissenschaften an einer öffentlichen Lehranstalt
von wenigstens 1 1/2 Jahren und Absolvierung eines Lehrkurses
über die Seuchen der Haustiere, halbjähriger Besuch der tierärzt-
lichen Kliniken und der erforderliche moralische Charakter. Seine
Wahl erfolgt wie die des Amtsphysicus. Er ist Staatsdiener, jedoch
dem Amtsphysicus untergeordnet und außerordentlicher Bei-
sitzer der ober- oder stabsamtlichen Sanitätsbehörde.

Neben den erwähnten Personen können besoldete und unbesoldete Chirurgen, Operateure und Kurschmiede angestellt werden. Sie werden vom Stadtgericht oder Dorfmagistrat gewählt und, nachdem sie eine Prüfung vor der Amts-Sanitätsbehörde abgelegt haben, von dem Obersanitätscollegium bestätigt. Ein Kurschmied wird nur zur Prüfung zugelassen, wenn er außer guten Zeugnissen nachweist, daß er Tierheilkunde vollständig gehört hat und auch der tierärztlichen Klinik beigewohnt hat.

Mit dieser Ordnung wurde das Medizinalwesen auf württembergischem Raum zum ersten Mal seit der Großen Kirchenordnung straff gegliedert. Der "bestimmte Tierarzt" hatte seinen Platz wenigstens in den unteren Stellen, den Ober- und Stabsämtern, zugeteilt bekommen. Allerdings stand er, wie es für die damalige Zeit gar nicht anders denkbar war, unter der Oberaufsicht des entsprechenden Amtsarztes und der ärztlichen Oberbehörden. Immerhin war diese Einteilung ein großer Fortschritt, wenn man an die Anstrengung denkt, welche die Aufstellung nur eines einzigen wissenschaftlich gebildeten Tierarztes, des Landtierarztes, in Alt-Württemberg gekostet hatte. Es soll betont werden, daß die Amtstierärzte wissenschaftlich gebildet sein mußten. Ihre Ausbildung konnten sie nur auf "ausländischen" Tierarztschulen oder Universitäten erhalten. Erstaunlich ist, daß man auch den Kurschmieden eine vollständige Ausbildung als Voraussetzung zur Anstellung abverlangte.

Im Staatsvertrag zwischen Württemberg und Frankreich erhielt Kurfürst Friedrich die Königswürde und volle Souveränität zugesprochen (12. Dezember 1805) und gab am 1. Januar 1806 die Annahme der Königswürde bekannt (Reg. Bl. 1806, S. 1). König Friderich hatte damit seine Belohnung für die Napoleon geleisteten Dienste erhalten. Das Geheime-Rats-Collegium als oberste Landesbehörde in Alt-Württemberg wurde aufgehoben und dafür ein Staatsministerium gemeinsam für sämtliche königlichen Lande eingerichtet.

2. Das Organisationsmanifest

Die Medizinaldirektion

Mit der Vereinigung der neuen Lande mit Alt-Württemberg war eine neue Gestaltung der Verwaltung notwendig geworden. Diese wurde gegeben durch das

Organisationsmanifest vom 18. März 1806 (Reskriptionsammlung von 1806, S. 6):

Als oberste Staatsbehörde wird das Königliche Staatsministerium bestätigt. Es besteht aus den Chefs sämtlicher Departements und vom König ernannten Mitgliedern. Zu seinem Ressort gehört u. a. die Sektion des Medizinalwesens insoferne, als diese Sektion durch den Minister des Innern Anträge wegen Erlasses oder Änderung eines Gesetzes, Errichtung neuer Physikate, Anzeige von epidemischen Krankheiten unter Menschen und Tieren und anderer wichtiger Ereignisse einbringt.

Für die einzelnen Verwaltungsressorts werden eingerichtet die Departements der auswärtigen Angelegenheiten, des Innern, der Justiz, das Kriegs-, Finanz- und Geistliche Departement, deren Chefs die Ressortminister sind.

Das Departement des Innern umfaßt das polizeiliche, staatswirtschaftliche und Regiminalfach in allen seinen Teilen. Die Geschäfte teilen sich unter folgende Stellen:

1. Die Oberlandesregierung (welche früher selbständig war) und
2. Das Oberlandes-Ökonomie-Collegium.

Der ersteren steht die Aufsicht über alle Landbeamten und die Landpolizei mit Ausnahme der Ortspolizei von Stuttgart und Ludwigsburg zu, dem letzteren u. a. die Aufsicht über die Gesüte und die Schafzucht des Landes.

Der Oberlandesregierung sind besondere Direktionen unterstellt:

- a) Der Lehenhof,
- b) die Straßen-, Brücken-, Wasserbau-Direktion und
- c) zur Versehung der auf die Medizinalanstalten und das Sanitätswesen überhaupt sich beziehenden Geschäfte eine besondere Direktion (Medizinaldirektion) aus zwei Räten, den Wirklichen Leibmedicis, zwei Leibchirurgen und zwei Tierärzten" (§19).

Das Königreich wird in 12 Kreise eingeteilt: Heilbronn, Ludwigsburg, Stuttgart, Maulbronn, Schondorf, Urach, Rottenburg, Calw, Rottweil, Tuttlingen, Zwiefalten, Ellwangen. Jedem Kreis wird ein Kreishauptmann vorgese-

Für die Medizinalverwaltung, die bisher in Alt-Württemberg beim Kirchenrat lag, wurde nun zum ersten Mal eine rein weltliche Behörde geschaffen und das Medizinalwesen damit aus der Kirche herausgelöst. Fortan steht dem Ministerium des Innern die Oberaufsicht zu. Zum ersten Mal aber läßt sich nun

nach von einer wirklichen Veterinärverwaltung sprechen, denn es sind an der entscheidenden Stelle Tierärzte mit den das Veterinärwesen betreffenden Aufgaben betraut. Wie noch deutlich werden wird, heißt das noch nicht, daß diese Tierärzte auch ganz selbständig auf ihrem Gebiet handeln konnten; die Entscheidungen lagen bei der Gesamtheit der ordentlichen Mitglieder der Medizinaldirektion, aber man hörte doch weitgehend auf ihre Meinungen und Vorschläge. Bis zur völligen Loslösung der Veterinärverwaltung als selbständigem Zweig vom Medizinalwesen und von der Herrschaft der Ärzte war noch eine lange Zeit vor allem der Entwicklung der tiermedizinischen Wissenschaft notwendig. Wenn im folgenden der Ausdruck "Medizinalwesen" gebraucht wird, so ist damit die Symbiose von Human-Medizinalwesen und Veterinärwesen gemeint, die damals in der Handhabung der Verwaltung eben bestand.

Die Mitglieder der nur ein Jahr bestehenden Medizinaldirektion wurden ernannt: Die Wirklichen Räte Mundorf und Weisser, die Leibärzte Jäger, Guvernoy, Klein und Reuss, die Leibwundärzte Hardegg und Klein, der Landtierarzt Walz und der Hof-tierarzt Hör dt.

Walz wurde definitiv die Aufsicht über alles Tierärztliche im Königreich übertragen, sofern es nicht königliches Eigentum war, und Hör dt unterstanden die veterinär-technischen Fragen der Gestüte, der Menagerie in Stuttgart und des Tierstalls (StA E 150/53, Bd. 968).

Die Aufgaben der Direktion, auch Senat genannt, waren u. a. :

Die Oberaufsicht über die Krankenanstalten, die Prüfung sämtlicher Ärzte, wenn sie auf eine staatliche Stellung Anspruch erheben wollten, die Bearbeitung des Anstellungsverhältnisses und der Ordnungen für die untergeordneten Ärzte sowie der Medizinaltaxen, der Vorschlag der Neu- und Wiederbesetzung von Physikatsstellen, der Empfang und die Bearbeitung der von den Kreisärzten über die herrschenden Krankheiten eingesandten Berichte, der Erlaß der Medizinal-Verfügungen und -Verordnungen etc., deren Ausführung den Kreisärzten oblag. -

Die Geschäfte wurden unter die Mitglieder durch den Direktor aufgeteilt, so daß jedes Mitglied sein eigenes Fach zugewiesen bekam und dem Plenum zu referieren hatte (StA E 150/53, Bd. 968).

Die genannten Kreisärzte stellten eine Medizinal-Mittelbehörde zwischen der Direktion und den Oberamtsphysici dar. Sie sind nicht zu verwechseln mit

den späteren Kreismedizinalräten. Wann sie eingesetzt wurden, ist nicht genau zu ergründen. Jedenfalls sind die Kreisarztstellen infolge des Organisationsmanifestes eingerichtet worden (Einteilung in Kreise). Die Kreisärzte wurden als medizinische Referenten den Kreishauptleuten beigegeben. Die Aufgaben eines Kreisphysicus waren u. a. :

Die Sorge für die Befolgung und Ausführung der Anordnungen der Medizinaldirektion, die Berichterstattung an diese über alle Medizinalangelegenheiten, das Verfügen von provisorischen Maßnahmen in Notfällen, die Einsendung der Berichte der Oberamtsphysici über Epidemien und Epizootien an die Direktion, die Aufsicht über alle Oberamtsärzte.

Die Kreisärzte standen unmittelbar unter der Medizinaldirektion und hatten mit ihr zu kommunizieren. Durch sie wirkte die oberste Medizinalbehörde auf das Medizinalwesen des Königreichs zurück (StA E 150/53 Bd. 968).

Schon lange vor dem Organisationsmanifest waren in einer ganzen Reihe von Oberämtern besondere Oberamts-Physici oder Oberamts-Ärzte, Nachfolger der alten Physici, angestellt gewesen. Sie waren nun dem Kreisarzt untergeordnet. Sie stellten die untersten Medizinalbehörden dar und hatten, auf den Oberamtsbezirk beschränkt, ungefähr dieselben Aufgaben wie die Kreisärzte, dazu die Visitation der Apotheken, den Unterricht für die Hebammen, die Berichterstattung über den Ausbruch von Epidemien und Viehseuchen an den Kreisarzt und anderes mehr (StA E 150/53, Bd. 968).

Tierärzte, welche man den erwähnten Amtspersonen an die Seite stellen konnte, gab es im allgemeinen nicht. Es ist möglich, daß in einigen Oberämtern für die Behandlung der kranken Tiere ein Tierarzt (Empiriker!) angestellt war. Man nannte ihn dann Oberamtstierarzt, wobei dieser natürlich dem Oberamtsarzt niemals gleichgestellt werden konnte. Über die Anstellung von Tierärzten von Staats wegen ist aus dieser Zeit nichts bekannt. Die tierärztlichen Gegenstände, soweit der Staat daran interessiert war, wurden also gewöhnlich von den Amtsärzten behandelt und fanden erst an höchster Stelle eine "tierärztliche Bearbeitung" durch Walz und Hördt.

3. Die Zeit des Medizinaldepartements und der Medizinalsektion

Durch die königliche Verordnung vom 22. Juni 1807 (Reg. Bl. S. 217) wurde dem Departement des Innern eine neue Organisation gegeben:

Dem Minister des Innern wird ein Generaldirektorium untergeordnet. Es versammelt sich auf Befehl des Ministers und unter dessen Vorsitz zur Beratung wichtiger Gegenstände.

Dem Minister und dem genannten Direktorium sind untergeordnet:

1. Das Oberregierungs-Collegium mit seinen Unter-Departements,
2. das Ober-Landes-Ökonomie-Collegium,
3. das Straßen-, Brücken- und Wasserbau-Departement und
4. das Medizinaldepartement unter dem Direktor von Otto.

Die oberste Medizinalbehörde war nun nicht mehr der Oberlandes-Regierung unterstellt, sondern stand als eigenes Departement unmittelbar unter dem Minister. Das Medizinaldepartement trat in allen Teilen die Nachfolge der Medizinaldirektion an. Die Mitglieder scheinen auch dieselben geblieben zu sein. Eine besondere Instruktion erhielt das Departement am 23. Juni 1807 (Reg. Bl. S. 321):

Dem Medizinaldepartement, als der Behörde "zur Vernehmung aller auf die Medizinalanstalten und das Sanitätswesen sich beziehenden Geschäfte" sind alle für die Gesundheitspflege öffentlich angestellten Haupt- und Hilfspersonen, das Personal bei den akademischen Lehranstalten ausgenommen, untergeordnet. Unter die genannten Personen fallen besonders Physici, Medizinae practici, Wundärzte, Barbieri, Hebärzte, Tierärzte, Apotheker und Hebammen. -

Die Aufgaben des Departements sind u. a. :

Die Prüfung der Physikatsanwärter und der Chirurgen höheren Grades, die Anordnung aller gegen die Abwendung der Krankheiten des Menschen und der Haustiere nötigen Maßnahmen.

die Sorge für die Anstellung wissenschaftlich gebildeter Tierärzte, die neben zweckmäßiger Vor- und Sachkenntnis vorzüglich in der Praxis Fertigkeit erlangt haben, und dieser Anordnung gemäß die Sorge zur Bildung tüchtiger Tierärzte und die Aufsicht über die zu

errichtende Bildungsanstalt, insofern diese nicht eine akademische Lehranstalt sein wird (weil sie dann nämlich dem Geistlichen Departement unterstehen würde),

die Prüfung aller öffentlich anzustellenden Tierärzte durch zwei ihrer Mitglieder, welche jenen die erforderliche eigene Instruktion zuzustellen und sie hierauf zu vereidigen haben, die Vornahme von Visitationen von allen zum Ressort des Departements gehörenden Personen und Gegenständen in vierjährigem Abstand (und zwar sind sie auf jedesmal besonders erteilten Auftrag von den Collegii medici in Stuttgart und Tübingen in den ihnen zugeteilten Kreisen auszuführen).

Zum Ressort des Departements gehört auch der Gesundheitszustand der Haustiere. Es hat die Einleitung zu treffen, daß, wenn allgemeine Krankheiten (Seuchen) drohen, in dem gefährdeten Bezirk von jedem einzelnen Fall, der mit der allgemeinen Krankheit Ähnlichkeit hat, schleunige Anzeige bei der obrigkeitlichen Behörde gemacht wird und zur weiteren Kenntnis dem Departement mitgeteilt wird.

Bei entschiedenem Ausbruch einer allgemeinen, besonders ansteckenden Krankheit unter den Tieren hat das Departement die Natur derselben und das zweckmäßige Mittel dagegen zu erforschen.

Wegen der nötigen polizeilichen Anordnungen hat sich das Departement mit der Oberregierung zu verständigen, ebenfalls bei Streitigkeiten über Gegenstände aus der medizinischen Polizei (bestimmte vollziehende Befugnisse standen ihm aber zu: siehe 6. Februar 1818 - StA E 150/53, Bd. 969).

Die Kosten der Verschickung des Landtierarztes (als Mitglied des Departements) tragen die Zentral-Staatskasse und die Gemeindekassen.

In dieser Instruktion ist zum ersten Mal die Rede von veterinärpolizeilichen Maßnahmen, wenn solche auch natürlich schon vorher angeordnet worden waren. Die Seuchebekämpfung stützte sich immer noch einerseits auf den Landtierarzt und andererseits auf die Oberamtsärzte. Wissenschaftlich gebildete Tierärzte waren noch nicht oder höchstens in verschwindend geringer Zahl vorhanden. Man muß sich darüber klar sein, daß, wenn auch in den Medizinalordnungen die Rede von solchen Tierärzten ist und ihnen, wie z. B. in Neu-Württemberg, eine bestimmte Stellung eingeräumt wurde, dies doch nicht bedeutet, daß solche auch wirklich vorhanden waren. Aus allen Zusammenhängen heraus ergibt sich, daß der Mangel an geschulten Tierärzten deutlich fühlbar war, daß ihm aber wegen der fehlenden Tierarzneischule nicht abgeholfen werden konnte.

Die Instruktion vom 23. Juni 1807 bildete den Ausgangspunkt für die neuere Medizinalgesetzgebung in Württemberg. -

Nach einer Vereinbarung mit Napoleon, dem König von Bayern und dem Großherzog von Baden wurde das Königreich Württemberg durch das Manifest vom 7. Oktober 1810 neu eingeteilt (Reg. Bl. 1810, Beilage Nr. 53). An die Stelle der Kreise traten zwölf anders abgegrenzte Landvogteien (mit einem Landvogt an der Spitze), die wiederum in Oberämter (mit Oberamtleuten) gegliedert waren. Das Verhältnis zwischen Landvogtei und Oberämtern ordnet das Regulativ vom 31. Dezember 1810 (Reg. Bl. 1811, S. 14), worin es u. a. heißt, daß "in Angelegenheiten des Medizinalwesens die Oberbeamten den Landvögten untergeordnet sind und alle an ein Ministerium, Collegium oder Departement zu erstattenden Berichte der Oberbeamten den Weg über den Landvogt zu nehmen haben."

Um 1807 schon war der Plan aufgetaucht, nach dem Muster der Landvogteianalitäts-Collegien des ehemaligen Neu-Württemberg Landvogteiärzte zu schaffen. Es war aber noch nicht dazu gekommen.

Eine erneute Umgestaltung erfuhr die oberste Medizinalbehörde durch die Verordnung betreffend die neue Organisation des Departements des Innern und der Finanzen vom 1. Juli 1811 (Reg. Bl. S. 331):

Zur Beschleunigung und Vereinfachung des Geschäftsganges wird anstelle der seitherigen kollegialischen Geschäftsbehandlung das Bürosystem eingeführt.

Dem Departement des Innern werden sechs Sektionen untergeordnet, denen je ein Büro mit Chef, referierenden Räten und Sekretär etc. zugeteilt wird.

Die Sektionen sind folgende:

Sektion der inneren Administration, der Lehen, des Straßen-, Brücken- und Wasserbaus, des Commun-Administrationswesens, des Commun-Rechnungswesens und des Medizinalwesens (Medizinalsektion). Oberlandesregierung und -Ökonomie-Collegium hören zu bestehen auf.

Zum Ressort der Sektion der inneren Administration gehört die Oberaufsicht über die Landvögte, die Oberamtleute etc. und die Verfügung polizeilicher Maßnahmen bei Epidemien und Epizootien unter Verständigung mit der Medizinalsektion. -

Die Medizinalsektion hatte anscheinend dieselben Aufgaben und Befugnisse wie das ehemalige Medizinaldepartement (24). Auch sind für diese Sektion keine besonderen Instruktionen erteilt worden. Die Besetzung der Stellen ist fast dieselbe wie bei der Medizinaldirektion und, wie eben daraus zu schließen ist, auch dieselbe wie bei dem Medizinaldepartement (Reg. Bl. 1811, S. 334):

Staatsrat von Mohl als Chef, die Oberregierungsräte Seyboth und Mundorf, die Leibmedici von Duvernoy, von Klein, von Reuss und von Hardegg, die Hofmedici Klein und Storr, der Landtierarzt Walz und der Hoftierarzt Hördt.

Bei dieser Gelegenheit soll bemerkt werden, daß der Ausdruck "Ministerium des Innern" synonym gebraucht wurde mit dem Ausdruck "Departement des Innern". Der Chef dieser Behörde war jedenfalls der Minister des Innern.

Durch die Normalverordnung vom 20. Juli 1816 (Reg. Bl. S. 220) wurde das Bürosystem wiederum in ein kollegialisches übergeführt. Aus der Sektion der inneren Administration entstand das Oberregierungskollegium; die Medizinalsektion blieb erhalten, arbeitete aber ebenfalls in kollegialischer Weise.

Alle gelehrten Ärzte, die Mitglieder der Sektion waren, hatten den Titel "Medizinalrat" zu führen (Reskript vom 27. März 1817 - Reg. Bl. S. 141), auch der Landtierarzt fiel unter diese Bestimmung.

Zusammengefaßt kann man sagen, daß das Medizinaldepartement bzw. die Medizinalsektion eine

- a) teils technische Behörde für die Begutachtung aller medizinischen Gegenstände,
- b) teils aufsehende Behörde für alle Sanitätsanstalten und alle für die Gesundheitspolizei angestellten Personen und
- c) teils vollziehende Behörde für die Handhabung der gesundheitspolizeilichen Bestimmungen bei Mensch und Tier war.

Die Einteilung des Königreichs in Landvogteien, die sich nicht mit den ehemaligen Kreisen deckten, machte die Anstellung von neuen Medizinalbeamten nötig und es mußten die für sie vorgesehenen Aufgaben definiert werden. Die Medizinalsektion wurde aufgefordert, für diese Beamten Instruktionen zu verfassen und sie kam dem für die Landvogteiärzte am 11. Januar 1813 und für die Oberamtsärzte am 18. Juli 1813 nach (StA E 150/53, Bd. 968). Die In-

struktionen sind enthalten in der Generalverordnung über die Medizinalverfassung vom 14./22. März 1814 (Reg. Bl. S. 121):

Für jede Landvogtei wird ein Landvogteiarzt angestellt. Er ist der unmittelbare Vorgesetzte aller Medizinalpersonen (das bedeutet: auch aller angestellten und nicht angestellten Tierärzte) und ist seinerseits der Medizinalsektion unterstellt. Er hat die Aufsicht über alle Medizinalanstalten und die Befolgung der Medizinalgesetze. Über medizinisch-polizeiliche Mängel berichtet er dem Landvogt und in bedeutenden Fällen der Medizinalsektion. Ihm liegt ferner ob die jährliche Berichterstattung über den Medizinalzustand seines Bezirks, über die Besorgung der Visitationen der Oberämter, wobei er sich u. a. über den Zustand der Tierarzneikunde unterrichten soll, und über die Prüfung der Wundärzte und Bader letzter Klasse. Die Prüfung der Kur schmiede nimmt er, wenn noch kein Landvogteitierarzt aufgestellt ist, gemeinsam mit dem Oberamtstierarzt vor.

Bei allen Gegenständen der Medizinalpolizei ist der Landvogteiarzt anzuhören. Er wird alle vier Jahre durch ein ärztliches Mitglied der Sektion in Stuttgart und des Collegii medici in Tübingen kontrolliert. . . . Der Landvogteiarzt hat nebenbei das Amt eines Oberamtsarztes mit dessen Gehalt und erhält außerdem für seine Dienste 250 fl., die entsprechenden Reisevergütungen usw.

Für die neueingeteilten Oberämter wird als öffentlicher Gesundheitsbeamter jeweils ein Oberamtsarzt angestellt, welcher im Oberamt alle Medizinalgeschäfte, insbesondere die Aufsicht über die Medizinalanstalten und -Personen führt, die Chirurgenanwärter prüft, die Apotheken visitiert, die Epidemien und in Ermangelung eines besonderen Tierarztes ("Oberamtstierarzt") auch die Epizootien besorgt, Anzeigen und Berichte sowie Gutachten an das Oberamt bzw. an die Sektion erstattet.

Er hat seinen Sitz in der Oberamtsstadt und bezieht ein Gehalt von 450 - 500 fl., eine Pferderation und 20 fl. für Schreibmaterial.

Je nach der Lokalität des Oberamts werden noch Unteramtsärzte angestellt, welche den Oberamtsarzt vertreten können und Epidemien und Epizootien nach vorheriger Verabredung mit demselben selbst besorgen können.

Bei neuen Anordnungen, welche die Medizinalpolizei berühren, ist vom Oberamt das Gutachten des Oberamtsarztes einzuholen. Entstehen dabei Meinungsverschiedenheiten, so soll vom Oberamt darüber an die Sektion der inneren Administration oder an die Medizinalsek-

tion berichtet und deren Resolution erwartet werden, in Notfällen aber soll die eine Meinung unter Verantwortung des Betreffenden befolgt werden.

Aus dieser Verordnung ist zu entnehmen, daß die Aufstellung von Tierärzten für Landvogteien und Oberämter geplant war. Schon in der Instruktion vom 23. Juni 1807 war ja dem Medizinaldepartement die Sorge für die Anstellung wissenschaftlich gebildeter wie auch praktischer Tierärzte anvertraut worden. Die verheerenden Viehseuchen hatten bei der Regierung die Ansicht gezeitigt, daß als Berater der Polizei- und Verwaltungsbehörden "beamtete" (d. h. mit "Wartgeld" angestellte) Tierärzte zur Tilgung und Verhütung neuer Invasionen aufgestellt werden müßten. Dieser Einsicht stand noch immer das Fehlen einer entsprechenden Bildungsstätte für Tierärzte entgegen. Es waren wohl einige "besondere Tierärzte" vorhanden, die sogenannten Oberamtstierärzte, nur waren diese zum geringsten Teil wissenschaftlich gebildet; gewöhnlich waren sie reine Empiriker und daher unfähig, die Seuchenbekämpfung erfolgreich durchzuführen. Es herrschten damals die Schafräude, die Tollwut, die Rinderpest, die Schafpocken, die Maul- und Klauenseuche und andere, weit verbreitete, wenn auch nicht ansteckende Krankheiten. Man war also immer noch gezwungen, sich auf die angestellten Ärzte zu stützen. Die Untersuchung eines an Wut gefallenen oder deswegen getöteten Tieres z. B. konnte man nur dem Oberamtsarzt oder einem anderen Arzt anvertrauen (Re-skript vom 3. Februar 1813 - Reg. Bl. S. 49).

Im Januar 1814 reichte der vormalige Mecklenburg-Schwerinsche Stallmeister von Bouwinghausen von Großbottwar ein Gesuch beim Ministerium des Innern um Übertragung der Stelle eines Tierarztes in der Landvogtei an der Enz ein. Von Bouwinghausen hatte zwei Jahre in Wien die Tierheilkunde studiert und danach noch zweieinhalb Jahre an der Tierarztschule in Berlin zugebracht. Nach verschiedenen Reisen durch Ungarn, Holstein und Preußen war er der Tierarzt für die Herzoglich-Mecklenburgischen Domänen geworden (StA E 162 - L IV, 23-406). Er war also wissenschaftlich gebildeter Tierarzt. Übrigens hatte er sich schon vor seinem tierärztlichen Studium medizinische Kenntnisse an der Hohen Karlschule in Stuttgart erworben.

Auf dieses Gesuch hin forderte das Ministerium des Innern von der Medizinalsektion unterm 28. Januar 1814 ein Gutachten unter Vernehmung des Landvogteiamtes an der Enz in Ludwigsburg (StA E 162 - L IV, 23-406). Die Sektion antwortete am 9. Februar 1814 an den König, daß "sie von der genannten Landvogtei Bericht darüber gefordert hat, ob und welche Tierärzte in ih-

rem Bezirk bereits angestellt sind, welche Besoldung sie beziehen und wie sie graduiert sind". - Es ist für die unklaren Verhältnisse in bezug auf die Tierheilkunde bezeichnend, daß die oberste Medizinalbehörde über die Tierärzte in den Verwaltungsbezirken des Landes nicht Bescheid wußte. - In der Antwort des Landvogts kommt zum Ausdruck, daß in seinem Bezirk außer Kurschmieden keine Tierärzte sich befandern. Die Medizinalsektion meinte deshalb, daß
"es also umso notwendiger ist, hier einen wissenschaftlich gebildeten Landvogteitierarzt aufzustellen",
und fährt fort, indem sie auf den Mangel an ausgebildeten Tierärzten im Königreich hinweist,

"daß mit dieser partiellen Verfügung (der Aufstellung eines einzigen Landvogteitierarztes nämlich) an und für sich nicht geholfen ist. Es muß bemerkt werden, daß der Bouwinghausen sich irrt, wenn er behauptet, daß schon mehrere Landvogteitierärzte aufgestellt sind. Es gibt bis jetzt keinen einzigen. Außer Zweifel ist es, daß dem tierärztlichen Bedürfnis auf eine solide und zweckmäßige Weise nicht anders zu helfen ist, als durch Aufstellung von Landvogteitierärzten und unter deren Leitung von Oberamtstierärzten oder praktisch gebildeten Tierärzten. Es ist nicht nötig, in jedem Oberamt einen eigenen wissenschaftlich gebildeten Tierarzt zu haben, da der Tierarzt nämlich nicht den weiten Wirkungskreis hat wie der Menschenarzt und man daher auch nicht so vieler Tier- wie Menschenärzte bedarf" (StA E 162 - L IV, 23-406).

In dem Reskript des Königs vom 18. Februar 1814 (siehe Brief des Innenministers an den König vom 21. Februar 1814 - StA E 162 - L IV, 23-406) wurde die Anstellung von Landvogteitierärzten genehmigt und die Anordnung getroffen, daß jede Landvogtei einen wissenschaftlich gebildeten Tierarzt, jedes Oberamt aber tüchtige Kurschmiede erhalten solle. Für die Landvogtei an der Enz wurde Carl von Bouwinghausen aus Großbottwar zum Landvogteitierarzt ernannt und seine Besoldung (entsprechend der eines Oberamtsarztes) auf 450 fl. festgesetzt, die aus den Amtskassen sämtlicher Oberämter seines Bezirks nach einem von der Sektion der inneren Administration bestimmten Verhältnis zu bezahlen waren. Über die Anstellung weiterer Landvogteitierärzte sollten allerhöchste Entschließungen nachfolgen.

Nachdem die Medizinalsektion vom Ministerium des Innern am 21. Februar 1814 aufgefordert worden war, für den neuangestellten Landvogteitierarzt eine Instruktion zu entwerfen, wandte sie sich vorerst noch mit einigen Bemerkungen an den König (siehe 3. März 1814 - StA E 162 - L IV, 23-406),

indem sie auf einige von diesem bestimmten Richtlinien in bezug auf den Aufgabenkreis des Landvogteitierarztes einging. Ein Problem sah sie vor allem in dem Verhältnis zwischen diesem Tierarzt und dem Schäfereioberinspektor. Sie meinte, daß das Wirken des Tierarztes sich durch seine Oberaufsicht über die Schäfereien für den Gesundheitszustand der Schafe günstig auswirke. Schwierig sei aber, daß in einem großen Teil des Königreichs bereits Schäfereioberinspektoren angestellt seien und daß der Zweifel entstehen könne, ob der Landvogteitierarzt auch die nötigen ökonomischen Kenntnisse besitze, welche zur Versehung einer solchen Stelle erforderlich sind. Es seien vakante und freierwerdende Oberinspektorenstellen künftig durch Landvogteitierärzte zu ersetzen. Die erforderlichen Kenntnisse besäßen die zu solchen Tierärzten bestimmten Männer zweifellos bzw. könnten diese leicht erwerben. Die Untersuchung der Gesundheit der Tiere, das Zählen, das Bestimmen der Weiden, das Rügen etwa vorkommender Vergehen könne der Landvogteitierarzt ebensogut erledigen, da er über die Gesundheit der Schafe und die Auswahl des zweckmäßigen Futters ohnedies besser Bescheid wisse und das Zählen jedermann gelernt habe. Bei diesen Aufgaben stehe der Landvogteitierarzt wie bisher der Schäfereioberinspektor in bezug auf nichtärztliche Geschäfte unter der Leitung der Sektion der Kommunalverwaltung.

Nach einer Mahnung des Innenministers vom 15. März 1814, worin es heißt, daß von der am 21. Februar aufgegebenen Instruktion die Entwerfung und Bekanntmachung einer Generalverordnung in betreff der Landvogteitierärzte und der weiteren Ernennung zu solchen Stellen abhingen, gab die Medizinalsektion endlich am 20. August ds. Jrs. eine "Provisorische Instruktion für den in der königlichen Landvogtei an der Enz allergnädigst aufgestellten Landvogteitierarzt Carl von Bouwinghausen zu Grossbottwar" heraus (StA E 162 - L IV, 23-406):

Die Pflichten des Landvogteitierarztes sind folgende:

Aufsicht über den Gesundheitszustand der Haustiere und über alles dasjenige, was die Entstehung einer Krankheit unter denselben verhüten kann,

Besorgung der diesbezüglichen Anordnungen und Belehrungen, Oberaufsicht über die in seinem Bezirk befindlichen Oberamtstierärzte, Lokaltierärzte, Kurschmiede und Viehschauer, deren Urteil er in polizeilichen und gerichtlichen Fällen begutachten und berichtigen muß, Beaufsichtigung der Viehmärkte und Ergreifung evtl. dabei notwendigen polizeilicher Maßnahmen,

Mitteilungen von Beobachtungen in Hinsicht auf die Hunde an die Oberforstämter, insoferne sie Einfluß auf die Hundemusterungen haben,

Oberaufsicht über die Schafherden und Handhabung der Obliegenheiten des Schäfereioberinspektors,

Einrichtung und Betrieb einer Beschlagschmiede und einer Krankenstallung an seinem Wohnort und auf eigene Rechnung, oder Erreichung eines Übereinkommens mit einem geeigneten Ortsschmied zur Ausbildung von jungen Leuten als tüchtige Beschlagschmiede und Kurschmiede.

Bei Viehseuchen hat er sich schleunigst an den Ausbruchsort zu verfügen, die zu Hilfeleistungen geeigneten Personen über die erforderlichen Maßnahmen und die entsprechenden Gesetze zu belehren oder bei "Gefahr im Verzug" provisorische Maßregeln anzuordnen. Er hat daraufhin baldigen Bericht an die Medizinalsektion zu senden. Auf Anfragen von Beamten und "Untertierärzten" hat er Instruktionen zu erteilen u. a. m.

In dem Landvogteitierarzt Bouwinghausen bekam Württemberg seinen zweiten "beamteten Tierarzt". Die Versorgung des Landes mit vom Staat angestellten Tierärzten begann also von den höheren Dienststellen her. Es muß gesagt werden, daß man sich schon darum bemühte, den Tierärzten und Kurschmieden eine eigene Verwaltung bis in die unteren Instanzen zu schaffen. War ein Landvogteitierarzt aufgestellt, so unterstand ihm auch das tierärztliche Personal; wo nicht, trat an seine Stelle für alle tierärztlichen Gegenstände der Landvogteiarzt. Der Landvogteitierarzt selbst scheint aber trotzdem (nach der Medizinalordnung vom 14./22. März 1814) dem Landvogteiarzt als dem unmittelbaren Vorgesetzten in bezug auf die Dienstaufsicht untergeordnet gewesen zu sein. In Seuchenangelegenheiten aber mußte er sich direkt an die Sektion wenden und war vom Landvogteiarzt unabhängig. Seine untergeordnete Stellung kommt auch in seinem Gehalt, das dem eines Oberamtsarztes gleich war, zum Ausdruck. Die Prüfung der Kurschmiede kam ihm schon nach den Bestimmungen der oben erwähnten Medizinalordnung zu.

Über die Oberamtstierärzte soll in einem besonderen Kapitel gesprochen werden.

Wie aus einem Brief des Innenministers an das spätere Medizinalkollegium hervorgeht, sind noch zwei weitere Landvogteitierärzte in der Folgezeit angestellt worden (20. März 1818 - StA E 162 - L IV, 23-406): der vormalige Oberamtstierarzt Haussmann in Heilbronn für die Landvogtei am unteren Neckar und der Tierarzt Mast in Ravensburg für die Landvogtei am Bodensee. Auch sie wurden mit einem Gehalt von 450 fl. angestellt. Besondere, für sie bestimmte Instruktionen wurden nicht veröffentlicht. Es galt für sie wohl die-

jenige, die für von Bouwinghausen ausgearbeitet war. Für alle anderen neun Landvogteien waren für die Belange der Tierheilkunde die Landvogteiarzte unmittelbar zuständig, so daß aus Mangel an entsprechend ausgebildeten Tierärzten die Veterinärverwaltung zu jener Zeit im wesentlichen noch in den Händen der Ärzte lag. Noch war ja keine Tierarzneischule gegründet worden und es war nur, wie aus dem oben Gesagten ersichtlich ist, dem Landvogteitierarzt die Ausbildung von Kurschmieden anvertraut worden.

Wenn seither die Reskripte wegen Seuchenausbrüchen und dergl. nur an die Oberämter und die Oberamtsärzte gerichtet waren, so wurden 1813 zum ersten Mal auch die Tierärzte angesprochen; In der Beilage zu Nummer 56 des Regierungsblattes von 1813 wurden die Ober- und Unterbeamten sowie die Ortsvorsteher aufgefordert, in Gemeinschaft mit den Oberamtsärzten und Tierärzten der Rinderpest volle Aufmerksamkeit zu schenken. Daß es mit den Anschauungen über die Aufgaben der einzelnen Medizinalpersonen etwas durch-einaderging sieht man daran, daß, wie es weiter heißt, die Untersuchung der Tiere durch Viehschauer und, wenn ein Chirurg am Ort ist, auch durch diesen vorzunehmen ist.

4. Die Bildung des Medizinalkollegiums

Die Medizinalsektion erfuhr durch die königliche Normalverordnung vom 20. Juli 1816 (Reg. Bl. S. 220) eine Veränderung in ihrer Geschäftsbehandlung: An die Stelle des Bürosystems trat die kollegialische Arbeitsweise. Es ist anzunehmen, daß die Sektion damals schon als Medizinalkollegium bezeichnet wurde. Aus dem im folgenden erwähnten V. Edikt von 1817 und verschiedenen Äußerungen des Innenministeriums und des Medizinalkollegiums aus späterer Zeit ist zu entnehmen, daß dieses Kollegium schon gearbeitet hat, noch ehe zum ersten Mal sein Name offiziell genannt wurde.

Die oberste Medizinalbehörde ist seit ihrer Gründung im Jahre 1806 bis zur Bildung des Medizinalkollegiums nie grundlegend umgewandelt worden. Veränderungen bezogen sich nur auf Eingliederung in den Verwaltungsapparat, Geschäftsbehandlung, personelle Umbesetzungen und Namensführung. Medizinaldirektion, Medizinaldepartement und Medizinalsektion stellten verschiedene Bezeichnungen für ein und dieselbe Behörde dar. Deren Stellung zum Minister des Innern war im wesentlichen ebenfalls dieselbe, erst das Medizinalkollegium kam zu jenem in ein anderes Verhältnis.

Das Kollegium wurde in einer amtlichen Verlautbarung erstmalig erwähnt im Jahre 1817: Die Königliche Bekanntmachung, betreffend die Veränderung und Umbildung der Grundsätze und Formen der Staatsverwaltung, vom 18. November 1817 (Reg. Bl. S. 541) weist darauf hin, daß die Gründe der teilweise tiefgreifenden Veränderungen in den nachstehenden Edikten und Verordnungen entwickelt würden. Gleichzeitig wurde die Vollziehung der gegebenen Anordnungen einer Organisationsvollziehungskommission übertragen. Die Bekanntmachung trat am 1. Januar 1818 in Kraft. Der Bekanntmachung wurden die XI Edikte in der Form von 11 Beilagen beigelegt⁴⁾. Das IV. Edikt befaßt sich mit der neuen Einteilung des Königreichs in vier Kreise und die entsprechenden Oberämter, das V. Edikt mit der Organisation und den Geschäftsverhältnissen des Königlichen Geheimrats und der Departementchefs. Das V. Edikt besagt:

Die oberste Staatsbehörde mit der höchsten anordnenden und ausübenden Gewalt ist der Geheimrat mit einer ersten Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten und einer zweiten, gesetzgebenden Abteilung. Mit dem Departement des Innern wird das Ministerium für das Kirchen- und Schulwesen vereinigt. Zum Ressort des Innenministeriums gehören nun u. a. : Die Verhältnisse der Kirche und der Bildungsanstalten, die Wahrnehmung der Hoheitsrechte der Regierung, die Begutachtung aller im Ministerium anzustellenden Staatsdiener, die Initiative zu allen Gesetzen und Verordnungen über Gegenstände der inneren Verwaltung, der allgemeinen Landes-, Sicherheits-, Rural- und Medizinalpolizei, die Leitung des Medizinalwesens und die Vorkehr für die Erhaltung der Gesundheit von Menschen und Haustieren sowie das Landgestütswesen. Chef des Departements ist der Minister des Innern und unter ihm steht ein Vorstand oder Vizepräsident.

Zur kollegialischen Bearbeitung der Geschäfte tritt unter dem Vorsitz des Ministers das aus Räten bestehende Oberregierungskollegium zusammen.

Für Geschäftszweige, welche spezielle Kenntnisse erfordern, werden dem Ministerium gewisse Behörden untergeordnet:

Das evangelisch-protestantische Konsistorium, der katholische Kirchenrat, der Studienrat, die Kommission für das israelitische Kirchenwesen, die Landgestüttkommission, der Oberbaurat und für die das Medizinalwesen berührenden Gegenstände das Medizinalkollegium, dessen Attributionen noch näher bestimmt werden sollen

⁴⁾ Diese Beilagen konnte ich nur in einem Auszug aus den Regierungsblättern von 1815/19 im Verlag Metzler, Stuttgart 1840, finden, der beim Landratsamt Eßlingen/N. aufliegt.

und das, bis anders verfügt wird, aus demjenigen Personal besteht, das es gegenwärtig aufweist (und zwar bestand es nach dem Staatshandbuch von 1839, Seite 107, zunächst aus einem Direktor, drei Räten und vier Assessoren, worunter ein Tierarzt war).

Der Ordnungsliste für die neuorganisierten Departements (Reg. Bl. 1817, S. 605) ist zu entnehmen, daß dem Medizinalkollegium ein Direktor vorstand und unter dessen Vorsitz fünf ordentliche Räte, darunter der Landtierarzt, vier außerordentliche Räte und ein außerordentlicher tierärztlicher Beisitzer das Kollegium bildeten. Die Mitgliederzahl hatte sich also gegenüber der Medizinalsektion erhöht. Von Anfang an war dem Medizinalkollegium demnach ein ordentliches tierärztliches Mitglied zugeteilt gewesen, dem die Bearbeitung der auf das Veterinärwesen sich beziehenden Gegenstände im besonderen aufgetragen war. Bis zum Jahre 1881 aber mischten sich die anderen ärztlichen Mitglieder in diese Bearbeitung hinein, weil einfach die kollegialische Geschäftsbehandlung dies erforderte. Durch die Bekanntmachung vom 9. Dezember 1817 (Reg. Bl. S. 585) wurden den beim Medizinalkollegium angestellten Räten der Titel "Medizinalrat" beigegeben (welcher dann 1826 für die ordentlichen Mitglieder in "Obermedizinalrat" verwandelt wurde).

Nachdem schon in der Einleitung darauf hingewiesen worden ist, wie entscheidend die Tierarzneischule für die tiermedizinische Wissenschaft, für die Ausbildung von wirklich tüchtigen, auch wissenschaftlich gebildeten und allen Aufgaben gewachsenen Tierärzten und damit auch für die Entwicklung einer selbständigen Veterinärverwaltung gewesen ist, soll zunächst, vor Verfolgung der weiteren Entwicklung der Medizinalbehörden, ein Kapitel über die Errichtung und den inneren Aufbau der Königlich Württembergischen Tierarzneischule, später Tierärztlichen Hochschule zu Stuttgart eingeschoben werden.

5. Die Tierarzneischule, später Tierärztliche Hochschule zu Stuttgart

Dieses Thema wurde schon mehr oder weniger ausführlich von verschiedenen Autoren behandelt: im vorigen Jahrhundert von HERING (18, 19), FRICKER (10, 11), RUEFF (47) und anderen, in neuerer Zeit von REINHARDT (37) und SCHWAB (52). Ich möchte trotzdem kurz zusammengefaßt die wichtigsten Meilensteine am Entwicklungsweg der Schule aufzeigen, und zwar erstens

deswegen, weil es wie gesagt zum Verständnis der Entwicklung des ganzen Veterinärwesens in Württemberg notwendig ist, und zweitens weil ich die Gelegenheit ergreifen möchte, wiederum durch genaue Angabe der Quellen, vor allem an Hand der Akten des Württembergischen Staatsarchives, der Regierungs- und Amtsblätter, vorhandene Unklarheiten über eine Reihe von Einzelheiten klären möchte.

Die unruhigen politischen Verhältnisse am Anfang des 19. Jahrhunderts hatten sich beruhigt. Die Verwaltung des nunmehrigen Königreichs Württemberg hatte sich unter Einführung einer großen Anzahl von Neuerungen konsolidiert. Jetzt konnte man wieder an Aufgaben denken, welche hatten zurückstehen müssen. Die Umstände, welche schon am Ende des 18. Jahrhunderts zur Errichtung einer Bildungsanstalt für Tierärzte gedrängt hatten, waren noch dieselben. Die Seuchenbekämpfung lag noch immer im argen, weil es einerseits an den notwendigen wissenschaftlichen Erkenntnissen und andererseits an entsprechend gebildeten Fachleuten fehlte. Der Mangel an praktischen und an "beamteten" Tierärzten war gleich groß. Tierärzte im heutigen Sinne waren nur die wissenschaftlich gebildeten; die praktischen Tierärzte (gleich Pfu-scher) hatten ja keine oder nur laienhafte Ausbildung genossen. In einem Bericht der Medizinalsektion an den König über die Aufstellung von Landvogteitierärzten aus dem Jahre 1814 oder 1815 wird darauf hingewiesen, daß man über nicht genügend viele "Subjekte" verfüge, um solche Stellen zu besetzen. Es sei daher unerläßlich, die neuerlich wieder vorgeschlagene Tierarzneischule an der Universität in Gang zu bringen (StA E 162 - L IV, 23-406). Die Notwendigkeit einer solchen Anstalt hatte die Regierung längst eingesehen und schon 1807 war dem Medizinaldepartement die Aufsicht über eine "zu gründende Bildungsanstalt zur Ausbildung tüchtiger Tierärzte" übertragen worden und Walz hatte nach Aufforderung im selben Jahr die letzten Vorschläge eingereicht. Ein entscheidender Schritt aber war nicht erfolgt.

Die Sache kam erstmalig wieder zur Sprache bei der Gelegenheit einer Inspektionsreise des Professors der Medizin Autenrieth von Tübingen an verschiedene deutsche Tierarzneischulen und durch die Bemerkungen, welche er über den Stand und die Einrichtung dieser Schulen und den Stand der Tierheilkunde in Württemberg gemacht hatte (19). Er erneuerte den Vorschlag, den Medizin-Studierenden Unterricht in der Tierarzneikunst zu erteilen, um den Ärzten auf dem Lande tierärztliche Tätigkeit zu ermöglichen. Inzwischen war nämlich das Ansehen der Tierheilkunde um einiges gestiegen, so daß sich auch Ärzte nun intensiver mit ihr befassen konnten. Das Ansehen war in dem Maße gestiegen, als die Bedeutung der Tierarzneikunst zugenommen hatte, und auf

die Bedeutung hatten die Seuchen des 18. Jahrhunderts eindringlich hingewiesen.

Auch die medizinische Fakultät der Universität und die Studiendirektion glaubten in der Errichtung eines tiermedizinischen Lehrstuhls das Mittel zu sehen, um den zukünftigen Oberamtsärzten und auch praktischen Ärzten ein solides tierärztliches Wissen zu vermitteln und sie in die Lage zu versetzen, bei Epizootien (vor allem bei Ermangelung eines angestellten Tierarztes) deutliche und bestimmte Berichte an die vorgesetzten Behörden zu liefern. Sie meinten auch, daß man junge Wundärzte durch einen zweijährigen Kurs zu praktischen Tierärzten ausbilden könne. Man dachte also dort mit keinem Gedanken an die Bildung von Tierärzten als einem eigenen, von der Medizin losgelösten Stand. Wieder forderte man den Landtierarzt Walz auf, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Walz verneinte in einem an die Medizinalsektion gerichteten Gutachten vom 13. Februar 1813 auf seine eigenen Erfahrungen gestützt die Ansicht, daß Ärzte und Wundärzte zugleich praktische Tierärzte sein könnten. Er wies darauf hin, daß dies in anderen Ländern gleichfalls ohne Erfolg versucht worden sei. Ferner wies er auf seinen früheren Vorschlag hin, nämlich eine kleine Anzahl von wissenschaftlich gebildeten und eine größere von praktischen Tierärzten auszubilden (18). Obwohl Walz sich gegen die Verknüpfung von Human- und Veterinärmedizin ausgesprochen hatte, erging am 21. Januar 1817 (Universitätsregister) ein Erlaß des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens an den akademischen Senat von Tübingen, der die Genehmigung des Königs (nach einem Reskript des Geheimrats vom 6. d. Mts.) zur Errichtung einer "kleineren Veterinäranstalt" an der Universität bekannt gab. Der Aufwand für die erste Einrichtung wurde mit 3064 fl. 41 kr. und der jährliche Unterhalt mit 760 fl. berechnet. Bei Erschöpfung des Universitätsfonds sollte die Staatskasse auf Kredit des Kirchenguts einspringen. Der Senat wurde aufgefordert, unter Verständigung der Universitätskassameralverwaltung durch die medizinische Fakultät die erforderlichen Einleitungen treffen zu lassen. Die Errichtung einer akademischen Lehranstalt, die als solche dem Ministerium für das Kirchen- und Schulwesen unterstand, war also beschlossen. Aber wiederum scheiterte das Projekt an lokalen und finanziellen Schwierigkeiten: Die vorgeschlagenen Gebäude erwiesen sich als untauglich und die Frage, welche Kasse nun eigentlich die Kosten der Anstalt zu tragen hätte, konnte nicht geklärt werden. Für die Universität ging nur der Vorteil daraus hervor, daß der Professor Dr. Hofacker für das Fach der Tierheilkunde angestellt wurde. Ein Mediziner saß auf dem ersten Lehrstuhl der Tiermedizin! Nach HERING (18) und anderen scheinen schon vor 1814 an der Universität regelmäßig Vorlesungen über Tierarzneikunde gehalten worden zu sein. HERING schreibt, daß 1814 sich die Studiendirektion beklagt habe, daß die meisten

der Medizin-Studenten die tierärztlichen Vorträge als entbehrlich ansähen und daß sie diesem abzuhelpen glaubte, wenn bei der Prüfung der Ärzte hierauf Rücksicht genommen würde (18). Die Medizinalsektion hatte darauf geantwortet, daß sie davon Abstand nehmen müsse, bei Prüfungen auf diesen Zweig sich einzulassen, solange die Anstalten für dieses Fach nicht vollständiger seien. Dies zeigt, daß man, mit Ausnahme der künftigen Physici, die Ausbildung der praktischen Ärzte in der Tierheilkunde nicht so sehr ernst nahm. Den Regierungsstellen war nur die Tierseuchenbekämpfung wichtig.

Nun aber war Hofacker der neu errichtete tiermedizinische Lehrstuhl übertragen worden und im Sommerhalbjahr 1820 wurde die erste Vorlesung über "Physiologie der Haustiere" gehalten (Reg. Bl. S. 137). Es folgten dann bis zum Jahre 1828 Vorlesungen von Hofacker über verschiedene Themen: Enzyklopädie der Tierarzneikunde, Gewöhnliche Krankheiten der Haustiere, Hauptmängel, Materia medica, Nosologie, Arzneimittellehre etc. (Regl. Bl. 1820, S. 518 - 1821, S. 161 und 663 - 1822, S. 660 - 1823, S. 237 und 648 - 1824, S. 150 und 709 - 1825, S. 158 und 490 - 1826, S. 85 und 403 - 1827, S. 99 und 373, und 1828, S. 128).

Aber auch hier zeigte sich wieder sehr schnell, daß die Begeisterung der Medizin-Studierenden für die Tiermedizin nicht eben groß war und schließlich machte ihre Indolenz der Weiterführung der Vorlesungen im Jahre 1828 ein Ende. Dazu kam ja dann auch, daß, wie wir sehen werden, inzwischen die Ausbildung von Tierärzten in einer eigenen, von der Universität unabhängigen Anstalt angelaufen war und der Bedarf an tierärztlich geschulten Ärzten gesunken war. Außerdem hatte der Lehrstuhl nie genügend Mittel zur Verfügung gehabt und war dadurch in seinem Wirken sehr gehemmt gewesen.

Der Versuch, die Tierheilkunde vorwärts zu bringen, indem man sie den Ärzten reservierte und sie damit zu einer akademischen, in Wirklichkeit aber nur pseudo-akademischen Wissenschaft zu machen bestrebt war, gleichsam als ein Anhängsel an die Humanmedizin, war also schon im Beginn gescheitert. Es blieb nur noch übrig, den anderen von Walz vorgeschlagenen Weg zu verfolgen, nämlich aus den unteren Volksklassen der Metzger, Schmiede, Schäfer, Kleemeister praktische Tierärzte für das platte Land heranzuziehen und nur eine geringe Zahl von wissenschaftlichen Tierärzten zu Lehrzwecken und zur Anstellung als Oberamtstierärzte usw. zu bilden.

König Wilhelm I. machte den ersten entscheidenden Schritt. Bei seiner bekannten Vorliebe für die Landwirtschaft und insbesondere für die Viehzucht,

deren Veredelung ihm am Herzen lag, darf es nicht verwundern, daß er schon wenige Wochen nach seinem Regierungsantritt im Dezember 1816 den Mangel einer tierärztlichen Anstalt bemerkte und deshalb die Bemühung um Errichtung einer solchen beschleunigte. Er wollte der Landwirtschaft, welche sich von den Verlusten durch die Viehseuchen noch nicht erholt hatte und außerdem durch Mißernten geschädigt war, aufhelfen. Der König erließ daher den Befehl, neue Vorschläge für eine Veterinäranstalt vorzulegen. Ein vom Medizinalkollegium hierauf erstatteter Bericht vom 27. April 1818 wiederholte im wesentlichen das früher in bezug auf die Nützlichkeit der Ausbildung von praktischen Tierärzten Geäußerte und fügte nähere Einzelheiten über den erforderlichen Aufwand, über die zu Lehrern geeigneten Persönlichkeiten und über die Einteilung des Unterrichts bei (18). Eine Kommission aus dem Landtierarzt Walz, dem Medizinalrat Dr. Jäger, dem Obertierarzt Hördt, dem Medizinalassessor Haussmann und dem Baurat Ezel, zu welchen Persönlichkeiten später noch der Vizekanzler der Landesuniversität von Autenrieth und der Baurat Professor von Thouret traten, wurde beauftragt, die innere Einrichtung der Anstalt, die notwendigen Baulichkeiten und deren Kosten, sowie den Lehrplan und die wirtschaftlichen Verhältnisse zu erörtern (18). Auf Befehl des Königs unternahm Walz 1820 noch eine Reise nach München, um von der Einrichtung der dortigen "Königlich Bayrischen Central-Veterinär-Schule" Einblicke zu gewinnen (18). Am 9. März 1820 schon hatte der König den Plan von Walz genehmigt. Im Dezember des Jahres erstattete die genannte Kommission ihren Hauptbericht. Seine einzelnen Punkte sind in der Hauptsache bei der Ausführung beibehalten worden (18). In den Entschließungen des Königs vom 23. Juli und vom 15. August 1821 (18) wurde die Errichtung einer Tierarzneischule bestimmt und es wurden die ehemaligen Menagerie-Gebäude am Rande der Stadt Stuttgart mit dem dazugehörigen Gelände als Unterrichtslokal bezeichnet. An Bau- und Ausrüstungskosten wurden 13000 fl. genehmigt und der jährliche Beitrag der Staatskasse für den künftigen Unterhalt auf 3000 fl. festgesetzt, bei dessen Unzulänglichkeit der König aus der Ober-Hof-Kasse 1200 Gulden jährlich beilegen wollte. Zu gleicher Zeit wurden die Bedingungen zur Aufnahme in die Schule sowie die Pflichten und die Besoldung der bezeichneten Lehrer und Hilfspersonen festgelegt (18). Die Menagerie-Tiere hatte Wilhelm I. verkauft, weil er es nicht für richtig hielt, eine solche Luxuseinrichtung aufrecht zu erhalten, während sein Volk unter Mißernten und Not litt. Das Lokal lag außerhalb des Neckartors, etwa eine Viertelstunde von der Stadt entfernt (18) und dort, wo heute das Haus Neckarstraße 141 steht (29). Stuttgart hatte man als Ort der Schule doch für günstiger erachtet als Tübingen, weil hier auf engem Raum mehr Tiere vorhanden waren; in der Stadt selbst sehr viele Pferde und in der näheren Umgebung Hornvieh, Schweine etc., die man an Ort und Stelle mit

den Schülern aufsuchen konnte. -

Die Einrichtung der Tierarzneischule ist zum größten Teil das Werk von Walz gewesen. Ein Vierteljahrhundert beinahe hatte er sich darum bemüht. Er war auch unter den ersten Lehrern und bis zu seinem Tode im Jahre 1834 in der Schule tonangebend als einer der fähigsten und universell gebildeten Köpfe.

Weder das Militär und seine Wünsche nach besser ausgebildetem tierärztlichem Personal, noch die Pferdeliebhaberei wie in manchen anderen Ländern war die Ursache zur Errichtung der Tierarzneischule gewesen, sondern vielmehr die bittere Notlage des Volkes von Württemberg, seine durch Viehseuchen dezimierten Viehbestände.

Am 9. November 1821 (Reg. Bl. S. 811) wurde eine Bekanntmachung über den ersten Lehrkurs bei der Tierarzneischule veröffentlicht, worin die Lehrer und die von ihnen vertretenen Unterrichtsfächer sowie ein Stundenplan aufgeführt waren:

Dr. med. Ströhl in gibt eine physikalische Einleitung, Knochenlehre und Lehre von den Weichteilen mit einer Übersicht über den gesunden und abweichenden Zustand und die Verrichtung derselben (von Wundarzt Bopp unterstützt) und praktische Anleitung zur Pharmakognosie während des Sommers.

Medizinal-Assessor Haussmann gibt Exterieur der Haustiere, Wundarzneikunst und Geburtshilfe.

Obertierarzt Hördt gibt Bau des Pferdefußes, Grundsätze des Beschlages mit praktischer Anleitung, Viehzucht und Anleitung zu Operationen. Medizinalrat Dr. Walz gibt Knochenlehre, Pharmakologie, Einleitung in die Krankheitslehre, Haustier-Krankheiten und deren Therapie, gerichtliche und polizeiliche Tierheilkunde.

Von 8 - 9 Uhr und um 15.30 Uhr wird im Dezember und Januar, in den anderen Monaten von 7 - 8 Uhr und von 17 - 18 Uhr unentgeltlicher Rat über alle vorkommenden Krankheiten der Haustiere, auch in gerichtlicher Hinsicht, an das Publikum erteilt und wenn nötig werden Tiere zur Beobachtung und Behandlung in das Spital aufgenommen, wobei die Eigentümer finanziell möglichst wenig belastet werden. Die Beschlagschmiede unter der Aufsicht des Lehrschmieds Gross steht in den Wintermonaten zu bestimmten Zeiten für jeden Schüler offen. Eilige Operationen finden während der für den Hufschlag bestimmten Stunden statt. Die Zöglinge müssen sich wegen Platzmangels und wegen des Zwecks der Anstalt für das ganze erste Schuljahr

verpflichten. ...

Das Lehrpersonal bestand demnach aus vier Haupt- und zwei Hilfslehrern. Den ersten Hinweis auf die Handhabung der Leitung und Verwaltung der Schule findet man in dem provisorischen Statut vom 11. Dezember 1821, das nicht veröffentlicht wurde: Die Verwaltung ist dem "Verein der vier Hauptlehrer" übertragen (eine Bezeichnung wie Vorstand, Leiter oder Direktor kommt nicht vor). Die höhere Aufsicht kommt der "Behörde für die Tierarzneischule", dem Ministerium des Innern zu. Die Aufsicht über den Unterricht und alles Technische liegt aber bei der Mittelbehörde des Medizinalkollegiums. Die Aufgabe der Schule ist es, Ortstierärzte auszubilden, die ohne Anspruch auf Besoldung ihre Kunst auf eigene Rechnung treiben können. Ein Lehrkurs dauert ein Jahr und wird unentgeltlich erteilt. Die Schüler müssen über 20 Jahre alt, gesund und kräftig sein und sie dürfen der Militäraushebung nicht unterworfen sein. Außer den "nötigen Schulkenntnissen in bezug auf Lesen, Schreiben, Rechnen" und guten Zeugnissen über ihren Lebenswandel haben sie den Nachweis zu erbringen, daß sie ein Gewerbe oder Handwerk "gut verstehen" und das zum Unterricht erforderliche Vermögen besitzen (d. h. die Mittel zur Lebenshaltung). Das Gesuch um Zulassung ist an das Oberamt zu richten und von diesem den Vorstehern der Anstalt zuzusenden. Die Zöglinge können eine Schlußprüfung ablegen und es wird dafür auch ein Zeugnis erteilt.

Wie man sieht, waren die Anforderungen zur Zulassung nicht gerade hoch. Man hatte nicht den Ehrgeiz, akademisch gebildete Schüler zu entlassen. Ein Jahr Ausbildung sollte genügen, um die wichtigsten Grundlagen der Tierheilkunde zu vermitteln. Die Naturwissenschaften waren im Unterrichtsplan nicht vorgesehen, man bezeichnete sie als einen Ballast für den praktischen Tierarzt. Die Voraussetzung eines erlernten Gewerbes war nötig, denn der tierärztliche Beruf konnte seinen Mann alleine noch nicht ernähren.

Hier soll nun die Gelegenheit ergriffen werden, um einige Angaben über die Leiter der Schule richtigzustellen. REINHARDT (37) schreibt (S. 9), daß nach Ausscheiden von Walz 1834 Haussmann die Leitung übertragen wurde. SCHMALTZ (48) meint ebenfalls (S. 24), daß "wohl Haussmann der Nachfolger von Walz in der Leitung bis 1862 gewesen ist". Das provisorische Statut spricht aber davon, daß der "Verein der Hauptlehrer" die Verwaltungsgeschäfte zu erledigen habe (§ 6) und daß die Oberämter die Zulassungsgesuche an die "Vorsteher" zu senden haben (§ 15). Es kann kein Zweifel darüber sein, daß keine Einzelperson der Schule vorstand. Auch die Verfügung des Departements des Innern vom 22. August 1822 (Reg. Bl. S. 611) wiederholt die Bestimmung über die Behand-

lung der Zulassungsgesuche und das Wort "die Vorsteher". Die vier Hauptlehrer waren identisch mit den Vorstehern. Sie vertraten die Schule nach außen und führten auch die innere Aufsicht. Den Vorsitz im "Verein" hatte das älteste Mitglied, anfangs eben Walz (18). Die irreführenden Angaben kamen meines Erachtens dadurch zustande, daß die jährlich im August oder September erscheinenden Bekanntmachungen "zur Aufforderung der Lehrcandidaten für das neue Schuljahr", welche von der Behörde für die Tierarzneischule (dem Ministerium des Innern und später, nach seiner Lostrennung von letzterem, vom Ministerium des Kirchen- und Schulwesens) ausgegeben wurden, bis 1833 größtenteils von Walz und nach ihm meist von Haussmann unterschrieben worden sind. Außerdem war es bis 1857 Haussmann, welcher die geforderten Jahresberichte über die Leistungen der Anstalt (1) unterschrieben hat. Man hatte wohl zunächst Walz, als dem ranghöchsten und ältesten Hauptlehrer, Vorsitzenden des Lehrervereins und als dem eigentlichen Begründer der Schule die Unterzeichnung von zur Veröffentlichung bestimmten Schriftstücken überlassen. Haussmann hat sich aber für die Erledigung der Verwaltungsaufgaben von Anfang an besonders eingesetzt. So lag z. B. das Rechnungswesen der Anstalt bis 1840 in seinen Händen. Erst dann wurde der Kassier und Sekretär der Königlichen Landgestützkommission Kolb damit beauftragt. Über die Handhabung des Begriffs "Vorsteher" waren sich die Hauptlehrer selbst nicht im klaren. Im Jahre 1846 machten sie dem Medizinalkollegium einen Vorschlag über Abänderung der Verwaltungseinrichtungen der Schule (StA E 162 - L IV, 23-407):

" Die Vorsteher halten es nicht für richtig, daß sich bei der Leitung der Geschäfte alle Lehrer beteiligen. Es heißt zwar im provisorischen Statut, daß der Verein der Lehrer die Verwaltung der Schule leitet und das Ministerium bedient sich auch in seinen Erlassen von Anfang des Bestehens der Anstalt an der Benennung "Vorsteher der Anstalt", wodurch der Ansicht Raum gegeben wurde, als ob jeder einzelne Lehrer in der Eigenschaft als Vorsteher anordnen und leiten könne. Diese Unbestimmtheit aber ist durch spätere Ministerialverfügungen berichtigt worden, indem z. B. durch den Erlaß vom 28. Juli 1828⁺⁾ dem Medizinalrat Hering in der Anstalt eine Wohnung zu freiem Gebrauch unter der Bedingung eingeräumt worden ist, daß er die erforderliche Aufsicht über den in der Anstalt angestellten Lehrschmied führe. Außerdem ist ihm durch den hohen Erlaß vom 7./16. April 1832 die Leitung und Besorgung der Klinik ausschließlich übertragen worden."

⁺⁾ Das Original des Erlasses ist zu finden unter StA E 162 - L IV, 23 - 407 (1).

Aus den weiteren Ausführungen geht hervor, daß ein Erlaß vom 21. April 1842 den Wirkungskreis des Vorsitzenden des Lehrervereins näher bezeichnet hat. Die Vorsteher der Schule waren der Meinung, daß das provisorische Statut keinen Unterschied kenne zwischen Hauptlehrern und anderen Lehrern und daß alle angestellten Lehrer dem Lehrerverein angehören und gleiche Rechte haben würden, ohne daß daraus gefolgert werden könne, daß jeder Lehrer die Rechte und Befugnisse eines Vorstehers habe. Die Unterzeichneten waren Haussmann und Hering, "Vorsteher der königlichen Tierarzneischule". Tatsächlich war im provisorischen Statut zwar der Ausdruck "Hauptlehrer" gebraucht worden, der Unterschied zu etwa anzustellenden "Unterlehrern" war aber nicht definiert worden. Bei der bestehenden Einrichtung blieb es aber trotz diesem Vorschlag bis zum Jahre 1861. Nach Walz waren in Wirklichkeit Haussmann und Hering die eigentlichen "Leiter" der Schule, wenn auch den Bestimmungen nach die Leitung der Gesamtheit der Lehrer zukam. Wie gesagt konnten daraus unklare Vorstellungen und Angaben über die Verhältnisse entspringen. Die oben genannten Lehrer wurden auch manchmal (schon vor 1861) mit der Bezeichnung "Direktor" belegt und von den Zöglingen so angesprochen, denn MEHRLE (29) berichtet, daß sein Urgroßvater Johannes Mehrle - offensichtlich nach Diktat - im Januar des Jahres 1827 auf die Titelseite eines Kollegheftes schrieb: "Das Exterieur des Pferdes, verfaßt und vorgetragen von Medizinalassessor Haussmann im Cursus 1826/27, Direktor der kgl. Tierarzneischule zu Stuttgart".

Es wurde schon erwähnt, daß die Tierarzneischule verwaltungsmäßig dem Ministerium des Innern bzw. dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens, in technischer Hinsicht aber dem Medizinalkollegium unterstand. Das Kollegium setzte zur Prüfung der Vorgänge und Leistungen an der Schule eine "Commission für die kgl. Tierarzneischule" ein. Als Kommissare traten auf Mitglieder des Kollegiums, und zwar werden in den Jahresberichten der Schule in den Jahren 1829 bis 1856 genannt die Medizinalräte Dr. Zeller, Dr. von Ludwig, Dr. Riecker, Dr. von Köstlin, von Hardegg und Dr. Jäger (StA E 162 - L IV, 23-407).

Am 3. Dezember 1821 begann der erste Kurs an der Schule mit 30 Zöglingen und endete am 31. Oktober 1822. Das Ministerium des Innern hatte aus 117 Bewerbern aus allen Oberämtern 43 ausgewählt und 17 waren davon noch abgesprungen. Die Schüler stammten meist aus dem Schmiedegewerbe. So war es ja von Walz vorgeschlagen und angestrebt worden. Auch in den folgenden Jahrzehnten stellten die Schmiede den größten Anteil der Schüler. Von den bis 1842 aufgenommenen Zöglingen waren nach dem Jahresbericht vom 24. Ju-

ni 1843 425 "eingeschriebene Schüler" (384 Inländer und 41 Ausländer, d. h. Nicht-Württemberger) und 93 Hospitanten (35 Inländer und 58 Ausländer). Von den 384 Inländern, welche sich zu einem vollständigen Kurs gemeldet hatten, stammten 253 aus dem Schmiedestand und nur 131 waren Nicht-Schmiede (StA E 162 - L IV, 23-407). Das Kriegsministerium sandte jährlich von jedem der vier Kavallerieregimenter und der Garde und von der Artillerie zwei Zöglinge an die Schule, um sie nachher als Fahنشmiede verwenden zu können. Bis 1842 kamen 274 Württemberger aus dem Zivilstand auf eigene Rechnung und 100 vom Militär auf Kosten der Kriegskasse in die Anstalt.

Die Eleven der Schule waren ziemlich roh, ungebildet und hatten außer ihrem Handwerk und der geringen geforderten Schulbildung gewöhnlich keinerlei Vorkenntnisse. Die Disziplin mußte sehr streng gehandhabt werden und der ganze Unterrichtsbetrieb war militärisch aufgezogen. Die Absicht war ja nicht, Akademiker heranzuziehen, sondern tierärztliche Helfer der Landwirte auszubilden. Der praktische Tierarzt sollte keinen hohen Lebensstandard haben, um mit den primitiven Verhältnissen des damaligen Landlebens nicht unzufrieden zu werden. Außerdem war man sich darüber klar, daß die Ausübung der Tierheilkunde nur als Nebenbeschäftigung gedacht werden konnte. Eine Familie konnte man damals von der Tierarzneikunst allein als praktischer Tierarzt nicht ernähren. Eben deswegen legte man Wert darauf, daß der Schüler schon einen "ernährenden" Beruf hatte. Wurde der Zögling entlassen, so erhielt er nach bestandener Schlußprüfung ein Zeugnis und war damit, im Gegensatz zu den meist ungeprüften Kurschmieden und zu den Puschern, geprüfter Tierarzt und "zur Praxis legitimiert". Allerdings stand ihm noch nicht derjenige Schutz des Staates zu, der erst später mit der Einführung des Approbationszwanges gegeben wurde. - Wegen näherer Einzelheiten über die Verhältnisse der Schule in bezug auf die Gebäude, die Schüler, die Ökonomie etc. muß ich auf die Werke der genannten Autoren verweisen. Es soll hier nur ausgeführt werden, was für das Thema der vorliegenden Arbeit von Wichtigkeit ist. -

Von Anfang an hatte man nach dem Vorschlag von Walz die Bildung von zwei Klassen von Tierärzten im Auge gehabt. Neben den Eleven, die praktische Tierärzte auf dem platten Land werden sollten, gab es in Stuttgart von Beginn an einige Schüler, welche eine höhere Vorbildung vorweisen konnten, meistens ein Medizin-Studium hinter sich hatten und nach einem an der Tierarzneischule absolvierten Kurs durch eine Prüfung vor dem Medizinalkollegium sich als Anwärter für die Stelle eines vom Staat oder von Amtskörperschaften angestellten "wissenschaftlich gebildeten" Tierarztes quali-

fizieren wollten.

Die Bekanntmachungen aus den ersten Jahren des Bestehens der Schule brachten nichts Neues in bezug auf die Aufforderung zur Zulassung, auf den Unterrichtsplan usw. Der Hauptlehrer Hering schlug 1832 vor, daß man den Kurs auf zwei Jahre verlängern möge und daß hierfür von den betreffenden Gemeinden und Amtspflegen Beiträge an die Zöglinge geleistet werden sollen, um die Teilnahme an dem verlängerten Unterricht zu erleichtern und um die geringe Zahl der angestellten (praktischen, nicht wissenschaftlich gebildeten) Gemeindetierärzte zu vergrößern (18). Den Jahresberichten der Schule nach zu schließen konnten die Schüler vom Schuljahr 1831/32 an schon einen zweiten Kurs besuchen. Die Aufstellungen zeigen, daß jährlich ein Drittel bis zur Hälfte der Schüler in den zweiten Kurs eintrat.

Die Verfügung vom 7. Januar 1830 (Reg. Bl. S. 24) brachte die Richtlinien für die Befähigung zur Anstellung von Tierärzten. Die darin enthaltenen Bestimmungen wurden gegeben, um "allen Mißverständnissen über den Zweck der seit dem Jahre 1821 bestehenden Tierarzneischule und über die Befugnisse der Zöglinge gegenüber den anderen teils wissenschaftlich gebildeten, teils praktisch gebildeten Tierärzten zu begegnen". Nach dieser Verfügung war die ärztliche Behandlung kranker Haustiere mit einigen Ausnahmen (nämlich denjenigen Krankheiten, welche nach der Verfügung vom 14. Oktober 1830 - Reg. Bl. S. 484 - der "Fürsorge" des Staates unterlagen) nicht von dem Erkennen des Staates über die persönliche Befähigung zur tierärztlichen Praxis abhängig. Das bedeutet, daß jeder Eigentümer von Tieren jeden holen konnte, dem er Vertrauen zu schenken vermochte, daß der "tierärztliche Stand" und die Bezeichnung "Tierarzt" nicht geschützt waren und daß dem Pfuscher-tum nicht entgegengetreten wurde. Es ist dies nicht in Übereinstimmung zu bringen mit dem Ausdruck: "zur Praxis legitimiert". Zu Gemeindetierärzten und als Sachverständige für Gerichte und Polizeibehörden konnten nur solche Personen gewählt werden, die bei den Vorstehern der Tierarzneischule oder bei dem Medizinalkollegium in Stuttgart eine Prüfung abgelegt hatten. Damit wurde zum ersten Mal für niedere, vom Staat nicht angestellte Tierärzte eine Prüfung verlangt.

Zur Prüfung an der Tierarzneischule waren solche Bewerber zugelassen, die a) entweder einen Lehrkurs an der Schule absolviert hatten oder anderwärts genügenden Unterricht in den eingeführten Lehrfächern genossen hatten und b) die tierärztliche Praxis nur neben einem Hauptberuf ausüben wollten und für diesen ordentlich ausgebildet waren. Die Prüfung konnte im

Bedarfsfalle nach Ablauf eines Jahres wiederholt werden.

Zur Prüfung beim Medizinalkollegium waren nur solche Tierärzte geeignet, die eine allgemeine wissenschaftliche Schulbildung, den Besuch einer höheren Lehranstalt und einen vollständigen Kurs der gesamten Tierheilkunde an einer entsprechenden Anstalt nachweisen konnten. Es kam dabei hauptsächlich das Medizinstudium als Vorbildung in Frage. Derjenige Tierarzt, welcher diese Prüfung absolviert hatte, konnte sich als wissenschaftlich gebildet und geprüft bezeichnen. Ausnahmsweise konnte das Medizinalkollegium zu dieser Prüfung auch solche Tierärzte zulassen, die auf anderem, glaubhaft nachzuweisendem Wege eine wirklich wissenschaftliche Ausbildung in der Tiermedizin erlangt hatten. Auch Zöglinge der Tierarzneischule konnten nach mehrjähriger praktischer Tätigkeit und eigenen fortgesetzten Studien zu dieser höheren Prüfung zugelassen werden. Eine Wiederholung war nur nach einem Jahr weiteren Studiums möglich. - Die Bewerber um Landvogteitierarztstellen waren, wie erwähnt, ebenfalls vom Medizinalkollegium geprüft worden.

Die bestandene höhere Prüfung berechnete den Tierarzt, neben all den übrigen Befugnissen eines geprüften Tierarztes (Halten einer Hausapotheke etc.), vorkommende Seuchen unter den Haustieren unabhängig von der Leitung des Oberamtsarztes nach den Weisungen des Medizinalkollegiums selbständig zu behandeln. Damit wurde erstmalig ganz deutlich die Tierseuchenbekämpfung in die Hand eines auf der Oberamtsstufe stehenden Tierarztes gegeben und der Leitung des Oberamtsarztes entzogen. Die selbständige Behandlung von Seuchen war nur denjenigen Tierärzten erlaubt, welche im Zeugnis ausdrücklich als wissenschaftlich gebildet bezeichnet wurden, gleichgültig ob ihre Vorbildung eine wissenschaftliche oder praktische war. Bei Medizinalvisitationen wurden von nun an nur noch diejenigen Tierärzte im Durchgang vernommen, die an der Tierarzneischule oder beim Medizinalkollegium eine Prüfung erstanden hatten.

Die Tierärzte waren jetzt in drei Klassen eingeteilt:

1. Ungeprüfte Tierärzte, Kursmiede, Empiriker. Sie waren von einer Anstellung ausgeschlossen, durften keine Zeugnisse und Rezepte ausstellen und verfügten nur über Arzneien, die von der Apotheke ohne ärztliche Verordnung abgegeben werden durften.
2. Niedere, praktisch gebildete, aber an der Tierarzneischule geprüfte Tierärzte. Sie konnten angestellt werden, konnten Rezepte ausschreiben etc., konnten aber Seuchen nur unter Leitung des Oberamtsarztes oder eines

wissenschaftlich gebildeten Tierarztes behandeln.

3. Höhere, wissenschaftlich gebildete, vom Medizinalkollegium geprüfte Tierärzte. Sie waren neben allen anderen Befugnissen auch zur selbständigen Seuchenbehandlung, in Unterordnung unter das Medizinalkollegium, berechtigt.

Der einjährige Kurs an der Schule erwies sich für die Praxis als unzulänglich. Aus den Reihen der Landwirte kamen Klagen über die völlig unzureichenden Kenntnisse der ausgebildeten Tierärzte. Auch die Lehrer bemühten sich erneut um die Verlängerung des Unterrichts. In der Verfügung vom 6. September 1842 (Reg. Bl. S. 503) wurde dann der Lehrgang auf zwei Jahre ausgedehnt, jedoch so, daß jedes Jahr ein neuer Kurs begann und der zweite Kurs auf diese Weise nur eine Wiederholung des ersten war. Für die Zulassung wurde die Altersgrenze nur nach oben, als das 30. Lebensjahr, festgesetzt und die Vorkenntnisse wurden in keinem höheren Umfange gefordert, mußten aber in einer Vorprüfung an der Tierarzneischule nachgewiesen werden. Die vorgängige Erlernung eines Gewerbes war immer noch erforderlich. Nach beendigem ersten Kurs scheint fortan eine Zwischenprüfung eingeschaltet worden zu sein.

Dem Bedürfnis nach einer intensiveren Ausbildung war mit diesen Änderungen nicht abgeholfen worden.

Am 30. August 1847 (Reg. Bl. S. 355) gab die Behörde für die Tierarzneischule bekannt, daß der Unterricht sich nun auf zwei Jahre verteile und alle Zweige der Tierheilkunde umfasse. Die Fächer wurden in theoretische und praktische getrennt. Im ersten Jahreskurs wurden behandelt: Anatomie, Tierzucht mit Rücksicht auf die Gesundheitspflege, Physiologie, Exterieur, Chirurgie, Heilmittellehre, pathologische Anatomie, Theorie des Hufbeschlags mit Einschluß der Hufkrankheiten, und im zweiten Jahreskurs nahmen die Schüler an den Hauptfächern des ersten Kurses teil und erhielten ferner Unterricht in Operationslehre, Geburtshilfe und gerichtlicher und polizeilicher Tierheilkunde. Weitere Unterrichtsfächer waren: praktischer Hufbeschlagnagel, Klinik mit Einschluß der vorkommenden Operationen und Sektionen, ambulatorische Klinik, Übungen im Sezieren und Präparieren, Anleitung zur Abfassung von Krankenberichten und Gutachten und Repetitorien.

Abwechselnd wurde von den Schülern der Dienst in den Krankenställen, der Schmiede, der Anatomie und der Apotheke besorgt. Es konnten auch Landwirte, Reitschüler und Militärpersonen dem Unterricht in den einzelnen Fächern

beiwohnen.

Die endgültigen Statuten erhielt die Schule erst am 5. Juni 1861 (Reg. Bl. S. 74). Nach § 1 hat die Anstalt die Bestimmung, durch ihren Unterricht praktische Tierärzte sowohl für das Bedürfnis des Publikums, als auch für die entsprechenden öffentlichen Zwecke zu bilden. Die Unterrichtsfächer sind schon genannt worden. Neu ist der Passus, daß, soweit es zum Verständnis der Vorträge über die Lehrfächer erforderlich ist, Kenntnisse aus dem Gebiet der Naturwissenschaft vermittelt werden sollen. Schon 1859 hatten die Lehrer in einer Eingabe auf die Unhaltbarkeit der schablonenartigen Heranbildung der Tierärzte in Württemberg, auf die Notwendigkeit eines dreijährigen Kurses und auf den fühlbaren Mangel der naturwissenschaftlichen Fächer hingewiesen (10). Sie waren damals nicht beachtet worden. Die Statuten setzten die Ausbildungszeit auf zwei Jahre fest und gaben weitere Bestimmungen über Lehrmittel, Kliniken, die Beschlagschmiede etc. Der Unterricht für Inländer sollte frei sein und von Ausländern verlangte man nur mäßiges Unterrichtsgeld. Den Unterricht erteilten wissenschaftlich gebildete Hauptlehrer und der Lehrschmied als Fachlehrer. Nach Bedürfnis sollten Unterlehrer herangezogen werden, welche auch die Hauptlehrer vertreten könnten. Ein Gewerbe als Voraussetzung zur Zulassung wurde jetzt nicht mehr gefordert, sondern erschien nur noch wünschenswert (ein Zeichen dafür, daß der Wirkungskreis des Tierarztes sich erweitert hatte). Die Aufnahmegesuche sollten an das Oberamt und von diesem an den Direktor der Schule gesandt werden. In einer Aufnahmeprüfung mußte der Nachweis über Kenntnisse in Lesen, Rechtschreiben, schriftlichem Aufsatz und Arithmetik erbracht werden. Die Geprüften wurden dann auf die Schulgesetze verpflichtet. Wegen entschiedener "intellektueller Unfähigkeit" konnte ein Schüler wieder entlassen werden. Das Wohnen in der Anstalt war gegen Mietzins im zweiten Kurs möglich. Die Aufsicht über die Disziplin wurde dem in der Anstalt wohnenden Lehrschmied und den etwa angestellten Unterlehrern übertragen, welche ihre Wahrnehmungen dem Vorstand anzuzeigen hatten. Disziplinarmittel waren: Verweise, Auferlegung von Strafdiensten u. a. m. Am Ende jeder Vorlesungsreihe wurde eine kleinere und am Kursende eine allgemeine und öffentliche Prüfung abgehalten, wozu letzterer zwei Mitglieder des Medizinalkollegiums anwohnten. Am Ende der Ausbildung stand die Schlußprüfung. Die ökonomische Leitung übten unter der Aufsicht des Vorstandes ein vom König ernannter Kassier und der Lehrschmied aus. Areal, Gebäude und Mobiliar hatte der Lehrschmied zu verwalten. Finanziell mußte sich die Schule selbst tragen, sie erhielt aber einen Zuschuß aus der Staatskasse.

An der Spitze der Anstalt stand der Vorstand (auch Direktor genannt), welcher aus der Zahl der Hauptlehrer vom König ernannt wurde. Für seine Funktion war ihm eine besondere Entschädigung gewährt. Ihm war das ganze Personal untergeordnet, er vertrat die Anstalt nach außen und war für die Verwaltung, den Unterricht und die Disziplin verantwortlich.

Bei der Leitung seiner Geschäfte stand ihm der aus den Hauptlehrern gebildete Lehrerkonvent zur Seite. Kollegialischer Behandlung bedurften Gegenstände wie Organisationsfragen des Lehrplanes, die Aufnahme von Schülern, Entlassung von unfähigen oder undisziplinierten Schülern, Zeugnisse, Preise, Festsetzung der Vergütung für die Verpflegung kranker Tiere etc. Andere Gegenstände wie Fragen der Organisation der Schule, Veränderungen des Lehrplanes, der Gebäude oder des Etats bedurften höherer Entscheidung. Die nächste Aufsicht über Verwaltung und Unterricht war dem Medizinalkollegium übertragen, welches sie durch zwei seiner Mitglieder ausüben ließ (Kommissare). Die höhere Aufsicht lag beim Ministerium des Kirchen- und Schulwesens. Der Vorstand hatte einen jährlichen Rechenschaftsbericht an das Kollegium zu senden und dieses gab ihn wieder an das Ministerium weiter. Das Ergebnis der jährlichen gründlichen Visitation durch die Kommission wurde ebenfalls dem Ministerium berichtet.

Den neuen Anforderungen der Zeit entsprechend wurden an die Stelle der genannten Statuten am 11. Juni 1868 (Reg. Bl. S. 281) neue "organische Bestimmungen" gesetzt. Jetzt hatte man die Notwendigkeit der Reorganisation des Lehrplans erkannt und führte Physik, Chemie, Botanik und Zoologie als obligate Unterrichtsfächer ein, außerdem verlängerte man die Ausbildungszeit auf drei Jahre. Die Lehrmittel wurden bereichert durch Einrichtung eines chemischen Labors, eines botanischen Gartens u. a. m. Die Hauptlehrer trugen nun den Titel "Professor". Ihnen zur Seite standen Fach- und Hilfslehrer und ein Assistent. Im einzelnen waren folgende Lehrstellen vorhanden; ein Hauptlehrer für Physik und Chemie, vier Hauptlehrer für Veterinärfächer, ein Lehrer für Hufbeschlag und Hufkrankheiten und ein Assistent. Die Aufnahmebedingungen wurden ebenfalls geändert; die Schüler durften nicht jünger als 17 Jahre und nicht älter als 25 Jahre sein. Als Vorbildung wurde verlangt mindestens die Absolvierung einer Oberrealschule. Die Bestimmung über den Vorstand (der auf der VI. Rangstufe stand) und den Lehrerkonvent wurde nicht wesentlich verändert. Die Aufsicht über die Anstalt war aber jetzt unmittelbar dem Ministerium übertragen. Die vormalige Zwischenbehörde des Medizinalkollegiums trat nur noch bei Begutachtung technischer Fragen in Funktion und außer ihm wurden auch noch andere Behörden angehört, wie z. B.

Die "Centralstelle für die Landwirtschaft". Die Visitationen nahm fortan das Ministerium vor.

Die wichtigsten Punkte dieser Bestimmung waren die Verlängerung der Ausbildungszeit, der Verzicht auf eine berufliche Vorbildung (Schmiedegewerbe usw.), die Steigerung der Aufnahmebedingungen und die Hereinnahme der Naturwissenschaften. Durch all' dieses zusammen stand die Schule jetzt auf einem höheren Niveau. Seither hatte sie sich auf der Stufe der niederen Fachschulen befunden. Ihre leichten Aufnahmebedingungen und die kurze Ausbildungszeit hatten die württembergische Tierarzneischule nicht an die relativ hohe Stellung anderer deutscher Schulen herankommen lassen. Viele junge Leute waren nach Stuttgart gekommen, um die hier vorhandene schnellere, leichtere und bequemere Ausbildungsmöglichkeit auszunützen und so war die Anstalt oft überfüllt gewesen. Nun konnte sie sich in höherem Maße einer strengeren, wissenschaftlichen Erziehung ihrer Schüler widmen. Die württembergischen Tierärzte hatten schon vor längerer Zeit für die Aufnahme der Naturwissenschaften in den Lehrplan und die Verlängerung des Kurses plädiert. Nicht zuletzt erhofften sie sich davon auch eine Verbesserung ihrer sozialen und materiellen Lage. Auch das Anliegen der Lehrer war jetzt erfüllt. Die Schule zu Stuttgart hatte nachgeholt, was z.B. in München schon 1858 erreicht worden war.

Am 25. November 1870 trat Württemberg dem Norddeutschen Bund bei (Reg. Bl. 1871, S. 1). Nach der Verfassung des Bundes unterstand die Medizinal- und Veterinärpolizei der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Bundes (Reg. Bl. 1871, S. 24, Artikel 4). Es war damit das Veterinärwesen Württembergs an dasjenige der übrigen Bundesstaaten anzugleichen.

Am 18. Januar 1871 wurde der preußische König zum Deutschen Kaiser ausgerufen und im April 1871 die Verfassung des Norddeutschen Bundes als Reichsverfassung angenommen. Die Gewerbeordnung des Bundes vom 21. Juni 1869 trat für Württemberg am 1. Januar 1872 in Kraft (Verfügung vom 20. November 1871 - Reg. Bl. S. 287). Sie verlangte eine einheitliche Prüfung nach Abschluß der tierärztlichen Ausbildung zur Erlangung der tierärztlichen Approbation.

Mit der Reichsgründung erhob sich das Bedürfnis der Gleichberechtigung aller deutschen Tierärzte. Ihm konnte jetzt abgeholfen werden durch die Vereinheitlichung der tierärztlichen Schlußprüfung am Ausbildungsende. Die Bestimmungen des Kanzlers des Norddeutschen Bundes vom 25. September 1869 (Bundes-Gesetzbl. Nr. 34, S. 635 ff) und vom 9. Dezember 1869 (Bundes-Ge-

setzbl. Nr. 38, S. 688) in betreff dieser Prüfung wurden vom Ministerium des Innern am 2. Dezember 1871 bekanntgegeben (Reg. Bl. S. 303). Sie waren aber nur als vorläufige gedacht: Die Prüfungsbehörde besteht aus dem Direktor der Tierarzneischule und dem Lehrerkollegium. Die Zulassung zur Prüfung erfordert die Reife für Sekunda eines norddeutschen Gymnasiums oder einer Realschule und einer Ausbildung von mindestens drei Jahren. Die Prüfung zerfällt in einen klinischen, einen technisch-operativen und einen Schlußteil. Die Approbation erteilt die entsprechende Zentralbehörde (in Württemberg das Ministerium des Innern).

Den Titel Tierarzt durften hinfort nur solche Personen sich beilegen, welche früher eine tierärztliche Prüfung beim Medizinalkollegium oder bei der Kgl. Tierarzneischule erstanden hatten oder künftig die Approbationsprüfung bei einer zu deren Vornahme ermächtigten deutschen Tierarzneischule absolviert hatten. Die Tierarzneischule zu Stuttgart war zur Prüfung und Ausgabe eines Approbationsprüfungsscheines ermächtigt. Vorbedingung war dazu die Reife zum Eintritt in den ersten Jahreskurs an der oberen Abteilung eines Gymnasiums, Lyceums oder einer mit Oberklassen eingerichteten Realanstalt (Verfügung vom 26. Februar 1872 - Reg. Bl. S. 68 - und vom 29. August 1872 - Reg. Bl. S. 283). Die vom Bundesrat beschlossenen endgültigen Prüfungsbestimmungen für das ganze Reich wurden veröffentlicht im Centralblatt für das Deutsche Reich (VI. Jahrgang, Nr. 14 - 27. März 1878). Für Württemberg gab sie das Ministerium des Innern am 17. April 1878 bekannt (Reg. Bl. S. 74):

Zur Zulassung ist nötig die Reife für den dritten Jahreskurs in der oberen Abteilung eines Gymnasiums oder Realgymnasiums und die Absolvierung von sieben Semestern an der tierärztlichen Lehranstalt. Die Prüfungsbehörde aus dem Direktor, den Lehrern und evtl. einer von der Zentralbehörde (dem Innenministerium) beigeordneten Person nimmt die Prüfung in drei Abschnitten vor:

- 1.) Naturwissenschaftliche Prüfung über Anatomie, Histologie, Physiologie, Botanik, Chemie, Physik und Zoologie,
- 2.) Fachprüfung über anatomische, physiologische, pathologisch-anatomische, medizinisch-klinische, chirurgisch-klinische, operative und pharmazeutische Kenntnisse,
- 3.) Schlußprüfung über alle Fächer, soweit sie nicht schon geprüft sind.

Es sind also die meisten der heute geforderten Fächer schon geprüft worden. Alle anderen Prüfungen wurden durch die letztgenannte ersetzt. Für Württem-

Berg galt dies besonders für die in der Verfügung vom 7. Januar 1830 (Reg. Bl. S. 24) den Vorstehern der Tierarzneischule übertragene Prüfung für praktische Tierärzte. Aber auch die dort erwähnte "höhere Prüfung" hatte ihre Berechtigung verloren.

Mit dem Inkrafttreten der Gewerbeordnung war dem Klassensystem der Tierärzte ein Ende gesetzt worden. Es wurde nur noch eine Art von Tierärzten ausgebildet. Bei der Einführung der Approbation hätte man die Gelegenheit ergreifen können, die Tierärzte den Humanärzten gleichzustellen, man hätte ihren Schulen den Hochschulcharakter und die Zulassungsbedingung der Maturität geben können. Aber es ist nichts dergleichen geschehen. Bayern hatte zwar schon den ersten Vorstoß in dieser Richtung gemacht, indem Professor Carl von Voit von der Central-Veterinär-Schule in München einen entsprechenden Antrag bei seiner Regierung eingereicht hatte, aber die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. März 1878 machte den fast reifen Plan der Einführung der Maturität in Bayern wieder zunichte. Die Forderung nach Gleichstellung mit der Humanmedizin war, wie noch ausgeführt werden soll, unter der Tierärzteschaft allgemein.

Einen kleinen Schritt in die Richtung auf ein akademisches Studium brachte der Erlaß neuer organischer Bestimmungen für die Tierarzneischule vom 13. Januar 1880 (Reg. Bl. S. 54). Dies war nötig geworden, um die älteren organischen Bestimmungen von 1868 mit den neuen Reichsvorschriften über die tierärztliche Prüfung in Einklang zu bringen. Die Tierarzneischule ist jetzt eine höhere Fachschule mit Vorstand und Lehrerkonvent. Die einzelnen Bestimmungen sind gegenüber 1868 nicht wesentlich verändert. Neu ist die Einführung des siebensemestrigen "Studiums", eines bestimmten Studienplanes und der Fächer der Ophtalmologie und Histologie. Neben den Hauptlehrern sind einige Fach- und Hilfslehrer sowie einige Assistenten angestellt. Die Schüler sind nun "ordentliche Studierende", die Hospitanten "außerordentliche Studierende".

Die Prüfungsbestimmungen vom 27. März 1878 hatten in der Folgezeit mehrfache, wenn auch geringfügige Abänderungen und Ergänzungen erfahren. Eine neue Zusammenfassung erhielten sie im Jahre 1889 und wurden am 13. Juli bzw. am 11. September veröffentlicht (Reg. Bl. S. 297). Sie gelten in den Grundzügen auch heute noch in dieser Form. 1905 kam die Fleischbeschau als neues Prüfungsfach hinzu (24. Dezember - Reg. Bl. S. 330).

Das Reichsgesetz vom 23. Juni 1880 über die Abwehr und Unterdrückung der

Viehseuchen hatte den Veterinärverwaltungen, den Tierärzten und auch den Tierarzneyschulen eine erhebliche Verantwortung auferlegt. Es war nun die Pflicht in erhöhtem Maße gegeben, die Wissenschaft voranzutreiben und die Veterinärverwaltung und die Veterinärschulen in den einzelnen Ländern des Reiches einander anzugleichen. Vor allem aber wurde der Ruf immer lauter, daß der Tierarzt, dem nun so viel mehr Kenntnisse und Selbständigkeit als früher zugemutet wurde, eine akademische Ausbildung erhalten müsse. Es sollte das Verhältnis der Tierarzneyschule zu den übrigen höheren Lehranstalten des Landes endlich befriedigend geregelt werden.

In Württemberg wurde das Ziel langjähriger Bemühungen zum Teil 1890 erreicht. Der Entschluß des Königs vom 25. Februar 1890 zufolge gab das Ministerium für das Kirchen- und Schulwesen am 4. März ds. Jrs. die Umbenennung der Tierarzneyschule in "Königliche Tierärztliche Hochschule" bekannt (Reg. Bl. S. 68). In Preußen (Berlin, Hannover) war dasselbe schon 1887, in Dresden 1889 erreicht worden. Der Geburtstag König Karls hat den Anlaß zu diesem freudigen Ereignis gegeben. Der 65jährige Direktor Fricker, "der alte Feuerkopf", stürmte selbst auf schwankender Leiter hinauf und riß eigenhändig die Buchstaben der alten Bezeichnung von der Wand des Hauptgebäudes (48).

Den wichtigen Bestandteil der Hochschulreform, die in Deutschland allenthalben angestrebt worden war, das Rektorat mit dem Wechsel der Person, ließ man in Stuttgart wie auch in anderen Ländern außer Acht. Der Direktor wurde immer noch vom König ernannt und blieb auf unbestimmte Zeit in seinem Amt.

Unterm 22. März 1892 kamen wiederum abgeänderte organische Bestimmungen heraus (Reg. Bl. S. 118). Neu ist in ihnen die Einführung der Parasitenlehre, der Embryologie, bakteriologischer Übungen, der theoretischen und praktischen Fleischschau, der Lehre von den animalischen Nahrungsmitteln, der Geschichte der Tierheilkunde und der Landwirtschaftslehre in den Lehrplan.

Was der tierärztlichen Hochschule jetzt noch fehlte, um mit der Universität auf einer Stufe zu stehen, war das Promotionsrecht und vor allem die Maturität als Bedingung für die Zulassung zum Studium. In Stuttgart hatten die Lehrer zuletzt am 15. Februar 1886 gelegentlich einer geplanten Reorganisation der Anstalt und dann noch am 15. März ds. Jrs. und am 8. Januar 1889 anläßlich der Abänderung der Prüfungsbestimmungen ihre Forderungen

nach den letztgenannten Punkten gestellt (54). Ihre Petitionen waren vergeblich gewesen. Erst die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 26. Juli 1902 brachte das Ersehnte (21. August - Reg. Bl. 1902, S. 428); die Zulassungsbedingung zur naturwissenschaftlichen Prüfung ist der Nachweis der wissenschaftlichen Vorbildung durch ein Reifezeugnis eines Gymnasiums, Realgymnasiums oder einer Oberrealschule.

Die letzte Forderung endlich, diejenige nach dem Promotionsrecht, wurde Ende 1910 erfüllt: Am 14. Dezember gewährte der König der Tierärztlichen Hochschule das Recht, die Würde eines Doktor und eines Ehrendoktor der Tierheilkunde auf Grund der vorgelegten Promotionsordnung zu verleihen (Reg. Bl. S. 593). Damit war die Schule einer Universität in allen wichtigen Teilen gleichgestellt und in der Standesentwicklung der Tierärzte war ein weitgreifender Schritt getan.

Die lokalen Verhältnisse der Hochschule waren allmählich untragbar geworden. Zwar hatte man 1890 und 1897 neue Gebäude auf dem alten Platz errichtet, aber der Zustand war trotzdem unwürdig geblieben. Aus Verhandlungen der württembergischen Abgeordnetenkammer gewinnt man ein deutliches Bild von der Unzulänglichkeit vor allem des Hauptgebäudes. Das Kultusministerium anerkannte die Wünsche der Professorenschaft nach einer grundlegenden Verbesserung der Baulichkeiten und 1901 schon waren Verhandlungen darüber im Gange. Der Landtag scheute sich aber vor der Bewilligung größerer Summen, denn es wäre nur ein Neubau in Frage gekommen. Im Jahre 1904 kam der Plan auf, die Hochschule der Universität in Tübingen als eigene Fakultät anzuschließen (26, 48). Lehrerkonvent der Tierärztlichen Hochschule und Senat der Universität sprachen sich übereinstimmend für die Angliederung und Inkorporierung als selbständige veterinärmedizinische Fakultät aus (8, 48). Schließlich ließ man den Plan aber fallen. Auch ein weiterer Vorschlag, die Hochschule der Technischen Hochschule in Stuttgart oder der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim anzufügen, ließ sich nicht verwirklichen.

Für den Hauptfinanzetat für 1905/06 beschloß der Landtag, als außerordentliche Staatsausgabe für das Kultusministerium einen Betrag von 10.000 Mark zur Prüfung der Kostenfrage des Baues und Betriebs einer den modernen Anforderungen entsprechenden Tierärztlichen Hochschule zu bewilligen. Man setzte danach eine Studienkommission aus dem Ministerialreferenten für das Veterinärwesen, dem Direktor der Tierärztlichen Hochschule, gemeinschaftlichen Vertretern der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultät der

Landesuniversität und bauverständigen Vertretern der Domänenndirektion ein, welche die Einrichtung, den Betrieb usw. anderer deutscher Tierärztlicher Hochschulen studieren sollte. Die Kommission besuchte Berlin, Hannover, München, Dresden, Gießen und Freiburg/Brg. (8). Nun entbrannte ein heftiger Kampf im Landtag um die Alternative Neubau oder Aufhebung. Die finanzielle Frage stand im Vordergrund, denn der Staat befaßte sich in schwierigen Finanzverhältnissen. Ein Neubau würde 1 Million Mark gekostet haben. Man gab zu bedenken, daß die Stuttgarter Schule relativ zu ihrer Größe und Studentenzahl die teuerste in Deutschland sei ⁺⁾ . Ein Student kostete den württembergischen Staat jährlich 1.082 Mark, gegenüber z. B. Preußen mit 445 Mark und Bayern mit 553 Mark. Das Verständnis der Abgeordneten für die Bedeutung einer landeseigenen Veterinäranstalt war im allgemeinen nicht groß. Allmählich gewann im Landtag die Auffassung Boden, Württemberg könne auch ohne eigene Schule auskommen (11). Es waren aber doch einige Männer unter den Abgeordneten, die sich mit ganzer Kraft für ein Fortbestehen der Stuttgarter Anstalt einsetzten. Professor Hoffmann sammelte diese Stimmen und gab eine Denkschrift heraus: "Für die Erhaltung und Fortentwicklung der Württembergischen Tierärztlichen Hochschule. - Anerkennende und ehrende Aussprüche, Reden, Wünsche, Forderungen und Anträge von den Herren Landtagsabgeordneten, Standesherrn und dem Herrn Kultminister" (20). Starker Widerspruch gegen eine Aufhebung der Schule kam auch aus weiten, nicht nur tierärztlichen Kreisen des Landes. Umsonst! Die Deutsche Partei und das Zentrum brachten am 25. Juni 1910 in der Kammer der Abgeordneten den Antrag ein, die Tierärztliche Hochschule aufzuheben, und zogen gleichzeitig in Erwägung, sie als städtische oder private Pferdeklínik weiterzuführen. Der Antrag wurde mit 47 zu 33 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Die finanziellen Schwierigkeiten des Staates hatten über alle Überlegungen positiver Art die Oberhand gewonnen. Dem letzten Direktor Susendorf, fiel 1912/13 die schmerzliche Aufgabe zu, die Auflösung der Schule zu bewirken und das Inventar an die anderen Landeslehranstalten sachgemäß zu verteilen (37). Die an der Schule angestellt gewesenen Professoren wurden unter Bewilligung des gesetzlichen Wartegeldes (Artikel 22-28 des Beamtengesetzes von 1876) zeitlich in den Ruhestand versetzt (Reg. Bl. 1913, S. 193).

Es ließe sich manches anfügen, was zeigen würde, wie sehr eine falsche Sparsamkeit über die Leistungen der Schule hatte hinwegsehen lassen. Es ist heute noch unbegreiflich, daß der Aufhebungsbeschluß zustande kam, denn bei gu-

+) Kammerverhandlungen über eine Denkschrift des Finanzministers vom 12. Juli 1910

tem Willen hätte man ohne weiteres die Schule von Stuttgart nach Tübingen verlegen können. Die Universitätsstadt wollte das notwendige Gelände kostenlos zur Verfügung stellen und außerdem hätte der Erlös des in Stuttgart frei werden- den Areals die Kosten eines Neubaus in Tübingen weitgehend gedeckt (37). Abgesehen davon, daß ein Tierspital als Ersatz für die Hochschule heute noch fehlt, hatte die Aufhebung für Württemberg nichts als Nachteile gebracht. Mit Recht nannte man diese Tat einen Schwabenstreich.

Wenn die Stuttgarter Tierarzneischule und Tierärztliche Hochschule auch im Vergleich zu anderen Schulen Deutschlands immer klein war in bezug auf Studentenzahl und Baulichkeiten, so brachte sie doch erstaunliche Leistungen hervor. Zum Ruhme gereicht es ihr, daß sie die Ausbildungsstätte für ausgezeichnete Männer gewesen ist (48). Es soll erinnert werden an die Namen Hering, Fröhner, Ostertag, Zwick, Nieberle, Stang und Waldmann.

6. Das Ministerium des Innern. -

Das Medizinalkollegium und seine Nachfolgebehörden

In dem V. Edikt, der fünften Beilage zu der Bekanntmachung vom 18. November 1817 (Reg. Bl. S. 541), war dem Ministerium des Innern die Initiative zu allen Gesetzen und Verordnungen in bezug auf die Medizinalpolizei und die Leitung des Medizinalwesens sowie die Vorkehr für die Erhaltung der Gesundheit von Menschen und Haustieren übertragen worden. Damit wurde ihm aber nur eine Aufgabe bestätigt, die es schon mit dem Organisationsmanifest von 1806 zugeteilt bekommen hatte. Dort war ihm eine Abteilung für die Ver- sorgung der auf die Medizinalanstalten und das Sanitätswesen sich beziehenden Geschäfte untergeordnet worden. Diese Medizinaldirektion hatte unter ihren Mitgliedern zwei Tierärzte und stellte die erste Behörde einer "Veterinärverwaltung" dar. Seit dem Beginn einer Veterinärverwaltung in Württemberg kommt also die Leitung derselben dem Innenministerium zu. Medizinaldi- rektion, -Departement und -Sektion waren Ministerialabteilungen gewesen, dem Minister eng untergeordnet. Ihre Art der Geschäftsbehandlung war ver- schieden, ihr Aufgabenkreis aber war derselbe. An die Stelle der Medizinal- s.ktion trat offiziell mit dem V. Edikt als technische Behörde für das Medizi- nal- und Veterinärwesen das Medizinalkollegium. Seine Aufgaben übernahm es zunächst von seiner Vorgängerin, aber aus der Art seiner Zusam-

mensetzung ist zu ersehen, daß ihm von vorneherein Pflichten zugebracht waren, die von den übernommenen verschieden waren. Die Mitglieder waren jetzt mit Ausnahme des Direktors Ärzte und Tierärzte, also reine "Techniker"; es fehlten ausgesprochen administrative Mitglieder (es kamen solche erst später dazu). Aus dem Laufe der Entwicklung kann man erkennen, daß das Kollegium immer bestrebt war, gegenüber dem Ministerium weitgehend Unabhängigkeit zu wahren und seine Bindung an dieses nicht zu eng werden zu lassen. Auf der anderen Seite war es bestrebt, möglichst viele Befugnisse, vor allem in bezug auf die Veterinärpolizei, an sich zu bringen und setzte sich damit oft in Opposition zum Ministerium.

Im V. Edikt waren auch die Aufgaben der neugebildeten Kreisregierung in den vier Kreisen des Königreichs bestimmt worden. Sie sollten u. a. als die unteren Medizinalbehörden fungieren. - Unmittelbar nach dem Einsetzen der genannten Behörden begannen Auseinandersetzungen zwischen dem Medizinalkollegium auf der einen und den vom Ministerium unterstützten Kreisregierungen auf der anderen Seite. Es ging um die Kompetenzen der einzelnen Behörden. Auf diesen Streit soll nur eingegangen werden, soweit er das Veterinärwesen betrifft, obwohl auch die rein medizinischen Objekte von Interesse wären.

Medizinalkollegium und Kreisregierungen waren vorerst immer noch ohne nähere Bezeichnung ihres Aufgaben- und Wirkungskreises. Das Ministerium forderte deshalb das Medizinalkollegium auf, Vorschläge für eine Instruktion für sich und für die Kreisregierungen zu machen. Das Kollegium schrieb diesbezüglich dem Ministerium am 19./24. Januar 1818, daß von den im Staat anfallenden Medizinal- und Veterinäraufgaben dem Kollegium ausschließlich zufallen müßten:

- die Prüfung aller Ärzte, Doktoren der Chirurgie, aller wissenschaftlich gebildeten oder zu Oberamtstierärzten bestimmten Tierärzten und deren davon abhängige Zulassung zur Praxis,
 - die Prüfung aller Chirurgen der unteren drei Klassen, der Hebärzte und Apotheker, zusammen mit dem Collegio medico in Tübingen,
 - die Begutachtung aller Gesuche um Anstellung als Kreismedizinalrat, Ober- und Unteramtsarzt, Oberamtswundarzt, Accoucheur oder Oberamtstierarzt,
 - die Erstattung ärztlicher Gutachten und die Begutachtung aller auf die Medizinalgesetzgebung bezug habenden Gegenstände und die Leitung der Medizinalvisitationen
- (StA E 150/53, Bd. 970).

Andere Gegenstände wollte es unter Verständigung mit den Kreisregierungen bearbeiten. So wie einerseits das Kollegium den Regierungen Nachricht von allen erlassenen Verfügungen etc. geben wollte, so mußte auch verlangt werden, daß diese das Kollegium von allen wichtigen Dingen im Medizinalwesen verständigen. Die Kreismedizinalräte hätten eine Übersicht der gesammelten Jahresberichte der ihnen unterstehenden Medizinalbeamten einzusenden. ... Die Vorschläge des Kollegiums in bezug auf die Regierungen werden im nächsten Kapitel erwähnt.

Das Medizinalkollegium wollte sich also eine ziemlich umfassende Kompetenz zugeteilt wissen. Hinsichtlich der Veterinäraufgaben stellte es damals allerdings keine besonders hohen Ansprüche. Das Ministerium war damit nicht einverstanden. Es wollte die Kompetenzen der beiden Instanzen, des Kollegiums und der Regierungen, in Hinsicht auf polizeilich-verfügende und technisch-beratende Befugnisse reinlich getrennt wissen. In einem Vortrag vor dem König oder dem Staatsministerium am 6. Februar 1818 äußerte sich der Minister folgendermaßen (StA E 150/53, Bd. 969):

Die vormalige Medizinalsektion war gleichzeitig technische, aufsehende und vollziehende Behörde. Die Sorge für die Vollziehung der Medizinalgesetze und die Aufsicht über das ärztliche Personal ist den Kreisregierungen anvertraut worden. Beim Medizinalkollegium sind mit Ausnahme des Direktors nur Techniker angestellt, wodurch sein Charakter sich von dem der Medizinalsektion unterscheiden muß. Es kann nicht mehr als vollziehende Behörde in Betracht kommen, ohne den übrigen Verwaltungsorganismus zu stören. Es kann auch nicht mehr durch unmittelbare Erlasse eine direkte Aufsicht über die Oberämter führen. Es können ihm nur die Attribute einer technischen und mittelbar aufsehenden Stelle zugestanden werden. Seine besondere Funktion muß die Beratung der Verwaltungsbehörden in medizinischen Fragen und die zentralisierte Aufsicht über die Sanitätsanstalten und das ärztliche Personal sein. Der Geschäftskreis der Medizinalsektion ist aufzuteilen und seine technischen Gegenstände sind dem Medizinalkollegium, die gesundheitspolizeilichen dem Ministerium des Innern bzw. den Kreisregierungen zuzuteilen.

Die Ansicht des Königs stimmt mit derjenigen des Ministeriums größtenteils überein. Der König sprach dem Kollegium ebenfalls nur eine technische und beratende, in dieser Hinsicht auch aufsehende, aber keine vollziehende und

verfügende Stellung zu. Seine Hauptaufgabe sollte die Beratung des Oberregierungskollegiums sein. Vom Ministerium forderte der König nur eine Instruktion für die Medizinalbehörden (10. Februar 1818 - StA E 150/53, Bd. 969).

Die Verordnung vom 6. Juni 1818 (Reg. Bl. S. 313) legte den Geschäftskreis des Medizinalkollegiums und der Kreisregierungen in medizinisch-polizeilicher Hinsicht fest. Die wichtigsten Punkte in bezug auf das Kollegium sollen angeführt werden:

Das Medizinalkollegium ist in der Regel eine nur beratende, nicht eine vollziehende Stelle. Es ist im allgemeinen seine Obliegenheit, sowohl das Ministerium des Innern und die Kreisregierungen, als auch die übrigen Ministerien und die Gerichtshöfe in Medizinalangelegenheiten zu beraten.

Sein Geschäftsbereich umfaßt u. a. folgende Gegenstände:

Begutachtung aller Medizinalgesetze, Bearbeitung dieser Gesetze sowie der Medizinal- und Apothekertaxen, der Reglements für die Sanitätsanstalten, der Instruktionen für Oberamts- und Unteramtsärzte, Kreistierärzte, Wundärzte, Kurschmiede etc. und der Vorschriften für die Heilverfahren bei Epidemien und Viehseuchen, Prüfung aller Ärzte, graduierten Wundärzte, Tierärzte und der Anträge über ihre Zulassung zur Praxis,

Prüfung der oberamtsärztlichen Jahresberichte, Begutachtung der in Vorschlag kommenden Medizinalbeamtenstellen und Erstattung eines Jahresberichtes über seine eigene Geschäftsführung.

In eigenem Namen kann das Kollegium keine Verfügung erlassen. Eine Ausnahme bildet der Fall, daß eine ansteckende Krankheit unter den Menschen oder eine Viehseuche ausbricht, oder sonst ein Gegenstand durch besondere Wichtigkeit eine kollegialische ärztliche Beratung und eine schnelle Entschließung erfordert. Das Kollegium kann dann auf unmittelbar von den Oberämtern empfangene Berichte hin die erforderlichen polizeilichen Vorschriften an die Oberämter oder an die ihnen vorgesetzte Kreisregierung erlassen. Es hat gleichzeitig die Kreisregierung zu unterrichten. Solange bei den Kreisregierungen keine besonderen Räte für das Fach der Tierheilkunde angestellt sind, kommt die Leitung dieses Zweiges der Medizinalpolizei ausschließlich dem Medizinalkollegium zu. Alle Beamten haben bei tierärztlichen Gegenständen unmittelbar an das Medizinalkollegium zu berichten und dieses erläßt seine Verfügungen, nötigenfalls unter Rücksprache und Benachrichtigung der

Kreisregierungen, wiederum unmittelbar an die Beamten.

Die Geschäftsbehandlung ist kollegialisch. Der Direktor verteilt die Arbeit unter die Räte. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt.

In bezug auf die Veterinärpolizei wurden dem Medizinalkollegium also weitgehende Befugnisse übertragen. Es war, im Gegensatz zu seinen Obliegenheiten auf dem Gebiet der Humanmedizin, grundsätzlich verfügende Instanz. Da es zur Aufstellung von "besonderen Räten für das Fach der Tierheilkunde" nicht gekommen ist, blieben dem Kollegium die entsprechenden Kompetenzen vorläufig erhalten. Eine Bearbeitung erfuhren tierärztliche Gegenstände durch die zwei tierärztlichen Mitglieder, vor allem aber durch den Landtierarzt. Später erhöhte sich die Zahl der tierärztlichen Mitglieder. An Aufgaben stand an erster Stelle die Ergreifung von Maßnahmen bei Tierseuchen und die Prüfung aller Tierärzte, soweit sie geprüft sein mußten oder wollten. Später, nach Gründung der Tierarztschule, nahm das Kollegium die "höhere Prüfung" nach der Verfügung vom 7. Januar 1830 und die Oberamtstierarztprüfung nach der Verfügung vom 12. August 1846 (Reg. Bl. S. 362) vor. Den Kreisregierungen verblieb die allgemeine Aufsicht über das tierärztliche Personal und einige andere, minder wichtige Aufgaben.

Die Verfügung vom 14. Oktober 1830 (Reg. Bl. S. 484) bestimmte die medizinikalpolizeilichen Maßregeln bei den der Fürsorge des Staates unterliegenden Krankheiten. Es wurde angegeben, wann und in welcher Weise das Medizinalkollegium einzugreifen hatte und wie auch die Kreisregierungen sich dabei zu verhalten hatten:

Der Eintritt der Staatsfürsorge bei Haustierseuchen ist dann gegeben, wenn eine Enzootie oder Epizootie ausgebrochen ist. Über die Begründung der Fürsorge des Staates hat gleich bei Beginn der Behandlung das Kollegium zu erkennen.

Die Anzeigepflicht des Ausbruchs von solchen Krankheiten ist dem ganzen ärztlichen Personal, besonders aber den Tierärzten und den Eigentümern und Hütern der Haustiere übertragen. Die Anzeige hat an das "Gemeinschaftliche Amt", d. h. an Ortsvorsteher und Dorfpfarrer zu erfolgen. Von dort ist Bericht über die Einzelheiten der Seuche an das Oberamt zu geben. Das Oberamt seinerseits hat einen wissenschaftlich gebildeten Tierarzt und außerdem unter der näheren Anleitung des Oberamtsarztes einen zur Praxis legitimierten Tierarzt sogleich an Ort und Stelle zu schicken und die erforderliche Untersu-

chung vornehmen zu lassen. Sie sollen das Ergebnis unter einstweiliger Vorkehr des Dringenden an das Medizinalkollegium berichten. Gleichzeitig soll das Oberamt von dem Inhalt dieses ersten Berichtes und den vorläufig getroffenen polizeilichen Anordnungen der Kreisregierung kurze Nachricht geben.

Das Medizinalkollegium gibt seine Weisungen an das Oberamt und dieses dann an den wissenschaftlich gebildeten Tierarzt; sie gehen aber in jedem Fall zuerst durch die Hand des Oberamtsarztes, der davon Kenntnis nimmt und dem Oberamt seine Bemerkungen mitteilt. Das Oberamt hat die Kreisregierung vom Verlauf der Krankheit und wesentlichen polizeilichen Maßnahmen zu benachrichtigen.

Der untersuchende höhere Tierarzt oder Oberamtsarzt sendet seine Berichte über die Einzelheiten der Seuche und seiner ergriffenen Maßregeln an das Kollegium unmittelbar ein. ... Ist die Krankheit zur Staatsfürsorge geeignet, so hat der erstuntersuchende Tierarzt oder ein Mitglied des Kollegiums oder ein zur selbständigen Behandlung von Seuchen befähigter Tierarzt (siehe Reg. Bl. 1830, S. 24) die Tiere nach den Weisungen des Kollegiums selbst zu besuchen oder sie von einem ansässigen praktischen Tierarzt besuchen zu lassen. Am Seuchenort sind in Ermangelung eines praktischen Tierarztes ortsansässige, mit der Tierpflege vertraute Männer zur Behandlung der Patienten aufzustellen und mit Instruktionen zu versehen. Das Oberamt hat schließlich alle 8-21 Tage einen Fortgangsbericht des behandelnden Tierarztes und nach dem Aufhören der Seuche einen Endbericht, der vorher ebenfalls durch die Hand des Oberamtsarztes geht, an das Kollegium einzusenden.

Über die Teilnahme der Staatskasse an der Seuchenbehandlung entscheidet das Medizinalkollegium. Der Staatsanteil der Verschickungskosten des untersuchenden und behandelnden höheren Tierarztes oder Oberamtsarztes beträgt ein Drittel. Zwei Drittel belasten die Gemeinde. Bei ihrem Unvermögen kann der Staat auch zwei Drittel übernehmen. -

Die "Zwitternatur" des Medizinalkollegiums wurde oft beanstandet. Es war ja einerseits wissenschaftliches Tribunal und andererseits Polizeibehörde (in bezug auf Epidemien und Viehseuchen). Der Verwaltungsapparat war dadurch äußerst kompliziert und verwirrend. Vor allem die Kreisregierungen kamen über die ihnen zustehenden bzw. nicht zustehenden Aufgaben und Befugnisse immer wieder in Zweifel. In den Vierzigerjahren des 19. Jahrhunderts tauchte der Plan auf, die Medizinalverwaltung überhaupt zu vereinfachen (Erlaß vom 20. Dezember 1848 - StA E 150/53, Bd. 970) und die Befugnisse der Kreisregierungen, die in der Hauptsache polizeiliche waren, einer neuen Zentral-

behörde für das Medizinalwesen zu übertragen. Über die Einzelheiten dieser Behörde lagen verschiedene Vorschläge vor. Der Tenor war aber, der Zentralbehörde das Medizinalkollegium einzugliedern, so daß sie sich zusammensetzen würde aus einer administrativen Abteilung für die Medizinalpolizeiverwaltung und einer wissenschaftlich-technischen Abteilung ("Sanitätskommission" oder "Medizinalkollegium" aus einer verstärkten Anzahl von Ärzten). Die Anregungen kamen vor allem von den Kreismedizinalräten, den medizinischen Referenten der Kreisregierungen (StA E 150/53, Bd. 971). Es soll im nächsten Kapitel noch näher darauf eingegangen werden.

Der Zusammenschluß der auf Medizinalkollegium und Kreisregierungen verteilten Befugnisse hätte zweifellos die Medizinalverwaltung weitgehend vereinfacht, denn der Weg der Berichterstattung der Oberämter und der daraufhin erlassenen Verfügungen wäre durch die Ausschaltung der Provinzialregierungen verkürzt und die Übersicht der Zentralbehörde über den Medizinalzustand des Königreichs wäre sicherer und unmittelbarer geworden. Außerdem hätte sich die enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und der auf der Höhe der Zeit stehenden Wissenschaft, zwischen administrativer und wissenschaftlicher Abteilung, sehr günstig auswirken können.

Zu einer Verwirklichung dieser Pläne kam es nicht, aber 20 Jahre lang kam der Gedanke an eine Änderung der bestehenden Verwaltungsverhältnisse im Medizinalwesen nicht zur Ruhe.

Am 25. November 1870 trat Württemberg dem Norddeutschen Bund bei. Jetzt wurde der Plan zu einer Umorganisation des Kollegiums aufs neue diskutiert. Man empfand das Bedürfnis, im Zuge der Angleichung der Verwaltung an den Bund und der Vereinheitlichung des Medizinal- und Veterinärwesens die obersten Medizinalbehörden neu und modern zu gestalten. Die Reichsgründung hat dies nur noch unterstützt. Um nun Anhaltspunkte für eine neue Organisation zu gewinnen, erkundigte sich das Innenministerium 1871 und in späteren Jahren durch Vermittlung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten bei den königlichen Gesandten in den Nachbarstaaten über den Aufbau der dortigen Medizinalverwaltungen. Aus den Antworten der Gesandten ist folgendes zu entnehmen:

Im Großherzogtum Baden war 1871 der "Obermedizinalrat" aufgehoben worden. Dem Ministerium des Innern waren zur Beratung der medizinisch-technischen Geschäfte eine bestimmte Zahl von Medizinalreferenten beigegeben worden.

In Hessen wurde die "Obermedizinaldirektion" ab 1877 aufgehoben und an ihre

Stelle dem Ministerium des Innern eine Abteilung für öffentliche Gesundheitspflege beigeordnet.

In Bayern war der "Obermedizinalausschuß" aus den Ministerialreferenten und berufenen Mitgliedern dem Ministerium unmittelbar unterstellt.

Aus den einzelnen Ausführungen der Gesandten wird ersichtlich, daß man das Medizinalwesen ganz eng dem Innenminister untergeordnet hatte und in der letzten Zeit die vorhandenen Kollegien entweder auf die Funktion als sachverständiges Organ beschränkt oder ganz aufgehoben hatte. In den Nachbarländern hatte man also eine Umgestaltung der Medizinalverwaltung schon vollzogen.

Das Reichsgesetz über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1880 forderte gebieterisch eine straffe, schlagkräftige Organisation der Veterinärpolizeibehörden. Für Württemberg war es nun unumgänglich, seine Veterinärbehörden umzugestalten.

Die Verfügung vom 23. März 1881 (Reg. Bl. S. 196) gab dem Innenministerium die Leitung und Beaufsichtigung der Maßregeln zur Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen in die Hand. Das Ministerium konnte besondere Kommissare zur Leitung der Abwehr- und Unterdrückungsverfahren bei einer Viehseuche bestellen, Einfuhr- oder Verkehrsbeschränkungen erlassen, aufheben oder verändern, Viehrevisionen in Grenzbezirken anordnen etc. Der zuständigen obersten Landesbehörde ist also durch das Reichsgesetz ein großer Spielraum gelassen worden.

Für das Medizinalkollegium, als der nächst höheren Behörde, kam eine neue Definition seiner Aufgaben durch die Kgl. Verordnung vom 21. Oktober 1880 (Reg. Bl. 1881, S. 3) zustande:

Das Medizinalkollegium bildet in Unterordnung unter das Innenministerium die Zentralbehörde für die Beaufsichtigung und technische Leitung des Medizinalwesens. Es kommen ihm die Befugnisse eines Landeskollegiums zu. Es setzt sich zusammen aus dem Vorstand, ordentlichen administrativen und technischen Mitgliedern und außerordentlichen, für einzelne technische Aufgaben auf bestimmte Zeit vom König ernannten Mitgliedern. Zur Teilnahme bei der Beratung wichtiger Gegenstände können die Ausschußmitglieder der ärztlichen, tierärztlichen etc. Landesvereine mit Genehmigung des Ministers

beigezogen werden. (Die außerordentlichen Mitglieder, nach 1880 ein Homöopath, ein Tierarzt, ein Pharmazeut und ein Chemiker, wurden in der Regel auf vier Jahre ernannt.) Mindestens zwei ordentliche Mitglieder haben dem Amt ihre volle Tätigkeit zu widmen. Das Kollegium ist eine teils beratende, teils verwaltende, aufsichtführende und verfügende Behörde. Sein Geschäftsbereich erstreckt sich auf die Begutachtung oder vorläufige Bearbeitung der Medizinalgesetze, auf das Einreichen von Verbesserungs- und Ergänzungsanträgen, auf die medizinisch-technische Beratung des Innenministeriums und seiner Kollegialbehörden sowie der übrigen Ministerien und deren Kollegien, auf die Erstattung von Obergutachten für Gerichte etc., auf die Erkennung über den Eintritt der unmittelbaren Staatsfürsorge bei Epidemien und Viehseuchen, die Überwachung des Heilverfahrens und die Prüfung der dem Staat zufallenden Kosten. Weiterhin steht dem Kollegium u. a. die technische Überwachung der Oberamtstierärzte vorbehaltlich der allgemeinen Dienstaufsicht, welche den Kreisregierungen zukommt, die Teilnahme an den Prüfungen der Ärzte, Tierärzte etc. zu.

Der Erlaß der polizeilichen Anordnungen in bezug auf Epidemien und Viehseuchen gehen, vorbehaltlich der im Reichsgesetz von 1880 getroffenen besonderen Bestimmungen, auf die ordentlichen Polizeibehörden über, welche die in technischer Hinsicht vom Medizinalkollegium gegebenen Weisungen zu beachten haben.

Die Geschäftsbehandlung ist eine kollegialische. Sämtlichen Mitgliedern und etwa zugezogenen Personen kommt volles Stimmrecht zu. Eine weitere, aus Vorstand und vier vom Ministerium berufenen Mitgliedern bestehende Abteilung kann zur Erledigung der in das Gebiet der Tierheilkunde fallenden Geschäfte des Kollegiums gebildet werden.

Dem Kollegium wurden damit alle wichtigen verfügenden Kompetenzen abgenommen. Es war im wesentlichen nur noch beratende und begutachtende Behörde. Die Medizinalpolizei lag jetzt zwar vollständig und die Veterinärpolizei zum größten Teil in den Händen der reinen Verwaltungs- und Exekutivorgane, aber der Medizinalverwaltungsapparat war dadurch nicht verkleinert und grundlegend vereinfacht worden. -

Mit dem 21. Juni 1881 (Reg. Bl. S. 398) wurde die "besondere Abteilung zur Erledigung der in das Gebiet der Tierheilkunde fallenden Geschäfte" unter dem Namen "Kgl. Medizinalkollegium, tierärztliche Abteilung" gebildet.

Damit kommt zum Ausdruck, daß unter dem Einfluß des Reichsgesetzes von 1880 die Bedeutung und Notwendigkeit der Veterinärverwaltung erkannt wurde und daß die Veterinäraufgaben des Staates gewachsen waren. Der Vorstand des Kollegiums war zugleich Vorstand der tierärztlichen Abteilung (Amtsbl. = Amtsblatt des Innenministeriums 1881, S. 185).

Die Einzelheiten der Geschäftsbehandlung im Kollegium und auch der Aufgaben wurden unterm 21. Juni 1881 bekannt gemacht (Amtsbl. Seite 185). Für die tierärztliche Abteilung soll hier nur so viel gesagt werden, daß die Sitzungen vom Vorstand dann anberaumt werden sollten, wenn genügend Stoff vorlag. Es wurde betont, daß tierärztliche Gegenstände nur in der entsprechenden Abteilung erledigt werden sollten. -

Nun war das Veterinärwesen wenigstens in der Verwaltung der Humanmedizin gleichgestellt. Es hatte seine unwürdige Stellung als Anhängsel an das rein Humanmedizinische verloren. Dies war eine Folge der Regelung der Viehseuchenbekämpfung.

Dem Medizinalkollegium hatte man 1883 zur Erweiterung seiner Möglichkeiten ein bakteriologisches Laboratorium angegliedert. Dieses mußte sich allerdings aus kleinen Anfängen heraus entwickeln. Ursprünglich bestand es aus einem vom Staat eingerichteten Lokal (wohl im Katharinenhospital in Stuttgart) und wurde von einem Mitglied des Kollegiums betreut, das gleichzeitig die Stelle eines Prosektors am Katharinenhospital inne hatte. Im folgenden Jahr (1884) wurde es zu einem selbständigen, mit einem Arzt und einem Tierarzt besetzten Laboratorium erweitert und in Räumen der Landeshebammen-schule und schließlich in einem gemieteten Gebäude in der Gerberstraße in Stuttgart untergebracht. Seit 1896 hatte es seinen Platz im Hintergebäude des Medizinalkollegiums in Stuttgart, Azenbergstraße 14. Es wurde dann eine tierärztliche Abteilung abgetrennt, eine chemische Abteilung angegliedert (Amtsbl. 1898, S. 42) und künftig nannte man die Gesamtheit der Abteilungen "Hygienisches Laboratorium des Medizinalkollegiums". Rasch gelangte es dann zu einer gesteigerten Bedeutung (14).

Die tierärztliche Abteilung diente vornehmlich dem Zwecke der veterinärpolizeilichen bakteriologischen Untersuchungen, der Nachprüfung der Diagnose von beamteten Tierärzten, der Abgabe von Mallein und Tuberkulin und der Herstellung des Lorenzschen Impfstoffes gegen den Schweinerotlauf. In veterinärpolizeilicher Hinsicht wichtige Entdeckungen studierte es auf ihre Verwertbarkeit hin. Darüber hinaus stand es für Zweifelsfälle den Organen der Fleisch-

beschau und den Gerichten zur Verfügung; auch Private wurden beraten.

Die Verfügung, betreffend den Vollzug des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880 bzw. vom 1. Mai 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 409), vom 15. Januar 1896 (Reg. Bl. S. 11) enthielt keine Neuerungen für die Organisation der Veterinärverwaltung.

Das Reichsviehseuchengesetz vom 26. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 519) brachte schließlich für das Medizinalkollegium wieder eine durchgreifende Änderung. Das Ausführungsgesetz zum Viehseuchengesetz vom 8. Juli 1912 (Reg. Bl. S. 279) sagt aus, daß dem Kollegium erstens die Wahrnehmung in den auf dem Verordnungsweg zu bezeichnenden Fällen derjenigen Aufgaben, welche der Landesregierung zugewiesen sind, und zweitens die Stellung der höheren Polizeibehörde, welcher die Oberämter unmittelbar untergeordnet sind, zukommt. Die Abgrenzung der Zuständigkeit der einzelnen Polizeibehörden geschieht durch das Ministerium. Soweit nicht das Kollegium die Aufgaben der Landesregierung wahrnimmt, übernimmt sie das Innenministerium. Vor dem Erlass allgemeiner Anordnungen haben Ministerium und Kollegium in geeigneten Fällen Gutachten der Zentralstelle für die Landwirtschaft einzufordern (Verfügung vom 11. Juli 1912 - Reg. Bl. S. 293).

Das Medizinalkollegium hatte durch diese Bestimmungen wieder diejenigen Befugnisse erreicht, die ihm mit der Verordnung vom 6. Juni 1818 gegeben worden waren, bzw. es hatte noch mehr verfügende Gewalt zugestanden bekommen. Die Tendenz, seine Vollmachten allmählich immer weiter zu beschränken, hatte sich nicht durchgesetzt.

Ein paar Jahre vor diesen Veränderungen war etwas eingetreten, was wir schon bei der Besprechung der Tierärztlichen Hochschule kennengelernt haben: Die angespannte finanzielle Lage des württembergischen Staates brachte es mit sich, daß allerorts Bestrebungen in Gang kamen, den Staatshaushalt zu entlasten, vor allem durch Senkung der Verwaltungskosten. Dies war schon berechtigt, denn die württembergische Verwaltung war viel zu kompliziert und in unzählige Zweige aufgeteilt. Nachdem die Ständeversammlung die Regierung darum ersucht hatte, die Landeskollegien zwecks Kostenersparnis den Ministerien anzugliedern, richtete der Minister des Innern Pischbeck am 4. Dezember 1909 einen vertraulichen Vorschlag an das Medizinalkollegium (Sta E 164 - 1. 1. 1). Er faßte ins Auge, daß für die medizinisch-technische und veterinär-technische Beratung des Ministeriums zwei Ärzte und ein Tierarzt

dortselbst als Beamte angestellt werden sollten. Für die Beratung weitergehender Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege und zur Pflege der Beziehungen zu anderen Staatsbehörden sollte ein Kollegium aus praktischen Ärzten und Mitgliedern der medizinischen Fakultät in Tübingen gebildet werden. Es müßte noch besonders erwogen werden, ob für tierärztliche und pharmazeutische Fragen entsprechende Beratungskörper zu schaffen wären. -

Das Medizinalkollegium machte aus eigenem Antrieb und nach Aufforderung durch das Ministerium noch einige Vorschläge zur Vereinfachung seines Geschäftsbetriebes und zur Erzielung von Einsparungen. Es meinte u. a., daß für die Aufgaben seiner bisherigen tierärztlichen Abteilung die Schaffung eines besonderen Landesamtes sich empfehlen würde (StA E 164 - 1. 1. 1, II. Band). - Vom 3. September 1910 stammt ein Entwurf einer Verordnung über die Errichtung eines "Landesgesundheitsamtes" (StA E 164 - 1. 1. 1, II. Bd.): Es soll aus Verwaltungsbeamten und technischen Mitgliedern bestehen. Der Erlaß allgemeiner Verfügungen geschieht durch das Staatsministerium und im übrigen werden die Geschäfte durch den Vorstand des Amtes mit den Befugnissen eines Ministerialdirektors im Auftrag und in Vertretung des Staatsministers erledigt. Zur Beratung wichtiger Gegenstände werden Beziehungen zu den ärztlichen, tierärztlichen Landesvereinen unterhalten. Mit diesem Amt soll in unmittelbarer Unterstellung verbunden sein ein medizinisches, tierärztliches und chemisches "Landesuntersuchungsamt" mit je einem selbstverantwortlichen Vorstand. - Hier tauchten zum ersten Male die Begriffe der verschiedenen Landesuntersuchungsämter auf.

Die Sparmaßnahmen betrafen nicht allein das Medizinalkollegium; auch die Oberämter waren davon betroffen und den Kreisregierungen wollte man schon lange alle medizinischen und veterinär-medizinischen Aufgaben abnehmen. Die Oberämter sollten z. B. bei der Vorlage der Viehseuchenberichte und der Kostenzettel durch die Oberamtstierärzte, bei der Schweinerotlaufimpfung usw. ausgeschaltet werden (StA E 164 - 1. 1. 1). -

Im Widerspruch zu den Überlegungen, wie das Medizinalkollegium einzuschränken oder gar aufzuheben wäre, standen dann die Bestimmungen des Gesetzes von 1912, die dem Kollegium so weitgehende Befugnisse einräumten.

Schließlich war das Bedürfnis nach einer Vereinfachung der Medizinalverwaltung aber doch so dringend geworden, daß der Landtag am 3. Oktober 1919 beschloß, das Medizinalkollegium aufzuheben. Nach dem Gesetz über die Neuordnung des Gesundheitswesens im Geschäftsbereich der inneren Verwaltung

vom 15. Dezember 1919 (Reg. Bl. S. 419) trat ab 1. Januar 1920 an die Stelle des Kollegiums, soweit es in den Gesetzen genannt war, das Ministerium des Innern. Dieses wiederum konnte einzelne Befugnisse anderen Behörden übertragen. Die Bezirksstellen unterstanden jetzt in Angelegenheiten der Gesundheitspolizei dem Ministerium unmittelbar.

Die Verordnung vom 17. Dezember 1919 (Reg. Bl. S. 420) zählt die dem Innenministerium unterstehenden Medizinal- und Veterinärbehörden auf:

- 1.) Das Landesamt für die Staatskrankenanstalten,
- 2.) die Prüfungskommissionen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens,
- 3.) das Medizinische, Tierärztliche und Chemische Landesuntersuchungsamt,
- 4.) die Oberamtsärzte und Oberamtstierärzte,
- 5.) die übrigen Bezirksstellen der inneren Verwaltung in Angelegenheiten des Gesundheitswesens,
- 6.) die Apothekenvisitatoren und
- 7.) der Landesgesundheitsrat.

Der letztere wurde zur Beratung wichtiger Gesundheitsfragen von allgemeiner Bedeutung gebildet und in Fachabteilungen gegliedert. Als Mitglieder werden vom Innenminister Sachverständige auf ärztlichem, tierärztlichem, pharmazeutischem Gebiet, insbesondere die Vertreter der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität. Vertreter der Technischen Hochschule Stuttgart, Vertreter des ärztlichen, tierärztlichen, pharmazeutischen Landesvereins und anderer Berufsvereinigungen berufen, und zwar je auf die Dauer von drei Jahren (Verfügung vom 22. Dezember 1919 - Reg. Bl. S. 429).

Die genannte Verordnung ersetzte diejenige vom 21. Oktober 1880. Den Kreisregierungen verblieb von ihren gesundheitspolizeilichen Befugnissen nur die Lebensmittelpolizei. Die Verfügung vom 22. Dezember 1919 (Reg. Bl. S. 425) nennt im einzelnen diejenigen Aufgaben des Medizinalkollegiums, die nun auf das Oberamt im Benehmen mit dem beamteten Tierarzt übergingen. In anderen Fällen trat der Vorstand des Tierärztlichen Landesuntersuchungsamtes an die Stelle des Kollegiums. Die Beratung der Behörden und Ämter in Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege erfolgte im Geschäftsbereich der inneren Verwaltung künftig durch die Landesuntersuchungsämter sowie durch die Oberamtsärzte und-tierärzte.

Das Tierärztliche Landesuntersuchungsamt übernahm den nichtpolizeilichen

Anteil der Aufgaben der tierärztlichen Abteilung des Kollegiums vollständig. Es unterstützte die Tätigkeit des beamteten und auch nicht beamteten Tierarztes durch ergänzende bakteriologische, serologische und mikroskopische Untersuchungen zur Feststellung und Bekämpfung der Tierseuchen und durch bakteriologische Fleischschau. Es stellte Impfstoffe her und hielt solche vorrätig. Weitere Aufgaben waren die Erforschung von Tierseuchen, die Abhaltung von Fortbildungskursen für beamtete und praktische Tierärzte und von Vorbereitungskursen für Anwärter auf Oberamtstierarzt-Stellen.

Für die Bearbeitung tierärztlicher Gegenstände wurde am Ministerium des Innern eine besondere Veterinärabteilung geschaffen, der ein Ministerialreferent vorstand. Bei diesem lagen fortan die Leitung der Veterinärverwaltung und alle diejenigen Befugnisse, welche diesbezüglich dem Ministerium übertragen worden sind. Nebenamtlich war er Vorstand des Tierärztlichen Landesuntersuchungsamtes. Der erste tierärztliche Referent war von Beisswänger (Amtsbl. 1920, S. 36).

Die ehemals so komplizierte Veterinärverwaltung war auf Ministerium, Landesuntersuchungsamt, Oberamt und Oberamtstierarzt reduziert worden.

Es sollen noch einige Worte über die Reichsbehörden angefügt werden, welche gebildet wurden, nachdem Medizinal- und Veterinärwesen 1871 Reichsangelegenheit geworden waren. Als Unteramt des Reichsamtes des Innern (es gab ja im Kaiserreich keine Ministerien) war 1876 das Kaiserliche Gesundheitsamt gebildet worden. Man nannte es schon damals Reichsgesundheitsamt. Bei ihm hatte man auch eine tierärztliche Ratsstelle eingerichtet. Als Nachfolger von Professor Roloff wurde in diese Stelle 1885 Professor Röckl von der Tierarzneischule in Stuttgart gerufen; er nahm 1907 seinen Abschied (48).

Durch das Gesetz vom 30. Juni 1900 wurde der Reichsgesundheitsrat geschaffen. Er sollte das Kaiserliche Gesundheitsamt bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen. Seine Mitglieder wurden vom Bundesrat gewählt und der Vorsitzende vom Reichskanzler ernannt. Unter seinen Abteilungen war eine für das Veterinärwesen, einschließlich der Tierseuchenstatistik, der Angelegenheiten des tierärztlichen Personals und der Fleischschau, eingerichtet. Es gehörten ihm führende Tierärzte wie Beisswänger, Dammann, Gering, Lydtin, Schütz und Siedamgrotzky an, welche oft auch Mitglieder des Reichsgesundheitsamtes gewesen waren (48). Von den aus Würt-

temberg stammenden Persönlichkeiten seien diejenigen genannt, deren Mitgliedschaft aus den Akten des Innenministeriums zu ersehen ist, die sich auf das Medizinalkollegium beziehen (StA E 164 - 1. 1. 8):

- 1906 - 1910 Obermedizinalrat Dr. von Gussmann,
Obermedizinalrat Dr. Rembold.
- 1909 Obermedizinalrat Dr. v. Scheurlen.
- 1911 - 1915 Medizinaldirektor Dr. von Rembold,
Oberregierungsrat Dr. Beisswänger.
- 1916 - 1920 Medizinaldirektor Dr. von Rembold,
Regierungsdirektor Dr. von Beisswänger,
Obermedizinalrat Dr. von Scheurlen.

Es waren aber schon 1901 drei Mitglieder des Kollegiums in den Reichsgesundheitsrat berufen worden, deren Namen nirgends genannt sind.

Es bestand der Wunsch, daß die ständige Vertretung im Reichsgesundheitsamt zu einer Veterinärabteilung mit einem Direktor an der Spitze erweitert werden möchte. Beim Ausscheiden Röckls war der Augenblick der Erfüllung gekommen. Am 6. August 1907 erfolgte die Berufung von Ostertag zum Direktor einer eigenen Abteilung (48).

Die Dienstverhältnisse im Medizinalkollegium

Die ordentlichen Mitglieder waren im Sinne und nach den Bestimmungen der §§ 46-50 der Verfassungsurkunde von 1819 (Reg. Bl. S. 634) Staatsdiener. Sie führten zunächst den Titel "Medizinalrat" (Reg. Bl. 1817, S. 142) und standen auf der VI. Stufe der Rangordnung vom 18. Oktober 1821 (Reg. Bl. S. 749). Ihre Rechte und Pflichten wurden durch das Gesetz über die Verhältnisse der Civil-Staatsdiener vom 28. Juni 1821 (Reg. Bl. S. 441) geregelt. Die außerordentlichen Mitglieder, zunächst "Medizinalassessoren" genannt, wurden auf jeweils vier Jahre angestellt und waren keine pensionsberechtigten Staatsbeamten. Sie standen auf der VII. Stufe der Rangordnung. In der Folgezeit war die Titelvergebung und -Führung nicht mehr so streng abhängig von der Stellung als ordentliches oder außerordentliches Mitglied. Gewöhnlich durfte sich aber ein ordentliches, d. h. vollbeschäftigtes Mitglied "Obermedizinalrat" nennen (seit 1826) und ein außerordentliches, nicht voll beschäftigtes Mitglied "Medizinalrat" oder nur "Medizinalassessor". Durch die Entschließung vom 18. Februar 1846 (StA E 164 - 1. 1. 1) wurde die vordem noch bestehende Stellung des

"Obermedizinalassessors" mit der des Medizinalrats verbunden.

Die weitere Regelung der Dienstverhältnisse erfolgte durch das Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der Staatsbeamten ("Beamtengesetz"), vom 28. Juni 1876 (Reg. Bl. S. 211) und die Novelle vom 1. August 1907 (Reg. Bl. S. 243). Die Vorstände und Mitglieder der Landeskollegien waren demnach auf Lebenszeit angestellte Beamte wie die Direktoren, Räte, Assessoren, Expeditoren der Ministerien. Die nicht auf Lebenszeit angestellten außerordentlichen Mitglieder des Medizinalkollegiums waren aber ebenfalls den Vorschriften des Beamtengesetzes von 1876 und den dazu ergangenen Vollzugsvorschriften (Reg. Bl. 1877, S. 14 - 1878, S. 233 - Amtsbl. 1879, S. 137 - Reg. Bl. 1879, S. 143 - Amtsbl. 1880, S. 149) unterworfen (Bekanntmachung vom 21. Juni 1881 - Amtsbl. S. 185).

Über die Nebenbeschäftigung der technischen Mitglieder des Kollegiums neben der Versehung ihres Amtes, also über ihre ärztliche Praxis oder sonstigen Beruf wurden jeweils bei der Anstellung oder Berufung besondere Abmachungen getroffen. In Ermangelung solcher Bestimmungen kamen die Vorschriften der Ziffer II 3 der Verfügung, betreffend den Betrieb von Gewerben und Nebenbeschäftigungen durch die Beamten und Bediensteten des Departement des Innern, vom 4. Januar 1880 (Amtsbl. S. 1) in Anwendung: Die im Staatsdienst angestellten Ärzte und Tierärzte sind zur Privatpraxis zugelassen, ohne daß es einer besonderen Anzeige an die vorgesetzte Behörde bedarf. Sie dürfen aber dabei nicht an der vollständigen und rechtzeitigen Erfüllung ihrer amtlichen Obliegenheiten verhindert werden (Bekanntmachung vom 21. Juni 1881 - Amtsbl. S. 185). -

Die Besoldung der einzelnen Mitglieder schwankte bedeutend. Die Beilage VIII zu der Bekanntmachung vom 18. November 1817 (Reg. Bl. S. 541) gibt ein Gehalt für den Direktor des Kollegiums von 2.500 fl., für einen Medizinalrat 1.000 fl. für einen Medizinalassessor 500 und 300 fl. an. Es war dies ziemlich weniger als bei den anderen Landeskollegien. Über die Pensionierungsfragen enthielt die Beilage IX Bestimmungen, doch trat dann an deren Stelle das Gesetz über die Verhältnisse der Civil-Staatsdiener vom 28. Juni 1821 (Reg. Bl. S. 441), dann weiter die Gesetze vom 7. September 1849 (Reg. Bl. S. 531), vom 24. Mai 1853 (Reg. Bl. S. 139), vom 29. März 1865 (Reg. Bl. S. 21) und schließlich das Beamtengesetz von 1876 (Reg. Bl. S. 211).

Das Gehalt derjenigen tierärztlichen Mitglieder, die zugleich Lehrer an der Tierarzneischule waren, schwankte insofern, als die aus der Lehrtätigkeit sich ergebende Vergütung darauf Einfluß hatte. Walz bekam z. B. 1000 fl. während

Haussmann als außerordentliches Mitglied 1.200 fl. erhielt (1). Der Landtierarzt, als ordentliches Mitglied, erhielt infolge seiner höheren Bezüge als Lehrer weniger als der Medizinalassessor Haussmann, der nicht voll beschäftigtes Mitglied war. Weitere Beispiele sind die Gehälter aus dem Jahre 1881 von den Mitgliedern der Tierarzneischule Professor Röckl: 1.200 Mark, und Dr. Schmidt: 800 Mark. Der Etat von 1889/90 sah für die Stelle eines vollbeschäftigten Medizinalrats 5.200 Mark, für die Stelle zweier nicht voll beschäftigter Medizinalräte je 2.800 Mark, für drei weitere Ratsstellen je 2.200 Mark und für eine weitere 2.000 Mark vor.

Die Dienstbesetzungen im Medizinalkollegium

Es ist schwierig, die tierärztlichen Mitglieder des Kollegiums von den ärztlichen zu trennen, weil die einheitliche Titelführung keine Unterscheidung zuläßt. Im Jahre 1887 trat erstmalig ein "tierärztlicher" Titel auf: Als neues, ordentliches Mitglied des Kollegiums wurde der Veterinärassessor Beisswänger genannt (Amtsbl. S. 166).

Es ist nicht möglich, eine vollständige Liste der Mitglieder zusammenzustellen. Es sollen aber die Namen der tierärztlichen Mitglieder erwähnt werden, die man aus den Regierungsblättern und Amtsblättern des Innenministeriums und aus den Akten des Staatsarchivs entnehmen kann:

Das 1817 gegründete Kollegium bestand in seiner ersten Zusammensetzung aus dem Direktor Staatsrat von Mohl, den ordentlichen Räten von Duvernoy, von Reuss, von Hardegg, von Jäger und Walz (Landtierarzt), den außerordentlichen Räten Ludwig, Fiedler, Klein und Schelling und dem außerordentlichen Beisitzer Obertierarzt Hördt (Ordnungsliste der neuorganisierten Departements - Reg. Bl. 1817, S. 619).

Lange Jahre waren Mitglieder Obermedizinalrat Dr. Walz und Medizinalassessor, später Obermedizinalassessor und Medizinalrat Haussmann. Beide waren ja Lehrer an der Tierarzneischule.

In der 1881 errichteten tierärztlichen Abteilung befanden sich neben dem Vorstand (Regierungsdirektor Dr. von Jäger) Regierungsrat Gessler als administratives, Professor Röckl von der Tierarzneischule als ordentliches und Professor Zipperlen von der Landwirtschaftlichen Akademie in Hohenheim als außerordentliches tierärztliches Mitglied, sowie Medizinalassessor Dr. Rembold als

ärztliches Mitglied und Dr. Schmidt (Tierarzneischule und Polytechnikum Stuttgart) als chemisches außerordentliches Mitglied.

In dieser Abteilung findet man in den folgenden Jahren bis zur Aufhebung des Kollegiums die Namen Dr. Beisswänger (Veterinärassessor von 1867 - 1890, Regierungsrat ab 1890 und später Regierungsdirektor, ordentliches Mitglied), Professor Zipperlen (ordentliches Mitglied bis 1905), Professor Fricker (Tierarzneischule, dort später Direktor, außerordentliches Mitglied von 1889 - 1902), Professor Übele (Tierarzneischule, außerordentliches Mitglied von 1905 - 1907) und Dr. Mayer (Regierungsrat)..

7. Die Kreisregierungen

An die Stelle der zwölf Landvogteien traten durch das IV. Edikt zur Bekanntmachung vom 18. November 1817 (Reg. Bl. S. 541) vier Regierungskreise. Diese wurden wiederum unterteilt in Oberämter. Die Kreise waren: Der Neckarkreis mit der Kreisstadt Ludwigsburg und 16 Oberämtern, der Schwarzwaldkreis mit Reutlingen und 17 Oberämtern, der Jagstkreis mit Ellwangen und 14 Oberämtern, und der Donaukreis mit Ulm und 17 Oberämtern.

Für jeden Kreis wurde durch das V. Edikt in der Kreisstadt eine besondere Regierung eingerichtet, für Stuttgart und Cannstatt aber eine eigene Direktion (seit 1. Oktober 1822 mit der Regierung des Neckarkreises vereint). Jede Kreisregierung setzte sich zusammen aus einem Präsidenten (später aufgehoben), einem Direktor, vier Räten und zwei Assessoren. Außerdem sollten für Gegenstände des Medizinalwesens von den am Sitz der Regierung befindlichen praktizierenden Ärzten einer mit dem Prädikat *Kreismedizinalrat* als außerordentliches Mitglied der Regierung angestellt und mit der Bearbeitung der auf das Medizinalwesen Bezug habenden Gegenstände beauftragt werden. Den Kreisregierungen wurden sämtliche zum Ressort des Innenministeriums gehörenden Angelegenheiten im Kreis und die unmittelbare Ausführung der in Hinsicht auf dieselben verfügten Anordnungen übertragen. Ihr Wirkungskreis erstreckte sich u. a. auf

die Wahrnehmung der Hoheitsrechte des Staates, die Aufsicht über alle Körperschaften in Beziehung auf ihr öffentliches Wirken, die Aufsicht über sämtliche im Kreis befindlichen, zum Ressort des Innenministeriums gehörenden Beamten und Angestellten, die Beförderung des

Ackerbaus und der Viehzucht, die Aufrechterhaltung und Beförderung der Sanitätsanstalten, die Vorkehr gegen ansteckende Krankheiten und Seuchen und gegen deren Verbreitung unter Menschen und Haustieren, die Aufsicht über das gesamte angestellte ärztliche Personal (auch Tierärzte), die Aufsicht über die Medizinal- und Apothekertaxen, die Anordnung von Apothekenvisitationen und die Verleihung von Schafweiden (V. Edikt, § 34).

Die Entschliebung der Organisationsvollziehungskommission vom 4. Januar 1818 (Reg. Bl. S. 6) regelte die Stellung der noch zu ernennenden Kreismedizinalräte: Ihr Rang ist der eines Regierungsassessors und danach wird auch ihr Sitz im Regierungskollegium bestimmt. Ihr fixes Gehalt beträgt 900 fl. (das Doppelte wie das eines ehemaligen Landvogteitierarztes!). Sie können nicht zugleich das Amt eines Oberamtsarztes bekleiden. Die ärztliche Praxis ist ihnen gestattet, soweit es die amtlichen Geschäfte erlauben. - Es wurden dann vier Kreismedizinalräte ernannt.

Für die Behandlung ärztlicher Gegenstände war nun ein Referent bei den Regierungen angestellt worden. Für die tierärztlichen Aufgaben war dies noch nicht geschehen. Da die Landvogteien aufgehoben waren, war durch die neue Organisation auch die Einrichtung der Landvogteitierärzte weggefallen. Das Medizinalkollegium bemerkte gegenüber dem Ministerium des Innern am 13. Januar 1818, daß

das Institut der Landvogteitierärzte wenngleich in anderer Form, nicht aufhören könne. Bis jetzt seien aus Mangel an der hinlänglichen Anzahl wissenschaftlich gebildeter Tierärzte nur drei Landvogteitierärzte angestellt gewesen, und zwar von Bouwinghausen in Großbottwar, Haussmann in Heilbronn und Mast in Ravensburg. Billig sollte doch aber jeder Kreis einen eigenen Kreistierarzt haben, welcher die minder wichtigen Fälle selbst besorge und die wichtigen unter der Leitung des Medizinalkollegiums zur Ausführung bringe. Zu Kreismedizinalräten seien sie, Haussmann ausgenommen, nicht geeignet. Deswegen könnten aber auch die Kreisregierungen mit Tierkrankheiten nicht beschäftigt werden. Auch scheine es die Allerhöchste Absicht nicht zu sein, aus der Staatskasse weitere Besoldung auf die Kreismedizinalräte verwenden zu wollen. Hingegen folge daraus noch nicht, daß man keiner Kreistierärzte bedürfe. Diese könnten aber, wie bisher von sämtlichen Oberämtern der Landvogtei, künftig von sämtlichen Oberämtern des Kreises besoldet werden. Jeder Landvogteitierarzt habe 450 fl., Haussmann aber mittels einer persönlichen Zulage 750 fl. Gehalt bezogen.

Da sie künftig einen größeren Distrikt erhalten, folglich auch mehr Oberämter an ihrem Gehalt bezahlen würden und sie auch viel weniger als der Menschenarzt durch Privatpraxis verdienen und viel unentgeltlich leisten müßten, so dürfte ihr Gehalt auf 800 fl. erhöht werden. Unter diesen Voraussetzungen sei für den Neckarkreis der Landvogteitierarzt Haussmann, für den Jagstkreis der Landvogteitierarzt von Bouwinghausen, für den Donaukreis der Landvogteitierarzt Mast und für den Schwarzwaldkreis der Oberamtstierarzt Vöringer aus Reutlingen zu ernennen (StA E 150/53, Bd. 970).

Am 20. März 1818 gab das Innenministerium dem Medizinalkollegium den Auftrag, über die Anstellung und den Umfang des Wirkungskreises von besonderen Tierärzten am Sitz der Regierung ein Gutachten zu erstatten und dabei auf die bisher in einigen Landvogteien aufgestellt gewesenen Tierärzte Rücksicht zu nehmen. Das Bedürfnis nach solchen besonderen Tierärzten sei dringend (StA E 162 - L IV, 23-406).

Das Kollegium wies in seiner Antwort auf die am 13. Januar 1818 gemachten Vorschläge hin und führte aus, daß

" die einzelnen, bei den Kreisregierungen angestellten Medizinalräte die tierärztlichen Geschäfte nicht oder wenigstens nicht in dem Grade verstehen, welcher bei der Leitung solcher Angelegenheiten namens des Staates unerläßliche Bedingung sein muß, und daß es den Antrag machen muß, daß die Leitung aller auf die Krankheiten der Haustiere Bezug nehmenden Gegenstände ausschließlich dem Medizinalkollegium zu übertragen ist" (StA E 162 - L IV, 23-406).

Gleichzeitig wiederholte es seinen Vorschlag, Kreistierärzte aufzustellen. Die Aufgaben, so meinte das Kollegium, würden denen der ehemaligen Landvogteitierärzte entsprechen und so könne es bei der für jene ausgegebenen Instruktion sein Verbleiben haben. Der Kreistierarzt solle in dasselbe Verhältnis zu den Oberämtern eintreten wie seinerzeit der Landvogteitierarzt.

" Die Distrikte der Kreisregierungen sind nicht so groß, als daß nicht ein Kreistierarzt, unterstützt durch die in vielen Oberämtern befindlichen Lokaltierärzte, diesen Angelegenheiten nachkommen könnte, besonders wenn er künftig, was in dieser Ausdehnung nicht mehr möglich ist, von den regelmäßigen Besuchen der Viehmärkte und von der Hundemusterung dispensiert wird und wenn überhaupt die Billigkeit gegen ihn beobachtet wird, ihm keine unentgeltlichen Reisen mehr zuzumuten und seine Diäten von 3 auf 4 fl. zu erhöhen, weil es be-

kannt ist, daß der Tierarzt durch Privatpraxis fast nichts verdient. Auch könnte er von einer Beschlagschmiede dispensiert werden."

Das Kollegium betonte noch einmal, daß, da schon die schwersten Mißgriffe seitens der Tierärzte vorgekommen seien, alle auf die Tierheilkunde sich beziehende Gegenstände im ganzen Königreich unter die unmittelbare Leitung des Medizinalkollegiums gestellt bleiben sollten, solange nicht bei jeder der Provinzregierungen vollkommen wissenschaftlich ausgebildete Tierärzte als Medizinalräte angestellt werden könnten. Die in den einzelnen Kreisen angestellten Kreistierärzte (gemeint sind hier Oberamts- und Gemeindetierärzte) können nur als Vollzugsbeamte dieser höheren Stellen angesehen werden und es müßte nichts als unangenehme Kollisionen herbeiführen, wenn man sie den Kreismedizinalräten, welche von der Tierheilkunde höchstens eine allgemeine und oberflächliche Kenntnis haben, unterordnen wolle. Auch das Einwirken der Kreisregierungen als Mittelbehörde in diesen Sachen hielt das Kollegium für schädlich und störend. Es wies weiter darauf hin, daß der Minister am 20. März des Jahres einstweilen, bis zu einer definitiven Instruktion für die Behandlung der Medizinalpolizei, den Regierungen befohlen hatte, den Oberämtern zur Aufgabe zu machen, bei Viehseuchen, wenn Gefahr in Verzug ist, ihre Berichte unmittelbar an das Kollegium zu senden, welches ihnen dann unverzüglich die nötigen medizinischen und polizeilichen Vorschriften zu erteilen, zugleich aber auch die betreffende Regierung hiervon in Kenntnis zu setzen habe. Bei weniger wichtigen Fällen sollten die Oberämter sich an die Provinzregierung wenden und diese sollte dann von den zu treffenden polizeilichen Anordnungen und dem Stand der Sache Nachricht an das Kollegium geben und nach den dort empfangenen Anleitungen verfahren. -

Dem Kollegium war es darum zu tun, daß der Weg der Benachrichtigung beim Ausbruch von Seuchen nicht unnötig lang wurde. Jede Verzögerung wirkt sich ja bei solchen Dingen schädlich aus. Es ist auch klar, daß eine Erledigung der Seuchenangelegenheiten vom Kollegium aus schneller durchgeführt werden konnte, da ihm die Kenntnisse sämtlicher Kollegialmitglieder sofort zu Gebote standen und vor allem der Landtierarzt raschestens eingreifen konnte. Die Regierungen konnten wohl provisorische Polizeimaßnahmen treffen, nur mußte ihnen wie auch den Kreismedizinalräten nach der Auffassung des Kollegiums die tiefere Einsicht in die Materie fehlen. Selbstverständlich wollte das Kollegium jeweils die Regierung über die von ihm erlassenen Anordnungen Aufklärung geben, es war ja bei deren Ausführung auf die den Regierungen unterstehende Landpolizei angewiesen. Man kann aber auch verstehen, daß die Kreisregierungen sich auf dem Gebiet der Veterinärpolizei

übergangen fühlten.

Im letzten Kapitel wurde schon erwähnt, daß das Kollegium aufgefordert wurde, für sich und die Kreisregierungen eine besondere Instruktion in bezug auf den Geschäftskreis zu schaffen. Die Bemerkungen, welche daraufhin vom Kollegium am 19./24. Januar 1818 beim Ministerium eingingen, sind in bezug auf das Kollegium schon besprochen worden. Als ausschließlich für die Kreisregierungen geeignet wurde u. a. die Leitung der Bekämpfung von einfacheren und ungefährlicheren Epidemien, die Berichterstattung über endemische Krankheiten, über das Hinwegschaffen eines der menschlichen Gesundheit nachteiligen Gegenstandes (z. B. Verlegung eines Wasenplatzes), über die Verfälschung von Eßwaren, Verletzung durch wütende Tiere und Bearbeitung der Belange des Kleemeistereiwesens angesehen. Für das Fach der Tierheilkunde waren in diesem Schreiben keine Punkte angegeben, weil das Kollegium dieses ganz unter seine unmittelbare Kontrolle nehmen wollte, bis eben die erforderlichen, genügend wissenschaftlich ausgebildeten Tierärzte vorhanden waren. Den Kreismedizinalräten wollte das Kollegium die Prüfung der niederen Chirurgen, der Hebammen, der niederen Tierärzte, die Einsendung einer Übersicht über die Jahresberichte aus den Oberämtern an das Kollegium u. a. m. zugeteilt wissen (es ist nicht ersichtlich, ob die Prüfung der Tierärzte durch einen Arzt nur eine vorübergehende Maßnahme sein sollte).

Die Verordnung vom 6. Juni 1818 (Reg. Bl. S. 313) machte den Unstimmigkeiten über die Befugnisse der einzelnen Medizinalbehörden ein Ende: Dem Medizinalkollegium wurden, wie schon ausgeführt, weitgehende Vollmachten übertragen, vor allem auf dem Gebiet der Veterinärpolizei. Das Veterinärwesen befand sich fast völlig in seinen Händen.

Die Kreisregierungen hatten nach der Verordnung allgemein die Aufsicht über das Medizinalwesen in den Kreisen und hatten für die Vollziehung der Gesundheitspolizeigesetze zu sorgen. Zu ihrem Geschäftskreis gehörte:

die Sorge für die Fortdauer und Verbesserung der bestehenden Gesundheitsanstalten, die Aufstellung der erforderlichen Ärzte, Wund-, Heb- und Tierärzte, geprüfter Hebammen, bewährter Kurschmiede und die Anstellung von Kleemeistern etc.,

die Aufsicht über das gesamte Medizinalpersonal und über die Erfüllung seiner Obliegenheiten,

die Begutachtung von Versetzungen, Entlassungen, Bestrafungen und Belohnungen dieser Personen,

die Aufsicht über Medizinal- und Apothekertaxen,

die Vorkehr gegen ansteckende Krankheiten und deren Verbreitung unter Menschen und Haustieren, sowie die Vollziehung der Maßregeln des Medizinalkollegiums, die Vorkehr gegen endemische Krankheiten, gegen die Verletzung durch reißende Tiere, wütende Hunde etc., die zweckmäßige Anlegung oder notwendige Verlegung von Wasenplätzen u. a. m.

Dem Kreismedizinalrat übergab die Verordnung das Referat bei allen diesen Gegenständen. Neben ihm wurde aber wegen der polizeilichen Rücksichten ein Regierungsrat als Verwaltungsfachmann mit dem Correferat beauftragt. Dem Kreismedizinalrat stand nur bei medizinischen Problemen eine zählende Stimme zu. Er sollte alle drei Jahre in sämtlichen Oberämtern Visitationen vornehmen und darüber der Regierung berichten. Dabei war das ganze ärztliche Personal im Durchgang zu vernehmen, nachdem zuvor den Wundärzten, Geburtshelfern, Apothekern, Tierärzten usw. die betreffenden Medizinalverordnungen bekannt gemacht wurden. Der Kreismedizinalrat hatte die im Oberamt befindlichen Tierärzte dabei nur insoweit zu visitieren, als sie eine Prüfung erstanden hatten, und nur so lange kein Kreistierarzt aufgestellt war. -

Zu der Aufstellung von Kreistierärzten ist es nie gekommen, noch viel weniger zu der Aufstellung von Tierärzten, welche man den Kreismedizinalräten hätte gleichstellen können, d. h. die eine dem ärztlichen Studium entsprechende Ausbildung genossen hatten. Die ihnen zugedachten Aufgaben verteilten sich auf das Medizinalkollegium und auf die Kreisregierungen bzw. deren medizinische Referenten. Dem Kollegium fielen in der Folgezeit die meisten veterinärpolizeilichen und veterinärtechnischen Befugnisse und Aufgaben zu. Da aber die unmittelbare Aufsicht (allgemeine Dienstaufsicht) über die Tierärzte und vor allem über die Amtstierärzte durch den Kreismedizinalrat ausgeübt wurde und außerdem noch manche andere in das Gebiet der Veterinärpolizei fallenden Gegenstände dauernd den Kreisregierungen unterstellt waren, ist es von Interesse, deren Entwicklung weiter zu verfolgen.

Man empfand es immer als einen Mangel, daß der Kreismedizinalrat als innerer Arzt das Gebiet der Chirurgie und Geburtshilfe unter sich hatte. Umso weniger konnte man sich aber damit zufrieden geben, daß die Tierarzneikunde zu einem großen Teil ebenfalls in seine Hände gegeben war. Von den meisten Ärzten war dieses Fach gar nicht mehr erlernt und schon gar nicht ausgeübt worden. Es galt nicht mehr der "Idealfall", daß, wie zur Zeit des Kurfürstentums, ein öffentlich angestellter Arzt neben den medizinischen Fächern auch die Tierarzneikunde beherrschen mußte. Der Mangel an ent-

sprechend wissenschaftlichen Tierärzten verlangte zunächst unbedingt die unmittelbare Einwirkung und Aufsicht des Medizinalkollegiums in tierärztlichen Sachen. Es ist aber nicht erklärlich, warum später, als die Tierarzneischule in Stuttgart bestand und die erforderlichen "höheren Tierärzte" zweifellos mit der Zeit zur Verfügung standen, die vakanten Stellen der Kreistierärzte bzw. der Kreismedizinalräte für die Tierheilkunde nicht besetzt wurden. Wahrscheinlich sah man dies als eine Vergrößerung des ohnehin schon großen und umständlichen Verwaltungsapparates an, die sich umgehen ließ, nachdem man bisher mit der Besorgung der wichtigsten einschlägigen Geschäfte durch das Kollegium gut gefahren war.

Der Kompetenzstreit zwischen Kollegium und Kreisregierungen, der schon gleich nach der Einsetzung dieser Behörden begonnen hatte, ging auch nach Inkrafttreten der Verordnung vom 6. Juni 1818 weiter. Den Regierungen waren die ihnen übertragenen Befugnisse zu gering. Als ein Beispiel für ihre Unzufriedenheit über die bestehende Regelung soll ein Schreiben des Regierungspräsidenten von Bühler vom Neckarkreis an das Innenministerium vom 2. Oktober 1821 angeführt werden (StA E 150/53, Bund ohne Nummer). Der Präsident schreibt, daß ihm vom Oberamt Maulbronn mitgeteilt worden sei, daß an mehreren Orten sporadisch Milzbrand ausgebrochen und daß hierüber sofort ein Bericht an das Medizinalkollegium ergangen sei. Er beklagt sich darüber, daß es in der Willkür des Kollegiums liege, den Regierungen über seine Anordnungen Nachricht zu geben (in der Verordnung heißt es wörtlich: "die Verfügungen sind . . . nötigenfalls unter Rücksprache oder Benachrichtigung der Kgl. Kreisregierungen an die Beamten unmittelbar zu erlassen"). Dieser Zweig (die Epizootien) gehe für die Aufsicht der Kreisregierung wesentlich verloren. Es komme aber weiter noch in Betracht, daß eine Verfügung in diesem Zweig der Medizinalpolizei gewöhnlich mit der allgemeinen Aufsicht über die Landpolizei in so enger Berührung stehe, daß, wenn die mit derselben beauftragte Kreisregierung völlig ohne Kenntnis gelassen werde, Störungen und Inkonvenienzen nicht zu vermeiden seien. Alle Forderungen nach Einstellen von Viehmärkten, Beschränkung des Viehhandels etc. erforderten daher die Kenntnisnahme der Kreisregierungen. Außerdem könne diese durch die Aufsicht über die Landpolizei die Anordnungen des Medizinalkollegiums unterstützen.

In einer Äußerung hierzu wies das Kollegium erneut darauf hin, wie schädlich eine Verzögerung der Berichterstattung sein müßte und wie nachteilig jede Änderung auf die Geschäftsbehandlung sich auswirken würde (3. Januar 1822 - StA E 150/53, Bund ohne Nummer). - Heftiger als der Kampf um die Befugnisse bei Tierseuchen war derjenige um die Leitung der Maßnahmen bei an-

steckenden Krankheiten des Menschen. Es kann hier aber nicht näher darauf eingegangen werden. Die schon erwähnte Verfügung vom 14. Oktober 1830 (Reg. Bl. S. 484) sprach dann dem Medizinalkollegium die Leitung derjenigen Epidemien und Epizootien zu, welche der Staatsfürsorge unterstanden, und dabei blieb es dann vorläufig.

Im letzten Kapitel schon kam die Rede darauf, daß man von der Mitte der Vierzigerjahre an mit dem Gedanken spielte, die Kreisregierungen ihrer medizinischen und veterinären Befugnisse völlig zu entkleiden. Aus der gutachtlichen Äußerung eines Kreismedizinalrats vom November 1848 geht hervor, daß schon einige Zeit zuvor sogar die Absicht bestand, die Regierungen überhaupt aufzuheben, an ihre Stelle kleinere Verwaltungsbezirke zu setzen und ihnen unter Beseitigung der Oberamtsphysikate eine Anzahl von medizinapolizeilichen Inspektoren anzuschließen. Durch die Verordnung vom 30. November 1848 (Reg. Bl. S. 603) wurden die Regierungen des Straßen- und Wasserbauwesens enthoben und ihr Personalstand ab 1. Januar 1849 vermindert. Die Regierungen blieben dann schließlich doch bestehen und wurden aufgefordert, zu den geplanten Veränderungen der Medizinalverwaltung Stellung zu nehmen (Erlaß vom 18. Januar 1850 - StA E 150/53, Bd. 971). Es soll vorausgenommen werden, daß die Pläne nicht verwirklicht wurden. Um aber zu zeigen, wie sehr man sich in Württemberg um eine gut funktionierende und möglichst zweckmäßige Medizinal- und Veterinärverwaltung bemüht hat, sollen hier die Vorschläge der Kreisregierungen erwähnt werden. Es würde zu weit führen, die Meinungen sämtlicher Regierungen bzw. ihrer Kreismedizinalräte aufzuführen. Im grundsätzlichen decken sie sich, so daß es genügt, die wichtigsten Punkte der Äußerungen herauszustellen, ohne auf die einzelnen Gutachten einzugehen (StA E 150/53, Bd. 971):

Die Medizinalpolizei im Fache der Tierheilkunde ist schon bisher den Kreisregierungen genommen und dem Medizinalkollegium übergeben worden, es handelt sich im wesentlichen um den humanmedizinischen Zweig der Gesundheitspolizei und nur um wenige tierärztliche Gegenstände. Dem Kollegium können seine bisherigen Attribute nicht belassen werden, denn es ist eine unglückliche Mischung von wissenschaftlich-technischer und Polizeibehörde. Die Bildung einer eigenen Medizinalpolizeibehörden ist aus folgenden Gründen zu bejahen:

- 1.) Es besteht keine organische Verbindung zwischen den vier Kreismedizinalräten.
- 2.) Dem Medizinalreferenten kommt nur in bezug auf die technische Seite

eines medizinischen Objekts ein Urteil zu, in bezug auf die polizeiliche aber dem Correferenten, und es müssen ja doch alle Gegenstände, die nur einigermaßen eine eingehende technische Begutachtung erfordern, dem Medizinalkollegium vorgelegt werden.

3.) Die Wirksamkeit des Kreismedizinalrats reduziert sich in dem Regierungskollegium auf bloße Spedition, welche ebenso gut von einem Sekretär erledigt werden könnte, sofern nicht persönliches Vertrauen hie und da auch seinen administrativen Ansichten Geltung verschafft.

4.) Der Hauptfehler der gegenwärtig bestehenden Organisation ist, daß die unmittelbare Inspektion der medizinalpolizeilichen Zustände mittels der Visitationen nicht von den Mitgliedern einer Zentralbehörde ausgeübt wird, welcher die Initiative bei der medizinalpolizeilichen Legislatur zusteht. Hierdurch geht nämlich die bei der Visitation sich bietende Ausbeute an Erfahrungen größtenteils unbenutzt verloren.

Eine neu zu bildende Zentralbehörde muß sich in zwei Abteilungen gliedern: Unter dem Direktorat eines Juristen hat sich eine wissenschaftlich-technische Abteilung aus dem angesehensten Arzt der Residenz und sechs Mitgliedern als Vertreter der einzelnen Medizinalzweige (Innere Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe, Tierheilkunde, Chemie und Pharmazie, Physik und Naturgeschichte) mit der Prüfung der Ärzte, Tierärzte etc. zu befassen, die Beanstandungen und Leistungen derselben zu beurteilen, Vorschläge zu Veränderungen von Medizinalgesetzen zu machen u. a. m. Der zweiten Abteilung für die Medizinalpolizeiverwaltung, unter der Leitung des Direktors aus vier Räten (erfahrenen Sanitätsbeamten) und zwei weiteren, administrativen Mitgliedern bestehend, sollen die gleichen Vollmachten wie jetzt der Kreisregierung (und wohl auch dem Medizinalkollegium) in bezug auf das Medizinalwesen übergeben werden. Ihre wichtigste Funktion wird sein die Vornahme der Visitation des Medizinalwesens (evtl. durch Kreisvisitatoren) und der Revision der gesundheitspolizeilichen Gesetzgebung. Den Kreisregierungen kann man überlassen die Aufsicht über die Armenanstalten, Wasenplätze etc.

Gegenüber der ziemlich einstimmigen Bejahung der Entlastung der Kreisregierung in Hinsicht auf das Medizinalwesen mutet es sonderbar an, daß nun gerade das Medizinalkollegium sich gegen die Konzentration medizinalpolizeilicher Befugnisse in einer besonderen Behörde aussprach (12. Juni 1855 - StA E 150/53, Bd. 971):

"Das Medizinalkollegium oder auch eine Zentralbehörde bedürfen der Mitwirkung der Kreisregierungen, man kann nicht ungestraft die Medizinalpolizei

von der anderen Polizeigewalt trennen. Reformen und Verbesserungen diesbezüglich sind aber tatsächlich nötig."

Die genannten Vorschläge kamen wie gesagt nicht zur Ausführung. Die Pläne der Aufhebung der Institution der Medizinalreferenten bei den Kreisregierungen bestanden aber noch lange Zeit und nach 1872 scheinen dann wirklich keine solchen Beamten mehr angestellt gewesen zu sein. Nach dem Beitritt Württembergs zum Norddeutschen Bund (1871) hatte sich nämlich die Tendenz, die gesamte Medizinalverwaltung möglichst zu vereinfachen und dem Ministerium des Innern eng unterzuordnen bzw. den größten Teil der Befugnisse einigen Ministerialreferenten in die Hand zu geben, verstärkt. Man gewinnt den Eindruck, daß Medizinal- und Veterinärverwaltung als nach vereinfachten Prinzipien geordnet angesehen wurden und daß man eine Neugestaltung und Modernisierung als dringend notwendig erachtete. Die Verwaltung ging viel zu weit ins einzelne und beschäftigte sich bis in die oberen Instanzen mit Dingen, die einer besonderen Aufsicht gar nicht bedurften oder die man ohne weiteres den Ortsbehörden überlassen konnte. Sie war in ihrem komplizierten Aufbau - Ortsbehörde, Oberamt mit Oberamtsarzt und -Tierarzt, Kreisregierung mit Kreismedizinalrat, Medizinalkollegium mit ärztlichen, tierärztlichen, administrativen etc. Mitgliedern, Innenministerium - für Württemberg viel zu umständlich und von zu großartigem Stil.

Eine unmittelbare Folge des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1880 war die erwähnte Verordnung vom 21. Oktober 1880, durch welche dem Medizinalkollegium alle wichtigen verfügenden Kompetenzen abgenommen wurden. Die Veterinärpolizei lag jetzt ganz in den Händen der allgemeinen Polizeiorgane. Noch klarer wurde dies durch die Bestimmungen der Verfügung, betreffend den Vollzug des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880 etc., vom 23. März 1881 (Reg. Bl. S. 196). Hier wurden u. a. im einzelnen die den Kreisregierungen zufallenden Obliegenheiten bei der Tierseuchenbekämpfung aufgeführt:

Die zulässige Sperrung eines Ortes oder einer Feldmark, die Anordnung des Verbots von Vieh- und Pferdemarkten und von Tierschauen, die Anordnung der Tötung eines seuchen- oder ansteckungsverdächtigen Tieres, die Zahlungsanweisung zur Entschädigung für getötete Tiere etc.

Durch die Verordnung vom 15. November 1889 (Reg. Bl. S. 321) wurde die Organisation der Kreisregierungen und der Geschäftsgang bei denselben neu geregelt. Demnach hatten sie, soweit sich das Bedürfnis einer medizinisch-

technischen Beratung ergab, das Medizinalkollegium um sein Gutachten anzugehen, doch war es ihnen unbenommen, über einschlägige Fragen in einfachen oder aber in besonders dringlichen Fällen den Rat des Oberamtsarztes der Kreisstadt oder seines Stellvertreters einzuholen (die Kreismedizinalrat-Stellen waren inzwischen aufgehoben worden). Zu ihrem Geschäftsbereich gehörte die Mitwirkung bei der Bestellung und Bestätigung der Amtskörperschafts-, Gemeinde-, Stifts-, Medizinal- und Veterinärbeamten, die Handhabung der Disziplinaraufsicht über dieselben, soweit nicht hierfür die Zuständigkeit des Oberamts begründet war etc. Eine besondere Aufgabe war die Fürsorge für das öffentliche Gesundheitswesen und die Handhabung der gesundheitspolizeilichen Vorschriften für Mensch und Tier, soweit nicht das Medizinalkollegium zuständig war (siehe Reg. Bl. 1881, S. 3). Der kollegialischen Beratung und Beschlußfassung der Kreisregierung waren u. a. vorbehalten die Versagung des Anspruchs auf Entschädigung für die auf Grund des Reichsgesetzes von 1880 getöteten oder vor Ausführung der Tötungsanordnung gefallenen, sowie für die an Milzbrand verendeten Tiere.

Die Verfügung, betreffend die Vollziehung des Reichsgesetzes von 1880, vom 15. Januar 1896 (Reg. Bl. S. 11) wiederholte in der Hauptsache die Bestimmungen der Verfügung vom 23. März 1881.

Die grundlegende Änderung in der Handhabung der Veterinärpolizei, welche die Verfügung vom 11. Juli 1912 (Reg. Bl. S. 293) brachte und wodurch die Stellung der oberen Polizeibehörde dem Medizinalkollegium zugestanden wurde, scheint die Kreisregierungen nicht berührt zu haben. Es wurden ihnen jedenfalls keine besonderen Aufgaben zugeteilt.

Die medizinal- und veterinärpolizeilichen Befugnisse des Kreismedizinalrats waren auf die einzelnen Oberamtsärzte bzw. Oberamtstierärzte übergegangen, und daher wandten sich die entsprechenden gesundheitspolizeilichen Verfügungen jetzt unmittelbar an den "beamteten Arzt" bzw. an den "beamteten Tierarzt".

Das Gesetz vom 15. Dezember 1919 (Reg. Bl. S. 419), das die Aufhebung des Medizinalkollegiums bestimmte, unterstellte die Bezirksstellen in Angelegenheiten der Gesundheitspolizei unmittelbar dem Innenministerium, d. h. die Kreisverwaltungsbehörden waren endgültig davon ausgeschlossen. Ihnen blieb nach der Verfügung vom 22. Dezember 1919 (Reg. Bl. S. 425) nur noch die Zuständigkeit auf dem Gebiet der Gewerbe- und Lebensmittelpolizei im bisherigen Umfange.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 24. Dezember 1923 (Reg. Bl. S. 525) verordnete das Staatsministerium nach Anhörung eines Landtagsausschusses am 10. März 1924 (Reg. Bl. S. 120) die Aufhebung der Kreisregierungen. Ihre Geschäfte wurden anderen Behörden durch besondere Verordnungen und Verfügungen zugewiesen. Die später gebildeten "Kreise" haben mit den beschriebenen Verwaltungsbezirken nichts zu tun, sondern sind nur die Nachfolger der alten Oberämter (siehe die Kreisordnung vom 27. Januar 1934 - Reg. Bl. S. 51).

8. Die Oberamtstierärzte

An keinem Zweig der Veterinärverwaltung kann man die Entwicklung und Emanzipierung von der reinen Medizinalverwaltung so deutlich ablesen, wie an der Einrichtung der Oberamtstierärzte. Ganz deutlich wird hier auch der Einfluß des wissenschaftlichen Fortschritts auf die Geltung und soziale Stellung des Veterinärbeamten und auf diesem Umweg auch des praktischen Tierarztes.

Der Begriff des Oberamtstierarztes war nicht immer verbunden mit dem eines vom Staat besoldeten Beamten mit all den entsprechenden Pflichten und Rechten. Die ersten als Oberamtstierärzte bezeichneten Tierheilkundigen waren Angestellte einer oder mehrerer Amtskörperschaften oder einiger Gemeinden, die sich zur Finanzierung einer Oberamtstierarztstelle zusammengeschlossen hatten. Die Besoldung eines solchen angestellten Tierarztes erfolgte also aus den Amtspflege- oder Gemeindekassen. Der Staat hatte nur indirekt mit der Aufstellung von solchen Tierärzten etwas zu tun; er vertraute nämlich die Sorge dafür seinen Verwaltungsbehörden an. Im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts war die Besoldung, in Form eines Wartegeldes, so unzureichend, daß die Oberamtstierärzte und auch andere angestellte Tierärzte im Zivil- oder Militärdienste sogar neben ihrer privaten Praxis her noch, weil auch diese nicht genügend einbrachte, sich durch Besorgung von Nebenämtern oder durch sonstigen Erwerb (Beschlagschmiede etc.) das Fehlende für ihre Lebensbedürfnisse zu schaffen suchen mußten (18). Der Begriff des Oberamtstierarztes, wie er bei verschiedenen Autoren der damaligen Zeit zu finden ist, deckt sich nicht immer mit dem des wissenschaftlich gebildeten Tierarztes, wie er in Verordnungen und Verfügungen genannt wurde. Wenn die Regierung damals einen Tierarzt mit bestimmten Aufgaben betraute, dann lag der Akzent auf dem "wissenschaftlich gebildet". Die Oberamtstierärzteschaft aber setzte sich zum Teil aus wissenschaftlich gebildeten Tierärzten zusammen; der andere

Teil bestand aus Empirikern. Waren die Oberamtstierärzte wissenschaftlich gebildet, dann konnte das vor der Gründung der Tierarzneischule in Stuttgart nur heißen, daß sie medizinische und tierärztliche Kenntnisse an der Universität und an einer ausländischen, d. h. außerhalb Württembergs liegenden Tierarzneischule erworben hatten. Waren sie Empiriker, so hatten sie ihr auf Erfahrung basierendes Wissen durch fortgesetzte eigene Studien erweitert. Während das Führen des Prädikats "wissenschaftlich gebildeter Tierarzt" die Absolvierung einer Prüfung vor der obersten Medizinalbehörde (Medizinaldirektion usw.) voraussetzte, werden wohl die Empiriker unter den Oberamtstierärzten vom Landtierarzt oder später vom Landvogteitierarzt geprüft worden sein. Anders wurden die Verhältnisse nach 1821. Die Bedingung für die Übernahme einer Oberamtstierarztstelle war nun mindestens die Ausbildung und abgelegte Prüfung an der Tierarzneischule in Stuttgart. Die Absicht ging aber dahin, die Oberamtstierarztstellen nur noch mit wissenschaftlich gebildeten Tierärzten zu besetzen. Deshalb richtete man das System der zwei Klassen von Tierärzten ein: die Masse der niederen Tierärzte für das platte Land und die der höheren, mit der weitaus besseren Vorbildung, für den Oberamtsdienst.

Der erste Oberamtstierarzt, dessen Namen sicher nachzuweisen ist, war der für einige Oberämter der Landvogtei am unteren Neckar angestellte Haussmann von Heilbronn. Er wird in einem Brief des Medizinalkollegiums von Anfang 1814 genannt (StA E 162 - L IV, 23-406). Es handelt sich um denselben Haussmann, der dann zu einem der drei Landvogteitierärzte ernannt wurde und später lange Jahre an der Tierarzneischule lehrte und einer deren "Leiter" war. Er war auch langjähriges außerordentliches tierärztliches Mitglied des Medizinalkollegiums. Nach GAUPP (16) und SCHÜLER (51) soll der erste Oberamtstierarzt und gleichzeitige Stadttierarzt 1808 in Stuttgart aufgestellt worden sein.

Die Oberamtstierärzte waren vor der Gründung der Tierarzneischule die einzigen verfügbaren wirklich tüchtigen und vertrauenswürdigen Tierärzte, eigentlich die einzigen und ersten "Tierärzte" überhaupt. Sie ragten dank ihrer Kenntnisse und ihrer Stellung aus der an sich kleinen Zahl der Viehärzte bedeutend hervor. Sie waren mit Liebe und großem Interesse bei ihrem Beruf und die Geburt der Tierarzneiwissenschaft und deren Entwicklung ist zu einem nicht geringen Teil auch ihnen zu verdanken.

Die Anzahl der Oberamtstierärzte war in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts so unzureichend, daß man notgedrungen die Aufsicht über die prak-

ischen Tierärzte, die Leitung der Seuchenbekämpfung etc. in den meisten Oberämtern dem Physikus überlassen mußte, soweit diese Gegenstände nicht von der obersten Medizinalbehörde unmittelbar behandelt wurden. Dies war um so zwingender, als bei den Kreisregierungen besondere Räte für die Tierheilkunde nicht aufgestellt worden sind. Auf der anderen Seite aber war es ja noch immer die Ansicht vieler Humanärzte in der Verwaltung, daß als verantwortliche Instanz für derart wichtige und riskante Angelegenheiten wie die Seuchenbekämpfung ein Oberamtstierarzt, wenn auch wissenschaftlich gebildet, selbst unter der Aufsicht der obersten Medizinalbehörde nicht in Frage kommen konnte. Alle staatlichen Belange in bezug auf die Tierheilkunde sollten den Amtsärzten überlassen sein.

Aus dem Bericht der Medizinalsektion an den König vom 9. Februar 1814 (StA E 162 - L IV, 23-406) geht hervor, daß der Mangel an ausgebildeten Tierärzten im Königreich längst erkannt war und daß dem nicht anders abzuwehren war, so meinte man, als durch Aufstellung von Landvogteitierärzten und unter deren Leitung von Oberamtstierärzten oder praktisch gebildeten Tierärzten. Allerdings wurde auch die Ansicht ausgesprochen, daß es nicht nötig sei, in jedem Oberamt einen eigenen wissenschaftlich gebildeten Tierarzt zu haben. Man war also mit den Empirikern nicht mehr zufrieden, denn sie hatten sich gegenüber den Seuchen als hilflos erwiesen. Der Oberamtstierarzt wenigstens sollte wissenschaftlich gebildet sein.

In der Verordnung vom 14./22. März 1814 (Reg. Bl. S. 121) wurde der Oberamtstierarzt als erster Gesundheitsbeamter für den Oberamtsbezirk bezeichnet, welcher auch in Ermangelung eines "besonderen Tierarztes" die Epizootien zu besorgen habe. Bei der Aufzählung der unter seine Aufsicht fallenden Personen sind zwar der Oberamtstierarzt und die anderen Tierärzte nicht genannt, in derselben Verordnung heißt es jedoch, daß der Landvogteiarzt die Aufsicht auch über die Tierärzte und Kurschmiede führe. Dies galt später nicht mehr für diejenigen Landvogteien, in denen ein Landvogteitierarzt angestellt wurde. Es galt aber weiterhin für die übrigen Landvogteien. So kam es, daß die Oberamtstierärzte, wie auch die anderen Tierärzte, zum Teil unter ärztlicher und zum Teil unter tierärztlicher Aufsicht standen. Durch das V. Edikt von 1817 und durch die Verordnung vom 6. Juni 1818 wurden die Oberamtstierärzte dann der Dienstaufsicht der Kreisregierungen und damit den Kreismedizinalräten unterstellt, empfingen aber ihre medizinisch-technischen und -polizeilichen Anordnungen von der tierärztlichen Oberbehörde, dem Medizinalkollegium. Bei dieser Regelung blieb es im wesentlichen bis zur Auflösung des Kollegiums bzw. der Regierungen. Wie wir noch sehen werden, ging die Lösung

des Oberamtstierarztes aus der Unterordnung unter den Oberamtsarzt ganz langsam vor sich.

Das Verwaltungsedikt für die Gemeinden, Oberämter und Stiftungen vom 1. März 1822 (Reg. Bl. S. 131), das an die Stelle der drei ersten organischen Edikte von 1817 trat, bestimmte auf Grund eines Abschiedes vom 30. Juni 1821 (Reg. Bl. S. 469) u. a. die Aufgaben der Oberämter. Es brachte eine musterhafte Ordnung in die Gemeinde- und Bezirksverwaltung, erstlinig durch die Arbeit der mittleren Beamten, und regelte erstmalig das Anstellungsverhältnis der Oberamtstierärzte:

Zum Wirkungskreis der Oberämter gehört unter anderen Obliegenheiten die Sorge für die Gesundheitspolizei (Reg. Bl. 1822, S. 156). Für die Ausübung der Medizinalpolizei sind die erforderlichen Ärzte angestellt. Die Oberamtsärzte und Unteramtsärzte werden vom König ernannt und aus der Staatskasse unter Rücksicht auf die Beiträge der Gemeinden und Stiftungen besoldet. Die Oberamtswundärzte, -Hebärzte und -Tierärzte werden aus der Zahl der für solche Stellen geprüften Kandidaten durch die Amtsversammlung gewählt und durch die Kreisregierung bestätigt. Sie werden aus den Amtspflege-, Gemeinde- und Stiftskassen besoldet. Vergehen der Gesundheitsbeamten kommen zunächst vor denjenigen Oberbeamten (Oberamtman, Oberamtsrichter etc.), unter dessen technisches Ressort sie fallen. - Die Bestimmungen des Verwaltungsediktes verpflichten die Oberämter nicht, Oberamtstierärzte anzustellen. Die genannte Prüfung der Tierärzte als Voraussetzung für die Wahl wurde nicht näher bestimmt.

Eine Regelung der Bedingungen für die Anstellung als Oberamtstierarzt kam zustande durch die Verfügung vom 7. Januar 1830 (Reg. Bl. S. 24). Sie wurde schon ausführlich beim Kapitel "Tierarzneischule" behandelt. Zur Anstellung als Gemeindetierarzt und Sachverständiger für Gerichte genügte prinzipiell das Ablegen einer Prüfung vor den Lehrern der Tierarzneischule; die Befähigung und Erlaubnis zur selbständigen Behandlung von Tierseuchen, unabhängig vom Oberamtsarzt, erforderte jedoch die höhere Prüfung vor dem Medizinalkollegium, zu der Tierärzte nur mit wissenschaftlicher Vorbildung oder mindestens mehrjähriger Praxis und fortgesetztem eigenem Studium zugelassen wurden. Die Verfügung verwendet nicht den Ausdruck "Oberamtstierarzt". Seine Stellung war nicht eindeutig definiert. Man konnte ihn teilweise zu den Gemeindetierärzten und teilweise zu den wissenschaftlich gebildeten Tierärzten zählen. Entscheidend für seine Befugnisse, besonders in der Seuchenbehandlung, war, ob er die niedere oder die höhere Prüfung abgelegt

hatte. Es war nun aber jedenfalls für die angestellten Tierärzte die Möglichkeit gegeben, sich auf der Oberamtsstufe von den Ärzten weitgehend unabhängig zu machen.

Die Bezirksämter mußten von jeder Anstellung eines Tierarztes bei einer Gemeinde oder der Amtskörperschaft und von den Bedingungen dieser Anstellung dem Medizinalkollegium Anzeige machen. Außerdem hatten sie ein Verzeichnis aller bereits angestellten Tierärzte einzusenden (Verfügung vom 5. Februar 1830 - Reg. Bl. S. 113). - Die Anstellung von Distrikts- und Oberamtstierärzten war also den Amtskörperschaften und Gemeinden überlassen und es war daher in Hinsicht auf die Bedingungen, unter welchen sie stattfand, ein großer Unterschied. Während einige Bezirke ihrem Tierarzt 200 - 300 fl. und mehr aussetzten, gaben andere nur einige Louisd'or (18). Die meisten waren auf Lebenszeit angestellt, andere nur auf unbestimmte Zeit oder Aufkündigung. Die Anstellungen waren also Kontrakte ohne Norm. Manchmal auferlegte man dem Tierarzt auch besondere Bedingungen wie die Haltung einer Schmiede, die Besorgung der Epizootien undENZootien unter einer vorgeschriebenen Taxe und dergl. - Angestellte und auch nichtangestellte Tierärzte konnten zu einer Medizinalvisitation durch den Kreismedizinalrat oder durch Mitglieder des Medizinalkollegiums (seit 1855) gegen eine taxmäßige Entschädigung herangezogen werden (Verfügung vom 1. Juni 1830 - Reg. Bl. S. 251). Von den Tierärzten selbst wurden bei einer Visitation seit 1830 nur noch die geprüften im Durchgang vernommen.

Die erste "Dienstanweisung" zur Seuchenbekämpfung für die wissenschaftlich gebildeten (Oberamts-) Tierärzte ist enthalten in der Verfügung, betreffend die medizinalpolizeilichen Maßregeln bei den der unmittelbaren Fürsorge des Staates unterliegenden Krankheiten, vom 14. Oktober 1830 (Reg. Bl. S. 484). Die Einzelheiten sind in dem Kapitel "Medizinalkollegium" nachzulesen. Der wissenschaftlich gebildete Tierarzt konnte zwar nach den Weisungen des Kollegiums die Tierseuchen unabhängig vom Oberamtsarzt behandeln, doch gingen diese Weisungen durch die Hand des letzteren und er teilte dem Oberamt seine Bemerkungen mit. Der Oberamtsarzt fungierte also immer noch als beaufsichtigende Instanz. -

Zur Zeit der letztgenannten Verfügung, so gut wie zur Zeit des Verwaltungsediktes, lag die Tierseuchenbekämpfung zum größten Teil noch in der Hand der Oberamtsärzte. Wohl hatte die Tierarzneyschule praktische Tierärzte hervorgebracht, aber der Mangel an wissenschaftlich gebildeten Tierärzten war fast unverändert geblieben. -

Eine Taxe für höhere Tierärzte wurde unterm 14. Oktober 1830 (Reg. Bl. S. 481) veröffentlicht. Der Erlaß vom 31. Januar 1831 (Ergänzungsband zum Reg. Bl. 1831, S. 247) ordnete die Anrechnungsansprüche der niederen Tierärzte für ihre Dienste bei Epizootien unter der Leitung des Oberamtsarztes oder eines wissenschaftlich gebildeten Tierarztes. Sie wurden dabei den niederen Chirurgen gleichgesetzt.

Die Stellung des Oberamtstierarztes war, wie gesagt, nicht eindeutig definiert. Er galt mehr als ein niederer, ungeprüfter oder geprüfter, aber nicht angestellter Tierarzt, aber evtl. weniger als ein wissenschaftlich gebildeter Tierarzt, nämlich wenn er nicht die Befähigung zur selbständigen Seuchenbehandlung erlangt hatte. Die Geburtsstunde des eigentlichen Oberamtstierarztes, wie wir ihn heute kennen, kam mit der Verfügung über die Befähigung und Prüfung für Oberamtstierarztstellen vom 12. August 1846 (Reg. Bl. S. 362). Es wurden nun bestimmte Anforderungen an den Oberamtstierarzt gestellt und ihm gewisse Vollmachten erteilt. Die Verfügung trat an die Stelle derjenigen vom 7. Januar und 14. Oktober 1830 und an die Stelle der älteren Vorschriften:

Die polizeiärztliche Behandlung der der Staatsfürsorge unterliegenden Krankheiten der Haustiere untersteht im Oberamtsbezirk dem Oberamtstierarzt unabhängig vom Oberamtsarzt.

Zum Oberamtstierarzt kann von der wahlberechtigten Amtsversammlung nur ein Kandidat gewählt werden, der entweder die wissenschaftliche Prüfung vor dem Medizinalkollegium bestanden hat oder aber die für praktische Tierärzte für die selbständige Behandlung von Tierseuchen nun angeordnete besondere Prüfung abgelegt hat. Die besondere Prüfung findet im November jeden Jahres in Stuttgart statt. Zur Zulassung ist notwendig der Nachweis des Gemeindegenossenschaftsrechts, der gehörigen Erlernung der Tierheilkunde, der Prüfung bei der Tierarzneyschule (mindestens mit Zeugnis 2. Klasse) und einer Praxis von wenigstens zwei Jahren. Die Prüfungskommission besteht aus Lehrern der Tierarzneyschule und einem Mitglied des Medizinalkollegiums als Vorstand und wird von dem Kollegium bestellt. Die Aufgabe der Prüfung ist es, das theoretische Wissen zu erforschen und die praktische Befähigung für den öffentlichen Dienst zu erproben. Prüfungsgegenstände sind hauptsächlich: Tierzucht, Seuchenlehre, gerichtliche Tierheilkunde, praktische Tierheilkunde und operative Chirurgie, Anatomie, Physiologie und Arzneimittellehre. Der Kandidat muß vor allem in den praktischen Fächern größere Leistungen aufweisen, als von ihm bei der Schlußprüfung an der Tierarzneyschule abverlangt wurden.

Solange für eine erledigte Oberamtstierarzstelle kein nach vorstehenden Bestimmungen befähigter Bewerber auftritt, ist die Besetzung derselben durch einen praktischen Tierarzt, welcher die Prüfung für die tierärztliche Praxis bei der Tierarzneischule erstanden hat, nur vorläufig und in der Eigenschaft als Stellvertreter zu gestatten (die selbständige Seuchenbehandlung fiel dann natürlich weg).

Der Oberamtstierarzt trat damit von Staats wegen in die Fußstapfen des wissenschaftlich gebildeten Tierarztes, dem allein seither die Seuchenbekämpfung anvertraut war. Da er weder in die Rubrik der niederen Tierärzte, noch ohne Einschränkung in die der wissenschaftlich gebildeten Tierärzte einzuordnen war, mußte für ihn z. B. eine eigene Medizinaltaxe geschaffen werden (Verfügung vom 25. September 1850 - Reg. Bl. S. 331). Die Vergütung seiner Leistungen war bedeutend geringer als beim Oberamtsarzt, das bedeutet, daß seine Geltung noch eine geringere war. -

Der Oberamtstierarzt war noch nicht Staatsbeamter, sondern Angestellter der Amtskörperschaft. Von seinem Gehalt trug die Hälfte der Staat und in die andere Hälfte teilten sich die Gemeinden des Oberamtes. Trotzdem nannte man dieses Examen "Staatsprüfung", ein Ausdruck, der sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Mit der Einführung dieser Prüfung, welche zwar im Interesse des Staates lag, gleichzeitig aber ein Zugeständnis an den tierärztlichen Stand darstellte, stand Württemberg anderen deutschen Ländern gegenüber vorbildlich da und die württembergischen Tierärzte wurden darum beneidet.

Durch das Oberamtstierarztexamen war in weiterem Maße als bisher die Möglichkeit gegeben, Tierärzte aufzustellen, die den sanitätspolizeilichen und staatlich-forensischen Anforderungen gerecht werden konnten. Aber nicht die Hälfte der relativ geringen Anzahl von Tierärzten hatte Lust, diese Prüfung zu bestehen (10). Im Jahre 1853 aber waren dann doch schon in fast allen Oberämtern Oberamtstierärzte angestellt. Es gab auch in Unterordnung unter sie, mit weitgehender Selbständigkeit, Bezirkstierärzte, Unteramtstierärzte, entsprechend den Unteramtsärzten. Es ist anzunehmen, daß auch sie die Staatsprüfung zu absolvieren hatten.

Eine Aufstellung des Medizinalkollegiums vom 25. April 1853 gibt über die Besetzung von Oberamtstierarzt- und Bezirkstierarztstellen genaue Zahlen (StA E 162 - L IV, 23-406):

Es waren vorhanden

im Neckarkreis mit 16 Oberämtern: 11 Oberamtstierärzte und 4 Be-

zirkstierärzte sowie 1 sonstiger angestellter Tierarzt,
im Schwarzwaldkreis mit 17 Oberämtern: 11 Oberamtstierärzte
und 6 Bezirkstierärzte,
im Jagstkreis mit 16 Oberämtern: 14 Oberamtstierärzte und 2
sonstige angestellte Tierärzte,
im Donaukreis mit 16 Oberämtern: 15 Oberamtstierärzte, 3 Be-
zirkstierärzte und 1 sonstiger angestellter Tierarzt.

Somit befanden sich also in den 63 Oberämtern Württembergs 51 Oberamtstier-
ärzte, 13 Bezirkstierärzte und 4 sonstige angestellte Tierärzte (wahrscheinlich
Gemeinde-Tierärzte).

Wenn auch der Oberamtstierarzt vom Oberamtsarzt nun weitgehend unabhängig
war, so kommt doch immer wieder zum Ausdruck, daß die übrigen Tierärzte
in seinem Bezirk nicht ihm unterstanden, sondern dem Amtsarzt, und daß auch
andere tierärztliche Gegenstände nicht unter seine Aufsicht gestellt waren. So
war es z. B. dem geprüften Tierarzt widerruflich gestattet, Arzneimittel für Tie-
re vorrätig zu halten, er mußte aber, wenn er von diesem Recht Gebrauch ma-
chen wollte, dem Oberamt und Oberamtsphysikat, und nicht dem Oberamtstier-
arzt, davon Anzeige machen. Der Arzneimittelvorrat und die Einrichtung der
Hausapotheke standen unter der Überwachung durch den Oberamtsarzt (Verfü-
gung vom 22. Januar 1853 - Reg. Bl. S. 29).

Auch der Einfluß der Gewerbeordnung vermochte nicht, die Tierärzte dem
Oberamtstierarzt zu unterstellen. Der öffentlich ermächtigte Tierarzt, der sei-
ne Befähigung durch eine Approbationsprüfung erwiesen hatte, mußte sich bei
seiner erstmaligen Niederlassung sowie bei jeder Änderung des Niederlassungs-
ortes bei dem Oberamtsarzt anmelden (Verfügung vom 8. April 1872 - Reg.
Bl. S. 143). Außerdem hatte der Oberamtsarzt ein genaues Verzeichnis der
Tierärzte anzulegen, und zwar der wissenschaftlich gebildeten, der zur Be-
kleidung von Oberamtstierarztstellen befähigten und der sonstigen geprüften
Tierärzte.

Auch bei Seuchenangelegenheiten wandte sich die Regierung nicht immer an
den Oberamtstierarzt. So wurde z. B. von Oberämtern und Oberamtsärzten ver-
langt, monatlichen Bericht über die Erkrankungen an Maul- und Klauenseuche,
über die Zahl der gefallenen Tiere und über die ergriffenen Maßnahmen zu lie-
fern (Amtsbl. 1872, S. 74). Das Oberamtsphysikat stellte eben immer noch die
oberste Instanz für das Medizinal- und Veterinärwesen im Bezirk dar.

Seit 1868 konnten die Oberamtstierärzte einen Staatsbeitrag zu dem ihnen von der Amtskörperschaft ausgesetzten Gehalt erhalten. Es war ihnen dafür zur Beurteilung ihrer Tätigkeit die Erstattung eines Jahresberichtes vorgeschrieben (Erlaß vom 28. Mai 1868 - siehe Amtsbl. 1873, S. 14). Dieser Bericht mußte an das Oberamt abgeliefert werden, welches ihn dem Oberamtsarzt zur Einsicht vorlegte und dann der Kreisregierung einsandte. Von dort gingen die gesammelten Jahresberichte an das Ministerium. Sie mußten enthalten Angaben über den Zustand der Haustiere, vorherrschend gewesene Krankheiten unter denselben, vorgekommene ansteckende Krankheiten und Seuchen, über die Zahl der Tierärzte und die Visitationen, über den Zustand der Vieh- und Fleischbeschau und der Schlachthäuser und Wasenmeistereien, über gerichtliche tierärztliche Fälle und über die praktischen Tierärzte und Empiriker (Erlaß vom 25. Januar 1873 - Amtsbl. S. 14). Am Ende eines solchen Berichtes hatten die Oberamtstierärzte eine Übersicht ihrer amtlichen Tätigkeit zu fertigen, aus der zu ersehen war, worin dieselbe im einzelnen bestand und welchen Zeitaufwand sie erforderte (Erlaß vom 29. Oktober 1873 - Amtsbl. S. 243). Jetzt hatte der Oberamtstierarzt die Tierärzte seines Bezirkes zu betreuen und anscheinend auch sie zu visitieren.

Zum ersten Mal wurde der Oberamtstierarzt in einer öffentlichen Verlautbarung direkt angedeutet in dem Erlaß vom 17. Januar 1874 (Amtsbl. S. 41), worin als Vorbedingung für die Aussetzung eines Staatsbeitrages ein Mindestgehalt von 300 fl. jährlich von der Amtsversammlung gefordert wird. Der Staat wollte dann 150 fl. tragen. Außerdem mußte der Aspirant für einen Zuschuß die Oberamtstierarztprüfung oder die höhere Prüfung (als wissenschaftlich gebildeter Tierarzt) oder die neue Staatsprüfung nach der Verfügung vom 1. Juli 1873 (Reg. Bl. S. 291) mit genügendem Erfolg bestanden haben etc. Um sein fixes Gehalt mußte er folgende Geschäfte vornehmen:

Untersuchung erkrankter Haustiere bei Verdacht des Ausbruchs einer ansteckenden Krankheit, Kontrolle der Behandlung, evtl. Zerlegung des Kadavers und Berichterstattung über den Befund,

Überwachung der Tiermärkte, gegebenenfalls Untersuchung der aufgetriebenen Tiere und Ergreifung polizeilicher Schutzvorkehrungen, Kenntnisaufnahme von den bestehenden Verhältnissen im Bezirk, die einen nachteiligen Einfluß auf den Gesundheitszustand der Haustiere ausüben können,

Mitwirkung bei den zur Förderung der Tierzucht bestehenden öffentlichen Einrichtungen,

Beaufsichtigung der bestehenden Einrichtungen bezüglich der Fleischbeschau,

Aufsicht über die Beseitigung gefallener Tiere und die dabei vorgeschriebenen Maßnahmen,

Kenntnisnahme und Anzeige von Ordnungswidrigkeiten bei den im Bezirk mit der Ausübung der Tierheilkunde beschäftigten Personen, Mitteilung solcher veterinärpolizeilicher Vorkommnisse an den Oberamtsarzt, bei welchen die Gesundheit des Menschen beeinträchtigt wird und

Erstattung eines Jahresberichtes.

Der Betrieb einer Abdeckerei oder Schankwirtschaft als Nebengewerbe war dem Oberamtstierarzt nicht, der einer Beschlagschmiede wohl gestattet.

Die erwähnte Staatsprüfung in der Tierheilkunde, welche unterm 1. Juli 1873 (Reg. Bl. S. 291) verfügt wurde, stellt eine Steigerung des Oberamtstierarzt-examens von 1846 dar. Sie war Bedingung für alle Tierärzte, welche die Befähigung zur Anstellung als ordentliche Berater von Staatspolizei- und Justizbehörden in der Tierheilkunde oder als Oberamtstierärzte erlangen wollten. Sie mußte vor einer vom Ministerium berufenen Kommission nach zweijähriger Berufsausübung abgelegt werden.

Nach dem Inkrafttreten der Gewerbeordnung wurde in Württemberg nur noch eine Klasse von Tierärzten ausgebildet. Es gab aber trotzdem noch "wissenschaftlich gebildete Tierärzte", welche ein akademisches Studium hinter sich hatten und vor dem Medizinalkollegium die besondere höhere Prüfung abgelegt hatten. Deswegen konnte es möglich sein, daß die Medizinaltaxe vom 4. November 1875 (Reg. Bl. S. 552, Beilage) noch zwischen höheren, wissenschaftlich gebildeten Tierärzten, niederen, zur selbständigen Seuchenbehandlung ermächtigten Tierärzten (zu ihnen gehörten die Oberamtstierärzte) und anderen niederen Tierärzten unterschied.

Das Reichsgesetz über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1880, welches die Seuchenbekämpfung im Deutschen Reich einheitlich regelte, auferlegte dem Oberamtstierarzt eine große Verantwortung. Der Wirkungskreis der Veterinärbeamten war nun in ganz Deutschland auf eine gleiche Grundlage gestellt. Der "beamtete Tierarzt" im Sinne des Gesetzes war in Württemberg der Oberamtstierarzt und der mit der Funktion eines solchen bei einzelnen Gemeinden des Oberamtes Stuttgart betraute Lehrer der Tierarzneischule. Für den Bereich dieser Schule war ebenfalls ein Lehrer als beamteter Tierarzt aufgestellt (siehe Verfügung vom 10. Mai 1883 - Reg. Bl. S. 66). Wurde der beamtete Tierarzt durch einen anderen approbierten Tier-

arzt vertreten, dann mußte dieser durch das Oberamt vereidigt werden.

Dem beamteten Tierarzt lag die Anzeige einer im Reichsgesetz aufgeführten Seuche bei der Ortspolizeibehörde und beim Oberamt ob und er konnte bei Seuchenausbruch vorläufige Anordnungen treffen etc. (Verfügung vom 23. März 1881 - Reg. Bl. S. 196). Der Schwerpunkt der Seuchenbekämpfung lag jetzt also definitiv beim Oberamtstierarzt. Seine Stellung war im allgemeinen die eines technischen Beraters der Polizeibehörden. Ein selbständiges Verfügungsrecht stand ihm nur in den im Gesetz ausdrücklich bezeichneten Fällen zu. Die Polizeibehörde konnte die ihr zukommenden Befugnisse nicht auf ihn übertragen. Diese grundlegenden Bestimmungen sind ja auch heute noch maßgebend.

Das Reichsgesetz brachte auch eine entscheidende Wendung in der sozialen Stellung des Oberamtstierarztes. Mit einem Schlag war sein Ansehen beträchtlich gestiegen. Er stand in Geltung und im Dienstverhältnis nunmehr neben und nicht mehr unter dem Oberamtsarzt. Die allgemeine Dienstaufsicht über die Oberamtstierärzte kam den Kreisregierungen und Oberämtern - nicht etwa dem Oberamtsphysikat - zu, die technische Überwachung aber dem Medizinalkollegium (Verordnung vom 21. Oktober 1880 - Reg. Bl. 1881, S. 3). Der Begriff "beamteter Tierarzt" traf damals insofern nicht ganz auf den Oberamtstierarzt zu, als dieser eben noch kein auf Lebenszeit angestellter und pensionsberechtigter Staatsbeamter war.

Der Erlaß vom 22. Juli 1885 (Amtsbl. S. 202) regelte das Anstellungsverhältnis des Oberamtstierarztes neu.

Zur Bewilligung eines Staatsbeitrages zu seiner Besoldung muß dem Oberamtstierarzt ein Jahresgehalt von mindestens 900 Mark ausgesetzt sein (500 Mark von der Staatskasse, 400 Mark von der Amtskörperschaftskasse).

Jede neu zu besetzende Oberamtstierarztstelle ist namens der Amtskörperschaft öffentlich auszuschreiben unter Anfügung, daß nur Bewerber mit der bestandenen Prüfung für Oberamtstierarztstellen (Reg. Bl. 1846, S. 362) oder der Staatsprüfung (Reg. Bl. 1873, S. 291) berücksichtigt werden können. Die Wahl bleibt der Amtskörperschaftsbehörde überlassen, sie muß aber von der Kreisregierung bestätigt werden. Ein Stellvertreter ist vom Oberamtstierarzt zu entlohnen, sofern nicht die Amtskörperschaft oder eine Gemeindebehörde den Anlaß zu seiner Verhinderung gab.

Der Staatsbeitrag kann bei mangelnder Erfüllung der Amtsobliegen-

heiten oder bei länger als sechs Monate dauernder Verhinderung entzogen werden.

Der Betrieb eines Nebengewerbes ist nur mit Erlaubnis der vorgesetzten Behörde und nur dann gestattet, wenn der Betrieb mit den amtlichen Funktionen sich vereinigen läßt (Gutswirtschaft, Beschlagschmiede). Der Oberamtstierarzt hat die im Reichsgesetz von 1880 und im Ausführungsgesetz hierzu vom 20. März 1881 etc. dem beamteten Tierarzt zugewiesenen Geschäfte ohne weitere Entlohnung auszuführen.

Die weiteren Aufgaben wurden schon im wesentlichen bei der Verfügung vom 1. Juli 1873 erwähnt und aufgeführt. -

Über den Aufbau und die einzelnen Punkte des Jahresberichtes, der vom Oberamtstierarzt für den Erhalt eines Staatszuschusses verlangt wurde, gab die am 29. Dezember 1886 (Amtsbl. 1887, S. 54) erschienene Verfügung eine ausführliche Vorschrift.

Die Besoldung des Oberamtstierarztes stand in einem so kläglichen Verhältnis zu der ihm aufgebürdeten Arbeits- und Verantwortungslast, daß er auch jetzt noch einen Nebenerwerb nötig hatte. Der Amtskörperschaft war es aber unbenommen, sein Gehalt zu erhöhen.

Im Hinblick auf das Interesse des Staates an der Anstellung tüchtiger Oberamtstierärzte wurden die Oberämter unterm 19. Januar 1888 (Amtsbl. S. 18) angewiesen, bei der Besetzung erledigter Stellen vor der Wahl eines neuen Oberamtstierarztes eine gutachtliche Äußerung der tierärztlichen Abteilung des Medizinalkollegiums über die Befähigung des Bewerbers einzuholen und sie der Amtsversammlung zur Kenntnis zu bringen. Nach erfolgter Wahl hatten die Kreisregierungen hiervon dem Kollegium Nachricht zu geben.

Die Verfügung über die Staatsprüfung in der Tierheilkunde vom 11. Januar 1890 (Reg. Bl. S. 44) brachte eine weitere Steigerung der Anforderungen an den Oberamtstierarzt. Die Prüfungsordnung enthält alle Elemente der heute noch gültigen.

Die Aufgaben von Ortspolizeibehörde, Gemeindepfleger, Oberamtstierarzt, Oberamt, Kreisregierung, Seuchenkommissar und Medizinalkollegium und ihr Verhältnis zueinander, sowie ihre Zusammenarbeit bei Ausbruch von Tierseuchen und zur Verhütung von solchen, regelte die Verfügung, betreffend den Nachrichtendienst in Viehseuchenangelegenheiten, vom 28. März 1894 (Reg. Bl. S. 48)

und die Verfügung, betreffend die Vollziehung des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880 in seiner Form vom 1. Mai 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 410) und des Ausführungsgesetzes vom 20. März 1881 (Reg. Bl. S. 189), vom 15. Januar 1896 (Reg. Bl. S. 11).

Das Gesetz, betreffend die Dienstverhältnisse der Oberamtstierärzte, vom 29. März 1898 (Reg. Bl. S. 81) machte endlich den Oberamtstierarzt zum Staatsbeamten auf Lebenszeit im Sinne der Beilage I zum Beamten-gesetz vom 28. Juni 1876 (Reg. Bl. S. 211) mit allen den daraus entspringenden Pflichten und Rechten. Die Besoldung erfolgte jetzt zum größeren Teil durch den Staat; die Amtskörperschaft steuerte aber jährlich mindestens 400 Mark zu. Die Besetzung der Oberamtstierarztstellen war jetzt natürlich dem Staat vorbehalten und die Amtsversammlung konnte sich vorher dazu äußern. Zur Ausübung der tierärztlichen Praxis war der Oberamtstierarzt berechtigt, sofern die amtlichen Pflichten dadurch keinen Abbruch erlitten.

Seine Verpflichtung gegenüber der Amtskörperschaft und den Gemeinden umfaßte die Beratung in Angelegenheiten der Viehzucht, der Gesundheitspflege der Haustiere, des Abdeckereiwesens, der Fleischbeschau, des Betriebs von Schlachthäusern und Schlächtereien, die Mitwirkung und Überwachung von Veranstaltungen zur Hebung der Viehzucht und die Vornahme der Schafschau.

Die Verpflichtungen des Oberamtstierarztes gegenüber dem Staat und der Zentralkasse der Viehbesitzer legte die Dienstvorschrift in der Verfügung über den Vollzug des Oberamtstierarztgesetzes vom 2. Mai 1898 (Amtsbl. S. 192) fest:

Die Besorgung der Angelegenheiten der Tierseuchenbekämpfung nach den Vorschriften des Viehseuchengesetzes und der entsprechenden Verordnungen etc.,

die Vornahme von Tierimpfungen in staatlichem Auftrag, die Beratung und Unterstützung des Oberamtes in Fragen der Tierzucht, die Überwachung der auf den Gesundheitszustand der Haustiere einwirkenden Verhältnisse,

die technische Beaufsichtigung des Vollzugs der Vorschriften über die Fleischbeschau und das Abdeckereiwesen,

die Kenntnisnahme und Anzeige von Ordnungswidrigkeiten von Personen, die mit der Ausübung der Tierheilkunde sich beschäftigen,

die tierärztliche Behandlung von dem Staat gehörenden Haustieren nach gebührendem Honorar,

die Erstattung eines Jahresberichtes und die Besorgung der Tierseuchenstatistik sowie die Führung eines amtlichen Geschäftstagebuches.

Der Oberamtstierarzt hatte einen Diensteid abzulegen (nach Reg. Bl. 1878, S. 233). In bezug auf die allgemeine Dienstaufsicht und die technische Aufsicht über ihn verblieb es bei den Bestimmungen vom 21. Oktober 1880. Erledigte Stellen der bei den Oberämtern angestellten Tierärzte wurden vom Innenministerium im Staatsanzeiger ausgeschrieben und die Bewerbungen bei der Kreisregierung eingereicht. Von dort gelangten sie zu dem betreffenden Oberamt, um die Äußerung der Amtsversammlung einzuholen. Das Innenministerium empfing schließlich die Besetzungsvorschläge von der Kreisregierung und gutachtliche Äußerungen hierüber vom Medizinalkollegium. Es ernannte dann die neuen Oberamtstierärzte.

Daß der Schritt der Beamtung des Oberamtstierarztes ein umwälzender war, zeigt eine beschwichtigende Bemerkung in dem Antrag zu diesem Gesetz, nämlich daß "damit ein Mehraufwand für Gehälter aus der Staatskasse nicht eintreten soll" (VII. Beilagenband der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1895/98, S. 459 - 466). In dem zähen Ringen um eine bessere finanzielle Stellung und volle Anerkennung des Oberamtstierarztes im Staate bis zum Oberamtstierarztgesetz von 1925 zwischen dem Verein der Oberamtstierärzte und dem Brotherrn, dem Staat, war einer der Vorkämpfer der Oberamtstierarzt Jakob Ostertag von Schwäb. Gmünd, der unter dem Namen "Aufbesserungsjakob" in die Geschichte des württembergischen tierärztlichen Standes eingegangen ist (29).

Der Rang des Oberamtstierarztes wurde durch die Entschließung vom 13. November 1899 (Reg. Bl. S. 979) auf die VIII. Stufe der Rangordnung festgelegt.

In dieser für die Anstellungsverhältnisse der Oberamtstierärzte und für ihre soziale Stellung so entscheidenden Zeit wirkte im Medizinalkollegium Hugo Beisswänger. An seiner Beamtenlaufbahn läßt sich ein Stück Geschichte der Veterinärverwaltung ablesen. Der Antrag, einen Veterinärassessor erstmals in Württemberg zum Regierungsrat zu befördern, stieß noch bei einem Teil der Beamtschaft auf Widerstand. Beisswänger wurde dann aber doch 1890 Regierungsrat (Amtsbl. S. 245) und später Oberregierungsrat und Regierungsdirektor (29).

Dem Oberamtstierarzt war gestattet, Nebenämter neben seinen Amtsobliegenheiten zu übernehmen, wie z. B. Lehraufträge an landwirtschaftlichen Unterrichtsanstalten und Lehrwerkstätten für Hufbeschlag, die Stellung eines staatlichen Beschälausehers, eines örtlichen Fleischbeschauers, die Ausübung von Funktionen bei landwirtschaftlichen Vereinen, Viehzuchtgenossenschaften usw.

Zu anderen Nebenbeschäftigungen bedurfte er der Genehmigung durch das Ministerium (Amtsbl. 1900, S. 194).

Die Rechtsverhältnisse der Oberamtstierärzte wie der anderen Beamten innerhalb des Oberamtes regelte schließlich auch die Bezirksordnung vom 28. Juli 1906 (Reg. Bl. S. 442 ff): Die Fürsorge für das öffentliche Gesundheitswesen liegt beim Oberamt; zu seiner Unterstützung bei der Handhabung der Veterinärpolizei ist ihm der Oberamtstierarzt beigegeben (S. 447) (siehe auch Novelle hierzu vom 14. November 1907 - Reg. Bl. S. 643).

Das Viehseuchengesetz vom 26. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 519) brachte für Württemberg wieder eine weitgehende Änderung der veterinärpolizeilichen Befugnisse der einzelnen Behörden mit sich. Wie schon ausgeführt wurde, war davon hauptsächlich das Medizinalkollegium betroffen. Der Oberamtstierarzt als beamteter Tierarzt blieb in Hinsicht auf die Seuchenbekämpfung in seinen früheren Verhältnissen. Die ihm zustehenden Befugnisse wurden genau definiert durch das Ausführungsgesetz vom 8. Juli 1912 (Reg. Bl. S. 279) und die Verfügung, betreffend die Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz, vom 11. Juli 1912 (Reg. Bl. S. 293). Die wichtigsten Funktionen bei der Seuchenbekämpfung waren dem Medizinalkollegium als der oberen Polizeibehörde und dem Oberamtstierarzt übertragen worden.

Nachdem das Medizinalkollegium durch das Gesetz vom 15. Dezember 1919 (Reg. Bl. S. 419) aufgehoben worden war, wurden die Oberamtstierärzte durch die Verordnung vom 17. Dezember 1919 (Reg. Bl. S. 420) mit der Wirkung ab 1. Januar 1920 dem Ministerium des Innern unmittelbar unterstellt (siehe Amtsbl. 1920, S. 1). Die in der Verfügung, betreffend die Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz, vom 11. Juli 1912 dem Medizinalkollegium zugewiesenen Aufgaben wurden dem Oberamt im Benehmen mit dem beamteten Tierarzt übertragen. Bei Uneinigkeit zwischen beiden mußte das Innenministerium um Entscheidung angerufen werden (Verfügung vom 22. Dezember 1919 - Reg. Bl. S. 425).

An der Staatsprüfungsordnung von 1890 (Reg. Bl. S. 44) wurden schon unterm 27. Januar 1911 (Reg. Bl. S. 30) insoweit einige Veränderungen vorgenommen, als in einigen Bestimmungen an die Stelle des Ministeriums das Medizinalkollegium trat. Unterm 31. Dezember 1919 (Reg. Bl. 1920, S. 5) wurde diese Veränderung wieder rückgängig gemacht.

Eine letzte Steigerung der Anforderungen an den zukünftigen Oberamtstierarzt

brachte die Verfügung über die Prüfung für den tierärztlichen Staatsdienst vom 14. September 1922 (Reg. Bl. S. 399): Als Voraussetzung zur Zulassung wird der Nachweis einer dreijährigen Praxis und des Erwerbs der Würde eines Doktors der Tiermedizin an einer Tierärztlichen Hochschule oder Universität des Reiches verlangt. -

Das Oberamtstierarztgesetz vom 22. Dezember 1925 (Reg. Bl. S. 269) ist heute noch gültig und es erübrigt sich deshalb, die einzelnen Punkte des Gesetzes aufzuführen. Es stellt eine Erweiterung des Gesetzes vom 29. März 1898 dar.

Das Besoldungsgesetz vom 19. April 1928 (Reg. Bl. S. 53) teilte die Oberamtstierärzte in der Stellung als Oberveterinärarzt in die 2. Gruppe und in der als Veterinärarzt in die 4. Gruppe der Besoldungsordnung ein; dem entsprach ein Gehalt von 7.000,- bis 9.700,- RM bzw. von 4.800,- bis 8.400,- RM.

Das Beamten-gesetz vom 21. Januar 1929 (Reg. Bl. S. 7) brachte für den Oberamtstierarzt keine Neuerungen. Es blieben die Vorschriften der Gesetze von 1912 (Reg. Bl. S. 270), in der Fassung vom 30. November 1921 (Reg. Bl. S. 543, und von 1925 (Reg. Bl. S. 269) erhalten (siehe Reg. Bl. 1929, S. 14). Die Vollzugsverfügung vom 1. Mai 1929 (Reg. Bl. S. 141) erläuterte die Pflichten und Rechte der Beamten im einzelnen. -

Im Rahmen des Gesetzes vom 28. Dezember 1938 (Reg. Bl. 1939, S. 1) wurde die Besoldung der württembergischen Staatsbeamten an diejenige der Reichsbeamten angeglichen. Die Oberveterinärärzte fielen demnach in die Besoldungsgruppe A 2 b und die Veterinärärzte in die Gruppe A 2 c, 1. Abtlg., der Besoldungsordnung.

Die Bezeichnung "Veterinärarzt" war ursprünglich für die Verleihung als Titel an verdiente Oberamtstierärzte und andere Veterinärbeamte reserviert. Dann wurde sie als Amts- und gleichzeitig Rangbezeichnung der Oberamtstierärzte gebraucht; der Veterinärarzt stand auf der Stufe des Regierungsrates. Die Bekanntmachung vom 25. Mai 1939 (Amtsbl. S. 125) bestimmte schließlich, daß die Dienststelle des Oberamtstierarztes künftig "der Regierungsveterinärarzt" heißt und der Inhaber dieser Stelle gleichfalls die Dienstbezeichnung "Regierungsveterinärarzt" trägt. Aus den Oberämtern waren durch die Kreisordnung vom 27. Januar 1934 (Reg. Bl. S. 51) die "Kreise" geworden.

Bis zum Zusammenschluß von Württemberg mit Baden zu einem gemeinsamen Staat traten in den Verhältnissen der Veterinärbeamten auf der Oberamts- bzw.

Kreisstufe keine wesentlichen Veränderungen mehr auf.

9. Die Gutachtertätigkeit innerhalb der Veterinärverwaltung

Für die "neuen Lande", die von Napoleon Württemberg zugesprochen worden waren, war diejenige Stelle, welche für gerichtliche Zwecke medizinische Obergutachten abzugeben hatte, das Obersanitätskollegium in Ellwangen, und zwar bearbeitete solche der medizinische Referent bei demselben, der Oberlandesarzt. In wichtigen Fällen holte man auch noch die Meinung anderer Medizinalpersonen ein. Die Landvogteigerichte erbaten sich Gutachten von dem Landvogteiarzt, mit dem zusammen sie ja das Landvogteisanitätskollegium bildeten.

Während der Zeit der Medizinaldirektion und des Medizinaldepartements forderten die Gerichte und Regierungsbehörden medizinisch-technische Gutachten von dem Collegium medicum in Tübingen und von dem Collegium archiatrale in Stuttgart an (solange dies letztere noch bestand). In der Zeit vor dem 19. Jahrhundert schon waren diese Kollegien die Gutachterstellen für die Gerichte ob und unter der 'Staig' gewesen. Gutachtlicher Äußerungen in bezug auf das Medizinalverwaltungswesen bedurften Medizinaldirektion und -departement nicht, da sie ja selber die oberste Verwaltungsinstanz auf diesem Gebiet waren und ihre Entschlüsse unter fachmännischer Beratung ihrer ärztlichen und tierärztlichen Mitglieder fassen konnten. Auch unter der Medizinalsektion, der Nachfolgerin des Medizinaldepartements, war diese Behandlung von Gutachten dieselbe. Nach § 8 der Verfügung vom 23. Juni 1807 (Reg. Bl. S. 321) verständigten sich alle Kollegien und Sektionen der Ministerien bei gerichtsärztlichen und medizinalpolizeilichen Fällen mit der Medizinalsektion; in wichtigen Fällen holte man noch das Gutachten des Kollegiums in Tübingen ein.

1817 waren die oberen Landesgerichte nach Eßlingen a. N., Rottenburg a. N., Ellwangen und Ulm a. D. gelegt worden. Das Rottenburger Gericht kam aber am 8. Dezember ds. Jrs. schon und für immer nach Tübingen. Das ebenfalls 1817 gebildete Medizinalkollegium nahm ohne besondere Instruktion seine Gutachtertätigkeit für diese oberen Gerichte und auch andere auf. Es war, im

Gegensatz zur Medizinalsektion, von vorneherein als technische und beratende Behörde gedacht gewesen. In dem nach 1817 folgenden, schon mehrmals erwähnten Kompetenzstreit zwischen Kreisregierungen und Medizinalkollegium ist dem letzteren seine Zuständigkeit für die Abgabe von Gutachten nie angefochten worden. Der König erklärte in einem Brief an das Ministerium des Innern vom 10. Februar 1818, daß das Medizinalkollegium zunächst das Oberregierungskollegium zu beraten habe, daß die Kreisregierungen jedoch befugt seien, in Fällen, die innerhalb der Grenzen der ihnen aufgetragenen Polizeigewalt liegen, sich das wissenschaftliche Gutachten des Medizinalkollegiums auch unmittelbar, unter Umgehung der ihnen vorgesetzten Behörde, zu erbitten. Bei Gegenständen medizinischer Art, welche die eigene Gewalt der Regierung überschreiten, sollten die Regierungen an das Ministerium berichten, das seinerseits sofort nach Erfordernis das Kollegium um ein Gutachten vernehmen sollte. Auch die Justizbehörden seien befugt, in medizinisch-polizeilichen Angelegenheiten das Gutachten des Kollegiums unmittelbar anzufordern (StA E 150/53, Bd. 969). - Am 6. Juni 1818 erhielt das Kollegium die Bestimmungen seines Geschäftskreises. In der Liste der Aufgaben steht an erster Stelle, daß es seine Obliegenheit sei, sowohl das Innenministerium und die Kreisregierungen, als auch die übrigen Ministerien sowie die denselben untergeordneten höheren Gerichtshöfe und Kollegien in allen Medizinalangelegenheiten durch wissenschaftliche Gutachten zu beraten. Der § 3 der Verordnung wiederholt noch einmal die Aufgabe der Bearbeitung von Gutachten für die Zwecke der Gesetzgebung oder für den Richter. Da nun dem Kollegium die von ihm erwarteten Befugnisse nicht übertragen worden sind, sondern es auf eine in der Regel nur beratende Stellung verwiesen wurde, äußerte es gegenüber dem Ministerium, "es könne künftig seine Gutachten nicht mehr so sicher stellen wie bisher, weil ihm nun die Data fehlten," d.h. weil ihm die Übersicht über das Medizinalwesen im Königreich nicht mehr im gleichen Maße gegeben sei (22. Juni 1818 - StA E 150/53, Bd. 969).

Während die Regierungsbehörden und die oberen Gerichte sich um Gutachten an das Kollegium wandten, sprachen die unteren Beamten, die Oberämter und die unteren Gerichtsinstanzen, die Kreismedizinalräte und die Oberamtsärzte bzw. -tierärzte darum an. Das Medizinalkollegium bildete dann die Obergutachterstelle. Den Rang einer solchen gab ihm auch der Erlaß des Justizministers an das Obertribunal vom 2. Februar 1819 (1).

Kamen bei der Beratung von Gutachten im Medizinalkollegium Zweifel auf, so wurde, wenn der Vorstand kein Votum geltend machen konnte, in humanmedizinischen Fällen das entscheidende Gutachten der Universität Tübingen eingeholt. Die Aufgaben von deren "medico-chirurgischem Collegium" (Collegium medicum

waren die Vornahme von Prüfungen, Visitationen und die Erstattung von medizinisch-gerichtlichen Gutachten. Bei veterinärpolizeilichen Maßnahmen und tierärztlichen Gerichtsfällen war bei Obergutachten bis 1821 gewöhnlich das Urteil des Medizinalkollegiums allein maßgebend, jedenfalls für die Verwaltungsbehörden. Nach der Gründung der Tierarzneischule wurde in den meisten gerichtlichen Fällen der "Lehrerverein" als veterinär-technisches Kollegium von Regierung, Gerichten und Privaten angerufen.

1822 kam die Einrichtung in Anregung, die Gutachterstelle für die Gerichtshöfe im Schwarzwald- und Donaukreis mit der medizinischen Fakultät in Tübingen zu verbinden und dem Medizinalkollegium nur noch die beiden anderen Kreise anzuvertrauen (Erlaß vom 23./27. November 1822 an das Kollegium - StA E 150/53, Bd. 969). Das Kollegium war gegen diese Änderung. Es war der Ansicht, daß die meisten gerichtlichen Fälle die Wundärzte angingen und es solche in größerer Anzahl unter seinen Mitgliedern habe als die Fakultät, und daß dies noch in stärkerem Maße für tierheilkundliche Fragen zutreffe (Tübingen wies überhaupt keinen ausgesprochenen Tierarzt in seinem Lehrkörper auf) (3. Dezember 1822 - StA E 150/53, Bd. 969). Die Fakultät wollte ihre Aufgaben gern und ohne besondere Entlohnung aus der Staatskasse übernehmen. Sie hatte bereits auch die Prüfung der Wundärzte, Geburtshelfer und Apotheker in den beiden genannten Kreisen in der Hand. Ihren Unterricht meinte sie durch die Übung in der Gutachtenerstattung praktischer gestalten zu können (13. Dezember 1822 - StA E 150/53, Bd. 969). Auch die Organisationsvollziehungskommission befürwortete den Plan und zerstreute die vorgebrachten Bedenken des Medizinalkollegiums, ohne allerdings auf die tierärztlichen Fälle einzugehen (6. Dezember 1823 - StA E 150/53, Bd. 969). Der König bestimmte durch das Dekret vom 6. Dezember 1823 (Rey IV, 2. Abteilung, S. 1167) die Teilung der Zuständigkeit für Gutachten zwischen Medizinalkollegium und medizinischer Fakultät. Als 1863 die naturwissenschaftliche Fakultät in Tübingen gegründet wurde, sah sich die medizinische Fakultät, nunmehr in der Professorenzahl verkleinert, nicht mehr in der Lage, allen Anforderungen gerecht werdende Gutachten abzugeben und bat am 8. August 1864 um Entbindung von dieser Pflicht. Auch führte sie an, daß der nötige Zeitaufwand in einem gar zu großen Mißverhältnis zu der dabei sich ergebenden wissenschaftlichen Ausbeute stehe. Jetzt versuchte aber das Medizinalkollegium, die vorgebrachten Argumente der Fakultät zu entkräften und äußerte sich dahingehend, daß, wenn es schon die Aufgabe der Gutachtenerstattung für die zwei Kreise übernehmen müsse, dann auch die Prüfung der niederen Wundärzte etc. ihm mit übergeben werden müsse und daß sein Personalstand einer Erweiterung bedürfe (3. September 1864 - StA E 150/53, Bd. 969). Es blieb aber bei den bestehenden Ver-

hältnissen.

Auf eine Anfrage des Medizinalkollegiums beim Innenministerium vom 16. Dezember 1869 hin, ob es an die Staatsanwaltschaft (welche damals eine neue Einrichtung war) in allen Fällen ein Obergutachten abzugeben habe, ging eine geforderte Erklärung vom Justizministerium am 21. Februar 1870 beim Innenministerium ein (StA E 150/53, Bd. 969). Es wurde darin die Verfügung vom 29. März 1858 als Abschluß der Verhandlungen über die Verhältnisse der Staatsanwaltschaft angeführt. Dem Medizinalkollegium war in dieser Verfügung anscheinend die Ermächtigung und Weisung erteilt worden, die Anfragen in Schwurgerichtssachen nur denjenigen Staatsanwälten zu beantworten, die an den Gerichtshöfen angestellt sind, und nicht die Anfragen der Anklagekammern. Nach der Vorschrift der neuen Strafprozeßordnung vom 17. April 1868 (Reg. Bl. S. 205) war es nämlich die Sache des untersuchenden Richters und nicht des Staatsanwaltes, das Sachverhältnis durch Benützung der dienlich erscheinenden Mittel aufzuklären.

Es ist nicht anzunehmen, daß das Kollegium in Tübingen viel mit tierärztlichen gerichtlichen Fällen zu tun hatte. Meistens wurde in forensischen Angelegenheiten die Tierarzneischule in Stuttgart angerufen. Der Lehrerverein der Schule stellte einen größeren Kreis von Sachverständigen in tierärztlichen Fragen dar als das Medizinalkollegium und die Fakultät in Tübingen und wurde als "oberstes veterinärtechnisches Collegium" bezeichnet. Außerdem gab das Medizinalkollegium gewöhnlich nur für Gerichte und nicht für Private Gutachten ab, denn es war ja eine Regierungsbehörde. Wahrscheinlich ist auch in allen wichtigen Dingen in tierärztlicher Hinsicht von seiten der Regierung der Rat des Lehrervereins der Tierarzneischule eingeholt worden, wenigstens bis zur Gründung der tierärztlichen Abteilung des Medizinalkollegiums im Jahre 1881. Dies war auch leicht dadurch möglich, daß ein oder zwei Lehrer stets als außerordentliche Mitglieder dem Medizinalkollegium angehörten.

Am 30. Juni 1870 sprach das Ministerium für das Kirchen- und Schulwesen aus, daß ein einzelner Professor der Tierarzneischule Aufträge von Privaten zu Gutachten in Rechtssachen nicht annehmen dürfe, da in derlei Streit-sachen die Gesamtheit der veterinär-technisch gebildeten Hauptlehrer das oberste veterinär-technische Kollegium bilde, ein Lehrer aber, welcher bereits im Interesse einer Partei tätig gewesen ist, nicht mehr wohl in diesem Kollegium mitwirken könne. Für Gerichts- und Verwaltungsbehörden allerdings konnte ein Professor als Repräsentant der Schule aufgestellt werden;

seine Dienste konnten aber nur insoweit in Anspruch genommen werden, als dies mit dem Interesse der Schule vereinbar erschien. Der Direktor hatte darüber zu entscheiden.

Die Verordnung vom 21. Oktober 1880 (Reg. Bl. 1881, S. 3) bestätigte die medizinisch-technische Beratung der Ministerien und Verwaltungskollegien und die Erstattung von Obergutachten für Gerichte und Staatsanwaltschaften als vorzüglichste Aufgabe des Medizinalkollegiums in vollem Umfang. Bei der Erstattung von solchen Kollegialgutachten für die ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Verwaltungsgerichte hat nach der Instruktion vom 21. Juni 1881 (Amtsbl. S. 185) der Vorstand den Zusammentritt derjenigen technischen Mitglieder des Gesamtkollegiums zu veranstalten, denen in diesem Fall jeweils die Spezialkenntnis zukommt. Er hat dann ohne eigenes Stimmrecht die Beratung und Beschlußfassung herbeizuführen.

Die Obergutachten in den Fällen §§ 14-16 des Reichsgesetzes vom 23. Juni 1880 waren von dem Medizinalkollegium, tierärztliche Abteilung, abzugeben (Verfügung vom 23. März 1881 - Reg. Bl. S. 196 - und vom 15. Januar 1896 - Reg. Bl. S. 11).

Die Verfügung vom 21. Mai 1881 (Reg. Bl. S. 364) bestätigte die Zuständigkeit des Kollegiums für die Abgabe von Obergutachten auf dem gesamten Gebiet des Medizinalwesens für das Oberlandgericht und die Oberstaatsanwaltschaft sowie für die Landgerichte und Staatsanwaltschaften des Neckar- und Jagstkreises und für die Verwaltungsgerichte. In bezug auf die Kollegialgutachten für den Donau- und Schwarzwaldkreis blieb es bei der Entschließung vom 22. Dezember 1823, d. h. es blieb die medizinische Fakultät in Tübingen zuständig.

Für die Erstattung von Gutachten hinsichtlich der Bestimmungen des Reichsgesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 547 - § 85, Abs. 1, Ziff. 3) und die Verfügung über den Verkehr mit Schlachtvieh und Fleisch vom 1. Februar 1903 (Reg. Bl. S. 27) wurde 1903 jeweils für einige Oberämter zusammen als tierärztlicher Sachverständiger ein Oberamtstierarzt aufgestellt, für die Erstattung von Obergutachten aber Oberregierungsrat Beisswänger beim Medizinalkollegium und als sein Stellvertreter Professor von Zipperlen ebendort (Amtsbl. S. 149).

Die Abgabe von tierärztlichen Obergutachten in Hinsicht auf die Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz von 1909 kam dem tierärztlichen Berichtserstatter des Medizinalkollegiums oder einem von diesem bestimmten Tierarzt

zu (Verfügung vom 11. Juli 1912 - Reg. Bl. S. 293, § 11).

Nach der Aufhebung des Medizinalkollegiums traten an dessen Stelle die Vorstände der Landesuntersuchungsämter. Sie waren nun die technischen Berater der Ministerien und anderer Behörden und die Gutachterstelle für die Gerichte (Verordnung vom 17. Dezember 1919 - Reg. Bl. S. 420).

Zur Beratung von wichtigen Gesundheitsfragen von allgemeiner Bedeutung wurde mit obiger Verordnung der Landesgesundheitsrat gebildet, der sich aus Sachverständigen, Vertretern der Universität, der Technischen Hochschule, des ärztlichen und tierärztlichen Landesvereins etc. zusammensetzte. Als Berater und Gutachter für bestimmte Fragen wurden auch Oberamtsärzte und -tierärzte herangezogen.

Diese Regelung scheint nicht ausgereicht zu haben, denn schon 1922 kam es zur Einrichtung einer Tierärztlichen Obergutachterstelle als Fachbehörde zur Abgabe von kollegialischen Obergutachten für die Staatsanwaltschaft, die Amtsgerichte, Landgerichte und das Oberlandgericht in Strafsachen und in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (siehe Reg. Bl. 1924, S. 42). Diese Stelle hatte ihren Sitz in Tübingen und setzte sich aus sechs Tierärzten zusammen, die vom Ministerium auf die Dauer von drei Jahren berufen wurden: Einer hatte den Vorsitz inne, einer dessen Stellvertretung, zwei waren Mitglieder und zwei andere stellvertretende Mitglieder (Verordnung vom 26. August 1922 - Reg. Bl. S. 376). Die Geschäftsführung lag in den Händen des Vorsitzenden. Er berief die Mitglieder bzw. die entsprechenden Stellvertreter zur Untersuchung von Streittieren und Abgabe von Obergutachten ein und leitete das Verfahren. Er vertrat das Kollegium nach außen, sowie die von demselben abgegebenen Gutachten. Außer den Mitgliedern konnte er weitere besonders erfahrene Sachverständige zuziehen (Verfügung vom 1. September 1922 - Reg. Bl. S. 376). Als erste Mitglieder wurden berufen (mit Wirkung bis zum 30. September 1925):

Oberamtstierarzt Prof. Dr. Gmelin in Tübingen als Vorsitzender,
Oberamtstierarzt Prof. Dr. Klett in Urach als stellvertretender Vorsitzender,
Oberamtstierarzt Dr. Benkendörfer in Reutlingen als Mitglied,
Stadt tierarzt Landenberger in Ebingen als Mitglied,
Oberamtstierarzt Haas in Herrenberg und der
praktische Tierarzt Dr. Keck in Stuttgart als stellvertretende Mitglieder
(Amtsbl. 1922, S. 294).

Nach zwölfjährigem Bestehen wurde dieses Kollegium wieder aufgehoben (Ver-

ordnung vom 28. November 1934 - Reg. Bl. S. 309). Für die Abgabe von tierärztlichen Obergutachten wurde ein einziger Sachverständiger bestellt: der Oberveterinär Dr. Mögele, Oberamtstierarzt für Stuttgart Stadt und Land (Bekanntmachung vom 17. Oktober 1935 - Amtsbl. S. 345).

10. Die Leistungen der Veterinärverwaltung

Es liegt nicht im Sinne dieser Arbeit, Statistiken aufzuführen. In kurzen Abschnitten soll dasjenige gestreift werden, was die tierärztliche Verwaltung im ehemaligen Württemberg trotz aller Hemmungen auf den wichtigsten Gebieten geleistet hat. Aus der unendlichen Anzahl von Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen sollen nur einige charakteristische als Quellen angegeben werden; Hemmungen entstanden der Veterinärverwaltung in erster Linie durch finanzielle Nöte. Württemberg stand unter den deutschen Ländern in den Ausgaben für das Veterinärwesen einschließlich der Tierarzneischule in Stuttgart an letzter Stelle. Zum Vergleich: Preußen gab 1877 341.000 Mark aus, Bayern 280.000 Mark, Sachsen 45.000 Mark, Baden 34.000 Mark, Hessen 25.000 Mark und Württemberg 16.000 Mark.

Einer der Zweige, an dem man das Funktionieren und die Wirksamkeit einer Veterinärverwaltung am besten erkennen kann, ist derjenige der Seuchenbekämpfung. Hier sieht man auch sehr klar, wie sehr die Verwaltung auf den Fortschritt der Wissenschaft angewiesen ist.

Die Rinderpest, die verheerendste Viehseuche der vergangenen Jahrhunderte, konnte in Württemberg, das unter ihr schwer zu leiden gehabt hatte, trotz Einführung der Walzchen Methode der Keulung in die Bekämpfung zu Beginn des vorigen Jahrhunderts nicht vollständig ausgerottet werden. Dies lag zum größten Teil an der Zerstückelung des Landes und an den politisch so ungünstigen Verhältnissen. Die napoleonischen Kriege verhinderten wirksame Grenzsperrmaßnahmen und so konnten immer aufs neue angesteckte Tiere eingeführt werden. Veterinärpolizeiliche Maßnahmen, wie strenge Anzeigepflicht, Visitation sämtlicher Ställe, Absonderung, Grenzsperr, Aufstellen von Wächtern, Einführung von Viehursprungsurkunden, Regelung der Viehtransporte, der Viehmärkte und des Abdeckereiwesens, waren im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts alle schon vorhanden und wurden praktiziert, konnten aber eben nicht mit genügendem Erfolg angewendet werden.

Nachdem die äußeren Verhältnisse sich beruhigt hatten, ließen sich die einzelnen Maßregeln strenger durchführen. Die Seuche hatte unterdessen wieder eine ziemliche Ausdehnung erreicht, vor allem waren auch die Nachbarländer stark verseucht. Bei Einfuhr von Vieh mußten die Tiere jetzt einige Zeit in Quarantänebaracken aufgestellt und täglich von einem württembergischen Tierarzt visitiert werden. Jedes fieberkranke Tier wurde gegen Entschädigung getötet und vernichtet. Bei Ortsdurchtrieben von solchem Auslandsvieh mußte das ortseigene Vieh eingesperrt werden (Reg. Bl. 1813, S. 402). An der Bekämpfung der Seuche waren außer den Oberamtsärzten der Landtierarzt und auch schon andere wissenschaftlich gebildete Tierärzte wesentlich beteiligt. Die Untersuchungen wurden immer noch von Viehschauern und, wenn ein Wundarzt am Ort war, auch von diesem vorgenommen (Reg. Bl. 1813, Beilage zu Nr. 56). Wahrscheinlich handelte es sich dabei auch um die Sektionen der Kadaver. Auf diese Weise bekam man die Seuche bald unter Kontrolle. Infolge der dauernden Einschleppung aus dem Ausland zog sich der Kampf aber noch über die folgenden Jahrzehnte hin, so daß man sich 1867 gezwungen sah, eine Kommission für die zur Abwehr der Rinderpest zu ergreifenden Maßnahmen einzusetzen (Reg. Bl. 1867, S. 67). Auch im Kriege 1870/71 trat die Seuche wieder auf. Der entscheidende Schritt erfolgte, als das Gesetz des Norddeutschen Bundes über die Maßregeln gegen die Rinderpest vom 7. April 1869 (Bundes-Gesetzbl. S. 105) und die hierzu ergangene Instruktion vom 26. Mai 1869 (Bundes-Gesetzbl. S. 149) am 1. Januar 1872 auch für Württemberg in Kraft trat (Reg. Bl. 1872, S. 59). Nun war die Bekämpfung der Seuche in Deutschland einheitlich geregelt und dank der Zusammenarbeit der deutschen Staaten und der wirksamen Maßnahmen ist die Rinderpest seit 1879 in Deutschland unbekannt, wenn auch noch bis in die Zwanzigerjahre unseres Jahrhunderts Verfügungen erlassen werden mußten, um die Einschleppung aus Nachbarländern zu verhindern.

Auch die Maul und Klauenseuche hatte sich lange genug stärker erwiesen als die gegen sie ergriffenen behördlichen Maßnahmen. Am Anfang des vorigen Jahrhunderts kam sie nur zeitweise und dann in gutartiger Form vor. Die Gegenmaßnahmen befaßten sich deshalb auch nur mit der symptomatischen Behandlung der Blasen durch Reinigen der Mundhöhle und der Klauen und mit der inneren Behandlung durch Laxantien und Diät. Erst bei drohenden Abweichungen von den gewöhnlichen Krankheitserscheinungen sollte man einen sachkundigen Arzt oder geprüften Tierarzt herbeirufen (Reg. Bl. 1809, S. 257 und 1828, S. 623). Später erkannte man, daß die früher erteilten Belehrungen über das Wesen der Seuche und die gegen sie zu ergreifenden Vorkehrungen nicht mehr dem Stand der Erfahrungen und Kenntnisse entsprachen. Die Maßregeln wurden

jetzt durch polizeiliche Bestimmungen untermauert. Das Oberamt mußte Sorge dafür tragen, daß in einem Ort mit kranken Tieren die Gemeindebehörde die Viehbesitzer mit den neuen Instruktionen bekannt machte und daß ein geeigneter Mann aufgestellt wurde, der unter der Leitung des Oberamtstierarztes oder eines anderen in der Nähe befindlichen geprüften Tierarztes das erkrankte Vieh zu besorgen hatte (Reg. Bl. 1864, S. 159). Die Viehmärkte wurden auf Kosten der Gemeindekassen durch geprüfte Tierärzte auf verdächtige Tiere untersucht. Im Jahre 1872 war man soweit, daß man die den Oberämtern und Oberamtsphysikaten aufgetragene monatliche Berichterstattung über den Stand der Seuche aufheben konnte, da die MKS nicht mehr in bedeutendem Ausmaß bestand. Es blieb aber wiederum die Schwierigkeit bestehen, die Einschleppung zu verhindern. Seit dem Inkrafttreten des Viehseuchengesetzes von 1880 hatte sich die MKS jahrelang in mäßigen Grenzen gehalten. Im Juli 1887 aber hatte eine neue Invasion in Baden und Sachsen eingesetzt und im nächsten Jahr ergriff sie auch Württemberg. 1889/90 war kein deutscher Bundesstaat mehr verschont und 1892 war der Höhepunkt erreicht. Durch eine von Beisswänger vorgelegte Resolution über wirksamere veterinärpolizeiliche Maßnahmen vor allem gegen die MKS, welche der Deutsche Veterinärat 1891 (in Nürnberg) annahm und der Reichsregierung vorschlug, kam es zur Novelle zum Viehseuchengesetz von 1880 vom 1. Mai 1894 (Reichs-Gesetzbl. S. 405) (48). 1913 war die Seuche in Württemberg wieder erloschen (siehe Reg. Bl. 1913, S. 204). Die Einführung der Schutzimpfung hatte der MKS, die inzwischen (1937!) Milliardenwerte vernichtet hatte, schließlich dann erheblich Abbruch getan. Sie blieb aber immer noch ein Gegenstand der Besorgnis.

Die Lungenseuche wütete im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts immer noch in Württemberg. Sie war der "Fürsorge" des Staates ebenfalls unterstellt und konnte durch Absonderungs-, Sperr-, Desinfektionsmaßnahmen und Zuchtverbote in ihrer Ausbreitung eingengt werden. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts war sie aber noch eine große Plage, wenn auch in Württemberg nicht so sehr wie in nördlichen deutschen Ländern. Durch Einführung einer unwirksamen Impfmethode im Jahre 1852 aus Belgien (nach Dr. Willems, Hasselt) war die Bekämpfung der Seuche gehemmt worden. Erst nachdem man die radikale Methode der Keulung anwandte, welche das Viehseuchengesetz von 1880 in die Hand gab (§ 45), konnte sie getilgt werden.

Über den Milzbrand ist kurz zu sagen, daß er früher ein viel größeres Problem darstellte als heute. Am Anfang des 19. Jahrhunderts war er noch stark verbreitet. Auch ihn konnte man nicht meistern, solange man nichts über seinen Erreger wußte. Die erlassenen Belehrungen etc. mußten unzulänglich sein

(z. B. Reg. Bl. 1822, S. 491). Die modernen Erkenntnisse der Bakteriologie und das Viehseuchengesetz von 1909 ließen den Milzbrand selten werden. Er kann, als "Bodenkrankheit" nur niedergehalten, nicht aber ausgerottet werden.

Der Rotz verbreitete sich erklärlicherweise besonders in und nach jedem Krieg so auch in den napoleonischen Kriegen. Der Winterfeldzug von 1806/07 brachte für Württemberg eine Überschwemmung mit rotzkranken Pferden. Man griff aber 1808 mit strengen Maßnahmen durch: Der ganze Pferdebestand des Königreichs wurde in kürzester Frist durch verpflichtete Sachverständige untersucht, die rotzigen Pferde vom Kleemeister beiseitegeschafft, sofern sie keinen hohen Wert besaßen, und die Ställe nach bestem Vermögen mit heißem Wasser und gelöschtem, frisch gebranntem Kalk desinfiziert. Bei Heilversuchen, die bei teuren Pferden in Frage kamen, war Anzeige an das Medizinaldepartement und Absonderung der Patienten sowie wöchentliche Untersuchung durch Sachverständige vorgeschrieben (Reg. Bl. 1808, S. 237).

In der Mitte der vierziger Jahre brach der Rotz dann erneut aus. Es wurde den Pferdeeigentümern zur Pflicht gemacht, den Ausbruch bei der Ortsobrigkeit oder einem geprüften Tierarzt anzuzeigen. Auch die Tierärzte und die Kleemeister selbst mußten Anzeige erstatten. Die kranken und verdächtigen Pferde wurden abgesondert und die mutmaßlich unheilbaren getötet. Heilversuche waren nur bei Verdacht und unter fortwährender polizeilicher Absperrung und Aufsicht durch einen geprüften Tierarzt erlaubt. Die Aufhebung der Sperre erforderte den Nachweis der Heilung durch tierärztliches Zeugnis. Ansteckungsverdächtige Tiere verlangten eine vierwöchentliche polizeiliche Beobachtung mit zeitweiser Untersuchung durch einen geprüften Tierarzt. Bei Eintritt verdächtiger Erscheinungen wurde sofort die Absonderung des Pferdes und die Zuziehung eines Tierarztes angeordnet. Auch die Nachforschung über die Herkunft der erkrankten Pferde durch die Polizeibehörden wurde schon geübt. Auf Pferdemarkten hatte die Gemeinde von seiten der Ortspolizeibehörde eine Sachverständigenkommission, darunter ein geprüfter Tierarzt, zur Visitation der aufgetriebenen Pferde aufzustellen (Reg. Bl. 1846, S. 43). Der Deutsch-französische Krieg und der erste Weltkrieg brachte dann wiederum den Rotz nach Württemberg herein. Aber auch damals wurde man seiner schnell Herr. Nach dem letzten Krieg trat er nur noch in Einzelfällen auf. -

Die starke Verbreitung der seuchenhaften Gehirnrückenmarksentzündung (Kopfkrankheit, Bornasche Krankheit) der Pferde in Württemberg haben die württembergische Staatsregierung bestimmt, Maßregeln zur Be-

kämpfung der Seuche in die Wege zu leiten. Die Regierung erwirkte für Württemberg die unbefristete Einführung der Anzeigepflicht für die Kopfkrankheit durch die Bekanntmachung des Reichsministers des Innern vom 25. März 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 343). Als Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung ist durch die Verordnung des Staatsministeriums vom 27. Dezember 1921 (Reg. Bl. S. 702) der 1. Januar 1922 bestimmt worden.

Für den gleichen Zeitpunkt ist auf Antrag der württembergischen Regierung die Anzeigepflicht für die ansteckende Blutarmut der Pferde durch Bekanntmachung des Reichsministers des Innern vom 19. Dezember 1921 (Reichs-Gesetzbl. S. 1592) in Württemberg eingeführt worden, um die nach dem Weltkrieg verschiedentlich ins Land eingeschleppte Seuche unschädlich zu machen.

Die Entschädigungsfrage wurde für beide Seuchen durch das Gesetz, betreffend Änderung des Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz, vom 7. Dezember 1921 (Reg. Bl. S. 699) in der Fassung des zweiten Änderungsgesetzes vom 27. Dezember 1923 (Reg. Bl. 1924, S. 2) geregelt.

Für die veterinärpolizeiliche Bekämpfung der beiden Seuchen war es nötig, zu den Vorschriften des Viehseuchengesetzes, der Ausführungsgesetze zu demselben und der Verfügung des Ministeriums des Innern, betreffend Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz, vom 11. Juli 1912 (Reg. Bl. S. 293) hinzu besondere Bestimmungen zu treffen. Sie sind in der Verfügung über die Bekämpfung der Kopfkrankheit und der ansteckenden Blutarmut der Pferde etc. vom 27. Dezember 1921 (Reg. Bl. S. 703) enthalten. - Beide Krankheiten kommen heute nur noch vereinzelt in Württemberg vor.

Die anderen Pferdeseuchen, wie die "Hannoversche Pferdeseuche", die um das Jahr 1825 auftauchte (Reg. Bl. S. 430) und die Influenza (Reg. Bl. 1908, S. 231, und 1920, S. 527) haben in Württemberg nur geringere Bedeutung erlangt.

Schafräude und Schafpocken waren die Geißeln der Schafhaltung. Für die Schafräude hatte Walz die Methode des Bades in schwefelhaltiger Flüssigkeit erfunden. Damit konnten nun die "aufgestellten Tierärzte und Chirurgen, die sich mit der Heilung kranker Haustiere befassen", der verlustreichen Krankheit zu Leibe rücken. Es wurden wahrscheinlich nach Vorschlag von Walz besondere "Räudeheilanstalten" auf Kosten des Kirchengutes errichtet (siehe 16. Juni 1796 - StA A 282, Bd. 1341). Den behandelnden Tierärzten sicherte man zur Beschleunigung der Kuren im Land öffentliche Belohnungen zu (Reg.

Bl. 1810, S. 299). Zur Verhütung der Weiterverbreitung und der Einschleppung der Räude mußten die Ortsvorsteher durch besondere "Offizianten" die Zahl der vorhandenen, abgehenden und zukommenden Schafe festhalten lassen, in Grenzorten und Orten mit bedeutender Schafzucht einen geprüften Tierarzt zur Beaufsichtigung der Gesundheit der Tiere aufstellen und desgleichen auf Schafmärkten einen solchen mit der Visitation der Schafe beauftragen. Für die Anzeige der Entdeckung verheimlichter Räudefälle setzte man eine Belohnung aus. Kam eine Herde aus dem Ausland über die Grenze, so mußte sie in Verdachtsfällen durch einen obrigkeitlichen Begleiter an den Bestimmungsort geführt werden. Das Heilverfahren war auch den Schäfern, unter Anzeige beim Oberamt, unabhängig von einem Tierarzt anvertraut. Es wurde aber vom Bezirksamt aus durch den Oberamtsarzt oder angestellten wissenschaftlich gebildeten Tierarzt überprüft. Die Prüfung erstreckte sich auch auf die Ausführung der angeordneten Sperrmaßnahmen und auf die Erkundigung nach Verschulden in bezug auf die Verschleppung oder Verheimlichung der Räude. Die Kosten trugen die Staats- und die Gemeindekasse nach dem üblichen Verhältnis (Reg. Bl. 1834, S. 303).

Das von Walz angegebene Behandlungsverfahren hatte man jahrelang an der Tierarzneischule auf seine Tauglichkeit geprüft. Auch die Räude wurde im 19. Jahrhundert nur langsam zurückgedrängt und ist dann allerdings geradezu selten geworden.

Bei den Pocken waren die Maßnahmen zur Verhinderung der Ansteckung die wichtigsten. Die Schafpocken waren im wesentlichen dadurch unterhalten worden, daß die Herdenbesitzer im Hinblick auf die Pockenimpfung der Kinder vielfach eine Schutzimpfung der Lämmer hatten ausführen lassen, die mit jener nicht zu vergleichen war. Diese Impfung wurde durch das Seuchengesetz von 1880 jedoch nur als Notimpfung gestattet (48).

Um die Schweineseuchen hat man sich erst nach der Einführung des Reichsgesetzes von 1880 gekümmert. Sie scheinen vordem keine größere Rolle gespielt zu haben. Jedenfalls sind diesbezügliche Verfügungen nicht aufzufinden. Die Kenntnis der Schweineseuchen war dann durch die Entdeckung des Rotlaufbazillus (Schütz 1885) und die Erforschung der Schweinepest sowie der Bipolarinfektion fortgeschritten. 1891 hatte Lorenz die Rotlaufimpfung entwickelt und damit konnte der Rotlauf der Schweine unter weitgehende Kontrolle gebracht werden.

Die Geflügelseuchen waren ebenfalls vernachlässigt worden und wurden

erst in das Viehseuchengesetz von 1909 aufgenommen.

Bei allen diesen "modernen Krankheiten" war wohl ausschlaggebend, daß man einerseits die Tiere früher in der extensiven Wirtschaftsweise natürlicher halten konnte, daß zudem Massenansammlungen und reger Viehverkehr bei Schweinen und Geflügel nicht in dem Maße gegeben war wie heute und daß andererseits die Entdeckung der Erreger den Anlaß zur Aufnahme einer wirksamen Bekämpfung abgab.

Die Tollwut war eine Krankheit, welche der Veterinärverwaltung immer große Sorge bereitete. Die zu ihrer Tilgung ergriffenen Maßnahmen waren vielseitig. Ein wirksamens Mittel sah man in der Abhaltung von jährlichen Hundemusterungen durch die Oberforstämter und die Oberämter. Es waren dabei der Oberamtmann, der erste Ortsvorsteher und sämtliche Förster anwesend. Ein Tierarzt wurde nicht immer zugezogen. Alle wutverdächtigen Hunde und auch alle überflüssig erscheinenden ließ man durch den Kleemeister beseitigen. Über den Hundebestand forderte dann die Landvogtei Bericht an (Reg. Bl. 1811, S. 231). Man zeichnete die "freigesprochenen" Hunde mit Blechmarken, die Jahreszahl und Buchstaben des Oberforstamtes aufwiesen, aus und ließ die nicht gezeichneten Hunde durch den Knecht des Kleemeisters erschlagen. Die Polizeibeamten konnten auch außerhalb der Hundeschauzeit (Mai - September) die wutverdächtigen oder bösartigen Hunde ohne Rücksprache mit dem Oberforstamt hinwegschaffen lassen (Reg. Bl. 1811, S. 231).

Den Gesundheitszustand der wutverdächtigen Hunde, desgleichen die gebissenen Tiere, solange man sich über den wutverdächtigen Beißer nicht im klaren war, beobachteten zuerst "sachverständige Personen". Wurde die Wut als sicher vorliegend erkannt, dann mußte der Kadaver durch den Oberamtsphysikus oder einen anderen Arzt vor der Verscharrung untersucht werden (Reg. Bl. 1813, S. 49). Den damals vorhandenen Tierärzten traute man eine Diagnose in dieser Hinsicht nicht zu.

Die Beobachtungsfrist für die wutverdächtigen Tiere war drei Wochen. War es gewiß, daß kein anderes Tier oder ein Mensch gebissen war, so konnten sie aber auch sofort nach freier Entschließung des Eigentümers getötet werden. Dasselbe galt auch für die gebissenen Tiere. War aber die Wut erkannt, dann wurde sofort auch das gebissene Tier weggeschafft (Reg. Bl. 1834, S. 3). 1828 waren auch Tierärzte zur Untersuchung der Kadaver zugelassen, aber nur wenn der Oberamtsarzt verhindert war. Es heißt in der Verfügung vom 4. Februar 1828 (Reg. Bl. S. 33), daß "die Untersuchung des Leichnams ...

durch einen Vertreter des Oberamtsarztes oder wenigstens durch einen sachkundigen Wund- oder Tierarzt" ausgeführt werden solle. Auch die Füchse machten damals schon viel Sorge (Reg. Bl. 1829, S. 39). In etlichen Verfügungen wurde die Öffentlichkeit auf die Gefahr der Tollwut aufmerksam gemacht und wurden Belehrungen über die charakteristischen Symptome und über die Behandlung der Krankheit gegeben (z. B. Reg. Bl. 1841, S. 401). Später wurden einzelne Vorschriften erlassen über die Handhabung von Maßnahmen zum Schutz des Publikums gegen die Gefährdung und Belästigung durch Hunde und damit auch gegen die Verbreitung der Wutkrankheit unter den Haustieren (z. B. Reg. Bl. 1874, S. 245 und 1876, S. 199). Durch die strengen Maßnahmen der Reichsviehseuchengesetze, deren Prinzipien zum mindesten in bezug auf die Wut in Württemberg schon lange in Anwendung waren, gelang es schließlich, mit der Tollwut im Lande fast ganz aufzuräumen. Die Gefahr des Tollwutausbruches wuchs aber nach jedem Krieg, d. h. dann, wenn die Zügel bei den Vorsichtsmaßnahmen locker gelassen wurden.

Nachdem man die Mehrzahl der klassischen Seuchen, welche der "Fürsorge" des Staates unterstanden, entweder getilgt oder doch erheblich eingedämmt hatte, konnte man daran gehen, die Rindertuberkulose zu bekämpfen. Diese Krankheit hatte sich zu einem besonderen Sorgenkind entwickelt. Durch ihre in fortwährender Zunahme begriffene Ausbreitung war man gezwungen, von einer Radikalmethode der Ausmerzung, wie sie bei anderen Seuchen angebracht war, abzusehen; die Kosten wären zu hoch gewesen und die Volkswirtschaft hätte zu sehr darunter gelitten. Im Viehseuchengesetz von 1909 wurde den gesetzlichen Maßnahmen der Bekämpfung die freiwillige Beteiligung der Tierbesitzer angeschlossen. In Württemberg führte die Veterinärverwaltung 1914 das freiwillige Verfahren zur Tilgung der Rindertuberkulose ein (Reg. Bl. S. 27). Der Viehbesitzer konnte dabei denjenigen Tierarzt bei der Antragstellung vorschlagen, dem er die klinischen Untersuchungen anvertrauen wollte. Die Methode Ostertags führte allerdings nicht zum Ziel. Das radikalere Bangsche Verfahren, anderwärts bestens erprobt (Dänemark, Holland), bot dann doch die beste Aussicht, das Land im Laufe der Zeit ebenfalls von der Seuche zu befreien.

Auch im alten Württemberg gingen die Aufgaben für die Veterinärverwaltung nicht zu Ende. War man mit den bereits bekannten Seuchen fertig geworden, dann tauchten schon wieder solche auf, die bisher noch nicht von sich reden gemacht hatten. Das war z. B. bei der Brucellose des Rindes der Fall, deren Bekämpfung bereits vor dem zweiten Weltkrieg in die Wege geleitet wurde.

Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, daß es nicht möglich ist, eine Vieh-

zucht und damit eine immer noch stark landwirtschaftlich orientierte Volkswirtschaft zu erhalten und zu fördern ohne das Wirken einer Veterinärverwaltung. Es ist bei dem heutigen Stand der Wissenschaft, deren Ergebnisse der Verwaltung zur Verfügung stehen, nicht anzunehmen, daß sich solche verheerenden, ein Volk an den Abgrund der Existenz treibenden Ereignisse wie die Seuchen des 18. Jahrhunderts wiederholen könnten. Damit ist nicht gesagt, daß eine derartige Seuchengefahr überhaupt gebannt ist. Der Schwerpunkt von solchen Faktoren, die sich für die Viehzucht katastrophal auswirken können, liegt aber in Zukunft wohl auf anderen Gebieten; man denke nur an die Sterilität und die Gefahren der einseitigen Leistungszüchtung.

Die regelmäßig wiederkehrende Maul- und Klauenseuche ist ein Beispiel dafür, daß die Seuchenverhütung und -bekämpfung vorläufig das wichtigste Gebiet der Veterinärverwaltung bleiben wird. Als weiterer Gesichtspunkt läßt sich hier endlich noch die Bedeutung der Tierseuchenbekämpfung für die menschliche Gesundheit anführen.

Weitere für die Gesundheit des Menschen wichtige Aufgaben erstanden auf dem Gebiet der Lebensmittelhygiene. Auch hier wurden gewaltige Fortschritte erzielt. Die tierärztliche Mitwirkung auf dem Gebiet der Fleischschau war in Württemberg ebenso wie in anderen deutschen Ländern nicht immer (seit es Tierärzte im eigentlichen Sinne des Wortes gibt) selbstverständlich. Man legte früher den größeren Nachdruck auf eine Schätzung des Geldwertes von Fleisch als auf eine hygienische Untersuchung. Allmählich hatte man gelernt, bei Erkrankungen des Menschen auch auf mögliche Ursachen das Augenmerk zu richten, die in verdorbenem, gesundheitsschädlichem Fleisch lagen. Die Kreisregierungen waren beauftragt, Aufsicht über die Zustände beim Schlachten der Tiere zu führen. Es gab eine erste "Schlachtpolizei". In der Mitte des vorigen Jahrhunderts war die Zuziehung von Fleischschauern zur Schlachtung im Hause des Viehbesitzers eine feststehende Einrichtung (siehe Reg. Bl. 1852, 2. Ergänzungsband, S. 146).

Die Verfügung vom 24. Februar 1860 (Reg. Bl. S. 37) bestimmte, daß Großvieh in Gemeinden mit einem öffentlichen Schlachthaus nur in einem solchen geschlachtet werden durfte, in der Regel auch Kleinvieh, und daß auf die Errichtung von öffentlichen Schlachthäusern vom Oberamt hinarbeiten sei. Die Aufsicht über das Schlachten und über den Verkehr mit Fleisch wurde in jeder Gemeinde, in der ein regelmäßiger Handel mit Fleisch bestand, einer Fleischschaukommission übergeben. Wenigstens zwei Sachverständige, unbescholtene Einwohner, sollten dazu berufen werden. An Orten, an welchen

ein geprüfter Tierarzt ansässig war, sollte derselbe, "wo immer tunlich", ebenfalls zum Mitglied bestellt werden. In allen anderen Fällen mußte zum mindesten eine geeignete obrigkeitliche Person bezeichnet werden, welcher in den "vorkommenden Fällen" die Fleischschau oblag. Die für die Kommission notwendige Instruktion wurde vom Gemeinderat festgelegt, unter Umständen konnte auch die vom Medizinalkollegium entworfene Belehrung benützt werden. Die Schau selbst wurde vor und nach dem Schlachten vorgenommen. Bei Kleinvieh genügte auch die zeitweilige, unvermutete Visitation der Verkaufslokale. Die Kommission hatte außerdem auf die Reinlichkeit des Schlachthauses, der Verkaufslokale, der Metzgerställe, auf die Durchführung der polizeilichen Vorschriften über das Schlachten und den Verkehr mit Fleisch, welche zum Teil noch aus dem 18. Jahrhundert stammten (anscheinend war sogar noch die Metzgerordnung von 1651 teilweise in Geltung) zu achten.

Gegenüber dieser sehr einfachen, aber immerhin umwälzenden Regelung der Fleischschau und ihrer Überwachung wird der Fortschritt, den spätere Gesetze brachten, um so deutlicher. Die Entdeckung der Trichinen und ihrer gesundheitsschädlichen Bedeutung mußte die Lässigkeit in diesen Fragen doch etwas erschüttern (siehe Reg. Bl. 1868, S. 538). Trotzdem aber waren 1879 die Bestimmungen über die Fleischschaukommission noch dieselben geblieben (Reg. Bl. 1879, S. 243). Den Kommissionen wurde allerdings eine moderne Belehrung des Medizinalkollegiums in die Hand gegeben. Die Beurteilung des Fleisches geschah nach dem Schema:

Genießbar und bankwürdig,
genießbar aber minderwertig
und ungenießbar.

Das Reichsgesetz über die Schlachtvieh- und Fleischschau vom 3. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 547) und die hierzu ergangenen Bekanntmachungen wiesen der Fleischhygiene die ihr zustehende Stellung an und vertrauten dem Tierarzt allein den Schutz der menschlichen Gesundheit auf diesem Gebiet an. Es war dies damals nicht so selbstverständlich, wie man es heute vielleicht anzunehmen pflegt. 1923 wurde dann die Trichinenschau in bestimmten Gemeinden obligatorisch eingeführt (Reg. Bl. S. 230). Das Fleischbeschaugesetz hat die öffentliche Geltung des Veterinärwesens in starkem Maße gehoben. Der Schöpfer des Gesetzesstoffes war Ostertag, der Gründer der Fleischbeschauwissenschaft.

Für die Fleischschau waren in Streitfällen dann auch die bereits erwähnten tierärztlichen Gutachter und der Obergutachter in Stuttgart zuständig bzw.

später nur noch der einzelne Obergutachter.

Die Verfügung über den Verkehr mit Schlachtvieh und Fleisch vom 1. Februar 1903 (Reg. Bl. S. 27 - 3. Vollzugsverfügung zum Reichsgesetz von 1900 und den hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen) ist meines Wissens auch heute noch in Deutschland die einzige moderne Hygienevorschrift auf ihrem Gebiet.

Die erste Verfügung in bezug auf den Verkehr mit Milch stammt in Württemberg aus dem Jahre 1886 (Reg. Bl. S. 156). Sie enthält Bestimmungen über das Nahrungs- und Genußmittel Milch und solche Milch, welche diese Bezeichnung nicht verdient: Biestmilch, schleimige, bittere, rote oder blaufleckige Milch, Milch von Kühen, die an MKS, Milzbrand, Rauschbrand, Perlsucht usw. gelitten haben, ferner Bestimmungen über die Gefäße und über die polizeiliche Kontrolle an Orten mit bedeutendem Milchhandel. Daß dem Tierarzt die Stelle eines Sachverständigen bezüglich der Milch zukommen sollte, war ebenfalls von vorneherein nicht unbedingt klar. Das Milchgesetz vom 31. Juli 1930 (Reichs-Gesetzbl. I, S. 24) sowie die Verordnungen über die Regelung der Zuständigkeit von Sachverständigen des Lebensmittelgesetzes aus den Jahren 1934 und 1935 (Reg. Bl. 1934, S. 237 und Reg. Bl. 1935, S. 6) tragen deutlich die Spuren des Kampfes, der sich seit 1900 um die Führung zwischen Nahrungsmittelchemikern, Ärzten und Tierärzten auf diesem Gebiet abgespielt hat (29).

Auf dem Gebiet des Abdeckereiwesens sind ebenfalls große Fortschritte gemacht worden. Die Beseitigung von Tierkadavern lag im vorigen Jahrhundert in den Händen der Kleemeister, Wasenmeister. Die ihnen vorgesetzte Behörden waren das Oberamt und das Oberforstamt. Die Kleemeistereien waren nach Oberforstämtern eingeteilt (Reg. Bl. 1811, S. 305). Die Wasenplätze waren bis 1873 der Beaufsichtigung durch die Oberamtsärzte unterstellt, erst dann hatte der Oberamtstierarzt die Ausführung der einschlägigen Verfügungen zu überwachen. Die Visitationen der Oberamtsärzte erstreckten sich aber auch weiterhin noch auf die Schinderwasen. Für die Aufstellung von Kleemeistern hatten die Kreisregierungen zu sorgen. Dabei sollte stets einem Tierarzt der Vorzug gegeben werden (Reg. Bl. 1864, S. 52).

Das Reichsviehseuchengesetz von 1909, das Reichsgesetz über die Beseitigung von Tierkadavern vom 17. Juni 1911 (Reichs-Gesetzbl. S. 248) und die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen brachten auch in das Kleemeistereiwesen einen starken Wandel. Robert von Ostertag ist es schließlich gewesen, der als Leiter der Reichsfleischstelle im ersten Weltkrieg in Württemberg die fünf damals modernsten "Tiermehlfabriken" in Kornwestheim, Sulzdorf, Süßen,

Biberach und Horb eingerichtet hatte. Württemberg war damit führend auf dem Gebiet des Abdeckereiwesens.

Das Tierkörperbeseitigungsgesetz vom 1. Februar 1939 (Reichsgesetzblatt S. 187) lieferte die Ergänzungen zu den bestehenden Bestimmungen. In Anpassung daran erhielten die Tiermehlfabriken die Bezeichnung "Tierkörperbeseitigungsanstalt" (Amtsbl. 1941, S. 17). Sie waren und sind staatliche Einrichtungen und von staatlichen Beamten geleitet. Die Verwaltung lag bei der tierärztlichen Abteilung des Innenministeriums.

Eine letzte Betrachtung soll der Kasse zur Entschädigung von Verlusten durch Tierseuchen in Württemberg gewidmet sein. Für die Landwirtschaft hat das Bestehen einer solchen Kasse große wirtschaftliche Bedeutung, weil diese dann den Tierhalter vor Schaden schützt, wenn der Staat eine Entschädigung in Seuchenfällen gesetzlich nicht zu tragen hat.

Der erste Vorschlag zur Bildung einer Viehversicherungskasse stammt übrigens von dem Schorndorf-Strümpfelbachschen Amts-Substitut Christian Friderich Jäger aus dem Jahre 1795 (StA A 282, Bd. 1341 - 1. Dezember 1795).

Die württembergische Zentralkasse der Viehbesitzer für Entschädigung in Seuchenfällen wurde gemäß dem Ausführungsgesetz zum Reichsviehseuchengesetz vom 20. März 1881 (Reg. Bl. S. 189) und der Vollzugsverfügung hierzu vom 23. März 1881 (Reg. Bl. S. 196) bei der Ministerialkasse des Innern errichtet und war damit eine staatliche Institution. Nach dem genannten Gesetz war die jährliche Aufnahme des Viehbestandes für die Verpflichtung zur Leistung des nächsten Jahresbeitrages maßgebend. Die Aufnahme des Tierbestandes und der Einzug der Beiträge war der Gemeindebehörde übertragen worden. Die Schätzung der getöteten bzw. zu tötenden Tiere erfolgte durch eine Kommission aus dem beamteten Tierarzt und zwei Schätzern. Das Obergutachten stand in solchen Fällen dem Medizinalkollegium zu. Die erhobenen Beiträge stellten ein Sondervermögen des Staates dar, die Arbeit der Schadensermittlung und die Verteilung der Gelder war Sache der Veterinärverwaltung. Die Bezahlung des beamteten Tierarztes in Seuchenfällen erfolgte teils aus der Staatskasse, teils aus der Zentralkasse (Reg. Bl. 1908, S. 156).

Die Bekanntmachung vom 29. September 1920 (Amtsbl. S. 265) wies auf den Umzug der Zentralkasse in das Gebäude des tierärztlichen Landesuntersuchungsamtes (Stuttgart, Azenbergstraße 14) hin. Die Geschäfte wurden nun von denjenigen der Ministerialkasse getrennt.

Die Bekanntmachung vom 3. Dezember 1921 (Reg. Bl. S. 536) besagt, daß für die Zentralkasse ein Verwaltungsausschuß gebildet worden ist, der aus dem ersten tierärztlichen Berichterstatter des Ministeriums als Vorsitzendem, sechs Landwirten und zwei beamteten oder ehemals beamteten Tierärzten sich zusammensetzt. Die landwirtschaftlichen Mitglieder wurden von der Landwirtschaftskammer nach Anhörung der Viehzuchtverbände im Benehmen mit der Zentralstelle für die Landwirtschaft ernannt, die tierärztlichen Mitglieder vom Ausschuß des Vereins der Oberamtstierärzte vorgeschlagen und vom Innenministerium berufen. Dem Verwaltungsausschuß lag die Beratung der allgemeinen Angelegenheiten der Zentralkasse, die Beratung ihres Haushaltplanes u. a. m. ob. In dem Gesetz über die fünfte Änderung des Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz vom 11. April 1933 (Reg. Bl. S. 107) wird die Zentralkasse als eine rechtsfähige, gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts genannt. Ihre Verfassung ist durch die Verordnung vom 5. September 1933 (Reg. Bl. S. 351) bestimmt worden. Die Verwaltung der Zentralkasse führt unter Aufsicht des Innenministeriums ein Vorstand von neun Personen. Vorsitzender des Vorstandes ist der tierärztliche Hauptberichterstatter im Ministerium. Als Vorstandsmitglieder werden vom Innenminister zwei beamtete Tierärzte und auf Vorschlag der Landwirtschaftskammer sechs Landwirte berufen. Die Kasse hat sowohl in reichs- als auch in landesgesetzlichen Entschädigungsfällen einzuspringen, wenn die Entschädigungen nicht oder nicht in vollem gesetzlichem Umfang aus Staatsmitteln bestritten werden.

11. Die Entwicklung des tierärztlichen Standes

Wie für die früheren Zeiten soll auch jetzt wieder und abschließend für das 19. und 20. Jahrhundert der tierärztliche Stand besprochen werden, oder vielmehr die Entwicklung desselben, denn einen solchen Stand im heutigen Sinne gibt es in Württemberg wie in den anderen deutschen Ländern erst ungefähr seit dem Ende des ersten Drittels des vorigen Jahrhunderts.

Die Ausbildung von Tierärzten an der Tierarzneyschule zu Stuttgart setzte ein als eine etwas verspätete Folge der Seuchen des 18. Jahrhunderts. Die Tierseuchenbekämpfung, nicht die private tierärztliche Praxis, bildete den Ausgangspunkt und die Plattform für die Entwicklung des Standes. Das ist der grundlegende Unterschied gegenüber den Verhältnissen beim Ärztestand. - Die folgenden Ausführungen kann man im wesentlichen auch auf die Standesentwick-

lung in den anderen deutschen Ländern beziehen, die Grundlinien der Entwicklung sind überall dieselben gewesen.

Die Zahl der an der Tierarzneischule ausgebildeten Tierärzte war anfangs so gering und machte sich so wenig geltend, daß von einer geschlossenen Berufsgruppe nicht die Rede sein konnte. Auch war ein Standesbewußtsein noch nicht entwickelt. Von der Bevölkerung waren die geprüften Tierärzte nicht viel mehr geachtet, als die Pfuscher, die bis dahin in der Hauptsache zur Verfügung standen und die auch in der Zeit nach Gründung der Schule vorerst noch den größeren Anteil an der Zahl der Tierheilkundigen ausmachten und durch ihr Wirken dem tierärztlichen Stande weiterhin schaden. Die Humanmedizin anerkannte die Tierheilkunde erst, nachdem sie anfang Wissenschaft zu sein. Die Tierärzte selbst wurden im allgemeinen dieser Anerkennung von seiten der Ärzte zunächst noch nicht teilhaftig, jedenfalls nicht die niederen Tierärzte. Der tierärztliche Beruf war von seiten des Staates nicht geschützt, auch wenn der Ausdruck "zur Praxis legitimiert" (d. h. an der Tierarzneischule geprüft) gebraucht wurde, ja er galt nicht einmal als Vollberuf, weil er seinen Mann nicht ernähren konnte. Aus diesem Grund wurde an der Tierarzneischule die "gehörige Erlernung eines Gewerbes" als Vorbedingung zur Zulassung gemacht. Jeder Tierbesitzer konnte jeden zu Rate ziehen, der sich einbildete, tierheilkundliche Kenntnisse zu besitzen.

Die Folge der Einführung des wissenschaftlichen Examens vor dem Medizinalkollegium war eine Aufspaltung des Standes durch die Einteilung in Klassen mit verschiedenen Befugnissen und auch verschiedener sozialer Geltung: höhere, wissenschaftlich gebildete und niedere, wenn auch geprüfte Tierärzte. Damit war erreicht, was die Ärzte in ihrem Stande gerade überwinden wollten. Dort machten sich nämlich Bestrebungen dahingehend geltend, daß die Unterschiede in Rang und Ausbildung zwischen inneren Ärzten, Wundärzten und Geburtshelfern ausgeglichen werden sollten. Es kam zur Forderung nach einheitlicher Prüfung und Bildung eines Gesundheitsrates zur Vertretung der Landesärzteschaft.

Das Zweiklassensystem bei den Tierärzten, in das noch später die anerkannte Zwischenklasse der Oberamtstierärzte aufgenommen wurde, war insofern ein wesentlicher Hemmschuh der Standesfortentwicklung, als die Unwissenschaftlichkeit der niederen Tierärzte, welche doch bei weitem den größten Teil der Tierärzte überhaupt ausmachten, durch die Gegenüberstellung der wissenschaftlich gebildeten Tierärzte stark betont und das Vertrauen in die Leistung dieser Leute beeinträchtigt wurde. Auf der anderen Seite aber stiegen die Anforderun-

gen an die Vorbildung der Tierarzneischüler nur sehr langsam und der Ausbildungsstand der fertigen niederen Tierärzte war anfangs so niedrig, daß allgemeine Klage über den Mangel an ausreichenden Kenntnissen bei den "geprüften" Tierärzten geführt wurde. Es war auch ein Nachteil, daß mancher Schüler aus Württemberg oder Nachbarländern nur durch das kürzere Studium und die einfachere Ausbildung an der Stuttgarter Schule angelockt wurde. Eine Folge davon war nämlich dann eine gewisse Überproduktion von niederen Tierärzten und damit eine entsprechende Konkurrenz und geringere Aussicht auf lohnenden Verdienst. Man benötigte damals nicht entfernt so viele Tierärzte wie heute, denn erstens war die Bevölkerungsdichte und auch die Viehzucht eine viel geringere, und zweitens war das Vieh weniger anfällig gegenüber pathogenen Einflüssen als heute. Was aber immer noch tat war die Vermehrung der Anzahl der höheren, wissenschaftlich gebildeten Tierärzte, die nicht nur "auswendig gelerntes Zeug" als Kenntnisse aufweisen konnten und nur "Routiniers" waren (54), sondern selbständig handeln und forschen konnten, und denen man bei Seuchenausbrüchen die zu ergreifenden Maßnahmen anzuvertrauen in der Lage war, indem sie die erlassenen Anordnungen auch durchschauten und zu einer entsprechenden konsequenten Ausführung brachten. Nach LECLAINCHE (26) unterzogen sich aber in den ersten zehn Jahren des Bestehens der Stuttgarter Tierarzneischule nur zwei Eleven dieser wissenschaftlichen Prüfung. Diese Zahl ist wohl doch zu niedrig gegriffen; es werden aber sicher nur wenige Tierärzte gewesen sein. Es ist anzunehmen, daß die meisten Aspiranten für die höhere Prüfung nach einem Studium an der medizinischen Fakultät einer Universität ihre tierärztlichen Kenntnisse an einer auswärtigen Tierarzneischule erworben hatten, die damals hoch im Range stand, wie es z. B. bei denjenigen zu Alfort, Wien oder Kopenhagen der Fall war.

Es kam nun darauf an, die Stuttgarter Schule auf ein höheres Niveau zu bringen und eine gleichmäßige, auf eine wissenschaftliche Basis des Unterrichts stützende Ausbildung der künftigen Tierärzte anzustreben. Mancher wissenschaftliche "Stern" war aber ein Gegner des Fortschritts des eigenen Standes im sozialen Ansehen (54). Nachdem noch in den vierziger Jahren die Ausbildung der Absolventen der Lehranstalt nicht viel besser war als die der reinen Empiriker und Kurschmiede, brachten die Hereinnahme der Naturwissenschaften in den Unterrichtsplan (1868) und die Verlängerung der Ausbildungszeit sowie noch andere Faktoren die Schule ein gutes Stück voran und auf die gleiche Höhe mit den entsprechenden Anstalten der anderen Länder. Unabhängig von dem niederen Bildungsstand der Schülerschaft hatte sich von Anfang an die wissenschaftliche Befähigung und Leistung der Lehrer durchgesetzt und man brachte ihnen teilweise große Achtung entgegen. Man denke nur an einen

Eduard Hering, der einer der Begründer der tierärztlichen Wissenschaft gewesen ist.

Die mangelnde Geltung der Tierärzte drückte sich auch in der Unterordnung unter die beamteten Ärzte hinsichtlich der Dienstaufsicht und der Behandlung von Tierseuchen aus. Es war ja doch so, daß vor dem Jahre 1864 niedere Tierärzte, sofern sie geprüft waren, als Oberamtstierärzte zwar von Gemeinden und Amtskörperschaften angestellt werden konnten, daß aber eine selbständige Seuchenbekämpfung ihnen nicht anvertraut wurde. Vertrauen genossen diesbezüglich nur die höheren Tierärzte. In geringerem Umfang stellte die wissenschaftliche Prüfung vor dem Medizinalkollegium daher einen Fortschritt in Richtung auf die Emanzipation der Tierärzte von den Ärzten dar. In stärkerem Maße war das bei der Einführung des Oberamtstierarztexamens (1846) der Fall, weil jetzt ein größerer Kreis von Tierärzten ohne die Vorbedingung einer akademischen Ausbildung von Gemeinden und Oberämtern zur selbständigen Behandlung von Tierseuchen und anderen öffentlichen Aufgaben angestellt werden konnte. Allerdings wollten zunächst nur wenige Tierärzte sich diesem Examen unterziehen, und so dauerte es eine gewisse Zeit, bis es seine Wirkung auf die Hebung des tierärztlichen Ansehens ausüben konnte.

Das Einsammeln und das Aufbewahren aller wildwachsenden Heilpflanzen sowie das Halten eines Vorrates an sonstigen Medikamenten an Orten ohne Apotheke war den geprüften Tierärzten in den ersten Jahrzehnten nach Gründung der Tierarzneischule unter Vorwissen und Aufsicht des Oberamtsarztes erlaubt (siehe Ergänz. Band zu Reg. Bl. 1838). 1853 war es den geprüften Tierärzten nur noch widerruflich gestattet, Arzneimittel vorrätig zu halten und sie selbst zu dispensieren (Reg. Bl. S. 29). Auch hier hatte der Physikus die Aufsicht zu halten und alle drei bis vier Jahre den Arzneivorrat zu visitieren. Dieser Bestimmung unterlagen aber nicht "Notvorräte wie Flores Chamomillae, Natrium sulfuricum etc." und chirurgische Mittel wie Höllenstein, "Kastrierpulver" usw. Erst 1932 wurde den württembergischen Tierärzten das Dispensierrecht entzogen (Reg. Bl. S. 394).

Im Jahre 1838 konstituierte sich in Reutlingen der "Württembergische Tierärztliche Verein für Württemberg und die angrenzenden Staaten" als dritter deutscher Verein (nach Hannover 1833 und Königsberg 1836). Hauptzweck dieses Vereins sollte sein, "die auf dem Lande zerstreuten Tierärzte mit den Fortschritten ihres Fachs bekannt zu machen, ihnen Gelegenheit zu geben, ihre eigenen Forschungen bekannt zu machen und zweifelhafte Gegenstände zu erörtern, und ein kollegialisches Benehmen unter den Mitglie-

dern des Standes herbeizuführen und zu unterhalten". Initiator und erster Vorsitzender ist Hering gewesen. Im Jahre 1840 erschien, von Hering herausgegeben, das Vereinsjournal: "Repertorium der Tierheilkunde". Die Vereinsgründung war die erste tragende Äußerung des Standesbewußtseins. Die württembergischen Tierärzte fühlten sich zusammengehörig und als ein besonderer, abgegrenzter Stand.

Um den Mitgliedern des ärztlichen, tierärztlichen, pharmazeutischen Standes eine Vertretung ihrer Interessen zu gewähren, wurde unterm 30. Dezember 1875 (Reg. Bl. 1876, S. 5) jeder Berufsklasse für sich erlaubt, einen Verein zu bilden, den die Regierung als Standesorganisation anerkennen wollte. Vor jeder Neuwahl des Vereinsvorstandes mußte dem Medizinalkollegium und vor jeder Vereinsversammlung dem Ministerium des Innern Anzeige erstattet werden. Zweck des "Tierärztlichen Vereins" sollte sein die Förderung und Hebung des gesamten Veterinärwesens und tierärztlichen Wissens und die Vertretung der Standesinteressen (Amtsbl. 1879, S. 46). Die Statuten des Vereins wurden 1903 in Hinsicht auf die Delegiertenwahl abgeändert (Reg. Bl. S. 7). Es würde hier zu weit führen, auf die Einzelheiten näher einzugehen. Die Anerkennung der Standesvertretung war eine unmittelbare Auswirkung derjenigen Ereignisse, welche den wesentlichsten Abschnitt der Entwicklung des tierärztlichen Standes einleiteten; sie werden im folgenden ausgeführt.

Am 1. Januar 1872 trat die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom 21. Juni 1869 auch für Württemberg in Kraft (Reg. Bl. 1871, S. 203). Sie brachte für den tierärztlichen Stand einen Fortschritt in zweifacher Richtung: Den staatlichen Schutz für die Bezeichnung "Tierarzt" und die soziale Gleichstellung der Tierärzte mit den Ärzten. Es gab nun keine nichtapprobierten Tierärzte mehr. Die Zulassung zur Praxis war von einer besonderen Erlaubnis abhängig gemacht und dem Puschertum war ein schwerer Schlag versetzt worden. Die Bestimmungen über die Zulassung waren ein umso größerer Fortschritt, als bei der Beratung der Gewerbeordnung die Ausdehnung der Approbationspflicht auf die Tierärzte noch fraglich war bzw. angefochten wurde (48). Die tierärztliche Prüfung als Folge des Approbationszwanges, die dann einheitlich für das ganze Reich galt, wurde schon besprochen. Das Zweiklassensystem konnte nun nicht mehr aufrechterhalten werden. Es wurde nur noch eine Art von Tierärzten ausgebildet und für den Bewerber um die Stelle eines angestellten Tierarztes im Oberamtsdienst war die Staatsprüfung vorgeschrieben. Die wissenschaftliche Prüfung vor dem Medizinalkollegium hatte ihre Bedeutung verloren. Wie schon erwähnt, brachte die Gewerbeord-

nung aber noch nicht die Befreiung von der Aufsicht durch das Oberamtsphysikat mit sich. Die eigentliche Förderung der sozialen Geltung des Standes und die Loslösung von der Aufsicht durch Ärzte brachte erst die Entwicklung der Veterinärverwaltung ab 1880, die Erhebung der Tierarzneischule zur Hochschule und die Bedingung der Maturität für das tierärztliche Studium.

Mit dem Viehseuchengesetz von 1880 hatte die Tiermedizin auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung einen Vorsprung von 20 Jahren gegenüber der Medizin gewonnen. Dort trat nämlich erst 1900 (20. Juni) das Reichsseuchengesetz in Kraft. Der Schwerpunkt der Seuchenbekämpfung lag beim beamteten Tierarzt, dem Oberamtstierarzt. Seine Pflichten, seine Verantwortung, mehrten sich und damit stieg seine Achtung im Bewußtsein des Publikums. Diese höhere Achtung übertrug sich dann auch auf den praktischen Tierarzt. Dieser hatte ebenfalls in sanitätspolizeilicher und staatlich-forensischer Beziehung neuen Anforderungen zu genügen, sein Aufgabenkreis hatte sich erweitert. Die Oberaufsicht der Ärzte war jetzt beseitigt und die völlige Emanzipation von der Humanmedizin erreicht. Dies drückte sich in den oberen Verwaltungsinstanzen dadurch aus, daß beim Medizinalkollegium die tierärztliche Abteilung gebildet wurde. Der Tierarzt war in allen Verwaltungsstellen dem Mediziner gleichgestellt, wenn auch die Beförderung von Tierärzten auf höhere Stufen der Beamtenlaufbahn noch auf Widerstand stieß, wie an dem Beispiel von Beisswänger ausgeführt worden ist.

Das Viehseuchengesetz von 1909 bekräftigte und vermehrte die Geltung des beamteten Tierarztes umso mehr, als die neuerworbene Stellung innerhalb der verwandten Berufe sich inzwischen hatte festigen können.

An Gegnern der angegebenen Entwicklung hat es nie gefehlt. Die Ärzte betrachteten es teilweise als eine Art von Diskriminierung ihres Standes, daß der Tierarzt mit ihnen auf eine Stufe gestellt werden sollte. Die Fleischer befürchteten eine strengere Aufsicht durch den beamteten Tierarzt, die Viehhändler wollten sich nicht auf ihre Schliche kommen lassen und die Wasenmeister, Hufschmiede und Kurpfuscher sahen einen starken Einfluß des Tierarztes auf die Verwaltung und Gesetzgebung und dadurch eine Beeinträchtigung ihrer Kurierfreiheit voraus. Tatsächlich konnte sich der tierärztliche Stand erst richtig entwickeln, nachdem mit der Vielfalt und der Unordnung unter den die Tierheilkunde ausübenden Personen, mit den verschiedenen Klassen von Tierärzten und den Pfuschern ein Ende gemacht worden war.

Als ein weiterer Faktor der Entwicklung hat sich ausgewirkt, daß die beim

Heere angestellten Regimentspferdeärzte den Zugang zu den höheren Offiziersstellen fanden und nach 1871 die Beamtenstellung erhielten (niedere Veterinär-offiziere gab es schon seit 1838).

Das Fleischbeschaugesetz von 1900 hat das Ansehen des Veterinärwesens - man kann ruhig sagen - verdoppelt. Dem Publikum wurde größtenteils die Bedeutung der Fleischschau jetzt erst klar. Daß der Tierarzt mit der Fleischschau allein betraut wurde, war eine besondere Genugtuung für den Stand. Nun drang in das Bewußtsein der Bevölkerung die Anschauung ein, daß der Tierarzt mit dem Arzt auf gleicher Ebene zusammenarbeiten mußte. Man dachte vor allem an die Bedeutung der Rindertuberkulose für die Entstehung der Kindertuberkulose und an die 1890 durch Koch entdeckte Tuberkulinreaktion als sicheres Diagnostizierungsmittel.

Durch das Viehseuchengesetz von 1880 war erstmalig der Wirkungskreis der Veterinärbeamten in Deutschland auf gleiche Grundlage gestellt worden. In seiner äußeren und materiellen Seite blieb ihr Beamtenverhältnis zunächst unverändert, aber das aus dem Gesetz entspringende Anwachsen der Pflichten und Aufgaben mußte doch notwendigerweise auch zu einer Besserstellung in bezug auf die Be-soldungsverhältnisse **und zur Herstellung der Pensionsfähigkeit** führen, d. h. zur Gleichstellung mit den anderen auf akademischer Vorbildung fußenden Beamtenberufe. Für Württemberg wurde dies teilweise 1898 erreicht (Oberamtstier-arzt-Gesetz vom 29. März 1898 - Reg. Bl. S. 81). Bis zur Erreichung einer an-gemessenen Entschädigung für die geleisteten Dienste brauchte es aber noch eine geraume Zeit.

Die neu geregelte Seuchenbekämpfung sowie die neugeschaffene wissenschaft-liche Fleischuntersuchung erforderten auch entsprechend ausgebildete Tierärzte, welche den gestiegenen und weiter steigenden Anforderungen gewachsen waren. Mit dem Ruf nach besserer Ausbildung der künftigen Tierärzte aber war stets ver-bunden der Ruf nach erschwerten Bedingungen für die Zulassung zur Tierarznei-schule und nach Gleichstellung der Schule mit den Hochschulen. Die Erhebung der Stuttgarter Anstalt zur höheren Fachschule (1880) war ein kleiner Schritt ge-wesen. Die Forderungen der Lehrer waren aber, wie in anderen Ländern, auf die Erlangung der Maturität als Grundlage für ein Studium der Tierheilkunde aus-gerichtet. Bayern war der Erreichung dieses Zieles am nächsten gerückt, als Pro-fessor Carl von Voit im Jahre 1871 einen entscheidenden Vorstoß machte. Das Ministerium des Innern hatte schon die Abfassung entsprechender Aufnahmebe-dingungen für die Münchener Veterinäranstalt angeordnet, als das Inkrafttreten der Gewerbeordnung und die Bestimmungen des Reichskanzlers in bezug auf die

Approbationsprüfung die Sache wieder zum Scheitern brachte. Es soll auch auf die internationalen tierärztlichen Kongresse und auf die Sitzungen des Deutschen Veterinärates hingewiesen werden, auf denen immer wieder zum Ausdruck gebracht wurde, daß es zum Studium der Tierheilkunde keiner geringeren Vorbildung bedürfe als zu dem der Medizin, und daß danach zu streben sei, für den Eintritt in die tierärztliche Bildungsanstalt die Universitätsreife zu fordern (siehe vor allem den 3. internationalen tierärztlichen Kongreß in Zürich am 2. - 8. September 1867 und die Ausschußsitzung des Deutschen Veterinärates am 24. März 1891). Die Erhebung zur Hochschule (1890) brachte die Stuttgarter Schule an das Ziel der langjährigen Bemühungen. Die letzten Schritte, die Bedingung des Abiturs als Voraussetzung zum Studium und das Promotionsrecht, erfolgten 1902 und 1910. Die Tiermedizin war nun endlich in Verwaltung, Wissenschaft und Stand ihrer Vertreter der Humanmedizin völlig gleichgestellt.

Das "Kammergesetz" von 1925 (Reg. Bl. S. 183) setzte an die Stelle der alten ärztlichen, tierärztlichen und ähnlichen Vereine die entsprechenden Kammern als öffentliche Berufsvertretung, die von den Behörden bei wichtigen Angelegenheiten anzuhören waren. Die Reichstierärzteordnung vom 3. April 1936 (Reichsgesetzbl. I, S. 347) stellte fest, daß der tierärztliche Beruf kein Gewerbe ist, weil er eine durch dieses Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe erfüllt: Die Sorge für die Gesundheit des deutschen Tierbestandes und für die Hebung seiner Zucht und Leistungsfähigkeit, die Abwendung von Gefahren und Schädigungen durch Tierkrankheiten sowie durch Lebensmittel und Erzeugnisse tierischer Herkunft (die entsprechenden Paragraphen der Gewerbeordnung hatten ihre Gültigkeit verloren). Diese Bestimmung ist von hohem ideellem Wert, weil sie dem Tierarzt seine für die menschliche Gesellschaft so nützliche und wichtige Stellung zuweist.

IV. LITERATURVERZEICHNIS

1. Akten des älteren Kirchenrats, des Ministeriums des Innern und des Medizinalkollegiums aus dem Württembergischen Hauptstaatsarchiv Stuttgart und dem Filialstaatsarchiv Ludwigsburg (StA A 282, Bd. 1341 etc.).
2. Akten des Kult-, Finanz-, Innenministeriums und Medizinalkollegiums aus dem Archiv des Innenministeriums in Stuttgart.
3. Amtsblätter des Württembergischen Ministeriums des Innern.
4. BEISSWÄNGER, H. : "Die Viehseuchengesetze" (für Württemberg), Stuttgart 1897.
5. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten (der Stadt Stuttgart), Stuttgart 1902 - 1913.
6. "Das Königreich Württemberg", herausgegeben vom Kgl. Statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1884.
7. DEHLINGER, A. : "Württemberg's Staatswesen und seine geschichtliche Entwicklung bis heute", Stuttgart 1951.
8. Denkschrift des Württembergischen Staatsministeriums über den Neubau der Tierärztlichen Hochschule vom 17. März 1909 (StA E 165/20.4.1.).
9. EICHBAUM, F. : "Grundriß der Geschichte der Tierheilkunde", Berlin 1885.
10. FRICKER, W. : "Die Entwicklung der Tierheilkunde in Württemberg von der Gründung der Tierarzneischule in Stuttgart an, Rede zur Feier des Geburtstagsfestes Seiner Majestät König Karls am 6. März 1878", Stuttgart 1878.
11. FRICKER, W. : Festrede zur Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums König Karls am 25. Juni 1889, Stuttgart 1889.

12. FRÖHNER, R. : "Die Tierärztliche Hochschule in Hannover", in "Beiträge zur Veterinärmedizin", 1940-42, 3. - 4. Jahrgang.
13. FRÖHNER, R. : "Kulturgeschichte der Tierheilkunde" Konstanz 1952.
14. "Führer durch Stuttgart", zur Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte, Stuttgart 1906.
15. GAISER, K. : "Zur Geschichte der ehemaligen Tierarzneischule in Karlsruhe", Dissertation, München 1938.
16. GAUPP, R. : "Die Geschichte des Gesundheitswesens der Stadt Stuttgart", Manuskripte zu einem unveröffentlichten Werk.
17. HALLER, F. von: "Handbuch der württembergischen Verwaltung", Stuttgart 1915.
18. HERING, E. : "Über die Einrichtung, die Verhältnisse und Leistungen der Kgl. Württembergischen Tierarzneischule in den seit ihrer Errichtung verflossenen 10 Jahren", Stuttgart 1832.
19. HERING, E. : "Die Kgl. Tierarzneischule zu Stuttgart in den ersten 25 Jahren ihres Bestehens", Stuttgart 1847.
20. HOFFMANN, L. : "Für die Erhaltung und Fortentwicklung der Tierärztlichen Hochschule, anerkennende und ehrende Aussprüche, Reden, Wünsche, Forderungen und Anträge von den Herren Landtagsabgeordneten, Standesherrn und dem Herrn Kultminister", Stuttgart 1910.
21. HOFFMANN, L. : "Die Entwicklung des Militär-Veterinärwesens in Württemberg", Ludwigsburg 1883.
22. HOPPE, H. : "Die wirtschaftliche Bedeutung der Viehseuchen im Deutschen Reich und deren Bekämpfung", Dissertation, Leipzig 1913.

23. JAEGER, H. : "Die Auflösung der Württembergischen Tierärztlichen Hochschule vom Standpunkt der Tierseuchenbekämpfung", Mediz. Correspondenzblatt Band 82, Nr. 2, 1912.
24. KNAPP, G. G. : "Repertorium über die Kgl. Württembergische Gesetzgebung in den Jahren 1797 - 1817", Tübingen und Stuttgart 1810 - 1822.
25. KRAUSS, J. : "Das Medizinalwesen des Königreichs Württemberg", Stuttgart 1910.
26. LECLAINCHE, E. : "Histoire de la Médecin vétérinaire".
27. LYDTIN, A. : "Rückblicke auf die Entwicklung des Deutschen Veterinärwesens", Hannover 1914.
28. MARQUARDT, A. : "Zur Geschichte der Württembergischen Oberamtsphysikate", Mediz. Corresp. Blatt Band 82, Nr. 15, 1912.
29. MEHRLE, F. : "Geschichte des Veterinärwesens in Baden und Württemberg", Jahresberichte der Stuttgarter Tierärztlichen Gesellschaft, Folge 4/5, Stuttgart 1957.
30. MEMMINGER, J. D. G. : "Beschreibung von Württemberg", Stuttgart und Tübingen 1841.
31. MOLL, A. : "Die erste Medizinalordnung Württembergs von 1567", Mediz. Corr. Blatt Band 19, Nr. 8, 1849.
32. MOLL, A. : "Über den Einfluß der älteren kirchlichen Gesetzgebung Württembergs auf die Entwicklung des Medizinalwesens", Mediz. Corr. Blatt Band 20, Nr. 14, 1850.
33. PFAFF, K. : "Geschichte der Stadt Stuttgart", Stuttgart 1846.
34. PLIENINGER, D. : "Beschreibung von Stuttgart", Stuttgart 1834.
35. PISTORIUS, C. C. : "Handbuch der in dem Königreich Württemberg geltenden Gesetze und Verordnungen

in betreff der Medizinalpolizei", Stuttgart 1841 und 1847.

36. Regierungsblätter für das Königreich Württemberg, bzw. Staats- und Regierungsblätter bzw. Regierungsblätter für Württemberg (Reg. Bl. 1841, S. 17 etc.).
37. REINHARDT, R. : "Die Geschichte der ehemaligen Tierärztlichen Hochschule zu Stuttgart", Jahresberichte der Stuttgarter Tierärztlichen Gesellschaft, Stuttgart 1953.
38. Reskriptsammlung von 1806.
39. Reskripte aus der "Ebinger Sammlung".
40. Reskriptsammlung (HARTMANNsche Sammlung) der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart.
41. Kgl. Württbg. Generalreskripte und Verordnungen von 1806, einzelne Exemplare aus den Archiven.
42. Einzelne Reskripte aus der Zeit des Herzogtum Württembergs aus den Archiven.
43. REYSCHER, A.L. : "Sammlung der Württembergischen Gesetze", Band 1-19, 3, Stuttgart 1828 (Rey XIII, S. 14 etc.).
44. RIECKE, V.A. : "Das Medizinalwesen betreffende Verordnungen und Erlasse von 1856-64", Göppingen 1864,
45. RIECKE, V.A. : "Das Medizinalwesen des Königreichs Württemberg", Stuttgart 1856.
46. RIENHARDT, A. : "Vom württembergischen Beamtentum bis zur neuzeitlichen Behördenorganisation", Literarische Beilage zum Staatsanzeiger für Württemberg, Nr. 6 (15. Juni 1922).
47. RUEFF, A. : "Die Kgl. Württembergische Tierarzneischule zu Stuttgart nach ihrem 50jährigen Bestehen", Stuttgart 1871.
48. SCHMALTZ, R. : "Entwicklungsgeschichte des tierärztlichen Berufes und Standes in Deutschland", Berlin 1936.

49. SCHÖN, Th. : "Weitere Nachricht über die Fürsorge der Grafen und Herzöge von Württemberg für das Medizinalwesen bis zur großen Kirchenordnung von 1559", Mediz. Corr. Blatt Band 79, Nr. 2, 1907.
50. SCHRADER, G.W. : "Biographisch - literarisches Lexicon der Tierärzte aller Zeiten und Länder", Stuttgart 1863.
51. SCHÜLER, G. : "Versuch einer medizinischen Topographie der Kgl. Residenz- und Hauptstadt Stuttgart", Stuttgart 1815.
52. SCHWAB, U. : "Die ehemalige Tierärztliche Hochschule in Stuttgart", Dissertation, Gießen 1954.
53. SUSSDORF, M. : Vortrag anlässlich des Festkommerses der Tierärztlichen Hochschule am 14. Juni 1890, Stuttgart 1890.
54. SUSSDORF, M. : Sonderabdruck aus Nr. 5-8 der "Deutschen Tierärztlichen Wochenschrift", Stuttgart 1893.
55. WEIGELIN, J. : Abschnitt "Medizinalwesen" aus "Herzog Karl Eugen von Württemberg und seine Zeit", herausgegeben vom Württbg. Geschichts- und Altertumsverein, Eßlingen/N. 1909.
56. "Württemberg", Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Stuttgart 1906.
57. WOHLFROM, F. : "Das Veterinärwesen", Schwenningen/N., 1949.

Lebenslauf

Am 22. Oktober 1931 wurde ich als Sohn des Albert Lang und seiner Ehefrau Luise geb. Straub in Stuttgart geboren. Die Jahre bis 1943 verbrachte ich in Stuttgart und besuchte nach der Grundschule die Oberschule. Nachdem wir ausgebombt waren, wurden meine Mutter, meine jüngere Schwester und ich bis 1945 nach Kupferzell Kreis Öhringen/Württ. evakuiert (mein Vater war in Rußland gefallen) und ich ging auf die Oberschule in Schwäbisch Hall. Die letzten sechs Schuljahre verbrachte ich wieder in Stuttgart und absolvierte 1951 die Reifeprüfung. Mit dem tierärztlichen Studium begann ich im Sommerhalbjahr 1952 in München und führte es dort auch bis zur tierärztlichen Approbationsprüfung im Sommerhalbjahr 1956 fort. Am 1. April 1957 habe ich meine Praktikantenzeit in Nürtingen/N. angetreten.

